



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

6. Sitzung

6. Wahlperiode

Donnerstag, 15. Dezember 2011, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp, Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

Aktuelle Stunde

Familien und Kinder unterstützen – kein Kind zurücklassen 4

Vincent Kokert, CDU	4
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	5
Ministerin Manuela Schwesig	7
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12
Stefan Köster, NPD	14
Ralf Mucha, SPD	15
Torsten Renz, CDU	17

Fragestunde

– Drucksache 6/190 – 20

Michael Andrejewski, NPD	20, 30
Minister Dr. Till Backhaus	20, 21, 22
Stefan Köster, NPD	20, 21, 22
Udo Pastörs, NPD	21, 22, 27, 29, 30, 31, 32
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ...	22, 23
Minister Mathias Brodtkorb	22, 23
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	23
Regine Lück, DIE LINKE	23
Minister Volker Schlotmann	23, 24
Simone Oldenburg, DIE LINKE	23, 24
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	24, 28, 29
Karen Stramm, DIE LINKE	25
Ministerin Manuela Schwesig	25, 26
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	25, 26

Tino Müller, NPD	26
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	26, 27
Minister Lorenz Caffier	26, 27, 28, 29, 30, 31, 32
Peter Ritter, DIE LINKE	27
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	28

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
**Ostsee-Adria-Korridor: Bahnstrecke
Strecke Berlin – Rostock zügig ausbauen**
– Drucksache 6/171 – 32

Dietmar Eifler, CDU	32
Minister Volker Schlotmann	33, 38
Regine Lück, DIE LINKE	34
Jochen Schulte, SPD	35, 38, 39
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ..	36, 39
Jürgen Seidel, CDU	37

B e s c h l u s s 40

Antrag der Fraktion DIE LINKE
**Demokratie und Toleranz stärken –
rechtsextremistischen Terror bekämpfen**
– Drucksache 6/159 – 40

Peter Ritter, DIE LINKE	40, 51
Minister Lorenz Caffier	43
Manfred Dachner, SPD	46
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	47
Michael Silkeit, CDU	48
Michael Andrejewski, NPD	50

Beschluss	53	Wahl eines Mitgliedes des Landtages für den Verwaltungsrat der Landesforstanstalt gemäß § 6 Absatz 4 Ziffer 5 des Landesforstanstaltserrichtungsgesetzes (LFAErG)	75
Erklärung zur Abstimmung durch den Abgeordneten Udo Pastörs, NPD, gemäß § 96 GO LT	54	Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/166 –	75
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ehrenkodex und Objektivität bei Stellenbesetzung – Drucksache 6/173 –	54	Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/191 –	75
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	54, 61	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 6/192 –	75
Minister Lorenz Caffier	56, 59	Wahlvorschlag der Fraktion der NPD – Drucksache 6/193 –	75
Heinz Müller, SPD	57	Beschluss	75, 108
Jeannine Rösler, DIE LINKE	58		
Marc Reinhardt, CDU	59		
Stefan Köster, NPD	60		
Beschluss	62	Antrag der Fraktion DIE LINKE Keine Rundfunkbeitragspflicht für Besitzer größerer Gartenlauben – Drucksache 6/133 –	76
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Stellungnahme des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zu Atomkraftwerken in Polen – Drucksache 6/175 –	62	Helmut Holter, DIE LINKE	76
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/206 –	62	Antrag der Fraktion der NPD Zerklüftung beenden – bundeseinheitliches Bildungssystem herstellen – Drucksache 6/167 –	77
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	62	David Petereit, NPD	78, 81
Minister Lorenz Caffier	63	Simone Oldenburg, DIE LINKE	79
Rudolf Borchert, SPD	64	Udo Pastörs, NPD	82
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	65	Beschluss	83
Jürgen Seidel, CDU	66		
Tino Müller, NPD	67		
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	68		
Beschluss	69	Antrag der Fraktion DIE LINKE Wissenschaftliche Studien ernst nehmen – umgehend Normenkontrollklage zu Regelsätzen einleiten – Drucksache 6/161 –	84
Antrag der Fraktion der NPD Missbrauch von terroristischen Straftaten in der politischen Auseinandersetzung beenden – Geheimdienstliche Verstrickungen in die Straftaten der Zwickauer Kriminellengruppe konsequent aufklären – Drucksache 6/124 –	69	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	84
Michael Andrejewski, NPD	69, 73	Ministerin Manuela Schwesig	85
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	72	Martina Tegtmeier, SPD	87
Beschluss	75	Torsten Renz, CDU	88
		Michael Andrejewski, NPD	90
		Henning Foerster, DIE LINKE	91
		Beschluss	93

Antrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Einführung eines landesweiten Verwendungs-
verbotes von bleihaltigen Jagdgeschossen**

– Drucksache 6/174 – 93

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 93

Minister Dr. Till Backhaus 94

Stefanie Drese, SPD 96

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE 97

Burkhard Lenz, CDU 98

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 99

B e s c h l u s s 100

Antrag der Fraktion der NPD

**Gesetzlichen Mindestlohn einführen –
offene Flanken durch inländerfreundliche
Maßnahmen schließen**

– Drucksache 6/169 – 101

Udo Pastörs, NPD101, 106

Jochen Schulte, SPD 102

B e s c h l u s s 107

Nächste Sitzung

Freitag, 16.12.2011 107

Beginn: 9.02 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 6. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen fort.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich ganz herzlich unseren Kollegen Harry Glawe und Wolfgang Waldmüller zu ihren heutigen Geburtstagen gratulieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gratulationen)

Vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle den **Tagesordnungspunkt 2** auf: Aktuelle Stunde.

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zum Thema „Familien und Kinder unterstützen – kein Kind zurücklassen“ beantragt.

**Aktuelle Stunde
Familien und Kinder unterstützen –
kein Kind zurücklassen**

Das Wort hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, die Bilanz der Großen Koalition zwischen 2006 und 2011 kann sich sehen lassen.

(Stefan Köster, NPD: Wie viel Kinder leben denn in Armut? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben für Familien und Kinder sehr viel getan. Wir haben die Wettbewerbe „Familienfreundliche Kommune“ und „Familienfreundliches Unternehmen“ initiiert. Wir haben fast die Beitragsfreiheit im letzten Kita-Jahr erreicht, das kostenfreie Mittagessen für Sozialschwache in der Kita eingeführt und den Betreuungsschlüssel verbessert.

Wir wissen aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, da sind wir uns alle einig, das ist noch nicht genug. Aber die Koalition will diesen Weg von 2011 bis 2016 fortsetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Bis zum bitteren Ende. – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir die Senkung der Betreuungskosten in der Krippe und bei der Tagesmutter – 40 Euro – vereinbart und wir werden weitere Verbesserungen beim Betreuungsschlüssel vereinbaren, wenn wir sie nicht schon vereinbart haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, „kein Kind zurücklassen“ heißt, jedes Kind mitnehmen. Dies unterstreicht für uns: Kinder stehen im Mittelpunkt. Um den Blick auf die Kinder zu schärfen, ihre Bedürfnisse zu erkennen und ihnen alle Chancen zu geben, brauchen wir starke Eltern. Deshalb halte ich persönlich viel von dem Projekt „Eltern stark machen in M-V“. Wir müssen die Eltern darin stärken, ihren Erziehungsauftrag auch erfüllen zu können. Deshalb bleibt die Ehe- und Familienberatung eine unerlässliche Aufgabe für das Land.

Klar ist und alle Untersuchungen zeigen, Kinder haben es leichter in ihrer gesamten Entwicklung in festgefügt und stabilen Partnerschaften, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, gleichgeschlechtliche Partnerschaften.)

Wer über Kinderschutz spricht ...

Herr Pastörs, in der Demokratie kann man zwar eine Meinung haben, aber wenn man keine Ahnung hat, sollte man einfach mal die Klappe halten, und das trifft auch für Sie zu.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

„Elternkompetenz stärken“ bedeutet, dass bestehende Projekte und Beratungsangebote für Eltern spezifisch und qualifiziert zu erhalten und, wo erforderlich, auch auszubauen sind. Eltern, meine sehr geehrten Damen und Herren, brauchen feste Ansprechpartner. Dort bieten sich Einrichtungen wie beispielsweise natürlich die Kindergärten und die Schulen an. Diese Form der Vernetzung sichert zugleich die immer erforderliche Akzeptanz

(Udo Pastörs, NPD: Ha!)

und trägt deshalb entscheidend zu einem langfristigen Erfolg bei. Ich erwarte allerdings auch von den Trägern, dass sie mithelfen, Elternkompetenzen zu stärken. Einrichtungen und Schulen können Eltern nicht ersetzen. Ich denke, da sind wir uns in diesem Hohen Hause auch einig. Aber sie können die Kompetenzen doch deutlich herausstellen. Wir wollen, dass insbesondere auch Alleinerziehende spezielle Angebote erfahren, denn diese haben oft besondere Probleme, ihren Alltag mit Beruf und Kind zu organisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Familien und Eltern zu unterstützen, bedeutet aber auch, Zeit zu geben, Zeit in der Familie, mit den Großeltern, mit Freunden, mit Geschwistern. Dafür brauchen Familien und Eltern Hilfestellungen, um den Alltag flexibel gestalten zu können, zum Beispiel durch familiengerechte Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, „kein Kind zurücklassen“ heißt für uns auch, jedes Kind ist uns gleich viel wert, und so sind wir auch weiterhin – wenn ich „wir“ sage, meine ich die CDU-Fraktion – für ein einheitliches Kindergeld. Wir wollen nicht, dass es eine Staffelung gibt, die von dem Einkommen der Eltern abhängig ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, „kein Kind zurücklassen“ heißt für uns aber auch, dass wir deutlich unterstreichen, dass für die Mütter selbst in schwierigsten Lebenslagen immer Hilfe und Unterstützung da sein muss und es deswegen unsere Unterstützung geben muss. Niemand muss auf ein Kind verzichten. Jedes Kind ist gewollt und jeder, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann Ja zum Leben sagen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und damit können wir natürlich als Politik nicht alleine dastehen, insofern sind hier die Medien gefragt, darüber aufzuklären. Wir unterstützen ausdrücklich die Initiative, die vom Norddeutschen Rundfunk ausgegangen ist, die die Kinderrechte in den Mittelpunkt gestellt hat. Das ist eine sehr gute Geschichte, die dort passiert ist, und ich wünsche mir, dass von den Zeitungen in diesem Land dieses Thema auch noch mal aufgegriffen wird.

Ich wünsche mir vor allem eine starke Kultur des Hinsehens. Die Kultur des Hinsehens erwartet, dass man in seinem Wohnumfeld nicht teilnahmslos bleibt, sondern dass man seine Nachbarn aktiv anspricht,

(Udo Pastörs, NPD: Stellen Sie den Blockwart wieder ein!)

denn aktive Nachbarschaft hilft jungen Eltern und ihren Kindern oft mehr als der Besuch beim Jugendamt. Und dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollten wir in der heutigen Aktuellen Stunde aufrufen. – Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das Thema, das die CDU hier auf die Aktuelle Stunde gesetzt hat, ist wahrhaftig aktuell. Es ist immer aktuell und wenn die CDU das jetzt erkannt haben sollte, wäre dies zu begrüßen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Haben wir schon immer erkannt.)

Wahrscheinlicher ist aber, dass sie verzweifelt nach einem Thema sucht, mit dem sie sich profilieren will, um ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis vergessen zu machen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

In den vergangenen Jahren war jedenfalls nicht viel zu erkennen, dass die CDU Familien und Kinder konsequent unterstützen und kein Kind zurücklassen will.

(Vincent Kokert, CDU: Was?! Das ist doch eine Frechheit, was Sie sagen! – Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Insofern kann ich Ihre Einschätzung auch nicht teilen, Herr Kokert. Denn, meine Damen und Herren, eine wesentliche Grundlage dafür, dass Familien in diesem Land eine Zukunft haben, ist, dass sie über ein auskömmliches Einkommen verfügen müssen. Die Eltern brauchen Arbeitsplätze, die so bezahlt werden, dass sie davon sich und ihre Familien ernähren können.

(allgemeine Unruhe)

Familien brauchen ein Einkommen, das Kinderarmut ausschließt. Familien brauchen ein Einkommen, von dem sie menschenwürdig leben können.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dazu gehört es eben auch, dass sie sich ein Buch leisten können, einen Besuch im Theater, im Kino oder einen Nachmittag im Schwimmbad. Tausenden Familien mit Kindern in diesem Land sind diese Dinge aber verwehrt, weil ihnen schlicht und ergreifend das Geld fehlt. In Mecklenburg-Vorpommern leben bundesweit die meisten Hartz-IV-Bezieherinnen und -bezieher. In Mecklenburg-Vorpommern werden bundesweit die niedrigsten Löhne gezahlt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Insofern ist es schon scheinheilig von der CDU, sich die Unterstützung von Familien an die Brust heften zu wollen. Denn es war die CDU, die von Anfang an Hartz IV unterstützt und verschärft hat.

(Vincent Kokert, CDU: Ich glaube, Sie wissen nicht mehr, wer das beschlossen hat im Bundestag. Da müssen Sie noch mal nachlesen.)

Und es war die CDU, die jahrelang das Hohelied der Niedriglöhne gesungen und diese als Standortvorteil gepriesen hat.

(allgemeine Unruhe – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Vincent Kokert, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Und noch heute ist es die gleiche CDU, die sich immer gegen auskömmliche Löhne wehrt. Erinnerung sei nur an die Weigerung, eine Bundesratsinitiative für einen Mindestlohn auf den Weg zu bringen.

(Vincent Kokert, CDU: Da gucken Sie mal in den nächsten Bundesrat, da steht eine Initiative.)

Armut der Eltern ist auch immer Armut der Kinder.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

So ist es doch nicht verwunderlich, dass in Mecklenburg-Vorpommern bundesweit die größte Kinderarmut herrscht.

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Und Armut, die sich inzwischen schon „vererbt“, ist immer auch mit der Frage der Bildung verbunden.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Und auch deshalb ist es schon scheinheilig von der CDU, davon zu sprechen, dass kein Kind zurückgelassen werden darf,

(Vincent Kokert, CDU: Sie sollten sich mal überlegen, was Sie uns da unterstellen!)

denn es war und ist die CDU, die mit einer unerträglichen Beharrlichkeit ein Bildungssystem verteidigt, das Kinder frühzeitig aussortiert und ausgrenzt.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Darüber hinaus spielt die CDU die staatlichen Schulen gegen private aus und sortiert hier auch schon kräftig.

(Vincent Kokert, CDU:
So ein Quatsch!)

Im Bildungssystem mangelt es an allen Ecken und Enden. Wir haben zu wenig Lehrerinnen und Lehrer,

(Torsten Renz, CDU: Ist das überhaupt zulässig, so was von sich zu geben?)

wir haben vor allem zu wenig junge Lehrerinnen und Lehrer,

(Vincent Kokert, CDU: Aha! –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

weil diese – und wer kann es ihnen verdenken – diesem Land den Rücken kehren,

(allgemeine Unruhe)

weil sie anderswo bessere ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Bernhardt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Also, meine Damen und Herren, der Redner hat hier vorne das Wort und muss noch zu verstehen sein. Bitte beschränken Sie Ihre Zwischenrufe auf kurze Zwischenrufe und lassen Sie bitte zu, dass der Redner und auch die Rednerin hier vorn die Rede vortragen kann.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wir haben an den Schulen zu wenig Förderstunden,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

um die Kinder wirklich unterstützen zu können und sie eben nicht zurückzulassen, wie das die CDU angeblich fordert. Das Chaos in der sogenannten Selbstständigen Schule ist doch längst kein Geheimnis mehr und wird uns auch auf dieser Landtagssitzung beschäftigen.

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern die höchste Schul- und Ausbildungsabbrecherquote, meine Damen und Herren von der CDU. Es werden ständig Kinder

zurückgelassen. Dafür sorgt die Bundesregierung schon allein genug.

(Vincent Kokert, CDU: Ach, und Sie tun etwas dafür, dass sich das ändert?)

Und deshalb ist es auch scheinheilig von der CDU, von Familienförderung zu sprechen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Sie haben jetzt zum vierten Mal „scheinheilig“ gesagt.
Ist das nicht ein bisschen fett?)

weil sie nicht bereit ist, sich von dem althergebrachten Familien- und Frauenbild zu verabschieden. Im Bund wie im Land wirbt sie für eine Herdprämie, mit der Frauen mit ihren Kindern zu Hause bleiben sollen, statt einen Kita-Platz zu beanspruchen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Mein Gott, wo leben Sie?! –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das Problem in unserem Land sind nicht zu wenige Kita-Plätze. Das Problem ist das fehlende qualifizierte Betreuungspersonal. Dies führt dazu, dass wir bundesweit den schlechtesten Betreuungsschlüssel in den Einrichtungen haben.

(Vincent Kokert, CDU:
Und wovon träumen Sie nachts?)

Die Erzieherinnen und Erzieher haben zu wenig Zeit,

(Vincent Kokert, CDU: Das kann ja wohl nicht wahr sein! –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

sich um jedes einzelne Kind im erforderlichen Maße zu kümmern.

(allgemeine Unruhe –
Vincent Kokert, CDU: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben? –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Torsten Renz, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sie haben nicht die Zeit, die Kinder zu fördern, was aber notwendig wäre, will man kein Kind zurücklassen, wie Sie es, meine Damen und Herren von der CDU, heute fordern.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Statt jedoch an dieser Stelle zu beginnen, gewähren Sie gegen den ausdrücklichen Rat aller Fachleute einen Zuschuss zu den Elternbeiträgen im letzten Jahr vor der Einschulung. Dieser Zuschuss hat den Einrichtungen einen Wust an Bürokratie beschert, sie aber inhaltlich und personell keinen Schritt weitergebracht.

Und natürlich ist die Kostenreduzierung für Eltern im Kita-Bereich in der Sache positiv zu bewerten. Damit wird aber wieder mal der zweite vor dem ersten Schritt gemacht. Den zweiten Schritt vor dem ersten machen Sie wieder, wenn Sie die Beiträge für die Krippe ab dem nächsten Schuljahr um 100 Euro absenken.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Zugleich erklären Sie aber, dass kein Geld da ist, um den Betreuungsschlüssel weiter abzusenken.

(Vincent Kokert, CDU: Wir senken doch den Betreuungsschlüssel. Das hätten Sie doch wenigstens mal nachlesen können im Koalitionsvertrag!)

Und im Übrigen muss ich Sie auch an Ihren Antrag aus dem Jahr 2008 erinnern, dem Sie großspurig den Titel „Familien- und Kinderfreundlichkeit stärken“ gegeben haben.

(Torsten Renz, CDU: In der Aktuellen Stunde ist freie Rede!)

Sie müssen sich fragen lassen, wie Sie diesen umgesetzt haben. Ich habe noch in keinem von Ihren Gesetzentwürfen, die Sie seitdem in diesem Hohen Haus vorgelegt haben, den Prüfvermerk bezüglich der Familien- und Kinderfreundlichkeit gelesen. So nehmen Sie Ihre eigenen Beschlüsse und dieses Thema in Wirklichkeit ernst.

Und zum Schluss will ich auch noch kurz auf das Bundeskinderschutzgesetz kommen.

(Vincent Kokert, CDU: Auf was kommen? – Torsten Renz, CDU: Was?)

Der erste Gesetzentwurf der damaligen Familienministerin von der Leyen ist im Jahr 2009 von den Expertinnen und Experten in Bausch und Bogen abgelehnt worden. Nun liegt ein zweiter Entwurf von Frau Schröder vor, der ebenfalls nicht nur von SPD-geführten Bundesländern heftig kritisiert wurde. Frau Schröder und leider auch die Sozialministerin unseres Landes feiern sich nun mal wieder für einen Kompromiss, der die grundlegende Kritik jedoch nicht ausräumen kann.

(Vincent Kokert, CDU: Warum nicht? Erklären Sie das mal inhaltlich!)

Und am 25. November haben Sie noch verkündet, ich darf jetzt zitieren, Frau Schwesig: „Halbe Sachen helfen beim Kinderschutz nicht weiter.“ Zitatende. Ihre Kritik am Gesetz war völlig berechtigt.

(Vincent Kokert, CDU: Liebe SPD, böse CDU.)

Der Bund-Länder-Kompromiss ist jedoch nicht ausreichend, und das nicht nur weil die Finanzierung nicht ausreichend gestaltet ist, sondern auch weil die von Ihnen selbst geforderte Verzahnung mit dem Gesundheitswesen nicht ausreichend hergestellt ist

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und es keinen Rechtsanspruch auf eine unabhängige Beratung für Kinder und Jugendliche gibt. Die Chance auf einen umfassenden und modernen Kinderschutz wurde vertan und dafür brauchen Sie sich wahrlich nicht noch zu feiern.

(Vincent Kokert, CDU: Wer feiert denn hier?)

Und noch einmal zu Ihnen, werte Kollegen der CDU-Fraktion. Ihr wahres Gesicht bezüglich der Familien- und

Kinderfreundlichkeit werden wir wohl heute auch noch sehen, wenn es um den Antrag meiner Fraktion geht, dass die Landesregierung eine Normenkontrollklage gegen die grundgesetzwidrigen Hartz-VI-Regelsätze auf den Weg bringen soll.

(allgemeine Unruhe – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Sie machen das Gute, wir das Schlechte. Das ist ein bisschen einfach, Frau Bernhardt.)

Hier wird sich erweisen, wie ehrlich Ihr Herz für Kinder und Familien tatsächlich schlägt, wie ehrlich Sie es mit der von Ihnen erhobenen Forderung, kein Kind zurückzulassen, wirklich meinen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat nun die Ministerin Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft

(Stefan Köster, NPD: Keimzelle des Volkes.)

und Familien sind heute so bunt wie das Leben und deshalb glaube ich, dass es nicht die eine Antwort gibt, was können wir Gutes für Familien tun, sondern dass es mehrere Antworten gibt. Familien sind so bunt wie das Leben und deshalb ist es wichtig, sich darauf zu verständigen, welche Familien wir unterstützen wollen. Und ich werbe sehr dafür, dass Politik Menschen nicht vorgibt, wie sie miteinander zu leben haben, sondern dass Politik eine gute Familienpolitik, Menschen, die bereit sind, partnerschaftlich Verantwortung füreinander zu übernehmen, unterstützt. Und deswegen gehört zu einer guten Familienpolitik die Unterstützung für Familien mit Kindern, ob mit Trauschein oder ohne, aber auch für die vielen Alleinerziehenden in unserem Land, auch für die Patchworkfamilien

(Udo Pastörs, NPD: Patchwork!)

und, Herr Pastörs, auch für die Regenbogenfamilien,

(Stefan Köster, NPD: Ja, klar!)

für die gleichgeschlechtlichen Paare mit Kindern.

(Udo Pastörs, NPD: Die Schwulen und Lesben adoptieren Kinder.)

Wo Kinder sind, haben Menschen Unterstützung verdient.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Stefan Köster, NPD: Was natürlich möglich ist, machen Sie durch Ihre Ideologie kaputt.)

Und weil diese Familien, die so unterschiedlich auch in unserem Land leben, in unterschiedlichen Lebenssituationen sind, ist es auch wichtig, auf diese unterschiedlichen Lebenssituationen zu reagieren.

Zur Familienpolitik gehört natürlich heute die Unterstützung für Familien mit Kindern.

(Stefan Köster, NPD:
Familien ohne Kinder gibts nicht.)

Aber wenn wir über Familienpolitik reden, reden wir gerade auch in einer Gesellschaft, wo Menschen immer älter werden, darüber, wie können wir Familien unterstützen, wo die Kinder aus dem Haus sind, die sich vielleicht nie für Kinder entschieden haben, aus den unterschiedlichsten Gründen, wo aber pflegebedürftige Angehörige sind. Selbst ein Single heute, der eine pflegebedürftige Mutter hat und hier in Schwerin arbeitet und die Mutter in Thüringen wohnt, fragt sich: Wie kriege ich das eigentlich hin, wenn der Pflegefall eintritt? Und ganz besonders sind die Familien belastet, die gerade die Kinder großgezogen haben, auf den Weg in Ausbildung und Arbeit gebracht haben, mitbegleitet haben

(Udo Pastörs, NPD: Das ist
das Ergebnis Ihrer Politik.)

und sich jetzt die Frage stellen: Was mache ich mit meinen pflegebedürftigen Angehörigen?

Deshalb will ich dafür werben, dass Familienpolitik viele Antworten braucht. Und deshalb ist auch die Familienpolitik eine zentrale Aufgabe der Großen Koalition dieses Landes und natürlich der Landesregierung. Und deswegen begreifen wir in der Landesregierung Familienpolitik nicht als ein kleines Feld für Familien, sondern als Querschnittsaufgabe. Wir müssen das Verzahnen mit der Arbeitsmarktpolitik, weil natürlich Familien in erster Linie gute Arbeit brauchen. Wir müssen es verzahnen mit der Bildungspolitik, weil es um gute Betreuung und Bildung für Kinder geht in Kitas und Ganztagschulen. Wir müssen es verzahnen mit der Gesundheitspolitik, weil es um das gesunde Aufwachsen von Kindern in unserem Land geht. Wir müssen es verzahnen mit der Gleichstellungspolitik,

(Udo Pastörs, NPD: In der Kita.)

weil wir dafür stehen, dass Eltern partnerschaftlich ihre gemeinsame Erziehungsverantwortung übernehmen können.

Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, findet sich in Ziffer 261 des Koalitionsvertrages ganz klar die Aussage, dass die Koalitionspartner „die Familienpolitik unter Berücksichtigung der Kinder- und Jugend-, Bildungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gleichstellungspolitik weiter vernetzen“ wollen und „Mecklenburg-Vorpommern“ weiter „zum kinder- und familienfreundlichsten“ Land Deutschlands machen wollen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und weil es unser Ziel ist, Mecklenburg-Vorpommern zum familienfreundlichsten Land, zum kinderfreundlichsten Land zu machen, finde ich es sehr gut, dass der Koalitionspartner hier in der Aktuellen Stunde dieses wichtige Thema aufgegriffen hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Und der Titel der Aktuellen Stunde lautet: „Familien und Kinder unterstützen – kein Kind zurücklassen“.

Natürlich sind Familien dort, wo Kinder sind, aber eben nicht nur, das habe ich eben geschildert. Familien ohne Kinder mit pflegebedürftigen Angehörigen brauchen genauso unsere Unterstützung. Aber wir haben uns in der Aktuellen Stunde auf die Familien mit Kindern fokussiert und deshalb will ich auch in meiner Rede genau hier Ideen und Pläne skizzieren. Und ich würde mich freuen, wenn wir vielleicht noch mal eine Aktuelle Stunde haben zur Familienpolitik, die das Thema „Familie und Pflege“ aufgreift, weil es drängt in unserem Land.

Ich glaube, dass jeder Demokrat hier im Raum unterschreiben kann, dass wir Familien und Kinder unterstützen wollen und dass wir auch kein Kind zurücklassen wollen.

(Stefan Köster, NPD:
Warum machen Sie es nicht?)

Und deswegen will ich dafür werben, dass wir gemeinsam um gute Ideen und Wege streiten, und das geht innerhalb der Koalition, aber auch mit der Opposition. Ich erinnere mich immer sehr gerne daran, wie ich schon mit Silke Gajek im Kommunalparlament darüber diskutiert habe, wie viel Unterstützung für Kinder ist wichtig, aber wie viel Unterstützung kann auch verhindern, dass Eltern ihrer Verantwortung nachkommen – immer bei dem Thema „Kostenloses Mittagessen“. Und ich habe es immer als Bereicherung empfunden, dass wir gemeinsam um gute Wege streiten.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, gemeinsam.)

Und deshalb, sehr geehrte Frau Abgeordnete Bernhardt, bin ich persönlich enttäuscht von Ihrem Redebeitrag.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich hätte gerade erwartet, dass die neuen, die jungen Abgeordneten der Linkspartei sich mit guten und frischen Ideen einbringen. Aber Sie haben hier nichts anderes getan, als einfach nur die CDU beschimpft, nur draufgehauen und nicht eine eigene Idee geliefert.

(allgemeine Unruhe –
Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Zurufe von
Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Regine Lück, DIE LINKE)

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist einfach für so ein wichtiges Thema zu wenig.

Ich werbe dafür, dass wir um die besten Ideen streiten, und ich finde, die Familien, die Kinder in unserem Land haben es verdient, dass wir uns gemeinsam,

(Udo Pastörs, NPD: Gemeinsam.)

Regierung, Regierungsfraktionen, aber auch Opposition, auf den Weg machen, Familien und Kinder in unserem Land zu unterstützen. Ich lade Sie herzlich zu dieser Diskussion ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über Unterstützung für Familien mit Kindern reden, dann müssen wir sagen, dass es uns darum geht, dass wir diese Familien stark machen wollen. Johann Wolfgang Goethe hat gesagt: „Zwei Dinge sollen Kinder von ihren Eltern bekommen: Wurzeln und Flügel.“ Und unsere Aufgabe ist es, die Eltern genau dabei zu unterstützen, ihren Kindern Wurzeln und Flügel zu geben.

(Udo Pastörs, NPD: Ach, wie schön!)

Kinder brauchen starke Familien, in denen sie behütet aufwachsen, gefördert und gefordert werden. In der Familie finden sie auch emotionalen Rückhalt und durch den Familienverbund werden Tugenden, Werte sowie Fähigkeiten und Kompetenzen gelernt und vermittelt. Und deshalb ist es wichtig, dass wir die Familien unterstützen mit einem Dreiklang, einem Dreiklang aus Geld, Infrastruktur und Zeit für Familien. Dazu gehört die gute Arbeit, dazu gehört die gute Bildung und Betreuung für Kinder, dazu gehört Zeit für Familie, dazu gehören der Schutz für Kinder

(Udo Pastörs, NPD: Zeit.)

und die Stärkung ihrer Beteiligungsrechte und dazu gehört Wertschätzung, eine gemeinsame Wertschätzung der Gesellschaft, jedes Einzelnen von uns, jeden Tag zu sagen, Kinder in unserem Land sind herzlich willkommen.

Und deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir die Frage der Chancengerechtigkeit für Kinder in den Mittelpunkt rücken. Und ja, es ist richtig, zwei Millionen Kinder in Deutschland leben in Kinderarmut und viele Kinder davon auch in unserem Land. Und ich glaube, dass es niemanden gibt unter den Demokraten, der das irgendwie gut findet und oder ignoriert. Im Gegenteil, wir haben uns in den letzten Jahren gemeinsam in der rot-roten Koalition und in der Großen Koalition angestrengt, genau diesen Kindern zu helfen und ihnen mehr Chancengerechtigkeit zu geben.

(Regine Lück, DIE LINKE: Trotzdem haben wir noch die meisten Kinder, die in Armut leben.)

Und ich werbe dafür, dass wir auf diesem Weg gemeinsam gehen mit guten Ideen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Für Familien ist es zunächst wichtig und richtig, und das hat die Abgeordnete Frau Bernhardt angesprochen, dass Familien existenzsichernde Arbeit haben. Und genau das ist es, was die Landesregierung, die Regierungskoalition verstärken will. Es ist uns wichtig, dass die Familien in guten Arbeitsverhältnissen sind, in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Und deswegen ist es gut, dass in den letzten Jahren mehr dieser Arbeitsplätze entstanden sind. Deshalb ist es uns wichtig, auch für die Stärkung der Familien, dass wir uns im Land mit dem Mindestlohn auf den Weg machen und bundesweite Initiativen unterstützen. Es geht um guten Lohn für gute Arbeit, es geht um gleichen Lohn für gleiche Arbeit und es geht auch darum, prekäre Beschäftigung zurückzudrängen, abzuschaffen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, heute entscheiden sich junge Menschen oftmals nicht für ein Kind, weil sie stän-

dig in befristeten Arbeitsverhältnissen sind, weil sie in der Generation Praktika leben.

(Stefan Köster, NPD: Weil die Eltern keine Zeit haben.)

Und wer keine Sicherheit hat, wer keinen Ausblick hat, irgendwann mal auf eigener Existenz zu stehen,

(Udo Pastörs, NPD: Aber das wollten Sie doch alles schaffen.)

entscheidet sich eben nicht für Kinder. Und deswegen ist es wichtig, Familien zu stärken, und das fängt mit guter Arbeitsmarktpolitik an.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Udo Pastörs, NPD: Sie bejammern Ihr Ergebnis.)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht natürlich darum, dass Schluss sein muss damit, dass Männer und Frauen – immer noch mehr Frauen – vor die Frage gestellt werden: Entscheide ich mich für Beruf und Karriere oder entscheide ich mich für ein Kind?

(Udo Pastörs, NPD: Das Wort „Karriere“ schon wieder.)

Vor diese Entscheidung gestellt zu werden, das ist genau das Falsche für eine kinderfreundliche Gesellschaft. Es geht darum, genau Beruf und Familie zu vereinbaren, und deswegen steht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei uns ganz oben auf der Tagesordnung, um Familien zu unterstützen.

Und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann in Mecklenburg-Vorpommern besser gelebt werden als in anderen Ländern. Und da gibt es nichts schlechtzureden, da können wir stolz sein. Und es sind Unternehmer, die diese guten Zahlen über die Landesgrenzen hinweg nach Deutschland bringen und sagen, seid stolz auf euer gutes Betreuungs- und Bildungsangebot.

(Udo Pastörs, NPD: Ha!)

Und dazu gehört der flächendeckende Ausbau der Kitas. 98 Prozent unserer Kinder gehen in einen Kindergarten, 51 Prozent in eine Krippe, wenn sie zwei oder drei sind, sogar mehr Prozent.

(Udo Pastörs, NPD: Sie hätten gerne 100, ne?!)

Im ersten Jahr entscheiden sich viele für die Elternzeit.

Und wir bieten Ganztagsplätze an. Fahren Sie mal nach Niedersachsen, da haben Sie zehn Prozent Krippenplätze

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und davon die Masse nur bis zwölf. Bei uns ist Standard, dass, wenn Eltern arbeiten gehen, sie zehn Stunden Anspruch haben auf einen Kita-Betreuungsplatz. Und dafür, dass dieses Kita-Angebot nach der Wende gehalten wurde und qualitativ ausgebaut worden ist, haben viele verschiedene Demokraten in diesem Land ihren Beitrag geleistet. Und ich werbe dafür, lassen Sie es uns

nicht schlechtreden, sondern stolz darauf sind und weiter investieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU:
Ja, genau.)

Und natürlich gehört nicht nur zu einem familienfreundlichen Mecklenburg-Vorpommern, dass die Familien immer arbeitsfreundlicher werden, sondern dass auch die Arbeitswelt familienfreundlicher wird. Und das heißt, dass sich auch Unternehmerinnen und Unternehmer mehr darauf einstellen, wie kann ich Familien mit Kindern unterstützen. Und wir haben die Unternehmerinnen und Unternehmer dabei im Boot. Die erste gemeinsame Veranstaltung, die der Wirtschaftsminister und ich gemacht haben, war die Veranstaltung mit Unternehmerinnen und Unternehmern zum Thema „Wirtschaft plus Familie gleich Wachstum“.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Wir haben gemeinsam dafür geworben, dass es darum geht, auch Fachkräfte zu halten, indem man Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt,

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

indem man sich auch als Unternehmer Gedanken macht. Und wir unterstützen die Unternehmer dabei mit zwei ganz konkreten Aktionsprogrammen: mit dem Aktionsprogramm aus 2010 „Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben“ 1 Million Euro für zehn Projektideen, zum Beispiel ein Projekt mit 150.000 Euro mit der DEHOGA gemeinsam, um gerade für diese Dienstleistungsbereiche, in denen es sehr schwer ist, Beruf und Familie zu vereinbaren angesichts der Arbeitszeiten, gute Regeln zu finden. Und wir werden ein zweites Aktionsprogramm auflegen, und zwar für weitere Unterstützung zum Beispiel auch beim Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“ und beim Thema „Betreuungszeiten außerhalb von Kita und Krippe“.

Und es ist wichtig, dass wir hier gemeinsam den Weg der Vereinbarkeit gehen, und es ist gut, dass die Landesregierung an dieser Stelle die Unternehmen unterstützt, denn uns helfen nicht die großen Ideen, die in großen Konzernen vielleicht fruchten. Wir brauchen für unsere Unternehmensstruktur im Land, die da heißt, 90 Prozent der Betriebe haben weniger als 20 Arbeitnehmer, nicht die Ideen von großen Konzernen, sondern passgenaue Ideen für unsere Unternehmen. Und das machen wir gemeinsam und unterstützen es mit 2 Millionen Euro.

An dieser Stelle, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich auch noch Ihren Blick auf die Alleinerziehenden richten. Wir haben 50.000 Alleinerziehende in unserem Land, 90 Prozent davon sind Frauen. Und gerade Alleinerziehende brauchen ganz konkrete gute Unterstützung, sie brauchen Unterstützung bei dem Abschluss ihrer Berufsausbildung, sie brauchen eine effektive Arbeitsvermittlung mit individuellen Betreuungsangeboten. Und ich freue mich, dass wir gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit an dieser Stelle auf einem gemeinsamen Weg sind.

Gerade in der Kombination der gemeinsamen Verantwortung für Arbeit und Gleichstellung und Familie be-

stehen gute Chancen und eine große Herausforderung, gerade für Frauen noch bessere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, bessere Möglichkeiten zu schaffen, in Arbeit zu bleiben. Und deshalb wird die besondere Zielgruppe auch an dieser Stelle die Zielgruppe der Alleinerziehenden und auch der älteren Frauen sein. Die Programme zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt sowie der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben bringen hier wichtige Fortschritte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber natürlich, die Kinderbetreuung hat nicht nur den Blick darauf, Familien in der Vereinbarkeit zu unterstützen, sondern die Kita-Angebote, die Angebote der 1.100 Kitas in unserem Land, der 1.600 Tagespflegepersonen sind auch Bildungsangebote. Und hier haben wir uns früh auf den Weg gemacht, deutlich zu machen, es geht um frühkindliche Bildung. Es geht um Bildung von Anfang an, um Förderung der Kleinsten, um mehr Chancengerechtigkeit. Und deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir in der letzten Legislatur bereits 36 Millionen Euro investiert haben für den Ausbau von Plätzen, aber vor allem für eine Kostenfreiheit, für Beitragsunterstützungen, für eine Kostenfreiheit des Mittagessens für arme Kinder und für den Einstieg in die Absenkung des Betreuungsschlüssels.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin sehr stolz darauf, dass die neue Koalition sich auch wieder dafür entschieden hat, in diesen Bereich weiter zu investieren – 40 Millionen Euro bis zum Ende der Legislatur jährlich für die Unterstützung der frühkindlichen Bildung. Und an dieser Stelle darf mir der Satz erlaubt sein, dass es aberwitzig wäre, gerade dem Bildungsminister vorzuhalten, er würde nichts tun. Diese Unterstützung im frühkindlichen Bereich ist die beste Bildungsunterstützung, die wir machen können, und die machen wir in der Landesregierung gemeinsam und nicht nur eine Ressortministerin.

Und wir werden damit anfangen, dass wir zum Schuljahresbeginn 2012 die Elternbeiträge für Krippen um 100 Euro pro Monat und für Tagespflegepersonen um 40 Euro pro Kind senken, um an die Beitragshöhe des Kindergartens heranzukommen. Hier geht es uns vor allem darum, die Geringverdiener in unserem Land zu unterstützen. Alle kennen Sie die vielen Menschen, die in unserem Land fleißig sind, arbeiten gehen, tagtäglich pendeln, am Ende 300 Euro mehr haben, als wenn sie nicht arbeiten gehen würden. Und uns geht es darum, diese Leistungsträger unseres Landes zu unterstützen, und deshalb ist es richtig und gut, dass wir die Krippenbeiträge absenken werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Frühkindliche Bildung, Chancengerechtigkeit – dafür muss Zeit sein, Zeit für qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher, für die ganz individuelle Förderung unserer Kinder. Und deshalb ist es wichtig, den Betreuungsschlüssel abzusenken.

Und, Frau Bernhardt, Sie haben unrecht, wenn Sie sagen, wir haben den schlechtesten Schlüssel.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Es geht um die Fachkraft-Kind-Relation. In diesem Bereich wird auch einbezogen, dass wir die Vor- und Nachbereitungszeiten verdoppelt haben. Und wem nützt es, sein Kind in eine Gruppe von zwölf Kindern zu bringen wie in manchen westdeutschen Bundesländern, und dann müssen Sie dieses Kind aber um 12 Uhr abholen und dann selbst zusehen. Bei uns gibt es eine Ganztagsbetreuung.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und wir haben uns auf den Weg gemacht, den Betreuungsschlüssel abzusenken. Einen Schlüssel absenken, bedeutet 10 Millionen Euro. Und uns ist wichtig, dass wir auch die Fachkräfte dafür bekommen, denn in unserem Land gibt es ein Fachkräftegebot, anders als in anderen Ländern. Und deshalb ist es gut, dass wir an das KiföG anknüpfen können, so, wie ich bei der Einbringung des KiföG versprochen habe. Es ist ein erster Schritt, die Absenkung auf 1:17. Wir werden weitere Schritte machen zum Schuljahresbeginn 2013 auf 1:16 und zum Schuljahresbeginn 2015 auf 1:15. Und selbstverständlich werden die zusätzlichen Gelder für Kitas in sozialen Brennpunkten von 5 Millionen Euro, mit denen Kitas zusätzliches Personal zur Unterstützung der Kinder, aber vor allem auch ihrer Eltern eingestellt haben, weiter fortgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht auch darum, die 40 Millionen Euro aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder aus finanziell schwachen Familien besser an die Kinder zu bringen. Das wird eine große Aufgabe sein der neuen Arbeitsmarktabteilung, genau mit der Bundesagentur für Arbeit dieses Geld an die Kinder zu bringen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht eben nicht nur um direkte Unterstützung für die Kinder, es geht auch darum, vor allem die Eltern mitzunehmen. Die beste Kita, die beste Ganztagschule ersetzt nicht das Elternhaus!

(Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig.)

Und deshalb ist es wichtig, dass wir daran glauben, dass jedes Elternteil sich starkmachen will für sein Kind, und dass wir nicht Eltern abschieben,

(Udo Pastörs, NPD: Fester Glaube hilft, versetzt Berge, in der Theorie.)

die vielleicht diese Ansprüche, die einige von uns haben, nicht sofort erfüllen. Deswegen setzen wir darauf, Eltern zu stärken von Anfang an. Und so unterstützt das Land über 30 Familienzentren und Familienbegegnungseinrichtungen, 21 Ehe-, Familien- und Lebensberatungseinrichtungen, 11 Familienferienstätten. Wir helfen mit Geld, einen Urlaub in Mecklenburg-Vorpommern zu machen. Im Jahr 2011 hat das Land knapp 1 Million Euro für die Bereiche der Familienarbeit, für Eltern- und Familienbildung bereitgestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, wir wissen aber, dass diese Angebote nicht immer ausreichen. Wir wissen, dass es viel zu viele Kinder in unserem Land gibt, die Opfer sind von Gewalt, Gewalt in ihrer eigenen Familie, von Vernachlässigungen in ihrer eigenen Familie. Und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren auf den Weg gemacht, den Kinderschutz in unse-

rem Land zu verstärken. Und dabei setzen wir auf Prävention. Wir setzen darauf, dass es erst gar nicht so weit kommen soll, dass wir das Kind wegen Gewalt oder Vernachlässigung aus der Familie herausholen müssen, sondern wir setzen darauf, dass wir früh Familien und junge Eltern unterstützen, erst gar nicht in diese Gewaltspirale zu kommen.

Und deshalb haben wir ein Bündnis für Kinderschutz mit allen Kommunen in unserem Land gegründet. Wir haben die Kinderschutzhotline eingeführt. Wir haben die Vorsorgeuntersuchungen für Kinder verbessert mit unserem Erinnerungssystem und wir haben mehrere Familienhebammen im Einsatz. Und wir haben in den letzten drei Jahren mit dem Bund gemeinsam um ein gutes Bundeskinderschutzgesetz gestritten. Und ich freue mich sehr, dass Mecklenburg-Vorpommern von Anfang an in der Arbeitsgruppe integriert und beteiligt war.

Und, Frau Bernhardt, Sie haben recht, halbe Sachen helfen beim Kinderschutz nicht weiter. Und deshalb bin ich sehr froh, dass es Bund und Ländern gelungen ist, aus dieser halben Sache jetzt eine ganze Sache zu machen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das bezweifle ich aber.)

Was uns wichtig war, ist, dass die gute Idee der Familienhebammen, wie hier in Mecklenburg-Vorpommern schon längst praktiziert, auch ein Anspruch im Bundesgesetz wird. Das ist es jetzt. Zukünftig stellt der Bund Geld zur Verfügung für den Ausbau von Strukturen der Familienhebammen, aber eben nicht nur von Familienhebammen, sondern auch von den Netzwerken „Frühe Hilfen“.

Und hier sind wir genau bei dem Punkt der Verzahnung Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitshilfe im Netzwerk „Frühe Hilfen“. Und diese beiden Dinge finden sich nun im Bundeskinderschutzgesetz wieder und nicht, wie ursprünglich geplant von der Bundesregierung, nur für vier Jahre finanziert von 30 Millionen Euro, sondern der Bund ist nach dem Vermittlungsergebnis bereit, dauerhaft in die Kinderschutzstruktur vor Ort zu investieren mit 30 Millionen Euro in 2012 und dann steigend ab 2014 mit 45 Millionen Euro und ab 2015 mit 51 Millionen Euro. Und deshalb ist es gut und richtig, dass wir dieses Gesetz nachgebessert haben, dass die Koalition sich entschieden hat, dem ersten Durchgang im Bundesrat nicht zuzustimmen, dass wir dann nachgebessert haben, und dass wir jetzt aber die Verbesserungen auf den Weg bringen, denn man kann immer hier vorne stehen und sagen, das muss noch sein, das muss noch sein, das muss noch sein.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Unsere Politik heißt: All das, was Kindern guttut, bringen wir auf den Weg, schnell und zügig, dass die Kinder den besten Schutz in unserem Land haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Geld für Familien, das sind natürlich vor allem Bundesleistungen. Hier gibt es eine ganze Menge, wie das Elterngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, Kinderbonus, Unterhaltsvorschuss,

Schulstarterpaket, Änderungen des Kinderregelsatzes, eine Vielzahl von unterstützenden Maßnahmen. Man kann immer darüber streiten, ob es ausreicht. Ich bin bei Vincent Kokert, wenn es darum geht zu sagen: Jedes Kind soll uns gleich viel wert sein,

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

deshalb ein gleiches Kindergeld für alle Kinder. Das ist derzeit nicht der Fall. Immer dann, wenn das Kindergeld erhöht wird, bekomme ich als Ministerin mit einem guten Ministergehalt mehr für meinen Sohn durch den Steuerfreibetrag. Und ich fand es schon ungerecht, dass bei der letzten Kindergelderhöhung meine Bekannte, die als Verkäuferin arbeitet, eben nur 20 Euro Kindergeld bekommt und ich 35 Euro. Ich finde das ungerecht. Es müsste genau umgedreht sein, dass gerade die, die fleißig sind und wenig verdienen, mehr Unterstützung bekommen.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn sie weniger verdient, dann müsste sie besseres Geld bekommen.)

Deshalb habe ich eine Idee vorgelegt zu sagen, 184 Euro für alle Kinder. Und den Kinderzuschlag, den es schon längst gibt, den natürlich auch die jetzige Bundesregierung zahlt und zahlen muss nach Rechtsanspruch, dann noch draufzulegen für die Geringverdiener, so, wie es das derzeit gibt, um die Familien, die wir in der Masse haben in unserem Land, die fleißig arbeiten gehen, aber am Ende sehr wenig Geld haben, besser zu unterstützen. Das ist allerdings eine Sache, die kann man auf Bundesebene diskutieren. Ich werbe dafür, dass wir in unserem Land hier darum streiten, was sind die besten Wege, dass wir darum streiten, wie viel Unterstützung für Kinder kann auch verhindern, dass Eltern sich selbst auf den Weg machen.

Mich macht es traurig, wenn ich die Schweriner Tafel besuche und wenn mir dann berichtet wird, dass Kinder sagen: Schade, dass dieses Freizeitangebot nur bis 18 Uhr auf ist. Wenn dann ein Kind gefragt wird, warum denn, wird gesagt: Meine Mama hat gesagt, lass dich vor 20 Uhr nicht blicken!

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist doch toll, ne?!)

Auch das ist die Wahrheit in unserem Land. Und ich finde es zu kurz gesprungen, wenn wir uns gegenseitig hier Vorwürfe machen, ihr seid die Bösen, ihr seid gegen Kinder, wir sind die Guten.

(Udo Pastörs, NPD: Das System fällt bald auf den Kopf, in wenigen Jahren.)

Es ist ganz wichtig, dass wir uns gemeinsam genau diesem Problem stellen, zu überlegen, wie können wir Kinder in unserem Land bestmöglich unterstützen und wie können wir vor allem dabei die Eltern mitnehmen, auch die Eltern, die noch nicht auf diesem Weg sind. Für diese gemeinsame Diskussion werbe ich und stehe ich auch als Ministerin zur Verfügung. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Kokert, a) habe ich gedacht, Sie reden länger, weil ich Sie fragen wollte, ob Sie noch ...

(Vincent Kokert, CDU:
Kommt noch. Warten Sie mal ab!)

Ah, schade. Aber trotzdem ...

(Egbert Liskow, CDU: Kommt noch.)

Ich wollte Sie fragen, ob Sie noch an den Weihnachtsmann glauben. Wenn ich Ihre Ausführungen höre, frage ich mich a) ...

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich möchte jetzt gerne aussprechen.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Also frage ich mich, ob Sie tatsächlich glauben, was Sie da erzählen, und b) wie weit Sie die gesellschaftliche Realität ausblenden können. Es ist außer Frage schwierig, dieses komplexe Thema hier umfänglich und ...

(Vincent Kokert, CDU: Ich bin nicht dafür,
dass ein gleichgeschlechtlicher
Partner ein Kind großzieht.)

Aber ich darf jetzt meine Rede halten, ja? Und ich bitte auch, die Sekunden hier abzuziehen.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Ich wusste gar nicht, dass Sie so empfindlich sind. Mensch, Herr Kokert!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Also, nun lassen Sie mich doch erst einmal anfangen. Das war doch noch gar nichts.

(allgemeine Unruhe –
Vincent Kokert, CDU: Sie sprechen mich
doch an, da muss ich doch antworten. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das war doch noch gar nichts, Mensch!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Gajek.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat der Redner. Bitte beschränken

(Zuruf aus dem Plenum: Die Rednerin.)

Sie Ihre Zwischenrufe – die Rednerin.

(Heinz Müller, SPD: Am Rednerinnenpult. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Darf ich jetzt bitte zu Ende reden?

Ich erwarte, dass jetzt hier Ruhe eintritt, damit der Rednerin auch gefolgt werden kann, damit hier vorne auch zu verstehen ist, was Frau Gajek auszuführen wünscht. Von daher bitte ich jetzt wirklich um etwas mehr Disziplin.

Bitte schön, Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Also, es steht außer Frage, Familien, Kinder schützen in der Komplexität ...

Also jetzt bin ich aus dem Kontext. Noch mal:

(allgemeine Heiterkeit –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es ist außer Frage schwierig, diese komplexe Frage, dieses Thema umfänglich und differenziert zu diskutieren. Aufgrund meiner eher begrenzten Redezeit,

(Udo Pastörs, NPD: Aha! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

kann ich jetzt hier nicht explizit Kinderarmut, soziale Benachteiligung, eigenständige Regelsätze, Gesundheitsförderung, Prävention, Ganztagschulen und das Bildungs- und Teilhabepaket behandeln.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, schade!)

Deshalb werde ich mich auf zwei, drei Punkte reduzieren.

Kein Kind zurücklassen, das ist ein hehres Ziel und da möchten wir Sie als Landesregierung auch unterstützen. Nur muss in diesem Zusammenhang auch immer die Familie und der Subsidiaritätsgedanke, wie wir gestern von Herrn Kokert gehört haben, gesehen werden, ...

(Vincent Kokert, CDU: Wenn Sie mich ansprechen, muss ich aber antworten.)

Das können Sie danach.

(Vincent Kokert, CDU: Dann dürfen Sie auch nicht aus dem Konzept kommen.)

Nö, so schnell gehts nicht. Es ist bloß ein bisschen viel.

... was Sie als Landesregierung versuchen, nur ist Ihr Bild vom Wohlfahrtsstaat und von der Familie eben ein anderer als das, das wir als Bündnisgrüne teilen.

(Nils Saemann, SPD: Ein Glück auch!)

Familienfreundlichstes Land, Frau Schwesig, mir würde es reichen, wenn wir familienfreundlich sind, weil ich glaube, dieses Streben immer nach dem Höchsten ist gut, aber steht uns manchmal im Wege.

(Heinz Müller, SPD: Interessante Erkenntnis! –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Wir Bündnisgrünen stehen für einen Sozialstaat, durch den Armut wirksam bekämpft und Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Teilhabe für alle ermöglicht werden. Sie

werden sagen, das wollen wir auch, nur sind unsere Wege unterschiedlich und wir schlagen andere Rahmenbedingungen vor.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, dann schlagen Sie doch mal welche vor, konkret! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Sie wissen scheinbar, was gut für Menschen ist.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Machen Sie mal einen guten Vorschlag!)

Dieses Denken entmündigt jedoch und zeigt einen Paternalismus und auch eine Selbstverliebtheit von Politik,

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

die mit Verlaub ...

(Die Abgeordnete Silke Gajek trinkt Wasser. –
Torsten Renz, CDU: Das geht alles von der Redezeit ab.)

Ja, genau.

... in die globalisierte Welt von heute nicht mehr passt.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute sind Lebensentwürfe so individuell und stark privatisiert, aber auch komplex und unsicher, dass sie sich schwer vereinheitlichen lassen.

(Stefan Köster, NPD: Kommen Sie doch mal zum Thema.)

Das idealisierte Familienbild, was hier heute beschrieben wird, hilft dabei nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Wo ist denn das beschrieben worden?)

Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass wir durch die Wende heute ein Gesellschaftssystem vorfinden, in dem ein Großteil der darin sozialisierten Menschen nicht auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung vorbereitet war.

(Udo Pastörs, NPD: Um Gottes willen!)

Politik setzt oft Dinge voraus, die im Alltag so nicht existieren.

(Udo Pastörs, NPD: Und Sie wollen hier noch irgendwas raushängen lassen?!
Es ist eine Unverschämtheit,
was Sie hier loslassen.)

Ich bin von hier und ich denke, das darf ich mir erlauben.

Viele Menschen mit einer DDR-Biografie sind fremdbestimmt und angepasst aufgewachsen.

(Udo Pastörs, NPD:
Haben Sie Vorstellungen! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Kennen Sie noch den Spruch: Von der Wiege bis zur Bahre? Ja, jeder und jede wurde mitgenommen, der oder die sich gut benahmen, der oder die ins System passte – ...

(Vincent Kokert, CDU: Genau dagegen habe ich mich ausgesprochen, Frau Gajek. – Zurufe von Ingulf Donig, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Ich habe Sie jetzt auch nicht gemeint.

... ein hoch exklusives System. Diese Politik hat definitiv und planmäßig Menschen entmündigt, drangsaliert, teilweise unselbstständig und abhängig gemacht, sie aber auch geformt.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist richtig. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Viele der heutigen Eltern sind in diesem System groß geworden oder deren Eltern.

(Udo Pastörs, NPD: Frank und frei geboren. – Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Michael Andrejewski, NPD)

Daraus resultieren oftmals eine ausgeprägte Versorgungsmentalität und der Ruf nach einem starken Staat.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

Gerade diesem Aspekt müssen wir uns stellen und nachhaltige Handlungsstrategien entwickeln.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese fehlen mir in der Sozialpolitik der Landesregierung.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Stattdessen lässt sich die Landesregierung zum Reparaturbetrieb einer verfehlten Sozialpolitik der Bundesebene degradieren und reagiert oftmals mit Eventpolitik.

(Udo Pastörs, NPD: Eventpolitik! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Der Koalitionsvertrag ist zudem weichgespült und lässt Nachhaltiges vermissen.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Kein Kind soll zurückbleiben. Was ist mit den Kindern,

(Vincent Kokert, CDU: Absenkung des Betreuungsschlüssels.)

die demnächst das Fest der Freude mit ihren Eltern feiern dürfen,

(Vincent Kokert, CDU: Elternbeiträge werden gesenkt.)

welches geprägt ist von Schlägen ...

(Vincent Kokert, CDU: Wie konkret sollen wir denn noch werden?! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber ich darf doch hier mal bestimmte Dinge ansprechen.

(Heinz Müller, SPD: Aber dann brauchen wir doch nicht so viele Allgemeinplätzchen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das sind keine Allgemeinplätzchen, das ist Realität von Menschen.

(Udo Pastörs, NPD: Es ist eine Unverschämtheit, was Sie den Eltern hier vorwerfen!)

... verbaler sexualisierter Gewalt oder auch emotionaler Kälte.

(Udo Pastörs, NPD: Gott sei Dank, die Lampe brennt.)

Gerade die Familie ist der Ort, wo Kinder fürs Leben lernen,

(Udo Pastörs, NPD: Ihre Redezeit ist zu Ende.)

Liebe, Geborgenheit und Schutz finden sollten.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Gajek, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Trotz dieser Unterbrechungen ist ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Andrejewski, NPD: Das kam vom vielen Wassertrinken. – Udo Pastörs, NPD: Vielleicht ist auch Wein drin.)

Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Köster für die NPD-Fraktion.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Deutsche Familien.)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zeit ist knapp, aber die Aktuelle Stunde verkommt in diesem Hause immer mehr zur Märchenstunde.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

„Familien und Kinder unterstützen – kein Kind zurücklassen“, Herr Kokert will sogar alle Kinder mitnehmen, die Frage ist nur, wohin.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der Koalitionsvertrag, den ich jedem empfehle zu lesen, enthält nur Luftblasen. Es ist keine einzige konkrete Maßnahme benannt, womit Familien wirklich unterstützt werden sollen.

(Zurufe von Minister Harry Glawe
und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Herr Kokert, Ihre Rede war absolut schwach und, Frau Schwesig,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ihre Rede enthielt leider auch keine konkreten Maßnahmen, sondern nur Luftblasen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ankündigungen oder Sie wollen die totale Fremdbetreuung der Kinder. Das ist Ihre Politik. Wie sieht denn Mecklenburg-Vorpommern aus? Mecklenburg-Vorpommern hat unter Ihrer Regierungskoalition die höchste Kinderarmutsquote bekommen. Hier in Schwerin leben 40 Prozent der Kinder in Armut,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

in Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt mehr als jedes dritte. Sie wollen die Elternkompetenz stärken. Wodurch denn? Durch schon fast sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse oder die Ganztagsfremdbetreuung der Kinder? Wodurch wird da die Elternkompetenz gestärkt?

(Udo Pastörs, NPD: Morgens
abgeben, nachts abholen.)

Und das moderne Frauenbild der LINKEN, wie sieht das aus?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Auf
jeden Fall nicht Stulle schmieren.)

Die Eltern gehen den ganzen Tag ihrer Erwerbstätigkeit nach,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, na und?)

die Kinder werden fremdbetreut. Wo bleibt da die Zeit für die Eltern und für die Kinder?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Die nehmen wir uns.)

Das ist Ihre Politik!

Die etablierten Parteien handeln, und das ist im Grunde der Grundsatz Ihrer Politik, nicht für die Familien und nicht für die Stärkung und Wertschätzung der Familien in dieser Gesellschaft, sondern all Ihre Handlungen sind allein den Interessen der Wirtschaft untergeordnet.

Wir, die NPD, sagen Ihnen, wie Sie die Elternkompetenz wirklich stärken und ausbauen können:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Na, da bin ich ja jetzt gespannt!)

Zahlen Sie den Eltern ordentliche Löhne!

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Geben Sie den Eltern mehr Zeit für die Kinder und auch für die Eltern!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Deshalb lehnt die NPD die grundsätzliche Ganztagschule ab.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh! –
Udo Pastörs, NPD: Sehr gut.)

Geben Sie den Frauen in ihrer Rolle als Mütter endlich Anerkennung und Wertschätzung!

(Heinz Müller, SPD: Mutterkreuz.)

Das ist nämlich in diesem Staat nicht der Fall. Die Frauen werden noch bestraft, wenn sie Mütter werden. Stärken Sie endlich die Familien in diesem Land durch Anerkennung und Wertschätzung als wichtigsten Teil des Ganzen! Erst dann haben Sie was erreicht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Was wir hier in dieser Aktuellen Stunde gehört haben, war einfach peinlich für das Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Einzige,
der peinlich ist, sind Sie, Herr Köster.)

Sie sind ein Verein von Heuchlern!

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Mucha für die Fraktion der SPD.

Ralf Mucha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie wichtig das Thema „Familien und Kinder unterstützen – kein Kind zurücklassen“ ist, ist uns in den letzten Jahren immer wieder vor Augen geführt worden. Aus diesem Grunde finde ich es richtig und notwendig, dass wir heute die Gelegenheit nutzen, noch einmal deutlich zu machen, dass wir Familien und Kinder gerade in schweren Lebenslagen unterstützen müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Die Familie von heute ist nicht mehr ausschließlich die traditionelle Mutter-Vater-Kind-Familie. Daneben existieren vielfältigste Lebensentwürfe, wie Paare mit und ohne Kinder, Paare mit und ohne Trauschein, die Alleinerziehenden, ...

(Udo Pastörs, NPD:
Wo ist denn da die Familie? –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Jawoll, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Familie und Zukunft
ist da, wo Frauen und Kinder und
Männer zusammen sind.)

... Patchworkfamilien und auch Regenbogenfamilien.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Der Abgeordnete Udo Pastörs
zeigt einen Vogel.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment bitte.

Herr Pastörs, solche Gesten weise ich hier zurück und ich weise Sie nochmals darauf hin, dass ich so etwas hier in diesem Parlament nicht zulassen werde.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eine Beleidigung, Frau Präsidentin.)

Ralf Mucha, SPD: Danke.

Familien sind die kleinste soziale Einheit, nach wie vor das Fundament und zugleich zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie übernehmen Verantwortung füreinander, sie erziehen Kinder, tragen große Teile unseres sozialen Sicherungssystems und sind die Grundlage für die Zukunft unseres Landes.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Udo Pastörs, NPD: Wenn sie denn da wären. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind da.)

Wir wollen mit unserer Politik alle Formen der Familie erreichen und die Familien unterstützen

(Udo Pastörs, NPD: Tun Sie das?!)

und die Unterstützung geben, die sie auch brauchen. Politik darf also nicht die steigende Geburtenrate zum Ziel haben. Vielmehr müssen wir uns um vorhandene Kinder kümmern und Sorge dafür tragen, dass alle Kinder gesund aufwachsen und materiell abgesichert sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es. –
Udo Pastörs, NPD: Bis keine mehr da sind.)

Wir dürfen kein Kind zurücklassen! Dies setzt Unterstützung sowohl für Kinder als auch für Mütter und Väter voraus. Deshalb wollen wir gute Rahmenbedingungen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern schaffen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Dann machen Sie das endlich!)

Frauen und Männer sollen Familie und Berufstätigkeit partnerschaftlich vereinbaren können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, nicht nur Stullen schmieren, Herr Pastörs!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie durch meine Vorrednerin Frau Manuela Schwesig, Entschuldigung, Frau Ministerin Manuela Schwesig und meinen Kollegen Vincent Kokert von der CDU-Fraktion schon dargestellt, möchte ich noch mal einige Schwerpunkte unserer Arbeit, wie wir sie auch im Koalitionsvertrag niedergeschrieben haben, darstellen.

(Stefan Köster, NPD:
Kommt jetzt endlich mal was? –
Udo Pastörs, NPD: Das dauert noch. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Jawohl, Herr Köster, jetzt kommt was. Und wenn Sie zugehört hätten vorhin, Frau Schwesig hat Ihnen auch schon gesagt, was wir bereits in der Vergangenheit

gemacht haben und was wir machen wollen. Aber hören Sie einfach mal zu, dann kommen wir dazu.

(Heinz Müller, SPD: Wenn Herr Köster das nicht versteht, dann können wir ja nichts dafür. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das Land unterstützt zurzeit 30 Familienzentren, Familienbegegnungseinrichtungen, 21 Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen sowie Familienferienstätten.

(Udo Pastörs, NPD: Toll! –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

2011 hat das Land im Bereich der Familienarbeit, in der Eltern- und Familienbildung sowie in der Ehe-, Familien- und Lebensberatung gefördert.

(Udo Pastörs, NPD: Mit welchen Ergebnissen denn? Was hat sich konkret geändert für die Kinder? –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das können wir in Zukunft mal evaluieren, Herr Köster.

(Udo Pastörs, NPD: Evaluieren, toll!
Wir können ja mal Ihre Rede evaluieren, wenn Sie fertig sind.)

2010 hat das Sozialministerium ein Aktionsprogramm zum Thema Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben aufgelegt und nach innovativen Ideen und Maßnahmen gesucht. Die besten 10 Projekte wurden aus 48 verschiedenen Vorschlägen ausgesucht und insgesamt mit 1 Million Euro gefördert.

(Udo Pastörs, NPD: Toll!)

Ich möchte hier nur ein Beispiel nennen für so ein Projekt. Das ist „Familien-in-MV.de“. Ohne die Förderung könnte das Projekt nicht realisiert werden.

(Udo Pastörs, NPD: Wer wäre darauf gekommen?!)

Wir werden uns weiterhin für ein gesundes und kostenloses Mittagessen in Krippen und Kindertagesstätten sowie für die Verbesserung der frühkindlichen Bildung einsetzen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig.)

So haben wir bereits erste Verbesserungen – und das hat die Frau Ministerin auch schon ausgeführt – der Fachkraft-Kind-Relation in den Kitas durch die Herabsetzung der Betreuungsschlüssel von 1:18 auf 1:17 erreicht. Und wir werden diesen Betreuungsschlüssel weiter absenken. Das ist aber durch meine Vorredner auch schon dargestellt worden.

(Vincent Kokert, CDU:
Ja, richtig, aber DIE LINKE hat das nicht verstanden. Können Sie das noch mal aufschreiben?!)

Nein, deshalb habe ich es ja auch noch mal wiederholt.

Weiterhin erwähnt sei noch die Einrichtung der Kinder-schutzhotline, die sich als ein wirksames Instrument zum Schutz unserer Kinder bewährt hat.

(Udo Pastörs, NPD: Hotline, das ist 'ne heiße Sache.)

Ja, das ist eine heiße und eine tolle Sache.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, Kinderarmut bedeutet immer auch Familienarmut. Deshalb fordern wir, den Missbrauch der Leiharbeit zu beenden, indem der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ endlich ohne Ausnahme gilt und durchgesetzt wird,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Stefan Köster, NPD: Handeln Sie doch endlich mall)

damit eine Höchstüberlassungsdauer im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz festgeschrieben wird.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und ein flächendeckender Mindestlohn, dieses Ziel bleibt gerade unter familienpolitischen Gesichtspunkten ein Schwerpunkt in der Koalition.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Kinderarmut lässt sich am besten vermeiden, indem Eltern einer existenzsichernden Arbeit nachgehen können.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Um Chancengleichheit für alle Kinder herzustellen, sind bedarfsgerechte und hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder aller Altersgruppen unabdingbar. Ein flächendeckendes Netz der Prävention durch frühe Hilfen in Geburts- und Kinderkliniken, durch Frauenärztinnen und -ärzte, durch Familienhebammen sowie die Kinder- und Jugendhilfe wollen wir weiter stärken und ausbauen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen wir auch. – Udo Pastörs, NPD: Das ist eine gute Idee.)

Ein weiterer Punkt ist die Erhöhung der Mobilität im ländlichen Raum sowie der weitere Ausbau der Ganztags-schulen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Dies gelingt natürlich nicht zum Nulltarif. Es freut mich daher, dass die Verhandlungspartner auf Bundesebene sich am Montagabend zum Kinderschutzgesetz geeinigt haben und unsere Sozialministerin Frau Manuela Schwesig maßgeblich dazu beigetragen hat, dass der Bund zukünftig 30 Millionen Euro jährlich in die Hand nimmt, um Familienhebammen für bedürftige Eltern und Netzwerke für frühe Hilfen dauerhaft zu finanzieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und wie wir eben gehört haben, wird dieser Topf auf 51 Millionen Euro im Jahre 2015 dauerhaft angehoben.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn es dann diese Republik noch gibt in dieser Form. – Jochen Schulte, SPD: Mensch, Herr Pastörs, quatschen Sie die Parkuhr voll!)

Danke, Herr Schulte.

Themen wie die Stärkung und die Entfristung der Jugend- und Schulsozialarbeit, die Fortsetzung des Bündnisses für Kinderschutz in M-V und Initiativen vor Ort in den Kommunen, wie zum Beispiel das Projekt JeKi, Jedem Kind ein Instrument, oder das Projekt der kommunalen Bildungslandschaften, wie es bereits in der Stadt Leipzig erfolgreich umgesetzt wird, möchte ich der Vollständigkeit halber und mit Rücksicht auf die vielen Dopplungen noch mal erwähnen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut, Ralf.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, wir sind schon einen großen Schritt vorangekommen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, toll!)

Es gilt aber, noch viel für Kinder und Familien zu tun.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eine ewige Aufgabe, ja, natürlich.)

Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst und wollen mit Ihnen gemeinsam daran arbeiten. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr schöne Rede.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen richtigen Satz hat Frau Bernhardt in ihrem Redebeitrag gesagt,

(Vincent Kokert, CDU: Das war auch der einzige.)

den möchte ich einfach noch mal wiederholen. „Das Thema ist richtig und wichtig.“ Das war Ihre Botschaft. Alles andere, muss ich sagen, da haben Sie sich aus unserer Sicht disqualifiziert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Egbert Liskow, CDU: Ja, genau. – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wir haben als CDU-Fraktion dieses Thema platziert, weil wir glauben, dass es wichtig ist, das höchste Gut, was wir besitzen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Dann machen Sie auch was dafür.)

nämlich unsere Kinder und intakte Familien, in den Mittelpunkt dieser Diskussion zu stellen und gemeinsam Vorschläge zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen, dass wir Kindern und Familien in unserem Land gerecht werden.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das habe ich gestern gesehen.)

Und was haben Sie getan? Sie haben hier Frust abgebaut.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Nein, ich habe die Realität dargestellt.)

Und ich sage Ihnen, damit sind Sie dem Thema nicht gerecht geworden, sondern Sie haben sich aus unserer Sicht disqualifiziert, was das Thema Familienpolitik betrifft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und, sehr geehrte Frau Genossin Bernhardt,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Sie waren zwar 2002 noch nicht hier, aber Sie werden sicherlich intensiv den erfolgreichen Wahlkampf damals Ihrer LINKEN – ich glaube, damals hießen Sie ja noch PDS – verfolgt haben,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

wie Ihr Spitzenduo Gramkow/Holter durch die Lande gewandert ist und Bildungsgutscheine noch und nöcher verteilt haben,

(Vincent Kokert, CDU: Richtig. Ich habe noch zwei zu Hause. Kann ich die bei Ihnen einlösen?)

und die haben Sie bis zum heutigen Tag in der Familienpolitik nicht eingelöst. Kostenlose Bildungsgutscheine –

(Egbert Liskow, CDU: Oi!)

darauf warten heute in Mecklenburg-Vorpommern noch Tausende Eltern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Genau,
das ist Ihre Familienpolitik!)

Und wenn die Eltern Gutscheine einlösen wollen, dann sind sie jetzt bei dieser Koalition richtig aufgehoben. Das, was wir erfolgreich auf den Weg gebracht haben, wir haben es gesagt: Betreuungsschlüssel auf 1:17 herabgesenkt in der letzten Legislatur. Wir handeln nämlich. Und wir werden weiter handeln, indem wir den Betreuungsschlüssel auf 1:15 absenken werden.

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
Vincent Kokert, CDU: Das ist klar,
Sie machen Mätzchen.)

Und da brauchen Sie gar nicht hämisch zu lachen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Erinnern Sie sich an Ihre Zeit, wo sie – Sie persönlich nicht, aber Ihre Partei – in der Verantwortung waren in der DDR. Wo war denn da der Betreuungsschlüssel?

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Hören
Sie auf, in der Vergangenheit zu denken! –
Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Mich wundert, dass Sie heute nicht 1:12 oder noch mehr fordern. Damals war der Betreuungsschlüssel mindestens 1:18. Schauen Sie sich an, was Sie dort für Verhältnisse hinterlassen haben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Und da spreche ich Ihnen einfach das Recht ab,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist ja wohl nicht zu fassen!)

uns hier als Partei so zu diskriminieren.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir als CDU machen erfolgreiche Familienpolitik in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern und in den Kommunen. Wir sind Initiator der Lokalen Bündnisse für Familie. Und Sie stellen sich hier hin und wollen versuchen, unsere Partei in Gänze zu diskriminieren. Das weise ich an dieser Stelle zurück.

(allgemeine Unruhe und Heiterkeit –
Glocke der Vizepräsidentin –
Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir waren es, die mit einem Bildungsminister Tesch den Bildungsplan von null auf zehn,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Oh, ja! –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

das heißt ganzheitlicher Ansatz, Bildung von Anfang an, auf den Weg gebracht haben.

(allgemeine Unruhe – Peter Ritter, DIE LINKE:
Das hat sich aber gestern in der
Regierungserklärung anders angehört.)

Das sind Fakten.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Renz, einen Moment bitte.

Torsten Renz, CDU: Ja, ich weiß, die Wahrheit tut weh. Aber die müssen Sie sich schon mal anhören, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Renz, einen Moment bitte.

Also ich finde es wirklich schlimm, dass wir bei diesem Thema, das hier alle als wichtig definieren, so einen Krach veranstalten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, richtig.)

Und das ist hier andauernd so, dass ich das Parlament hier zur Ordnung rufen muss. Ich bitte doch nun jetzt wirklich um Disziplin.

(Egbert Liskow, CDU: Und dann die LINKEN. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Torsten Renz, CDU: Danke schön, Frau Präsidentin!

Und wenn wir von erfolgreicher Familienpolitik sprechen, dann müssen wir eben sagen, wir haben jetzt 184 Euro Kindergeld. Ja, unter der CDU wurde es gesteigert, einmal im Jahre 2009 auf 164 Euro

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und im Jahre 2010 auf 184 Euro. Das ist erfolgreiche Familienpolitik. Wir unterstützen Familien.

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

Und wenn wir dann bei der Historie sind, was ich schon angesprochen habe, dann will ich Sie hier einmal daran erinnern, was erfolgreiche DDR-Politik war,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Wenn Sie nicht mehr weiter wissen,
kommen Sie mit der DDR. –
Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

nämlich 1987, da gab es bei Ihnen noch 20 Mark Kindergeld. 20 Mark Kindergeld!

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Davon wollen Sie heute nichts mehr wissen, aber das ist die Realität.

(Zuruf aus dem Plenum:
Ehekredit mit 5.000.)

Und dann stellen Sie sich hier ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment bitte, Herr Renz.

Ich bitte jetzt die Parlamentarischen Geschäftsführer nach vorne.

(Die Parlamentarischen Geschäftsführer
treten zu einer kurzen Beratung
bei der Vizepräsidentin zusammen.)

So bitte, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: So, dann möchte ich auch gerne zu sprechen kommen auf das Bildungs- und Teilhabepaket, weil hier auch so getan wird, als wenn jetzt der Untergang durch die CDU produziert wird.

Es ist so, wie Frau Schwesig gesagt hat: Es bestand ein breiter Konsens zwischen den Volksparteien, das Bildungs- und Teilhabepaket auf den Weg zu bringen. Und wenn Sie immer suggerieren, dass wir dann keinem Kind

mehr Zugang zu Bildung, Teilhabe im Sportverein und in Musikschulen und so weiter garantieren, dann will ich Ihnen mal sagen, wie die Realität aussieht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Schlecht.)

Schauen Sie mal ...

Da kann man unterschiedlicher Auffassung sein.

Schauen Sie zum Beispiel mal in geltende Satzungen. Ich habe jetzt noch die des Landkreises Güstrow. Ich gehe davon aus, die wird in den Landkreis Rostock überführt. Da ist ganz einfach mal festgeschrieben, wenn es um die Teilnahme am Musikschulunterricht geht: Besteht das Eigen- oder Familieneinkommen ausschließlich aus Sozialhilfeleistungen, wird Gebührenerlass für ein Unterrichtsfach gewährt. Das ist soziale Familienpolitik. Wir ermöglichen den Kindern Zugang zur Teilhabe an Bildung. Und dann muss man nicht immer so tun, als wenn diese 10 Euro, die im Bildungspaket festgeschrieben worden sind, bedeuten, dass wir überhaupt den Zugang nicht gewährleisten. Das ist Fakt, das sind Fakten, und da brauchen Sie nichts schlechtzureden.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Und dann will ich Ihnen sagen als Vorsitzender eines größeren Sportvereins, auch da gibt es eine Gebührensatzung. Ein Kind beim Güstrower Sportklub zahlt 4,16 Euro, ganz konkret, also 50 Euro Jahresbeitrag,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt,
DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU:
Was krähen Sie immer rum?
Sie haben doch gar
keine Ahnung.)

das heißt unter 5 Euro im Monat. Und dieses Kind kann auch hier im Härtefall den Antrag stellen auf Gebührenbefreiung. Und dann müssen Sie nicht immer so tun, als wenn wir hier den Untergang haben.

(Michael Andrejewski, NPD:
Der Untergang, Teil 2.)

Und das, will ich Ihnen sagen, steht Ihnen nicht zu.

(allgemeine Unruhe – Zuruf von
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das hat mich auch persönlich getroffen, wie Sie die Aktuelle Stunde hier missbraucht haben und ohne Inhalte versucht haben, auf uns rumzuklopfen, auf Deutsch gesagt.

(allgemeine Unruhe –
Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Michael Andrejewski, NPD)

Aber ich reiche Ihnen die Hand, auch Ihnen, Frau Bernhardt. Ich lade Sie recht herzlich ein zu einem Seminar der Adenauer-Stiftung

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oooh!)

„Erfolgreiche Familienpolitik in Deutschland“. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Fragestunde.

Fragestunde – Drucksache 6/190 –

Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 6/190 vor.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Michael Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Frage 1** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Minister! Frage:

1. Besteht bei der Landesregierung die Bereitschaft, sich an den gemessen an den ursprünglichen Planungen erheblich gestiegenen Kosten des in Anklam begangenen Landeserntedankfestes zu beteiligen?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um die Frage konkret zu beantworten: Das Land beteiligt sich an den Kosten des Landeserntedankfestes aus unserem Haushalt. Das ist seit Jahren so. So steht es auch drin. Als Landesministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz beteiligen wir uns mit 10.000 Euro an den Kosten des Landeserntedankfestes.

Die Stadt Anklam – bei der ich mich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich bedanke und vor allen Dingen bei den vielen, vielen Vereinen und Verbänden – hat dann einen Antrag gestellt auf zusätzliche Unterstützung für Druckkosten, Flyer und Plakate. Auch dieses haben wir vorgenommen. Insofern, glaube ich, haben wir ein sehr schönes, ein ereignisreiches Wochenende in Anklam gehabt. Das Landeserntedankfest war aus meiner Sicht ein großer Erfolg.

Michael Andrejewski, NPD: Darüber hinaus gibt es aber keine Beteiligung?

(Vizepräsidentin Beate Schlupp:
Ich muss immer erst umschalten. –
Minister Dr. Till Backhaus: Ach so,
jaja. Ich möchte ja auch keinen
Fehler machen, Frau Präsidentin.)

Minister Dr. Till Backhaus: Frau Präsidentin, wenn ich dann antworten darf, möchte ich noch mal ausdrücklich betonen, dass unsere Ämter – in Klammern: ausdrücklich die StALUs – Koordinierung und Hilfestellung geben. Und es hat in Anklam auch durch die Koordination des StALUs Vorpommern durch Herrn Wedewardt etliche Runden gegeben. Da haben auch viele, viele Unternehmen gesponsert und die Landeskirchen haben sich insgesamt hervorragend eingebracht, sodass ich schon der Auffassung bin, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern seiner Verantwortung gerecht geworden ist.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun den Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD, die **Fragen 2 und 3** zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Herr Minister!

2. Aus welchen konkreten Gründen werden in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin Massentierhaltungsanlagen genehmigt und aus Landesmitteln zudem noch gefördert, die in dieser Größenordnung schon längst in anderen Bundesländern oder gar in dem benachbarten Ausland undenkbar sind?

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich möchte noch mal klarstellen, dass wir in Deutschland Rechtsvorschriften haben, und die gelten dann in Form von Bundesgesetzen sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in anderen Bundesländern. Zum großen Teil sind diese Genehmigungsverfahren im Übrigen auch mit europäischem Recht unterlegt. Insofern gibt es keine Sonderlex Mecklenburg-Vorpommern, ganz im Gegenteil. Wir fördern und unterstützen ausdrücklich nur Unternehmen, die diesem Leitbild entsprechen. Verbunden damit sind klar die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Steigerung von Wertschöpfungspotenzialen, der Ausbau von regionalen Nährstoffkreisläufen auf den landwirtschaftlichen Flächen und natürlich wollen wir auch unterm Strich die Errichtung einer bäuerlich geprägten Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen.

Aus diesem Grunde, betone ich auch noch mal, fördern wir nicht sogenannte „Massentierhaltungen“. Diesen Begriff, das betone ich immer wieder, gibt es nicht, er ist nicht definiert. Insofern haben wir festgelegt, dass Unternehmen bis zu einer Größe oder einem Investitionsvolumen von 3,75 Millionen Euro gefördert werden. Das heißt, wir haben hier auch Grenzen eingezogen.

Hinzu kommt, das will ich dann aktuell nur angedeutet haben, seit dem 30.09. dieses Jahres werden keine Anträge, keine neuen Anträge auf Förderung für Tierhaltungsanlagen bearbeitet. Ausnahmen sind der ökologische Landbau und die Milchviehhaltung. Alle anderen Anträge, die jetzt neu gestellt worden sind, werden nicht bearbeitet.

Stefan Köster, NPD: Zusatzfrage: Wie bewerten denn die Landesregierung und Ihr Haus eine Aussage der „Schweriner Volkszeitung“ vom 11. November, wo es um Massentierhaltung ging, wo es heißt, Zitat: „Viele Industrielle drängt es nach Ostdeutschland. Auch dank hoher Subventionen und einer lobbyhörigen Politik.“?

Minister Dr. Till Backhaus: Frau Präsidentin! Ich kann nur dazu sagen, wir haben ein Interesse an einer angepassten, sinnvollen Veredlungsstruktur. Und wir haben nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern das Problem, sondern auch in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt, oder schauen Sie in das Emsland. Allein in Niedersachsen, in einem Landkreis im Emsland, gibt es den Antrag auf die Errichtung von Stallkapazitäten für über 13 Millionen Masthühner. Insofern ist das kein Phänomen in Mecklenburg-Vorpommern, sondern es geht um den nachfrageorientierten Markt.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich sehe eine weitere Zusatzfrage. Bitte Herr Abgeordneter Pastörs, stellen Sie Ihre Frage.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Herr Minister, Sie sagten, dass also diese eingereichten Anträge

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frage!)

nicht mehr bearbeitet werden. Frage: Inwieweit ist dieses Vorgehen auch auf der Grundlage europäischen Rechts rechtssicher?

Minister Dr. Till Backhaus: Frau Präsidentin! Selbstverständlich haben wir als Landesregierung das Recht, in Form von Förderrichtlinien zu entscheiden, welche Art von Förderung, von Anreizentwicklung wir vornehmen. Und ich habe gestern, wenn Sie mir zugehört hätten, gesagt, dass ich der Auffassung bin, dass wir einen gesamtgesellschaftlichen Dialog entwickeln müssen mit dem Ziel, was verstehen wir unter einer artgerechten Tierhaltung, und ausdrücklich auch vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse, die wir im Zusammenhang mit der Anwendung von Antibiotika erlangen.

Deswegen sage ich noch mal ausdrücklich: Es geht hier um die Förderung. Die Genehmigungspraxis ist und bleibt so, wie sie ist. Da sind wir nach dem Bundesimmissionsschutz verpflichtet, Anträge zu bearbeiten. Wenn sie ordnungsgemäß gestellt worden sind, hat ein Antragsteller selbstverständlich auch das Recht auf Genehmigung, und diese kann dann gegebenenfalls beklagt werden. Es geht mir hier in der Aussage ausdrücklich um die Förderung. Das habe ich gesagt, dass dort in diesem Bereich zurzeit keine Anträge bearbeitet werden.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich sehe eine weitere Frage von Herrn Pastörs. Bitte, Herr Pastörs, stellen Sie Ihre Frage.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön, Frau Präsidentin.

Wie bewerten Sie die Tatsache, dass in Belgien schon vor fünf Jahren dieses Vorgehen, das Sie jetzt auch für Mecklenburg ankündigen, in die Praxis umgesetzt wurde, dass es da mehrere Klagen gibt und man sich dort auf europäisches Recht zurückzieht?

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich sehe dieser Problematik ganz offen entgegen. Ich glaube, dass wir in den letzten Jahren auch gezeigt haben, dass wir ein vernünftiges angepasstes Agrarinvestitionsförderprogramm haben. Und ich glaube, dass wir damit auch rechtssicher sind.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Köster, bitte stellen Sie jetzt Ihre Frage 3.

Stefan Köster, NPD: Zur Frage 3.

3. Wie bewertet die Landesregierung die Förderung zahlreicher Tier- und Verbraucherschutzverbände, bei einem Fleischexportanteil Deutschlands von mindestens 20 bis 25 Prozent endlich die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Tiere in der landwirtschaftlichen

Tierhaltung zu verbessern und somit den Weg zu einer artgerechten Tierhaltung in der Landwirtschaft zu gehen?

Minister Dr. Till Backhaus: Also, ich darf die Frage beantworten, Frau Präsidentin.

Die tierschutzrechtlichen Regelungen der Bundesrepublik Deutschland sind, glaube ich, insgesamt sehr, sehr gut. Und auf der anderen Seite haben wir dann Verordnungen, die deutschlandweit gelten, die europaweit gelten. Dieses nationale Recht beruht überwiegend, ich habe das schon angedeutet, auf europäischen Rechtsgrundlagen. Die Gesetzgebungs- beziehungsweise die Verordnungskompetenz in diesem Bereich hat der Bund. Das halte ich auch für richtig, damit wir nicht ein Auseinanderdriften der einzelnen Bundesländer haben. Das heißt, wir haben es hier ausdrücklich mit Bundesrecht zu tun, und wir können natürlich durch Landesrecht ergänzen. Das haben wir auch getan.

Insofern kann ich auf der einen Seite natürlich auch die Menschen verstehen, die sagen – ich habe das auch gestern angedeutet –: Diese übergroßen Anlagen passen nicht zum Land Mecklenburg-Vorpommern. Auf der anderen Seite ist es so, dass ich großes Interesse daran habe, dass die artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern natürlich den Tierschutzaspekt zu berücksichtigen hat. Nicht umsonst haben wir den Tierschutz in der Verfassung des Landes und im Grundgesetz und ich erwarte von jedem Tierhalter in Mecklenburg-Vorpommern, dass er die tierschutzrechtlichen Mindestanforderungen in dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern einhält. Auf der anderen Seite bin ich der festen Überzeugung, dass es richtig ist, dass wir im Lande weitere Anforderungen an eine artgerechte Tierhaltung stellen werden. Dazu werden wir in Kürze auch ausdrücklich Anträge in den Bundesrat einbringen.

Stefan Köster, NPD: Eine Zusatzfrage habe ich noch: Welche konkreten Maßnahmen hat denn das Land Mecklenburg-Vorpommern unternommen, um zum Beispiel diese Transporte durch halb Europa zum Schlachten der Tiere, die dann auch noch von der EU finanziell gefördert werden, zu unterbinden?

Minister Dr. Till Backhaus: Also, da Sie im Agrar Ausschuss ja selber Mitglied sind und dort zuhören, wissen Sie, dass Mecklenburg-Vorpommern sich gerade auch in den vergangenen Monaten durchgesetzt hat, dass der Tiertransport auf acht Stunden begrenzt worden ist. Da kann man drüber diskutieren, ob das nicht doch noch zu lange ist, aber wir sind tatsächlich hier zu einer Eingrenzung gekommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tja, so viel dann zur Ausschussarbeit der Abgeordneten der NPD.)

Hinzu kommt, dass die Tiertransportfahrzeuge den neuesten Ansprüchen entsprechen und von Klimaanlagen bis hin zum Reichen von Wasser ausgerüstet sein müssen und dass das Platzangebot in diesen Transportfahrzeugen auch entsprechend vorhanden sein muss. Hinzu kommt, dass die Tierbestände vor Abgang dieser Transporte tatsächlich überwacht werden und gleichfalls auf dem Schlachthof selber, wenn es dann um die Schlachtung geht. Insofern haben wir in den letzten Jahren wirklich viel für diese Entwicklung getan.

Ich will vor allen Dingen, und darin mündet dann auch die Diskussion in den nächsten Wochen und Monaten, endlich in Deutschland ein Prüf- und Zulassungsverfahren für artgerechte Tierhaltungsverfahren haben. Daran arbeiten wir seit Jahren, und ich hoffe, dass wir im Bundesrat damit jetzt auch weiterkommen.

Stefan Köster, NPD: Sind denn acht Stunden Transportzeit für Schlachttiere dem Tierschutz aus Sicht der Landesregierung angemessen?

Minister Dr. Till Backhaus: Wenn Sie sich die Tier-schutz-Nutztierhaltungsverordnung anschauen, dann ist die Acht-Stunden-Transport-Begrenzung darin eingebunden und darin sind Pausen eingebettet, ähnlich wie das bei den Lenkzeiten im Kraftverkehr der Fall ist. Dann sollten Sie sich wirklich die Verordnung mal anschauen.

(Stefan Köster, NPD:
Ich wollte wissen, ob Sie
das in Ordnung finden.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Pastörs von der NPD-Fraktion. Bitte, Herr Pastörs, stellen Sie Ihre Frage.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Herr Backhaus, inwieweit gibt es in Ihrem Hause Überlegungen, eine Initiative zu starten, um die Restproduktionen in der Hähnchenmast, die gegen die Gewichtsnormen der EU verstoßen, nicht mehr nach Afrika zu exportieren und dort die kleinteilige Landwirtschaft der Menschen damit nicht massiv zu zerstören?

Minister Dr. Till Backhaus: Also wir sind zurzeit ja ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment bitte, Herr Minister.

Es gibt klare Regeln für die Fragestunde und die Frage muss sich auf die Antwort des Ministers beziehen.

Udo Pastörs, NPD: Die bezog sich ja gerade auf den Transport ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich will jetzt hier nicht darüber diskutieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das hat damit nichts zu tun.)

Man kann über die Zulässigkeit reden. Ich denke, die Antwort des Ministers gibt diese Frage nicht her, von daher lasse ich sie nicht zu.

Udo Pastörs, NPD: Das kann man so machen, gnädige Frau.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Johannes Saalfeld, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Fragen 4 und 5** zu stellen.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister!

4. Ist im Jahr 2011 für das Fusionsprojekt Wendelstein 7-X im IPP Greifswald ein Mehrbedarf entstanden?

Minister Mathias Brodkorb: Ja, Herr Abgeordneter Saalfeld, das hängt davon ab, was man unter einem Mehrbedarf versteht.

(Udo Pastörs, NPD: Er hat eine Krawatte an, sehe ich gerade, der Herr Brodkorb.)

Wenn das unvorhergesehene Mehrausgaben im Verlaufe eines Projektes sind, dann nicht. Es ist im Jahre 2011 zu einer Absenkung durch den Hauptzuwendungsgeber im Bundesministerium für Bildung und Forschung von 52.000 Euro gekommen. Wenn man dies jedoch misst an der ursprünglichen Haushaltsveranschlagung, dann gibt es einen Mehrbedarf von 793.000 Euro, der sich im Wesentlichen durch eine Unterveranschlagung im Landeshaushalt beziehungsweise in der Mittelfristigen Finanzplanung ergibt, allerdings nicht daraus, dass es eine überbordende Kostenentwicklung in diesem Projekt gibt.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann hätte ich dazu eine direkte Nachfrage: Das heißt, es wurde in der Mittelfristigen Finanzplanung von einem falschen Betrag ausgegangen?

Minister Mathias Brodkorb: Diese Zahlen, die wir vom Landesgesetzgeber auf Vorschlag auch der Landesregierung veranschlagt haben, haben sich als unrealistisch erwiesen. Sie wissen ja, dass neun Zehntel der Kosten durch den Bund getragen werden und dementsprechend auch die Projektentwicklung und die Kostengestaltung durch den Bund maßgeblich beeinflusst werden. Gegenüber dieser Entwicklung, die vom Hauptzuwendungsgeber vorgesehen wurde, war das eine Unterveranschlagung. Aber das ist bei solchen Projekten nicht völlig unüblich, dass es eben auch Kostenveränderungen gibt.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann hätte ich noch eine Nachfrage, und zwar: Gehe ich richtig davon aus, dass die Kosten im Gesamtrahmen bleiben werden?

Minister Mathias Brodkorb: Ich müsste jetzt zurückfragen, was Sie unter einem Gesamtrahmen verstehen. Also ich würde mich insofern wiederholen müssen: Es gibt keine unvorhergesehenen Kostenexplosionen, wie das an anderen Stellen öffentlicher Förderung bisweilen der Fall ist, sondern es bewegt sich sozusagen alles im Rahmen der vom IPP vorgesehenen Planung.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gut, dann stelle ich meine fünfte Frage, also Frage 5.

5. Wie hoch liegt der über die Jahre kumulierte Gesamtmehrbedarf und der vom Land Mecklenburg-Vorpommern anteilig zu tragende Mehrbedarf gegenüber der anfänglichen Planung zum Zeitpunkt der Vertragsvereinbarung zum Wendelstein 7-X?

Minister Mathias Brodkorb: Das schließt jetzt natürlich an die erste Frage an. Je nachdem, was man unter einem Mehrbedarf versteht, lautet die Antwort: keiner. Wenn Sie das jedoch beziehen auf den tatsächlichen Haushaltsvollzug und die Vereinbarungen, haben wir

im Moment einen Mehrbedarf innerhalb von sechs Jahren von 4.304.333,33 Euro, also rund 4,3 Millionen Euro.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gegenüber der Planung?

Minister Mathias Brodkorb: Nicht gegenüber der Planung, sondern gegenüber der Vereinbarung. Gegenüber der Planung des IPP ist es ein Mehrbedarf in sechs Jahren von 231.333,33 Euro.

Man muss drei Dinge unterscheiden: die Haushaltsveranschlagung, die Planung des IPP selbst und den Zuwendungsbescheid beziehungsweise die ursprünglichen Daten, die in den Zuwendungsvereinbarungen vor sechs Jahren mal getroffen wurden, wo aber immer in Aussicht genommen wurde, dass sich die Zahlen noch verändern können. Aber das, was Sie vermutlich meinen, mit der Vertragsvereinbarung, das sind 4,3 Millionen Euro Landesanteil in sechs Jahren.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich sehe eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Jaeger. Bitte, Herr Jaeger, stellen Sie Ihre Frage.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Ich habe eine Frage zu den Kosten Wendelstein beziehungsweise dem Gesamtforschungsetat. Sehen Sie angesichts des politischen Schwerpunktes der Landesregierung, auf das Thema Energiewende zu setzen, die politische Notwendigkeit eines Umsteuerns in der Fördermittelpolitik, weg zum Beispiel von Wendelstein hin zum Thema regenerative Energien?

Minister Mathias Brodkorb: Herr Abgeordneter Jaeger, wenn Sie mir erlauben, Umsteuern so zu interpretieren, dass man die Förderung für das Projekt in Greifswald einstellt und stattdessen regenerative Energien stärker fördert, dann sehe ich diese Möglichkeit nicht, weil es sicherlich auch ein erhebliches Ausmaß an Steuergeldverschwendung wäre, ein Projekt, das knapp 300 Millionen Euro Forschungsmittel allein am Standort Greifswald bisher investiert hat, infrage zu stellen. Wenn Sie das so gemeint haben, ob ich der Auffassung bin wie die Landesregierung, dass man darüber hinaus für regenerative Energien im Forschungsbereich, aber auch im Bereich der Wirtschaftsförderung etwas tun muss, dann, glaube ich, kann man die Frage deutlich mit Ja beantworten, so, wie es auch schon im Koalitionsvertrag steht.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung und bitte die Abgeordnete Regine Lück, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 6 und 7** zu stellen.

Regine Lück, DIE LINKE: Herr Minister!

6. Was ist mit der Aussage im Punkt 49 der Koalitionsvereinbarung gemeint, soll beispielsweise einer Abschaffung der Privilegierung von Vorhaben zur gewerblichen Tierhaltung, die derzeit nach Paragraph 35 Absatz 1 Nummer 4 BauGB genehmigt werden, nicht zugestimmt werden?

Minister Volker Schlotmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegin Lück! In Paragraph 35 Baugesetzbuch ist ja geregelt die bauplanungsrechtliche Regelung

zur Zulässigkeit von Bauvorhaben im Außenbereich und wir wissen alle, dass in den vergangenen Jahren dieses Baugesetzbuch an der Stelle schon mehrfach geändert worden ist. Das betraf insbesondere gerade die Zulässigkeit von sogenannten Privilegierten Vorhaben im Außenbereich, zum Teil auch aus unserer Sicht politisch sehr wichtig, denn es wurden zum Beispiel Windenergieanlagen und Biomasseanlagen im Jahr 1997 und auch 2004 als privilegierte Vorhaben aufgenommen. Mit der letzten Novellierung 2011 wurden Photovoltaikanlagen in, an und auf dem Dach und an Außenwandflächen im Außenbereich als zulässig erklärt.

Das ist also für uns eine ganz wichtige Grundlage für das, was wir im Land an zukünftiger Energiepolitik betreiben wollen. Die Zulässigkeit von Anlagen der erneuerbaren Energien im Außenbereich wird von uns grundsätzlich begrüßt und ich denke, nach Ihrer Programmatik dürften wir da nicht auseinanderliegen.

Hinsichtlich der nach Paragraph 35 Absatz 1 Nummer 4 Baugesetzbuch privilegierten Tierhaltungsanlagen hat der Bund in der Sitzung der Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz darüber informiert, dass hierzu eine Gesetzesänderung vorgesehen ist. Ob die Koalitionspartner einer Änderung, wie immer die dann auch aussehen soll, zustimmen werden, kann natürlich gegenwärtig überhaupt nicht beurteilt werden, da uns die konkrete Formulierung einer solchen Änderung nicht vorliegt. Wir kennen sie nicht. Und sobald dem Ministerium der genaue Wortlaut der geplanten Regelung vorliegt, wird dann in Abstimmung mit dem Landwirtschafts- und Umweltministerium sorgfältig geprüft werden, ob die vorgeschlagene Lösung mitgetragen werden kann. Ich kann Ihnen zusichern, sobald sie uns vorliegt, werden wir auch im Ausschuss darüber berichten.

Regine Lück, DIE LINKE: Danke.

7. Wie ist der Stand bezüglich einer Novelle des Baugesetzbuches, liegt ein Referentenentwurf vor und wie ist die Landesregierung in das Verfahren eingebunden?

Minister Volker Schlotmann: Uns liegt bisher der Entwurf für die Novellierung des Baugesetzbuches noch nicht vor. Es gibt einen Referentenentwurf, den wir aber noch nicht kennen. Im September befand sich nach unseren Informationen dieser Referentenentwurf in der Ressortanhörung auf Bundesebene. Das Verfahren sieht so aus, dass nach Abschluss der Ressortanhörung im Bund dann die sogenannte Länderanhörung stattfindet, die voraussichtlich Ende Januar/Anfang Februar 2012 vorliegen wird.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich darf nun die Abgeordnete Simone Oldenburg, Fraktion DIE LINKE, bitten, die **Fragen 8 und 9** zu stellen.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Minister!

8. Liegt für das Vorhaben für ein Ferien- und Museumsdorf in Breege eine positive landesplanerische Stellungnahme, damit das landesplanerische Einvernehmen, vor?

Minister Volker Schlotmann: Grundsätzlich kann ich erst mal vorwegstellen: Ja, die liegt vor. Die untere

Landesplanungsbehörde, das ist das Amt für Raumordnung und Landesplanung in Greifswald, hat in einem langjährigen Bebauungsplanverfahren gegenüber der Gemeinde Breege insgesamt drei landesplanerische Stellungnahmen abgegeben, zwei in den Jahren 2006/2007, und zuletzt wurde mit Schreiben vom 3. November 2011 die Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Erfordernissen von Raumordnung und Landesplanung festgestellt.

Simone Oldenburg, DIE LINKE:

9. Warum wurde auf ein Raumordnungsverfahren verzichtet und wann wurde diese Entscheidung darüber getroffen?

Minister Volker Schlotmann: In Vorbereitung für die Planung hat die Gemeinde einen Variantenvergleich vorgenommen und insgesamt vier Standorte untersucht. Im Ergebnis dieser Untersuchung wurden zwei Standorte als geeignet herausgearbeitet. Die Gemeindevertretung hat sich dann im September 2006 für den Standort südlich des Ortsteils Neu Lobkevitz entschieden und die Planung bei der unteren Landesplanungsbehörde angezeigt.

Bei dem Standort handelt es sich um eine Ackerfläche außerhalb der Ortslage Breege und außerhalb von allen Schutzgebieten am Rande des Jasmunder Bodens. Die Integration des Vorhabens in die Ortslage Breege war aufgrund des weiteren Tagesgästaufkommens nicht angeraten und Konflikte mit anderen Nutzungsinteressen waren nicht erkennbar. Deshalb ist auch wegen der relativ geringen Bettenzahl entschieden worden, auf die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens zu verzichten. Diese Entscheidung haben wir der Gemeinde und dem Landkreis am 21. November 2006 mitgeteilt.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 10** zu stellen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrter Herr Minister!

10. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung vor, die erwarten lassen, dass die öffentlichen Zuschüsse für den Flughafen Rostock-Laage in den nächsten Jahren reduziert werden können?

Minister Volker Schlotmann: Lieber Kollege Suhr, die Landesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, dass für die überregionale Erreichbarkeit Mecklenburg-Vorpommerns die Anbindung an den Luftverkehr von Bedeutung ist und dem Flughafen Rostock-Laage hierbei eine besondere Bedeutung zukommt. Unserem Ministerium wurde die Federführung für die Belange des Flughafens Rostock-Laage innerhalb der Landesregierung zugesprochen.

Anmerkung von mir: Das ist ein Zustand, der 20 Jahre so nicht geregelt war. Das heißt also, alle Beteiligten mussten immer zu mehreren Ministerien, wenn es um das Thema „Flughafen Rostock-Laage“ ging. Das ist jetzt eindeutig festgelegt, die Verantwortung liegt ausschließ-

lich bei uns. Ich halte das für eine gute und richtige Sache bei allen Problemen, die damit dann verbunden sind. Mein Haus hat deshalb nunmehr mit den Gesellschaftern des Flughafens insgesamt eine Finanzierungsstrategie entwickelt, nach der die Zuschüsse des Landes bis zum Jahr 2016 degressiv sinken. Entwicklungspotenziale des Flughafens Rostock-Laage werden insbesondere mit der Weiterentwicklung der sogenannten Incoming-Flugverbindungen, also der Erweiterung des Streckennetzes der bereits schon bestehenden Verbindungen zur Entwicklung des Tourismus mit den entsprechenden Einkommenseffekten für das Land und in der Region gesehen.

Ich erspare uns jetzt die Aufzählungen zu den Ansiedlungserfolgen, die tatsächlich auch stattgefunden haben, und den weiteren Vorhaben, die zum Beispiel TUI geplant hat bis hin zu der Frage eines Hotels. Auf dieser Grundlage hat die Landesregierung jetzt mit den Gesellschaftern und der Gesellschaft des Flughafens Rostock-Laage GmbH einen Konsens über den Finanzierungsbedarf des Flughafens gefunden. Die Einschätzung, wonach der Flughafen zukünftig mit deutlich weniger öffentlichen Zuschüssen auskommen will und wird, kann ich für die Landesregierung dahin beantworten, dass diese Erkenntnisse aus der Entwicklung des Flughafens und seiner Einschätzung zum zukünftigen Finanzbedarf resultieren.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Meine Nachfrage orientiert darauf, ob diese Einschätzung, von der Sie gerade gesprochen haben, nach der eine deutliche Reduzierung der öffentlichen Zuschüsse zu erwarten ist, zunächst im Augenblick tatsächlich auf Einschätzung beruht oder schon auf konkreten, beispielsweise vertraglichen Vereinbarungen, die vorliegen?

Minister Volker Schlotmann: Also dazu liegt keine vertragliche Vereinbarung mit den Gesellschaftern vor. Wir wissen, es sind drei Kommunen, kommunale Gebietskörperschaften, die hier Gesellschafter sind. Aber wir haben in intensiven Gesprächen, in den letzten vier Wochen ungefähr, genau diese Frage mehrfach erörtert, weil die Definition, schaffen sie es, schaffen sie es nicht, bleibt immer ein Riesendefizit, sehr unterschiedlich stattgefunden hat, um das mal vorsichtig zu formulieren.

Aber im Ergebnis dieser Gespräche sind wir mit den Gesellschaftern zu einem Weg gekommen, zu dem auch die Gesellschafter stehen und auch die Gesellschaft selber – also diejenigen, die das da vor Ort machen –, dass tatsächlich dieses Defizit, das doch ziemlich große Höhen erreicht hatte, massiv nach unten geht. Das heißt also, der, der von uns mit unterstützt wird, sagt selber, er wird mit dem Geld auskommen, und zwar mit dem weniger werdenden Geld, bis zu dem Tag, wo tatsächlich kein Geld mehr aus Sicht des Landes fließt.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Karen Stramm, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 11 und 12** zu stellen.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Ministerin!

11. Mit welchen Maßnahmen hat die Landesregierung zu welchem Zeitpunkt und in welcher Art und Weise Leistungsbezieherinnen und -bezieher von Sozialleistungen, aber auch Schuldnerinnen und Schuldner von laufenden Einkünften, die bisher einen Kontoschutzantrag gemäß Paragraph 850 I ZPO stellen konnten, darauf aufmerksam gemacht, dass sie bis 1. Januar 2012 ihr Konto bei der Sparkasse oder Bank in ein Pfändungsschutzkonto, ein sogenanntes P-Konto, umwandeln müssen, um einer Pfändung entgegenwirken zu können, da dann eine gerichtliche Kontofreigabe wegen der Streichung des Paragraphen 850 I ZPO nicht mehr möglich ist?

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Abgeordnete Stramm, die Vorschriften zum Schutz vor Kontopfändungen gelten nicht ausschließlich für Sozialleistungsbezieher, sondern für alle Schuldner. Deshalb habe ich Sorge, dass die Frage suggeriert, dass mit einem Sozialleistungsbezug grundsätzlich Vollstreckungsmaßnahmen gegen die Einkünfte einer Person verbunden sind, und möchte ausdrücklich betonen, dass dieser Zusammenhang nicht besteht.

Jede Person, die am Wirtschaftsleben teilnimmt, ist Schuldner, und potenziell von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen betroffen. Daher werden Maßnahmen zur Information spezieller Personenkreise nicht geboten. Vielmehr haben die Banken und Sparkassen alle Kontoinhaber über die Gesetzesänderung zum 1. Januar 2012 und die Notwendigkeit der Einrichtung eines Pfändungsschutzkontos informiert. Außerdem habe ich erfahren, dass zum Beispiel das Jobcenter Schwerin seine Leistungsbezieher über eine Presseinformation sowie durch entsprechende Aushänge und Auslagen von Flyern in seinem Gebäude informiert hat.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin, gestatten Sie eine Nachfrage?

Inwieweit sind zwischen dem zuständigen Ministerium und den vom Land geförderten gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen die Öffnungszeiten zwischen Weihnachten und Neujahr abgestimmt, um einem möglichen Beratungsbedarf entgegenzukommen?

Ministerin Manuela Schwesig: Das kann ich Ihnen nicht genau sagen. Ich gehe aber nicht davon aus, dass wir uns da abgestimmt haben, denn die Träger von Schuldnerberatungsstellen sind frei in ihrer Arbeit und entscheiden eigenständig über die Notwendigkeit ihrer Öffnungszeiten. Da gehen wir nicht als Landesregierung rein und stimmen irgendetwas ab. Ich kann aber bei den Schuldnerberatungsstellen noch einmal nachfragen, ob die Schuldnerberatungsstellen sich Gedanken gemacht haben, besondere Angebote zu machen, und Ihnen gerne diese Antwort nachreichen.

Karen Stramm, DIE LINKE: Zweite Frage:

12. Welche Möglichkeiten haben Betroffene, wenn ihnen ab 1. Januar 2012 das Konto gepfändet wird, weil es nicht rechtzeitig in ein P-Konto umgewandelt wurde, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien zu bestreiten beziehungsweise

se das Konto wieder „frei“ oder Zugang zu Geldmitteln auf ihrem Konto zu bekommen?

Ministerin Manuela Schwesig: Gemäß Paragraph 850 Absatz 1 Satz 4 ZPO kann der Betroffene sein gepfändetes Girokonto noch nachträglich innerhalb einer Frist von vier Wochen seit der Zustellung des Überweisungsbeschlusses an das Kreditinstitut auf ein Pfändungsschutzkonto umstellen lassen. Es entfaltet dann in gleicher Weise Pfändungsschutz wie ein bereits vorhandenes Pfändungsschutzkonto. Der Schuldner hat gemäß Paragraph 850 Absatz 7 Satz 3 ZPO einen Anspruch darauf, dass sein bereits gepfändetes Girokonto zum Beginn des vierten auf seine entsprechende Erklärung folgenden Geschäftstages als Pfändungsschutzkonto geführt wird.

Karen Stramm, DIE LINKE: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun die Abgeordnete Silke Gajek, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Fragen 13 und 14** zu stellen.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Ministerin!

13. Wie erfolgt die Verwendung des bundesweiten Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ (sogenannter Heimkinderfonds) in Mecklenburg-Vorpommern?

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Abgeordnete Frau Gajek, der Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ richtet sich an ehemalige Kinder und Jugendliche der alten Bundesländer. Dieser Fonds gilt nicht für die neuen Bundesländer und somit auch nicht für Mecklenburg-Vorpommern. Allerdings gilt die Errichtung dieses Fonds als Orientierung für eine mögliche Lösung für ehemalige Kinder und Jugendliche der DDR-Heime. An dieser Lösung arbeitet derzeit eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kann ich dazu eine Nachfrage stellen?

Gibt es dazu eine Zeitschiene? Welchen Plan haben Sie sich dort gemacht, um uns da Ergebnisse vorlegen zu können?

Ministerin Manuela Schwesig: Die Fraktionen im Deutschen Bundestag und auch die Jugend- und Familienministerkonferenz haben gemeinsam beschlossen, dass wir zeitnah für die neuen Bundesländer eine ähnliche Lösung haben wollen wie für die westdeutschen Bundesländer, sodass ich jetzt nicht konkret sagen kann, es kommt am 01.03. oder so. Aber Fakt ist, dass wir jetzt, nachdem es zum 01.01. für die Heimkinder West anläuft, zügig, zeitnah auch eine Lösung finden wollen für die Heimkinder Ost.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Okay. Dann kommt die nächste Frage:

14. Wo werden die ab dem 01.01.2012 einzurichtenden regionalen Anlauf- und Beratungsstellen für die ehemaligen Heimkinder in unserem Bundesland vorgehalten?

Ministerin Manuela Schwesig: Diese einzurichtenden regionalen Anlauf- und Beratungsstellen beziehen sich ja ganz konkret auf die Beratung und Umsetzung des Fonds „Heimkinder West“. Deswegen gibt es auch noch keine Vorgabe, solche Anlaufstellen jetzt auch hier einzurichten. Das wird sicherlich auch eine Idee und eine Überlegung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe sein.

Allerdings wurde mit Beschluss des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern vom 1. Juni 2011 die Landesregierung aufgefordert, auf Landesebene dafür zu sorgen, dass die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR eine Anlaufstelle für die Rehabilitation auch für Opfer von sexuellen Missbrauch und Gewalt in Kinder- und Jugendeinrichtungen der DDR darstellt, also unabhängig von dem, was jetzt mit dem Fonds kommt. Und insofern wird die regionale Anlauf- und Beratungsstelle dort auch unter Federführung der Verantwortlichen für diese Anlaufstelle eingerichtet.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Okay, danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Fragen 15 und 16** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Frau Ministerin!

15. Wie erklärt sich die Landesregierung, dass in Bezug auf verunreinigtes Trinkwasser hauptsächlich der Osten des Landes betroffen war?

Ministerin Manuela Schwesig: Herr Abgeordneter, eine abschließende Erklärung, warum vorwiegend der Osten des Landes betroffen war, gibt es noch nicht. Vieles spricht dafür, dass die Verunreinigung des Trinkwassers mit sogenannten intestinalen Enterokokken durch die gemeine Stechmücke als Überträger von Keimen infrage kommt. Ich darf das übersetzen: Das sind Bakterien, die im Darm angesiedelt sind.

Da die Niederschlagsmengen in diesem Jahr im Osten des Landes am größten waren, geht man davon aus, dass auch die Mücken mehr geeignete Brutstätten in den überschwemmten Wiesen fanden und sich durch diese guten Bedingungen – für die Mücken – massenhaft vermehrt haben. Untersuchungen an den Mücken ergaben, dass diese mit Enterokokken behaftet waren. Ob diese aber ausschließlich für die Verunreinigung in den Reinwasserbehältern verantwortlich sind, wird derzeit noch geklärt.

Tino Müller, NPD: Meine zweite Frage:

16. Inwieweit schließt die Landesregierung als Ursache für verunreinigtes Trinkwasser die Düngung landwirtschaftlicher Flächen mit keimbelasteter Gülle aus?

Ministerin Manuela Schwesig: Die festgestellten Keime im Trinkwasser wurden vorwiegend in den Reinwasserbehältern festgestellt, nicht in den vorausgegangenen Aufbereitungsstufen des Trinkwassers. Diese Tatsache und der Umstand, dass Wasserfassungen von Trinkwasserschutz zonen umgeben sind, die eine Gülleauftragung verbieten, schließen eine Verunreinigung des Trinkwassers durch Gülle aus.

Tino Müller, NPD: Danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Sport. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Jacqueline Bernhardt, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 17 und 18** zu stellen.

(Marc Reinhardt, CDU:

Diesmal aber auch eine Frage stellen! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, Herr Reinhardt!)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Minister!

17. Wie viele ausreisepflichtige beziehungsweise geduldete Flüchtlinge aus dem Kosovo leben derzeit in Mecklenburg-Vorpommern und für wie viele wurde eine Abschiebung angemeldet?

Minister Lorenz Caffier: Frau Abgeordnete, nach Angaben der Ausländerbehörden hielten sich zum Stichtag, zum 31.10.2011 insgesamt 49 vollziehbar ausreisepflichtige Personen aus dem Kosovo in Mecklenburg-Vorpommern auf. Von den 49 Personen waren 45 Personen Roma. Bei dieser in einem anderen Zusammenhang erfolgten Abfrage ist eine Differenzierung nach Duldung nicht vorgenommen worden.

Bei der zuständigen zentralen Ausländerstelle in Bielefeld wurde seitens des Landes Mecklenburg-Vorpommern in 2010 21 Personen und bis zum 31.10.2011 bisher 13 Personen zur Abschiebung angemeldet. Insgesamt wurden in dem genannten Zeitraum somit 34 Personen zur Abschiebung angemeldet. Von den 34 Personen waren 29 Personen Roma. In den Jahren 2010 und bis zum 31.11.2011 wurden nach Statistik der Bundespolizei insgesamt 6 vollziehbar ausreisepflichtige Personen in den Kosovo abgeschoben.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Eine Nachfrage: Wie viele von ihnen waren minderjährig?

Minister Lorenz Caffier: Wir kennen die dementsprechenden Gesetzlichkeiten, und was Minderjährige betrifft, ist in dem Fall gesetzlich geregelt, wer wann abgeschoben werden darf und wer wann nicht, und die zählen nicht dazu.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Frage zwei:

18. Beabsichtigt das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, darauf hinzuwirken, die Abschiebungen der in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Roma sowie weiterer ethnischer Minderheiten wie Serben, Aschkali und muslimische Slawen in den Kosovo über die Wintermonate auszusetzen?

Minister Lorenz Caffier: Nein, eine derartige Absicht besteht seitens des Innenministeriums nicht. In der Bundesrepublik Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern erhalten alle verfolgten Menschen, die begründet und belastbar Asyl- oder sonstige Verfolgungsgründe darlegen, umfassenden Schutz und das ist auch richtig so. In allen Fällen von Rückführung, egal in welches Herkunftsland, wird zunächst ein in der Hoheit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge liegendes Asylverfahren durchgeführt beziehungsweise es geht zumindest ein aufenthaltsrechtliches Verfahren zur Prüfung

und zur Feststellung der Ausreisepflicht voraus. Auch besteht immer die Möglichkeit, im Einzelfall aus besonderen Gründen Asylfolgeverfahren einzuleiten sowie eine gerichtliche Verfolgung anzustreben.

Jedoch ist zu bedenken, dass sehr viele unberechtigte Asylanträge gestellt werden, die dann im Ergebnis nicht zu einer Flüchtlingsanerkennung führen. Dieser Personenkreis ist dann vollziehbar ausreisepflichtig. Wenn in diesen Fällen keine Duldung erteilt wird beziehungsweise nicht von einer freiwilligen Ausreise Gebrauch gemacht wird, steht als letztes Mittel eine Abschiebung im Raum. Dieser Verfahrensweg gilt trotz aller immer wieder vorgetragenen Bedenken auch für Angehörige der Roma.

Im Falle einer Rückführung in den Kosovo sind dann die Vorgaben des Rückführungsabkommens zu beachten. Wie Sie wissen, ist im April 2010 durch den Bundesinnenminister mit seinem kosovarischen Amtskollegen in Berlin ein Rückübernahmeabkommen abgeschlossen worden, welches am 1. September 2010 in Kraft getreten ist. Die Rückführungsverfahren sind damit auf eine klare und auch für beide Seiten verbindliche Grundlage gestellt worden.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich sehe eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Pastörs. Bitte, Herr Pastörs, stellen Sie Ihre Frage.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön, Frau Präsidentin.

Herr Minister, inwieweit sind die Informationen richtig, dass von den jetzt ausreisepflichtigen Roma 20 Personen während ihres Aufenthaltes hier in Mecklenburg und Vorpommern Straftaten begangen haben oder gegen sie ermittelt wurde wegen begangener zu vermutender Straftaten?

Minister Lorenz Caffier: Zu den Informationen kann ich Ihnen keine Aussagen machen.

Udo Pastörs, NPD: Könnten Sie das schriftlich vielleicht nachholen, wären Sie so freundlich?

Minister Lorenz Caffier: Das kann ich gerne machen.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, Herr Minister.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich darf nun den Abgeordneten Peter Ritter, Fraktion DIE LINKE, bitten, die **Fragen 19 und 20** zu stellen.

Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Minister!

19. Aufgrund welcher Umstände hat die Landesregierung ihre Zusicherung, rechtzeitig vor der Umsetzung des Kreisstrukturgesetzes und vor Zusammentreten der neuen Kreistage eine Anpassung der Entschädigungsverordnung vorzulegen (vergleiche Landtagsdrucksache 5/3599, Seite 213), bisher nicht einhalten können?

Minister Lorenz Caffier: Sehr geschätzter Herr Kollege Ritter, der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Kreisstrukturgesetz sah die Aufhebung der Entschädigungsverordnung vor. Dadurch sollte den Kommunen vor

dem Hintergrund des Neuzuschnittes der Landkreise vor Ort die Gelegenheit gegeben werden, in ihren Hauptsatzungen angemessene Entschädigungssätze

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

für ihre ehrenamtlichen Amts- und Mandatsträger selbst und eigenverantwortlich zu regeln. Dies ist bekanntermaßen im parlamentarischen Verfahren – und dafür ist ja das Parlament mit seinen Aufgaben zuständig –, ist im Rahmen des Verfahrens rückgängig gemacht worden.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Eine Novellierung der Entschädigungsverordnung konnte vor dem Hintergrund der Kreisgebietsreform sowohl aus inhaltlichen als auch aus formalen Gründen nicht zum September dieses Jahres erfolgen. Wie Sie wissen, stand die Kreisstrukturreform bis zum 18. August auf dem Prüfstand des Verfassungsgerichtes und wurde erst kurz vor der Umsetzung des Gesetzes vom Landesverfassungsgericht bestätigt.

Zudem ergibt sich aus der novellierten Kommunalverfassung inhaltlicher Änderungsbedarf im Entschädigungsrecht. Die Kommunalverfassung selbst trat aber erst zum 5. September in Kraft. Außerdem soll eine beabsichtigte Novellierung durch eine dazu eingesetzte Kommission ab nächstem Jahr vorbereitet werden. Und vielleicht erlauben Sie mir, dann gleich auf die zweite Frage mit einzugehen.

Wir werden oder wir haben vor, Weihnachten in allen Kommunen die dementsprechenden vorläufigen Verordnungen in Kraft zu setzen und dass mit Beginn des neuen Jahres die dementsprechend festgelegte Kommission – in der natürlich auch die Vertreter der Landesverbände, also des Städte- und Gemeindetages und des Landkreistages, vertreten sind – einen entsprechenden, möglicherweise konsensfähigen Lösungsweg zwischen allen Gremien erarbeiten wird. Dafür ist die notwendige Zeit eingeräumt und auch die Zusammensetzung wird die Möglichkeit bieten. Allerdings müssen wir jetzt erst mal die Grundlage schaffen, dass es vorübergehend eine Verordnung gibt. Das wurde gestern angemahnt, dass wir dies im Dialog tun sollen.

(Heinz Müller, SPD: Tun wir ja auch.)

Deswegen haben wir hier auch den Landkreistag mit einbezogen. Der hat noch einmal in der letzten Woche in der Verordnung die eine oder andere Veränderung gewünscht. Ich nenne mal das Stichwort „Bagatellgrenze“ oder Ähnliches. Das haben wir gemeinsam so getragen, machen wir auch so, und wir werden das vor Weihnachten so in Kraft setzen, dass auch die Abgeordneten angemessen entsprechend ihrer Aufgabe entschädigt werden können. Das ist eine berechtigte Forderung und wenn es hier oder da möglicherweise eine Woche zu lange gedauert hat, dann nehme ich das sowohl für mich als auch für meine Mitarbeiter auf unsere Schultern, dass wir da vielleicht ein bisschen schneller hätten sein können.

Peter Ritter, DIE LINKE: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun die Abgeordnete Dr. Mignon Schwenke, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 21 und 22** zu stellen.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Danke schön, Frau Präsidentin!

Herr Minister!

21. Hat die Landesregierung die Absicht, den Kernenergiebeirat weiterzuführen und, wenn ja, wann sollen die ausgeschiedenen Mitglieder ersetzt werden?

Minister Lorenz Caffier: Frau Kollegin Abgeordnete, die Entscheidungsfindung innerhalb der Landesregierung darüber, ob und in welcher Form der Kernenergiebeirat weitergeführt wird, ist nach den Wahlen noch nicht abgeschlossen, selbst bei mir persönlich noch nicht, denn wir haben ja ein Energieministerium, was auch bestimmte Aufgaben außerhalb von Kernenergie mit löst. Deswegen muss die Thematik in Gänze behandelt werden, und Sie wissen, auf der Grundlage der geltenden Geschäftsordnung für den Kernenergiebeirat ist der Kernenergiebeirat so lange mit den alten Kolleginnen und Kollegen bestellt, bis es die Berufung eines neuen oder möglicherweise eines anderen oder möglicherweise gar keinen Kernenergiebeirat mehr gibt.

Deswegen ist die Frage in der Tat derzeit noch nicht endgültig entschieden und ich kann sie im Augenblick nicht beantworten. Aber es spricht vieles dafür, dass wir auch in Zukunft ein Gremium haben werden, was die Transparenz gewährleistet, die bei der durchaus problematischen Thematik nach wie vor notwendig ist, und trotz Einzug der GRÜNEN in den Landtag möglicherweise gut beraten sind, auch weiterhin so ein Gremium vorzuzulassen. Die Frage ist nur, ob es neben dem, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht trotz, sondern wegen des Einzugs der GRÜNEN.)

Gut, wegen, wie auch immer.

... dass man möglicherweise noch andere Thematiken als nur die Kernenergie reinnimmt. Das wird in der Landesregierung dementsprechend noch geklärt und dann zügig einer Lösung zugeführt.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Eine Nachfrage dazu: Gibt es denn möglicherweise Gründe aus Ihrer Sicht, die gegen eine Fortführung sprechen?

Minister Lorenz Caffier: Ich habe gerade ausgeführt, sowohl als auch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Einerseits und andererseits.)

Der Kernenergiebeirat hat ein Stück Geschichte. Zu der Geschichte gehört, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern unter anderem eben bis in den Herbst dieses Jahres BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht als Bestandteil des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern hatten, die immer bekanntermaßen ein besonderes Interesse an der Thematik „Kernenergie/Atomkraft“ et cetera gehabt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber die GRÜNEN waren nicht der Grund für den Kernenergiebeirat.)

Das ist ja keine neue Regelung. Deswegen ist, um sie in die parlamentarischen Beratungen mit einzubeziehen,

um sie in den Informationsbedarf mit einzubeziehen, unter anderem vor vielen Jahren dieses Gremium gebildet worden. Mittlerweile hat sich das fest etabliert. Unabhängig vom Einzug oder Nichteinzug bin ich dafür offen. Ich habe schon in dieser Richtung zum Ausdruck gebracht, dass ich eher davon ausgehe, dass es einen geben wird, der aber möglicherweise in Gänze anders aussieht, als er jetzt ist – nicht in der Zusammensetzung, sondern im Aufgabenbereich, weil wir beispielsweise mit der Zustimmung zum Erkundungsgesetz und sonstigen Sachen mittlerweile eine ganze Reihe von anderen Aufgaben haben, die eben nicht mehr ausschließlich Bestandteil des Kernenergiebeirates in der Form sind, wie er mal in Lubmin gegründet worden ist, und er deswegen möglicherweise ein breiteres Umfeld bedienen soll. Das werden wir im Kabinett entscheiden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hört sich doch schon besser an.)

Ich denke, wir werden eine gute Entscheidung im Sinne von Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger des Landes finden.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: In diesem Sinne verzichte ich auf die zweite Frage, denn da kommt ja auch nur Vages.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Dr. Schwenke, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie die Aussagen des Ministers nicht zu kommentieren haben.

(Minister Harry Glawe: Das finde ich nämlich auch.)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Entschuldigung.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Frage 23 zu stellen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Ich stehe zunächst mal hier, um noch eine Nachfrage zu stellen, wenn ich darf.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Dann stellen Sie bitte eine Zusatzfrage.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Minister, ist denn absehbar, zu welchem Zeitpunkt die Landesregierung ihre Entscheidungsfindung zur Berufung eines Kernenergiebeirates abgeschlossen hat?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weihnachten. – Helmut Holter, DIE LINKE: Zum Geburtstag.)

Minister Lorenz Caffier: Sehr zügig, ja, Kollege Abgeordneter. Und wenn ich von sehr zügig rede, heißt das bei uns, dass es innerhalb der nächsten vier Wochen dazu eine Entscheidungsfindung gibt.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Dann bitte ich Sie jetzt, die **Frage 23** zu stellen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrter Herr Minister!

23. Wie steht die Landesregierung zur Forderung zahlreicher Institutionen und Einzelpersonen, die eine Schließung der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Jürgenstorf fordern?

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Abgeordneter, derzeit stehen im Land zehn kommunale Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber zur Verfügung. Da davon ausgegangen wird, dass die gegenüber den Vorjahren erhöhte Zugangsentwicklung anhalten wird, sollen und müssen diese zehn Unterkünfte – von diesen zehn Unterkünften sind vier in Oberzentren und fünf in Mittelzentren – erhalten bleiben. Dies gilt aufgrund der Größe und Akzeptanz bei der Bevölkerung auch für die Gemeinschaftsunterkunft in Jürgenstorf im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Die Tatsache, dass es sich hierbei nicht um eine Unterkunft in einem zentralen Ort handelt, ändert an der Grundaussage, auch der Akzeptanz, letztendlich nichts.

Die Forderung von einzelnen Flüchtlingsorganisationen, Institutionen, Initiativen und Einzelpersonen zur Schließung dieser Unterkunft fußt insbesondere auf der Begründung, dass die Lage der Gemeinschaftsunterkunft die Integration und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von vornherein erschwert. So wird mit dieser Aussage der Eindruck erweckt, dass sich diese Einrichtung fernab jeder Zivilisation befindet. Wenn diese Aussage so richtig wäre, würden auch die einheimischen Menschen, die in Jürgenstorf oder in anderen Dörfern unseres Bundeslandes leben, im Zustand der Isolation leben. Auch wenn das städtische Leben sicherlich kurzweiliger und das Leben auf dem Lande reizvoller sein mag,

(Heinz Müller, SPD: Na ja, nicht immer.)

ist das Leben außerhalb der Städte nicht als Leben in der Isolation zu diskreditieren.

Des Weiteren gibt es keine zwingenden Gründe für eine Schließung. So entspricht die Gemeinschaftsunterkunft den Vorschriften der Verordnung über Mindestanforderungen an Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften. Die Betreuung erfolgt durch die Malteser Werke gGmbH im Auftrag des Landkreises Seenplatte als Träger der Einrichtung. Dabei handelt es sich um einen modernen sozialkaritativen Dienstleister, der als Tochter der Deutschen Malteser unter anderem auch Kernkompetenzen in den Bereichen Soziales, Migration und Prävention entwickelt hat.

Durch den in Jürgenstorf gelegenen Kindergarten werden grundsätzlich auch die Kinder von Asylbewerbern und ehemaligen Asylbewerbern mit Duldung aufgenommen. Die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen aus der Gemeinschaftsunterkunft werden in der Reuterstädter Gesamtschule Stavenhagen beschult, die über gute Erfahrungen in der Integration und Sprache dieser Zielgruppe verfügt. Auch die ärztliche Versorgung ist in vollem Umfang gewährleistet. Soweit eine Behandlung außerhalb von Jürgenstorf erforderlich ist, werden die Fahrkosten vom Kreissozialamt übernommen.

Personen, bei denen aus bestimmten Gründen eine Unterbringung außerhalb der Unterkunft zwingend erforderlich ist, werden auch heute nach wie vor auf Antrag dezentral untergebracht. Aus diesen Gründen, die ich gerade erläutert habe, ist eine Schließung der Einrichtung in Jürgenstorf derzeit nicht vorgesehen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe eine Nachfrage: Herr Minister, schließt die Landesregierung denn vor dem Hintergrund der Kritik zahlreicher Flüchtlingsinstitutionen oder Flüchtlingsverbände aus, diese Kritik aufzunehmen und nach einer geeigneten Räumlichkeit, die zentraler gelegen ist, zu suchen?

Minister Lorenz Caffier: Also zunächst möchte ich erst mal festhalten, dass nicht das Land für die Einrichtung zuständig ist, sondern die Landkreise Träger sind.

Zweitens haben wir die Hinweise schon dahin gehend aufgenommen, dass es vor Ort schon mehrere Treffen – auch mit meinem zuständigen Abteilungsleiter – mit den zuständigen kreislichen Einrichtungen gegeben hat, dass zusätzliche Ärzte und andere Einrichtungen innerhalb des Gremiums aufgenommen worden sind und dass wir nach wie vor, sollte es Mängel geben, die es abzustellen gilt, auch darauf drängen werden.

Als Fachaufsichtsbehörde ausschließen würde ich grundsätzlich gar nichts, aber derzeit sehe ich keine Notwendigkeit, den Kreis zu beauftragen, in einem anderen Ort eine Einrichtung zu suchen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich sehe eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Pastörs. Bitte, Herr Pastörs, stellen Sie Ihre Zusatzfrage.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön, Frau Präsidentin.

Herr Minister! Nach unseren Informationen werden neun Sprachen gesprochen in der Hauptschule, wo diese Kinder unterrichtet werden, und Sie sprachen von großer Erfahrung. Was hat man darunter zu verstehen, in den Klassen mit neun unterschiedlichen Sprachen zu Deutsch, große Erfahrung? Können Sie das präzisieren?

Minister Lorenz Caffier: Ich werde es dahin gehend präzisieren, dass die Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes, in dem Fall die Lehrkräfte in Stavenhagen, die dementsprechende Sozial- und Bildungskompetenz mit einbringen, um auch Schüler in den Schulprozess zu integrieren, die eben in solchen Unterkünften derzeit dabei sind, in den Asylbewerberheimen, dementsprechend aufgenommen und in die Bundesrepublik Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern integriert zu werden. Dieses erfolgt mit Unterstützung der Schulen, sofern a) schulpflichtige Kinder vorhanden sind und b) diese auch dort zum Unterricht kommen.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich sehe eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Pastörs. Bitte, stellen Sie Ihre Frage.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

In welcher Sprache kommuniziert die Lehrerschaft während des Unterrichtes mit diesen unterschiedlichen Nationen beziehungsweise mit den Kindern aus unterschiedlichen Sprachräumen?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Pastörs, in Mecklenburg-Vorpommern gilt als Grundsprache die

deutsche Sprache. Dementsprechend wird auch in einer Schule die deutsche Sprache als erste Grundsprache gelehrt, gelernt und auch gelebt, natürlich neben möglichen anderen zweiten oder dritten Fremdsprachen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Udo Pastörs, NPD: Und die beherrschen die Lehrer auch, die Dritt- und Viertsprachen?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, eine weitere Zusatzfrage ist nicht zulässig.

Minister Lorenz Caffier: Ich sehe keinen Anlass, dass Sie die Lehrer dieses Landes diskreditieren. Dementsprechend kann ich die Anschuldigung und den Vorwurf nur zurückweisen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun den Abgeordneten Michael Andrejewski, Fraktion der NPD, die Frage 24 zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Minister!

24. Wie ist die Rechtsauffassung der Landesregierung zu der Frage, ob der Ausschluss von Zuschauern von einer Kreistagssitzung im Rahmen einer Ordnungsmaßnahme bei Beibehaltung der Pressepräsenz die Wirksamkeit von im weiteren Verlauf der Kreistagssitzung gefassten Beschlüssen berühren kann?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter, nach Auffassung der Landesregierung kann nur ein rechtswidriger Ausschluss von Zuschauern die Wirksamkeit von Kreistagsbeschlüssen berühren. Erweist sich die mit dem Ausschluss der Zuschauer einhergehende Beeinträchtigung des Öffentlichkeitsgrundsatzes dagegen als rechtmäßig, weil sie eine verhältnismäßige Maßnahme zur ordnungsgemäßen Durchführung der Sitzung darstellt, wird die Wirksamkeit der Beschlüsse nicht infrage gestellt. Kommt der Kreistagspräsident als Inhaber des Hausrechts somit während der Kreistagssitzung nach pflichtgemäßem Ermessen zu der Einschätzung, dass die ordnungsgemäße Fortführung der Sitzung angesichts schwerer Störungen nur noch durch eine Räumung des Zuschauerraumes gewährleistet werden kann, stellt diese Räumung eine verhältnismäßige und damit auch rechtmäßige Maßnahme dar.

Anders wäre ein Zuschauerausschluss zu beurteilen, wenn es beispielsweise nur wenige gravierende Störungen gibt, also kurzzeitige Unmuts- oder Beifallsbekundungen, oder einzelne Störer unproblematisch von nicht störenden Zuschauern unterschieden werden können, sodass es möglich ist, lediglich diese Zuschauer aus dem Sitzungssaal zu verweisen.

Insofern kann eine Differenzierung von störenden und nicht störenden Personen geboten sein und auch vorgenommen werden. Diese kann man dann insofern auch auf Ihre Ausgangsfrage anwenden und zwischen Medienvertretern, die Berichterstattung machen, und anderen Vertretern dementsprechend vornehmen.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Zusatzfrage: War im konkreten Fall Vorpommern/Greifswald nach Ihrer Auf-

fassung das Vorgehen des Kreistagspräsidenten dann verhältnis- und rechtmäßig?

Minister Lorenz Caffier: Jawohl.

Michael Andrejewski, NPD: Gut, danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun den Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD, die Fragen 25 und 26 zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Herr Minister!

25. Inwieweit lassen sich für den Bereich der Rauschgiftkriminalität Hierarchien dergestalt feststellen, dass zumindest die Vertriebswege oder die Regie über die Verteilung vor Ort in ausländischer Hand liegen?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Pastörs, der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass nicht deutsche Staatsangehörige in Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der Rauschgiftkriminalität Vertriebswege beziehungsweise die Verteilung vor Ort dominieren.

Bereits im Zusammenhang mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage, Drucksache 6/68, zur Rauschgiftkriminalität in Mecklenburg-Vorpommern hat die Landesregierung dies zum Ausdruck gebracht. In der damaligen Antwort der Landesregierung vom 21.11.2011 auf die Frage nach den Staatsangehörigkeiten der Tätergruppen heißt es: „Aufbereitetes Datenmaterial zu den in Gruppen handelnden Staatsangehörigkeiten und zu einzelnen Nationalitäten nach festgestellten Drogenarten liegt nicht vor.“ An dieser Aussage, an dieser Tatsache hat sich auch bis zum heutigen Tag nichts geändert.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Ist in Zukunft aufgrund der Offenkundigkeit, dass der Rauschgifthandel im Ausländerbereich liegt, geplant, dass in Zukunft die Statistik dahin gehend aussagekräftiger gemacht wird, das Sie in Zukunft solche Fragen, die ich hier aufstelle, beantworten können?

Minister Lorenz Caffier: Sie wissen, dass die Statistiken bundeseinheitliche Statistiken sind, die auf der Innenministerkonferenz vereinbart werden mit allen Ländern, damit wir auch die dementsprechenden Vergleichbarkeiten haben. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist so etwas nicht vorgesehen und ich kann Sie auch nur noch mal darauf verweisen, dass Ihre Behauptung, dass das überwiegend durch nicht deutsche Tatverdächtige stattfindet, so in der Form mit nichts untermauert ist.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Und wenn Sie sich beispielsweise die Ergebnisse der Durchsuchungen in den letzten zwei Tagen im Rahmen der Rackerkriminalität ansehen, haben die auch alles Mögliche getan, nur sich nicht um Motorräder gekümmert. Insofern ist auch hier ein Ansatz, und das sind überwiegend deutsche Tatverdächtige in dem Moment.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach ja?)

Also insofern würde eine solche Statistik Ihnen auch überhaupt nicht weiterhelfen, und solange wir keine bundeseinheitliche haben, werden wir auch dementsprechend keine machen.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Inwieweit entspricht es der Tatsache, dass es im Laufe dieses Jahres zur Personalausdünnung im Bereich Verfolgung von Rauschgiftkriminalität hier in Mecklenburg-Vorpommern gekommen ist?

Minister Lorenz Caffier: Es entspricht nicht der Tatsache, dass es zur Ausdünnung von einzelnen Fachgebieten gekommen ist. Es entspricht der Tatsache, dass sich die Landespolizei zum einen – genau wie alle anderen – auf der Grundlage ihres Personalentwicklungskonzeptes ihre Aufgaben vornimmt und es zum anderen ein ganz normaler Standard ist, dass man sich jährlich bestimmten Schwerpunktaufgaben widmet.

Wenn Sie die letzten Wochen verfolgt haben oder auch die letzten Tage, wissen Sie beispielsweise, wo wir derzeit im Bereich der Kriminalitätsverfolgung besondere Schwerpunkte beim LKA gelegt haben, und deswegen kann ich die Aussage, es gäbe eine Ausdünnung, so in der Form derzeit nicht nachvollziehen und auch nicht bestätigen.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich habe auch die Frage 26 aufgerufen.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

26. In welchem Umfang benutzt die Landesregierung sogenannte Vertrauenspersonen in den Vorständen der NPD in Mecklenburg-Vorpommern oder in der NPD-Landtagsfraktion, um die NPD oder die NPD-Landtagsfraktion auszuspitzen?

(Jochen Schulte, SPD: Das müsste Herr Pastörs doch besser wissen. –
Helmut Holter, DIE LINKE: Was fragen Sie denn da den Herrn Minister? –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Pastörs, eine durchaus spannende Frage, wobei ich mich zunächst gefragt habe, wieso Sie mir die Frage stellen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

ob Sie nicht selbst für Ihre Mitarbeiter und Ihre Abgeordnetenkollegen zuständig sind?

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern ist es in der Tat eine erstaunliche Frage und den zweiten Teil der Frage kennen Sie auch. Es gibt in diesem Land, genau wie in den anderen Landtagen, eine ganz feste Regelung. Dafür gibt es Gremien, die nennen sich hier Parlamentarische Kontrollkommission oder SOG-Einrichtung. Die werden regelmäßig über die Entwicklungen informiert und dass das Gremium PKK aufgrund der Situation der letzten Wochen natürlich ein besonderes Interesse an den Entwicklungen hat, ist selbstverständlich. Insofern haben wir auch in den letzten Wochen häufiger getagt, als es sonst die Regel war.

Der Pflicht komme ich dementsprechend nach und insofern ist zu dem Thema alles gesagt. Ansonsten müssen

Sie in Ihre Personalakten reingucken, die kann ich Ihnen nicht bestätigen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Was steht da drin? V-Mann,
alles klar. – Heiterkeit vonseiten
der Fraktion der NPD)

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Inwieweit sind Informationen richtig, die uns vorliegen, wonach auch in M-V die Stasi/West,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

also der Verfassungsschutz, unter Billigung von Rechtsverstößen ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs!

Udo Pastörs, NPD: ... die politische Opposition bespitzelt?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, einen Moment bitte. Wir haben schon öfter darüber diskutiert, dass der Verfassungsschutz ...

Udo Pastörs, NPD: Mit mir brauchen Sie nicht zu diskutieren.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, ich diskutiere auch nicht mit Ihnen, sondern erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Bitte stellen Sie Ihre Frage so, dass sie keine Beleidigung gegen den Verfassungsschutz enthält, oder setzen Sie sich hin und schweigen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die muss er vorlesen, die ist vorgegeben. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Udo Pastörs, NPD: Inwieweit sind Informationen richtig, wonach auch ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Pastörs.

Herr Köster, Sie haben meine Amtsführung nicht zu diskutieren

(Stefan Köster, NPD: Sie haben neutral zu bleiben!)

und von daher erteile ich auch Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Udo Pastörs, NPD: Inwieweit sind Informationen richtig, wonach auch in Mecklenburg-Vorpommern der Verfassungsschutz unter Billigung von Rechtsverstößen, wie gerichtlich auch in anderen Bundesländern schon nachgewiesen, die politische Opposition bespitzelt?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Steht das in der Frage?)

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Pastörs, ob ich die NPD als politische Opposition bezeichne, darüber können wir lange diskutieren, aber das ist hier nicht die Frage.

Udo Pastörs, NPD: Wohl wahr. Wenn Sie mir antworten, das reicht mir dann.

Minister Lorenz Caffier: Für mich ist die Frage, dass es in diesem Land, in der Bundesrepublik Deutschland, mittlerweile über Parteigrenzen hinweg eine einheitliche Meinung dazu gibt, dass die NPD verboten gilt. Dazu gehört,

(Stefan Köster, NPD: Das gab es in der DDR zu den Bürgerrechtlern auch, alles ein Sumpf!)

dazu gehört unter anderem auch, dass wir über ein umfassendes und aussagekräftiges Material verfügen, um bei einem möglichen Verbotsverfahren dementsprechend Bestand zu haben. Und insofern ist es keine neue Erkenntnis, dass in den Bundesländern und in der Bundesrepublik Deutschland natürlich auch V-Männer zum Einsatz kommen, um Informationen zu gewinnen.

(Stefan Köster, NPD: Um zu Straftaten zu animieren.)

Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2003 den Ländern eine klare Hausaufgabe aufgegeben, was es von den Ländern erwartet, wenn man zu einem erfolgreichen Urteil kommt. Diese Ausgangslage kennen alle Länder, die kennt auch Mecklenburg-Vorpommern. Daraufhin hatten alle Kollegen lange genug Zeit, sich darauf einzustellen. Und deswegen halte ich erstens die Maßnahme für richtig, zweitens den Beschluss für richtig und, ...

Udo Pastörs, NPD: Ich hatte unter Billigung von Rechtsverstößen gefragt.

Minister Lorenz Caffier: ... und drittens, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, Sie haben den Minister ausreden zu lassen.

Minister Lorenz Caffier: ... und drittens sind die Einsatzmöglichkeiten und die Einsatzverwendungen rechtlich einheitlich in der Bundesrepublik Deutschland geregelt.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Insofern kann ich Ihre Frage weder bestätigen noch nachvollziehen.

Udo Pastörs, NPD: Ich hatte nach Rechtsverstößen, unter Billigung von Rechtsverstößen konkret gefragt, wie es nachweislich in anderen Bundesländern auch schon gewesen ist,

(Stefan Köster, NPD: Auch hier in Mecklenburg-Vorpommern.)

vom Bombenlegen in Celle angefangen bis zu Aufforderungen zu schweren Straftaten

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist das hier ein Dialog, oder was ist das hier?)

vonseiten der Behörden gegenüber sogenannten Agenten, die angeworben wurden. Das war meine konkrete Frage.

Minister Lorenz Caffier: Ich kann Ihre Frage nicht erkennen. Sie machen hier ein „Wort zum Sonntag“, das ist aber jetzt nicht Ihre Aufgabe.

Udo Pastörs, NPD: Nein, Sie machen hier eine Show, indem Sie sich hier ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Die Fragestunde ist jetzt beendet.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte schön, bitte schön, Herr Pastörs! Das war doch wirklich erhellend. – Peter Ritter, DIE LINKE: Bitte schön!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Die Fraktion der NPD hat eine Auszeit von 25 Minuten beantragt. Wir unterbrechen die Sitzung bis 11.35 Uhr.

Unterbrechung: 11.11 Uhr

Wiederbeginn: 11.37 Uhr

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Ostsee-Adria-Korridor: Bahnstrecke Strecke Berlin – Rostock zügig ausbauen, Drucksache 6/171.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Ostsee-Adria-Korridor: Bahnstrecke Strecke Berlin – Rostock zügig ausbauen – Drucksache 6/171 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Eifler von der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 19. Oktober dieses Jahres hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, die Straßen- und Schienenverbindung Berlin–Rostock sowie den Hafen Rostock in das transeuropäische Verkehrskernnetz aufzunehmen.

Ziele der gemeinsamen EU-Verkehrspolitik sind unter anderem der Ausbau einer gemeinsamen Verkehrsinfrastruktur für den gemeinsamen europäischen Markt, die Entkopplung der Wachstumsprozesse von Wirtschaft und Verkehr sowie die Stabilisierung der Anteile bei den einzelnen Transportmitteln. Hierbei wird zwischen den unterschiedlichen Verkehrsträgern Straßenverkehr, Schienenverkehr, Luftverkehr, Seeverkehr und Binnenschifffahrt unterschieden. Zu den Hauptsäulen der Verkehrsinfrastrukturplanung gehört der Ausbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes.

Rechtsgrundlage für den Aufbau der transeuropäischen Netze bieten die Artikel 154 bis 156 im EG-Vertrag. Wesentliche Ziele der transeuropäischen Netze sind dabei

die Verbesserung der Vernetzung im Binnenmarkt, die Vereinheitlichung der Verkehrssysteme, die Stärkung der umweltfreundlicheren Verkehrsträger und die Verbesserung der Infrastruktur. Die transeuropäischen Netze umfassen Straßen, Eisenbahnstrecken, Binnenwasserstraßen, das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz, Häfen und Flughäfen.

Die Planungen sehen vor, dass bis zum Jahr 2020 circa 75.000 Kilometer Straßen, 78.000 Kilometer Schienen, 12.000 Kilometer Binnenwasserstraßen, 330 Flughäfen, 270 internationale Seehäfen und 210 Binnenhäfen im Rahmen der transeuropäischen Netzprojekte entwickelt werden. Hierfür werden Gesamtkosten von 600 Milliarden Euro veranschlagt. Davon sind allein 225 Milliarden Euro für prioritäre Projekte im Bereich der Bahn und der Binnenschifffahrt vorgesehen. Die Projekte sollen durch nationale und europäische Gelder, Kredite, private Investoren oder Nutzungsentgelte finanziert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Europäische Kommission hat nun am 19. Oktober 2011 aktuell einen Vorschlag unterbreitet, mit dem die Straßen- und Schienenverbindung Berlin–Rostock sowie der Hafen Rostock in das transeuropäische Kernnetz aufgenommen werden sollen. Mit der Aufnahme dieser Verbindung würde der Raum Rostock an den sogenannten Ostsee-Adria-Entwicklungskorridor angeschlossen werden, in dem zurzeit circa 90 Millionen Menschen leben. Dieser Anschluss würde eine höhere Wirtschaftsdynamik für die Gesamtregion Rostock und den Hafen ermöglichen und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze generieren.

Der Ausbau der Verbindungen zwischen Berlin und Rostock sichert die Anbindung an die wirtschaftlichen Zentren Deutschlands und die dynamisch wachsenden Märkte und Metropolen in Mittel- und Osteuropa. Mit der Verlängerung der transeuropäischen Achse 22 über Athen, Sofia, Budapest, Wien, Prag, Nürnberg, Berlin nach Rostock wäre der Hafen Rostock stärker als bisher an die Wirtschaftsräume Süd- und Osteuropas angebunden.

Vor diesem Hintergrund ist der zügige Ausbau der Bahnstrecke Rostock–Berlin notwendig und zu unterstützen. Die Unterstützung bezieht sich auch auf die Konzentration und Beschleunigung der damit einhergehenden Planungsverfahren. Deshalb begrüßt meine Fraktion ausdrücklich, dass sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag darauf festgelegt hat, die Weiterentwicklung der transeuropäischen Verkehrsnetze und die Ergänzung der bestehenden Planung unter der Berücksichtigung der deutschen Projekte voranzutreiben und eine Anpassung des Bundesverkehrswegesplanen vorzunehmen.

Gleichzeitig haben sich bereits die Wirtschafts- und Verkehrsminister der norddeutschen Bundesländer im Dezember 2009 darauf verständigt, dass der Ausbau der Schienenverbindung Berlin–Dresden nach Prag und darüber hinaus nach Südosteuropa bei einer Erweiterung der transeuropäischen Netzkorridore Nummer 1 und 22 über Berlin nach Rostock sowie Sassnitz-Mukran notwendig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, aufgrund der aktuellen Situation hat es meine Fraktion für notwendig erachtet, sich nochmals deutlich für den Ausbau der Bahnstrecke Berlin–Rostock zu verwenden,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Zum tausendsten Mal.)

um die wirtschaftlichen Chancen der Region durch die Aufnahme in das transeuropäische Verkehrsnetz zu verbessern. Obwohl seitens des Bundes und der Landesregierung, wie bereits ausgeführt, diesbezügliche Maßnahmen ergriffen wurden, wollen wir uns im Landtag mit einem einheitlichen Votum für den Ausbau dieser Strecke aussprechen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung das Wort. Bitte, Herr Minister.

(Minister Volker Schlotmann
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Minister Volker Schlotmann: Als ich Anfang des Jahres die Aufnahme der Strecke Berlin–Rostock ins zukünftige transeuropäische Kernnetz für Verkehr forderte, war uns allen noch nicht klar, wie der Entwurf der EU-Kommission dann letztendlich aussehen würde. Wie der Kollege Eifler gesagt hat, seit dem 19. Oktober dieses Jahres sind wir etwas schlauer.

Die EU-Kommission hat in ihrem Vorschlag für das zukünftige Kernnetz für die Aufnahme der Strecke Rostock–Berlin und vor allen Dingen – für uns ganz wichtig – des Rostocker Hafens plädiert. Und nicht nur das, Rostock ist Teil eines Kernnetzkorridors von Hamburg und Rostock nach Südosteuropa. Der 19. Oktober 2011 ist damit ein bedeutsamer Tag für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, das muss man so deutlich sagen. Und daher ist der vorliegende Antrag auch so wichtig, da er die Bedeutung der Entscheidung für unser Land auch noch einmal herausstellt, auch, lieber Kollege Ritter, wenn es hier jetzt zum tausendsten Mal passiert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja.)

Aber es ist allgemein bekannt, gerade bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, dass nur Beharrlichkeit zum Ziele führt und steter Tropfen den Stein dann aushöhlt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ich glaube es erst,
wenn ich schneller mit dem Zug fahren kann.)

Dazu komme ich ja noch.

Meine Damen und Herren, dieser Erfolg beruht auf jahrelangem hartnäckigem Einsatz des Landes, der Landesregierung auf Bundes- und EU-Ebene, ist aber auch – und das möchte ich an dieser Stelle mal sagen, das ist viel zu häufig unterbelichtet – ein Verdienst unserer Landesvertretung in Brüssel, denn die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, sind hartnäckig und ständig am Ball. Und neben der Arbeit der Landesvertretung ist hier auch zu würdigen die Arbeit von Europaabgeordneten, die aus diesem Land kommen oder kamen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Da möchte ich nennen Heinz Kindermann, da möchte ich André Brie nennen und da möchte ich den aktuellen EU-Abgeordneten Werner Kuhn nennen. Ohne deren Hartnäckigkeit und manchmal – das meine ich jetzt positiv – Penetranz in dieser Frage wären wir vielleicht gar nicht so weit gekommen. Auch dafür meinen Dank, und ich denke, das gilt fürs Parlament.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Für uns war und ist immer eins klar gewesen: Mit der Aufnahme in das zukünftige Kernnetz werden sich die wirtschaftlichen Entwicklungschancen im Land weiter verbessern und letztendlich damit weiter mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Vorschlag der EU-Kommission ist ein großartiger und nicht zu unterschätzender Erfolg für Mecklenburg-Vorpommern und die Bürgerinnen und Bürger, die davon profitieren werden. Allerdings, das ist ein Etappensieg, das Rennen ist noch lange nicht gewonnen – das ist das, was auch der Kollege Ritter gerade ansprach –, denn bei aller Freude über die Entscheidung der EU-Kommission ist eins klar: Bis aus diesem Vorschlag der Kommission eine tatsächlich für alle verbindliche EU-Verordnung wird, haben wir noch einen weiten Weg vor uns.

Und da möchte ich die Gelegenheit nutzen, um dem Parlament die absolut aktuellste Entwicklung mitzuteilen, aus Brüssel sozusagen frisch auf den Tisch: In der Ratstagung der Europäischen Kommission, die vorgestern stattgefunden hat, wurde heftig über diesen Vorschlag diskutiert und es wurde eins deutlich – auch für Sie, Herr Renz –,

(Heinz Müller, SPD: Der hört nicht zu.)

und zwar, dass der Vorschlag der Kommission, und darum geht es jetzt, zur neuen TEN-Verordnung auf sehr starke Skepsis bei den Mitgliedsstaaten stößt. Das heißt also, bis zur Verabschiedung, vorgesehen war das ja im Frühjahr 2013, da muss man dann ein Fragezeichen dahinter setzen.

Durch das Europaparlament und durch den Europarat wird die Verordnung, die jetzt als Vorschlag vorliegt, grundlegend überarbeitet werden müssen aus Sicht der Mitgliedsstaaten.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Und ich bin mir sicher, dass wir dann gute Chancen haben, aus diesen Vorschlägen Realität zu bekommen, wenn wir gemeinsam weiter, und sei es auch mit einem tausendeinsten Antrag, lieber Kollege Ritter, die Vorteile unseres Landes deutlich artikulieren und das auf den Weg bringen, denn da sollten wir unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Das wird auch in Brüssel und anderswo gelesen.

Ich möchte jetzt hier nicht nur die weiteren Vorteile für unser Land bewerben. Das wissen Sie alle so gut wie ich. Der Kollege Eifler hat dazu ja nun schon einiges gesagt. Für uns ist wichtig, dass bei einer so weitreichenden Entscheidung, die hier getroffen werden muss, insbesondere was das Thema Kostenseite und dann die Zuständigkeit zwischen Bund und europäischer Kommission angeht, Veränderungen auch aus unserer Sicht

notwendig sind und auch kommen werden. Wichtig ist für uns als Land, weiter darauf zu drängen, dass unsere Strecken im Vorschlag drinbleiben und Rostock im Kernnetzkorridor bleibt und nicht etwa eine, ich sage mal, veränderte Fokussierung auf Hamburg stattfindet. Wir mögen alle die Hamburger,

(Heinz Müller, SPD: Vor allem die „Hämbörger“!)

aber an dieser Stelle muss ich deutlich sagen: Hier müssen wir die Interessen des Landes im Auge behalten. Und dazu ist es wichtig, dass Rostock eben dort drinbleibt.

Ich wünschte mir eine partei- und regionsübergreifende Unterstützung für unsere Strecken, für unser Vorhaben, weil ich denke, das ist ein wichtiges Signal an den Bund, an Europa. Und ich würde mich freuen, wenn dieser Beschluss eine klare Mehrheit findet. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke Ihnen.

Das Wort hat jetzt Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Jahresbeginn berieten wir über den Antrag der SPD zur Aufnahme der Strecke Berlin–Rostock/Rostock–Berlin ins transeuropäische Verkehrsnetz.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Mittlerweile liegen entsprechende Vorschläge auch der EU-Kommission vor. Jetzt, zum Jahresende, ist es der Antrag der CDU, die Bahnstrecke Berlin–Rostock zügig auszubauen. Und für die vielen neuen Kolleginnen und Kollegen hier im Saal: Wir reden nicht das erste Mal darüber.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Der Ausbau der Bahnstrecke Berlin–Rostock war ein Versprechen des ehemaligen Bundeskanzlers Schröder.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig. –
Peter Ritter, DIE LINKE: So lange ist das her.)

Im Gegenzug bekam er grünes Licht der Landesregierung zu einem Reformvorhaben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig, richtig.)

Zu Jahresbeginn 2011 war es Antragsanliegen, gegenüber der Bundesregierung deutlich zu machen, dass mit der Ausweisung der Fährverbindung Rostock–Gedser als Meeresautobahn nun der Lückenschluss nach Berlin und weiter in Richtung Südosteuropa vollendet werden muss, indem die Strecke einschließlich der Bahnverbindung vom Seehafen Rostock nach Berlin – das möchte ich noch mal betonen – in die transeuropäischen Netze aufgenommen wird. Damals war zu befürchten, dass die Trassen westlich und östlich unseres Bundeslandes verlaufen könnten. Diese Bedenken dürften nun ausgestanden sein.

Herr Säwert, Abteilungsleiter im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, berichtete im Ener-

giewausschuss am 30. November 2011 – am Tag der Antragsabgabe für diese Landtagssitzung – über den Stand der Überarbeitung der transeuropäischen Netze. Er machte dies sehr anschaulich. Die Vorschläge der EU-Kommission entsprechen den Landesinteressen. Der Rostocker Hafen wird in das Kernnetz aufgenommen. Die Kernnetze werden unterstützt mit Kernnetzkorridoren. Ein Korridor beginnt in Hamburg, einer im Rostocker Hafen. Beide treffen sich in Richtung Berlin auf dem Weg nach Süden. Der Korridor heißt jetzt Hamburg-Lefkosia-Korridor.

Der Bund hat ein Jahr Zeit zur Stellungnahme. Auch wenn der Bund schmollt, dass die EU plant und der Nationalstaat zusieht, besteht kein Zweifel daran, dass auch der Bund den Vorschlägen zustimmt. Deshalb ist der Antrag meiner Meinung nach unsinnig oder, besser formuliert, entbehrlich.

(Unruhe vonseiten der Fraktion
der CDU – Jochen Schulte, SPD:
Sie enttäuschen mich.)

Er ist entbehrlich. Aber ich erinnere mich noch sinngemäß an die Worte von Minister Schlotmann, dass wir deutlich in Richtung Bundesregierung agieren sollen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wenn es also hilft, agieren wir wieder in Richtung Bundesregierung.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Natürlich.

Es wird Zeit, dass wir wie vor über 20 Jahren wieder schneller von Rostock nach Berlin kommen. Das gilt für den Güterverkehr, aber auch genauso für den Personenverkehr.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gibt es
Güterverkehr überhaupt noch?)

Der Geschwindigkeitsausbau von 120 auf 160 Kilometer pro Stunde und auf über 25 Tonnen Last ist unserer Meinung nach ganz dringend notwendig.

Damit die Bahnverbindung Rostock–Berlin nicht zur unendlichen Geschichte wird, stimmen wir natürlich diesem Antrag zu. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke Ihnen, Frau Lück.

Und das Wort hat jetzt Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Jochen Schulte, SPD: Herr Pastörs, die Parkuhr für Sie steht draußen. Deswegen sollten Sie vielleicht auch mal dahin gehen. Dann wären Sie gut aufgehoben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja nun schon von Herrn Minister Schlotmann, aber auch von der Kollegin Lück und auch aus dem Plenum vom Kollegen Ritter darauf hingewiesen worden, dass wir uns selbstverständlich in den vergangenen Wahlperioden immer wieder nicht nur mit dem Ausbau der Bahnstrecke Berlin–Rostock, sondern auch mit der Frage einer Aufnahme in die sogenannten transeuropäischen Netze beschäftigt haben.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das war natürlich nicht nur dem Umstand geschuldet, dass diese Bahnverbindung für den Schienenpersonenfernverkehr von und zu unserem Land besondere Bedeutung hat. Und vielleicht, Herr Ritter, schaffen Sie es ja tatsächlich doch noch mal, in, was weiß ich, zwei Stunden mit dem Zug nach Berlin zu fahren. Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich ursächlich hierfür war und ist doch vielmehr die Tatsache, dass insbesondere für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes als Drehscheibe und als Knotenpunkt des internationalen Güterverkehrs von und in den Ostseeraum leistungsfähige Güterverkehrsfernverbindungen von herausragender Bedeutung sind. Und dies, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gilt natürlich – und Herr Minister Schlotmann hat eben darauf hingewiesen – im besonderen Maße für den größten und umschlagstärksten Hafen dieses Landes und dessen Hafenhinterlandverbindung Richtung Süden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, über alle politischen Unterschiede hinweg haben sich die bereits in den vorhergehenden Wahlperioden in diesem Landtag befindlichen demokratischen Fraktionen nicht nur für einen Ausbau der Bahnstrecke Rostock–Berlin und darüber hinaus Richtung Dresden–Prag und Süd- beziehungsweise Südosteuropa eingesetzt. Meine Damen und Herren, gemeinsam haben wir uns vielmehr für die Anerkennung dieser Güterverkehrsstrecke als Bestandteil eines europäischen Verkehrsnetzes eingesetzt. Und da möchte ich in diesem Zusammenhang dann, weil hier ja nun auch Europaabgeordnete und Bundestagsabgeordnete genannt worden sind, vielleicht auch mal auf das eigene Plenum verweisen und die Mitglieder, die teilweise hier heute nicht mehr als Kolleginnen und Kollegen anwesend sind, andererseits dann teilweise auch heute wieder in diesem Landtag Mitglied sind, ob es die Frau Kollegin Schwebs ist, der frühere Abgeordnete Stein oder der Fraktionsvorsitzende der früheren FDP-Fraktion Roolf oder auch der Kollege Egbert Liskow, der jetzt auch wieder Mitglied dieses Landtags ist, wir alle gemeinsam, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und Herr Schulte.)

Ich auch, aber ich wollte mich jetzt nicht selber nennen, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen
habe ich das jetzt gemacht.)

Danke schön.

(Torsten Renz, CDU: Na,
das war doch jetzt abgesprochen. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

... wir alle zusammen – und damit wird ja auch der Konsens der demokratischen Fraktionen in diesem Haus deutlich, und ich gehe davon aus, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich vom Grundsatz her da auch mit einbringen wird –, wir alle haben uns in einem Konsens für dieses Vorhaben eingesetzt.

Und die Tatsache, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass nunmehr die EU-Kommission vorschlägt, nicht nur den Hafen Rostock selber in das transeuropäische Verkehrsnetz aufzunehmen, und damit dessen Bedeutung als Ausgangs- beziehungsweise Endpunkt der Seeverkehrsverbindung im Ostseeraum unterstreicht, sondern darüber hinaus nunmehr auch die Bahnstrecke Rostock–Berlin als Teil des Kernnetzkorridors Hamburg beziehungsweise Rostock–Berlin–Dresden–Südosteuropa in eben dieses transeuropäische Verkehrskernnetz aufnehmen will, ist letztendlich – das gestatte ich mir dann in diesem Zusammenhang auch mal zu sagen – auch Anerkennung der gemeinsamen Bemühungen der letzten Jahre in eben diesem Haus.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Vorschlag der EU-Kommission ist natürlich – und Herr Minister Schlotmann hat darauf zu Recht hingewiesen – nur ein erster Schritt, um die wirtschaftliche und verkehrliche Bedeutung auf das Teilstück zwischen Berlin und Rostock für den internationalen Güterfernverkehr deutlich zu machen. Und, meine Damen und Herren, da bedarf es weiterhin aller Anstrengungen, um auch gegenüber der eigenen Bundesregierung die Bedeutung dieses Korridors für die weitere wirtschaftliche Entwicklung eben nicht nur Mecklenburg-Vorpommerns und der ostdeutschen Bundesländer, sondern letztendlich der Bundesrepublik Deutschland insgesamt weiter zu verdeutlichen. Es gibt, das muss man bedauerlicherweise feststellen, bei Bund und Bahn immer noch zu viele Entscheidungs- oder vielleicht sind es auch tatsächlich eher Bedenken-träger, die immer noch nicht der Tatsache ins Auge schauen wollen, dass gerade die Güterverkehrsströme der Zukunft nicht mehr zwangsläufig über die althergebrachten Verkehrsverbindungen in den alten Bundesländern fließen werden.

Und, meine Damen und Herren, der Umstand, dass die skandinavischen und baltischen Ostseeanrainerstaaten auch in den kommenden Jahren voraussichtlich einen erheblichen Anteil an dem weiteren Wirtschaftswachstum innerhalb Europas haben werden – sie gehören ja nun bekannterweise nicht gerade zu den finanzschwachen Ländern, die jetzt durch Sparprogramme in ihren Ländern zur Rezession beitragen – und sich deshalb die aus diesen Staaten ergebenden Güterströme immer weiter verdichten werden, bewirkt halt auch, und das sollten wir dann auch positiv hier konstatieren, dass den Häfen im südlichen Ostseeraum und damit auch den Häfen unseres Landes und insbesondere dem Rostocker Hafen in der Zukunft noch weitere und immer größere Bedeutung zukommen wird.

Und, meine Damen und Herren, dann ist es natürlich auch klar, dass von diesen Häfen aus und insbesondere auch von dem Hafen Rostock aus, der natürlichen Hinterlandverbindung in den südlichen und südosteuropäischen Raum – es ist ja angesprochen worden, der neue Vorschlag für dieses TEN-Netz geht in Richtung Lefkosa, das heißt, auch in Richtung der Türkei als einem der Wirtschaftsmotoren im östlichen Mittelmeerraum –, das entsprechend ausgebaut werden soll.

Die wirtschaftliche Dynamik der letzten Jahre, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in unserem Land gerade im Logistikbereich, aber eben nicht nur, ist letztendlich damit auch Ausdruck der immer weiter steigenden Bedeutung des gesamten Ostseeraums für das wirtschaftliche Wachstum in Europa. Es ist daher nicht nur im wirtschaftlichen verkehrlichen Interesse unseres Landes, wenn tatsächlich am Ende dem Vorschlag der EU-Kommission durch EU-Parlament und -Rat gefolgt wird. Auch das sollten wir hier mal mit Nachdruck erklären. Wir betteln hier nicht um irgendetwas, wenn wir die Aufnahme dieser entsprechenden TEN-Netzkorridore fordern oder weiterbetreiben, sondern wir tun das letztendlich auch im gesamtdeutschen, im gesamteuropäischen Interesse. Dieses deutlich zu machen auch gegenüber den europäischen Einrichtungen, ist erst mal Aufgabe der Bundesregierung.

Unsere Aufgabe, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, aber auch die der Landesregierung muss es daher sein, sich gegenüber der Bundesregierung, aber auch gegenüber der Deutschen Bahn als betroffenem Infrastrukturunternehmen immer wieder für eine weitere Stärkung und den kontinuierlichen Ausbau der Eisenbahninfrastruktur gerade auch zwischen Berlin und Rostock einzusetzen. Ziel muss es sein – da komme ich dann noch mal auf die Worte vom Kollegen Ritter zurück –, den bereits seit Jahren laufenden Ausbau jetzt endlich in den kommenden Jahren, das Ziel ist momentan 2013, zu einem erfolgreichen Ende zu bringen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dieser Landtag und die von ihm getragenen Landesregierungen haben sich jahrelang gemeinsam dafür eingesetzt, dass die erforderlichen Investitionen in die Bahnstrecke Berlin–Rostock getätigt werden und dass mit diesen Investitionen gleichzeitig das langjährige Bemühen der Aufnahme der Strecke Berlin–Rostock in das Kernnetz der transeuropäischen Verkehrsnetze, TEN-T, erfolgt. Und auch in seiner gestrigen Regierungserklärung hat der Ministerpräsident erneut auf die Bedeutung eines verkehrs- und wirtschaftsgerechten Ausbaus der Bahnstrecke Berlin–Rostock hingewiesen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in einem verkehrspolitischen Marathon sind wir jetzt, Herr Minister Schlotmann hat darauf hingewiesen, kurz vor dem Erreichen der Zielgeraden. Lassen Sie uns im Interesse unseres Landes, im Interesse der Menschen, die hier leben, die hier arbeiten, im Interesse unserer Unternehmen jetzt gemeinsam noch mal eine Schippe drauflegen, um erfolgreich das Ziel zu erreichen. Werben Sie selber auch bei Ihren Abgeordneten im Europaparlament, werben Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, insbesondere auch bei Ihrem Bundesverkehrsminister dafür, dass diesem Vorschlag der EU-Kommission gefolgt wird. Ich denke, dann können wir irgendwann auch, Herr Kollege Ritter, sagen: Das war tatsächlich der letzte Antrag zu diesem Thema, wir haben es gemeinsam alle geschafft. – Deswegen bedanke ich mich hier und heute für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Her-

ren! Natürlich kann ich mich als Rostocker nur freuen, wenn etwas getan wird für die Bahnstrecke Berlin–Rostock und den Rostocker Hafen. Wir werden auch als Fraktion insgesamt dem Antrag zustimmen,

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

weil uns sehr daran liegt, dass der Bahnverkehr zwischen Rostock und Berlin endlich attraktiver wird. Zurzeit haben Sie Fahrzeiten um die drei Stunden mit der Bahn, zwei Stunden mit dem Auto, sodass viele Leute rein aus Zeitgründen dazu geführt werden, dann doch eher das Auto zu benutzen. Wir wünschen uns eine Stärkung des Bahnverkehrs.

Aber wenn wir diese Strecke in das europäische Netz so stark integrieren wollen – wir halten es für richtig –, dann ist der Dreh- und Angelpunkt die Frage Hafenenwicklung und Schiffsverkehr, denn die Strecke kann nicht in Rostock enden. Und da, müssen wir erstens sagen, haben wir eine starke Konkurrenz: auf der einen Seite Stettin und auf der anderen Seite die Fehmarnbeltquerung nach Skandinavien. Das bedeutet, wir müssen die Vorzüge des Schiffsverkehrs gemeinsam herausstellen. Das ist auch der Kritikpunkt von unserer Partei an der Landesregierung, dass wir hier sagen, der Schiffsverkehr hat nur eine Zukunft, wenn er das umweltfreundliche Potenzial, was er tatsächlich hat, auch ausschöpft.

Die Landesregierung fährt hier eine andere Politik. Die Landesregierung besteht darauf, dass der Schiffsdiesel solange wie möglich noch einen möglichst hohen Schwefelanteil behalten darf, damit – und das ist die Argumentationskette – der Schiffsverkehr nicht verlagert wird auf den Lkw. Wenn Sie sich mit den Zahlen beschäftigen, dann wissen Sie, ein Containerschiff, was seine gesamten Container auf Lkw umlagert bei heutigen Umweltstandards beim Diesel, Schiffsdiesel und beim Lkw-Diesel, dann bedeutet das tatsächlich noch einen Vorteil von 30 Prozent für das Schiff beim Thema CO₂-Ausstoß. Bei allen anderen Schadstoffen, wie Schwefeldioxid, NO_x, ist schon jetzt der Lkw im Vorteil. Die Bahn ist noch weit besser dran gegenüber dem Lkw und damit auch gegenüber dem Schiff.

(Marc Reinhardt, CDU: Gigaliner. –
Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Deswegen wollen wir diese Strecke entwickeln. Das bedeutet, wir müssen uns gemeinsam für saubere Schiffsmotoren einsetzen. Die müssen so schnell wie möglich kommen. Ich fordere die Landesregierung auf, bei diesem Thema nicht länger Bremser zu sein in der Bundesrepublik, sondern ganz klar Vorreiter zu sein, damit wir bei uns im Land diese Technologie auf unseren Werften entwickeln können und damit auch der EU signalisieren: Schiffsverkehr hat eine Zukunft, Schiffsverkehr ist umweltfreundlich. Wir brauchen die Entwicklung des Korridors über Berlin–Rostock nach Skandinavien. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Seidel von der Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, gestern früh und auch heute bei

der Aktuellen Stunde wurde sehr viel gesprochen über die Notwendigkeiten für unser Land, für Mecklenburg-Vorpommern. Das Stichwort „Arbeit und Arbeitsplätze“ steht immer an erster Stelle. Gut bezahlte Arbeitsplätze, wir sagen „Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung“, wie auch immer man das bezeichnet, das ist nach wie vor das zentrale Thema. Allerdings heißt das auch, dass es eben entsprechende Rahmenbedingungen braucht, damit solche Arbeitsplätze entstehen.

Nun gibt es sicherlich eine Binsenweisheit, dass solche Arbeitsplätze nur dann entstehen, wenn es gelingt, eine Wirtschaft zu entwickeln, die am Ende erfolgreich ist, Gewinne macht und die Menschen vernünftig daran partizipieren können. Und eine erfolgreich laufende Wirtschaft braucht, ich sagte es, Rahmenbedingungen. Da gibt es eine ganze Menge, die will ich jetzt nicht alle im Einzelnen aufzählen, aber drei will ich nennen:

Erstens. Man braucht zunächst erst mal motivierte, gut ausgebildete Menschen, damit man wirtschaften kann.

Zweitens. Aktuelles Thema, man braucht sicherlich eine hoch effiziente und auch bezahlbare Energiebereitstellung.

Drittens. Da würde ich dann wirklich schon nennen, man braucht entsprechende infrastrukturelle Bedingungen, insbesondere auch verkehrliche Bedingungen.

Und da ist dann natürlich, wenn man von solchen Rahmenbedingungen spricht, schon ein ganz konsequenter Einsatz von Politik notwendig.

Und, meine Damen und Herren, ich muss Sie nicht besonders darauf hinweisen, das wissen Sie alle selbst genauso gut, wie ich das weiß: Wir sind hier 1990 gestartet mit einem völligen Umbauerfordernis, auch eines Infrastrukturnetzes auf marktwirtschaftliche Bedingungen, denn da stimmte vieles nicht, das ist doch ganz klar. Und jetzt höre ich mit Freude immer wieder, dass nun alle dafür sind, dass entsprechende Verkehrsinfrastruktur aufgebaut wird. Und Frau Lück oder Herr Ritter sagen, warum denn wieder zum tausendsten Mal und so weiter und so fort. Na ja, also will ich mal ganz zart daran erinnern: Sie fahren heute alle flott auf der A 20 und, ich glaube, auch gern auf der A 20.

(Burkhard Lenz, CDU: Ja.)

Damals hat DIE LINKE kräftig gegen die A 20 gekämpft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Sogar ins Parteiprogramm haben sie es geschrieben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wir hatten
aber eine Alternative vorgeschlagen.)

Ja, erinnern Sie sich mal an die grünen Schilder „Pro A 20“.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben nie über
die Verbindung zwischen Rostock und Berlin
gestritten, um die es jetzt geht, Herr Seidel.)

Und ich freue mich auch sehr, Herr Jaeger, wenn DIE GRÜNEN sagen, sie können einem solchen Antrag zustimmen, weil das natürlich wichtig ist, wenn man ein gemeinsames Votum hinkriegt für solche wichtigen, für

das Land auch elementaren Positionen. Aber, das kann ich Ihnen auch nicht ersparen, wenn Sie – ich kenne jetzt nicht die genaue Haltung der Partei, aber zumindest glaube ich, dass Sie da sehr eng dran sind –, wenn da gegen die B 96n auf Rügen demonstriert wird, dann ist das Sabotage an Arbeitsplätzen, ganz konkret an der Entwicklung des Hafens in Sassnitz und in Mukran.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Insofern, und das lassen Sie mich ganz ernsthaft sagen, ist es wirklich wichtig, dass hier ein gemeinsames Votum zustande kommt zu einem Thema, was uns seit Jahren interessiert. Es muss gelingen, dass Mecklenburg-Vorpommern an die entsprechenden Wirtschaftszentren, auch die internationalen Wirtschaftszentren noch besser angebunden wird, als das heute der Fall ist.

Und weil Herr Jaeger vorhin die Situation in der Schifffahrt ansprach, will ich zumindest mal erwähnen, dass gerade der Hafen Rostock in den letzten Jahren erhebliche Förderung bekommen hat. Ich glaube, es waren so an die 75 Millionen Euro, nur Fördermittel, die in diesen Hafen gegangen sind. Und ich glaube, das geht weiter. Da wird auch gegenwärtig nach wie vor gebaut, das ist auch vernünftig.

(Rainer Albrecht, SPD:
Das Geld ist gut angelegt.)

Das ist ganz klar, das ist auch sehr vernünftig. Das sind die Entwicklungszentren, in dem Fall kann man sogar sagen, das ist das Entwicklungszentrum dieses Landes, und das soll auch so weitergehen.

Meine Damen und Herren, in der Tat, wir freuen uns alle, dass seit 19. Oktober 2011 dieser Vorschlag der EU-Kommission jetzt vorliegt. Nun ist es natürlich immer so, und das ist auch völlig in Ordnung, dass ein solcher Erfolg, zunächst mal ein Teilerfolg, dann auch immer viele Väter hat. Und, Herr Schulte, ich bin jetzt mal nicht so bescheiden, jetzt melde ich mich auch

(Jochen Schulte, SPD:
Das war nicht abschließend
gemeint, Herr Seidel.)

und sage, einen kleinen Beitrag habe ich vielleicht auch geleistet – ja –, weil ich damals beteiligt war an den Koalitionsverhandlungen der jetzigen Bundesregierung im Verkehrsbereich. Ich muss Ihnen sagen, es war damals bitter, bitter schwer, genau dieses Thema dort zu verankern. Das geht nicht so friedlich ab, wie wir meinen. Die Hamburger haben kräftig gegengehalten. Es ist da auch nur gelungen, ich muss das sagen, unter dem Thema „Deutsche Einheit“ diese Frage zu verankern, nämlich dass wir in diesen Korridor als ostdeutsche Länder hineinkommen, und auch nur deshalb, weil wir uns, wie ich fand, ganz geschickt mit Sachsen verbunden haben. Das war nur die Möglichkeit, alleine hätten wir es wahrscheinlich auch nicht geschafft. Also ich will nur sagen: Die Konkurrenzinteressen sind da nach wie vor gewaltig und das wird auch jetzt immer wieder eine Rolle spielen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das merken wir im Parlament.)

Insofern ist der Hinweis völlig richtig: Da darf man nicht aufhören, seine Position zu bestimmen, einzufordern und

dafür zu kämpfen. Das wollen wir tun. Insofern glaube ich, dass eine nochmalige Positionierung des Landtages sehr vernünftig ist. Das stärkt die Landesregierung, das gibt noch mal ein eindeutiges Signal. Und wir werden alle sehr darauf zu achten haben, dass auch die entsprechenden Baufortschritte an der Strecke erreicht werden. Ich glaube, das sind wir der Entwicklung, das sind wir diesem Lande auch schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Schlotmann.

Minister Volker Schlotmann: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ja der Sinn unserer Veranstaltung hier, dass wir debattieren.

Herr Jaeger, ich möchte eins ziemlich deutlich machen: Wir sind nicht die Bremser, was die Reduzierung von Schwefelemissionen anbelangt in der Schifffahrt, sondern was wir hier im Interesse des Landes, und ich darf daran erinnern, viele der Seeleute sind Landeskinder, viele Arbeitsplätze im Hafen, im maritimen Bereich sind bei uns, worum es uns geht, ist, dass es hier Wettbewerbsnachteile gibt, dass ausschließlich die Ostsee mit dieser Reduzierung belegt wird, während ringsum auf den Weltmeeren weiterhin in Größenordnungen Schwefel emittiert wird. Gegen diese Wettbewerbsverzerrung, die aufgrund dieser unterschiedlichen Behandlung von unterschiedlichen Seegebieten stattfindet, sagen wir: Hier muss gleicher Wettbewerb herrschen.

Und wenn wir diesen Schritt gehen, den ich überhaupt nicht ablehne, dann ist das völlig missverstanden, dann erwarten wir auch, dass hier für eine Übergangszeit entsprechende Hilfen für die betroffenen Reedereien stattfinden. Denn nur so kann es uns gemeinsam gelingen, Bahnverkehr endlich wirklich so zu forcieren, wie wir seit 40 Jahren immer rumtönen, und gleichzeitig das Schiff als Verkehrsträger auch wirklich mit dem Stellenwert zu versehen, der ihm zusteht.

Also: Wir sind nicht die Bremser, sondern wir fordern gleiche Behandlung der Verkehrsträger und insbesondere der Regionen in Europa und darüber hinaus, mehr nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Ja, vielen Dank.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich auch kurzfassen. Nur noch mal zu den Äußerungen des Kollegen Jaeger: Also man muss natürlich auch mal bei der Wahrheit bleiben und die Kirche im Dorf lassen.

Erstens. Gehen Sie nach Rostock, Sie sind ja nun Rostocker, gehen Sie zu Caterpillar und gucken sich das an, was dort entwickelt wird! Am Standort Rostock wird durch Caterpillar eines der modernsten Schiffsaggregate entwickelt, das es derzeit auf dem Weltmarkt gibt. Dieses

Schiffsaggregat ist entgegen Ihrer Annahmen natürlich dann auch dafür geeignet, mit schwefelarmen Treibstoffen die Schiffe zu transportieren. Das ist der erste Punkt. Wir behindern also in keiner Weise in diesem Land tatsächlich den technologischen Fortschritt, ganz im Gegenteil.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Zweitens. Das, was der Herr Minister eben ausgeführt hat, ist ja nur – und das ist jetzt nicht negativ gemeint – der erste Teil der Wahrheit. Der zweite Teil der Wahrheit ist, dass sich die Ostseeparlamentarierkonferenz, in der alle Parlamente des Ostseeraums parteiübergreifend vertreten waren und auch Mitglieder dieses Landtages anwesend waren, ausdrücklich in ihrem Bericht der Arbeitsgruppe für „Integrierte Maritime Politik“, die zu leiten, ich die Ehre hatte, dafür ausgesprochen hat, dass dieses Problem der Schwefelemission so angegangen wird, dass Wettbewerbsfähigkeit der Schiffsverkehre im Ostseeraum, so, wie es Herr Minister Schlotmann eben auch gesprochen hat, mit entsprechenden Verkehren a) in anderen europäischen Meeren, wie zum Beispiel dem Mittelmeer, erreicht wird und b) die entsprechenden Reedereien hier dabei unterstützt werden.

Was wir allerdings nicht wollen – und da waren wir auch im Konsens in dieser Arbeitsgruppe und da waren auch Vertreter von grünen Parteien mit dabei aus anderen Parlamenten –, ist eine massive Verlagerung von Verkehren von einem grundsätzlich umweltfreundlichen Transportmittel, nämlich dem Schiffsverkehr, auf den Straßenverkehr. Es ist zwar richtig, dass wir hier entsprechend höhere Schwefeldioxidstöße beim Schiffsverkehr haben, aber auf der anderen Seite überlegen Sie doch mal, wie viele Lkw dann durch dieses Land fahren würden, wenn all die Verkehre, die momentan noch über die Schiffe laufen, nämlich durch unsere Häfen, tatsächlich über die Autobahn laufen würden.

(Burkhard Lenz, CDU: Ja.)

Ich glaube nicht, dass Ihre Fraktion und Ihre Partei den damit verbundenen CO₂-Ausstoß auch in Mecklenburg-Vorpommern haben möchten. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir ändern das mal kurz.)

Ah ja, wir korrigieren das. Herr Jaeger, eine Minute.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich möchte auf zwei Punkte aufmerksam machen. Die Entwicklung des Rostocker Hafens ist abhängig von der Zustimmung auch der Anwohner des Rostocker Hafens. Im Moment haben wir in Rostock erhebliche Probleme mit den Emissionen der Schiffe. Das ist ein großes und wichtiges Thema. Das Thema Schiffsemissionen spielt auch eine große Rolle beim Thema „Urlaubs- und Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern“. Wenn Sie mal an der Ostsee in

Rostock bei Windstille sind, dann sehen Sie das Phänomen, dass über der Ostsee ein Gelbschleier hängt und der blaue Himmel über dem Land ist. Das hängt mit den Schiffsemissionen zusammen. Das ist ein großes Problem.

Und der letzte Punkt, Caterpillar, dieser Motorenhersteller, stellt natürlich saubere und gute Motore her. Aber wie soll er sie denn verkaufen, wenn Sie verhindern, dass die Standards für diese Motore angehoben werden? Sie verhindern letztendlich, dass diese Firma einen richtig großen Markt bekommt. Das ist das Problem. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Der Abgeordnete Jochen Schulte
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Sie haben eine Frage?

Vizepräsidentin Regine Lück: Ja, Herr Abgeordneter Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Eine Frage oder, genauer gesagt, zwei Fragen.

Die Frage ist: Ist Ihnen bekannt, dass a) heutzutage in der Ostsee ohnehin eine Schwefeldioxidgrenze von 0,1 Prozent vorgeschrieben worden ist, und b) ist Ihnen bekannt, dass diese Vorschriften weder durch die Landesregierung noch durch die Bundesregierung gemacht werden, sondern durch internationale Vereinbarungen, der IMO, und die Bundesregierung bereits erklärt hat, dass sie nicht beabsichtigt, also auch, was die Schwefeldioxidemission im Ostseeraum angeht, diese dann wieder neu zu verhandeln oder aufzumachen? Dieses Thema, das Sie heute diskutieren, das gibt es politisch gar nicht mehr.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Aha!)

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sehe ich, wie Sie nachvollziehen können, anders. 0,1 Prozent ...

(Heinz Müller, SPD: Gott erhalte
mein gesundes Halbwissen!)

Ich möchte gern antworten.

0,1 Prozent Schwefelanteil im Hafen bedeutet praktisch eine hundertfach höhere Konzentration als im Lkw-Diesel.

Und das zweite Problem: Es ist inzwischen übliche Praxis, dass die Schiffe im Hafen auf einen etwas schwefelärmeren Treibstoff umschalten, sobald sie aber den Hafen verlassen haben, auf – wieder das Thema –

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

praktisch fahrende Müllverbrennungsanlagen umschalten und den letzten Rest der Raffinerien auf dem Meer verbrennen. Das können wir alle gemeinsam nicht mehr wollen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Richtig.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/171. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/171 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Demokratie und Toleranz stärken – rechtsextremistischen Terror bekämpfen, Drucksache 6/159.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Demokratie und Toleranz stärken –
rechtsextremistischen Terror bekämpfen
– Drucksache 6/159 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Peter Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Der Abgeordnete Peter Ritter
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Mikro! Mikro!)

Peter Ritter, DIE LINKE: Danke schön.

Auf der letzten Sitzung des Landtages, als wir uns in einer Aussprache mit dem Thema befassten, habe ich schon deutlich gemacht, dass allein diese Aussprache für meine Fraktion nicht ausreichend sein kann, dass wir bei einer einmaligen Debatte nicht stehenbleiben dürfen, sondern über diese Frage weiter diskutieren müssen, dass wir aufklären müssen und vor allen Dingen die Öffentlichkeit informieren müssen, um die notwendigen Schlussfolgerungen für die künftige Politik ziehen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor etwa einem Monat wurde aufgedeckt, was niemand in dieser Form bislang für möglich gehalten hatte. Die rechtsextremistisch-terroristische Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“

(Stefan Köster, NPD: Sie meinen
die Verfassungsschutzvereinigung.)

ist über viele Jahre hinweg mordend durch das Land gezogen und hat eine blutige Spur der Menschenverachtung und unfassbares Leid von Nürnberg bis Rostock hinterlassen. Mitmenschen ausländischer Herkunft wurden systematisch ermordet, auch eine Polizistin fiel der Terrorgruppe zum Opfer.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und es gibt noch immer viele Fragen. Auch der Innenminister unseres Landes stellt solche Fragen, zum Beispiel, ich zitiere ihn: „Warum die Verdächtigen und die jetzt erkennbaren Tatzusammenhänge nicht früher festgestellt

wurden, bedarf der dringenden Klärung.“ Zitatende, nachzulesen im „Hamburger Abendblatt“.

Ja, es stellt sich die Frage: Wie konnten die Serienmorde und die Täterin und Täter mehr als ein Jahrzehnt unentdeckt bleiben? Wie kann es sein, dass eine Reihe von Morden, die gezielt auf ausländische Mitmenschen ausgeübt wurden, nicht genauer auf den Verdacht einer rechtsextremistisch motivierten Straftat hin untersucht worden sind? Warum wurden die Straftaten nicht bis zum Ende verfolgt, obwohl teilweise konkrete Hinweise vorlagen? Warum ist das alles erst jetzt an das Licht der Öffentlichkeit gekommen und welche Rolle spielt in dieser Tragödie der Verfassungsschutz, der die ganzen Jahre über seine V-Leute in der Szene hatte?

Heute ist im Pressespiegel zu lesen, ich zitiere: „Der Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, hat in ungewöhnlich deutlichen Worten das Versagen der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit den Morden des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ ... eingeräumt.“ Fromm wörtlich: „Wir haben die Dimension ihres Hasses ebenso unterschätzt wie ihren Willen zur Tat ... Dabei hätte man es durchaus besser wissen können.“ Er verweist auf die rechtsextremistischen Gewalttaten Anfang der 90er-Jahre. „Als Beispiele“, heißt es weiter, „nannte Fromm die pogromartigen Übergriffe in Hoyerswerda und Rostock sowie die Morde von Mölln und Solingen, aber auch die Öffnung der NPD für Neonazis von der Straße ...“ Soweit der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

(Michael Andrejewski, NPD: Der soll sich mal
um seine V-Männer kümmern von der Straße.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anzahl der Opfer rechtsextremer Gewalt steigt seit Jahren. Wir beklagen seit der Wiedervereinigung 1990 über 139 Opfer. Mit dem Aufdecken des Terrornetzwerkes vor wenigen Wochen

(Stefan Köster, NPD: Wie viele Ausländer
haben denn Deutsche umgebracht?)

dürfte nun jedem klar sein, außer den Herren von der NPD, welche unmittelbare Bedrohung durch den Rechtsextremismus für unsere demokratische Gesellschaft besteht. Es wird nun allzu deutlich, welche Folgen das jahrelange Verharmlosen des Rechtsextremismus hat.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Ausmaße zeigen, wohin es führt, wenn die Präventionsarbeit vernachlässigt wird, wenn der Rotstift eingesetzt wird in Bereichen wie Bildung und Kultur sowie Kinder- und Jugendarbeit. Der Preis, der am Ende für das Wiederherstellen des gesellschaftlichen Gleichgewichts zu zahlen ist, übersteigt die anfänglichen Investitionskosten um ein Vielfaches. Der Rechtsextremismus wurde vor allem bundespolitisch, nicht so sehr hier bei uns im Land, viel zu lange unterschätzt und kleingeredet.

Deshalb ist es höchste Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, Konsequenzen zu ziehen. Wir müssen alles dafür tun, um die Morde und weitere Straftaten des Terrornetzwerkes lückenlos aufzuklären, und zwar öffentlich

(Michael Andrejewski, NPD: Und
die Verwicklungen der Behörden.)

und nicht nur in den dafür per Gesetz vorgesehenen Gremien.

Auch Generalbundesanwalt Range bittet öffentlich um Mithilfe. „Range setzt weiter“, heißt es auch heute im Pressespiegel, „auf die Hilfe der Bevölkerung. Bislang seien 569 Hinweise eingegangen.“ Wie aber soll die Bevölkerung in diesen Prozess einbezogen werden, wenn sie über die Aufklärungsergebnisse der Behörden nicht umfassend unterrichtet wird? Also zwingend notwendig ist öffentliche Aufklärung.

Wir fordern die Landesregierung daher auf, die Aktivitäten der mit dem Terrornetzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Zusammenhang zu bringenden Vereine, Organisationen und Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern zu ermitteln und den Landtag und damit das Land Mecklenburg-Vorpommern öffentlich zu informieren. Auch die Zusammenhänge hinsichtlich möglicher Versäumnisse des Verfassungsschutzes in Verbindung mit den Straftaten des Terrornetzwerkes müssen aufgeklärt werden. Wir brauchen alle Fakten, und zwar öffentlich, um aufklären und erfolgreich agieren zu können und vor allen Dingen, um Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Die Bundestagsfraktionen haben am 22. November 2011 einstimmig eine Entschließung zur Debatte über die Mordserie der Neonazibande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden verabschiedet. Drei Tage später folgte die Entschließung des Bundesrates zur Verurteilung der Mordserie und zur Arbeit der Sicherheitsbehörden. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern möge heute erklären, die Resolution zu unterstützen.

Wir trauern um die Opfer und fühlen mit den Angehörigen. Unter den Opfern des Terrornetzwerkes ist auch Yunus Turgut, der in Rostock lebte und dort kaltblütig ermordet wurde. Es ist eine Schande, dass Nationalsozialisten in Deutschland wieder ihr Unwesen treiben und solch eine unfassbare Mordserie jahrelang unentdeckt bleiben konnte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da bleibt natürlich auch die Frage nach den Sicherheitsbehörden,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die Frage nach dem Wie und Warum. Auf den Chef des Bundesamtes habe ich schon verwiesen.

Was sich aber in aller Deutlichkeit zeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass die NPD, der bereits Verbindungen zum Terrornetzwerk nachgewiesen werden konnten, verboten werden muss.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Michael Andrejewski, NPD: Lächerlich.)

Und wenn die NPD hier in diesem Landtag auch versucht, den Nachweis zu erbringen, dass sie mit dem Terrornetzwerk nichts zu tun hat, dann ist sie deutlich auf dem Holzweg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie
müssen den Nachweis erbringen.)

Der jetzige Bundesvorsitzende Holger Apfel demonstrierte schon als Vorsitzender der JN gemeinsam mit den Terroristen durch bundesdeutsche Städte,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und wer sich jetzt hinstellt und sagt, wir haben mit denen nichts zu tun, der lügt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der ehemalige NPD-Landesvorsitzende Eisenecker hat die mutmaßliche Terroristin Zschäpe juristisch vertreten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und wenn die NPD-Fraktion sich dann hier hinstellt und sagt, damit haben wir nichts zu tun,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann lügt die NPD-Fraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Was sich in aller Deutlichkeit zeigt, ist, dass die NPD, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung agiert und die Demokratie offenkundig abschaffen will, verboten werden muss,

(Stefan Köster, NPD:
Das sagt ein Kommunist.)

liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Die Demokratie darf nicht dulden, dass die NPD versucht, die Demokratie abzuschaffen, meine Damen und Herren.

(Udo Pastörs, NPD: Tja. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Auf der Innenministerkonferenz vergangene Woche in Wiesbaden sprach sich daher richtigerweise die Mehrheit der Minister und Senatoren für ein neues NPD-Verbotsverfahren aus, darunter auch federführend der Innenminister aus unserem Bundesland. Damit setzt die Landesregierung konsequent ihre Forderung nach einem NPD-Verbot fort. Das ist der einzig richtige Weg,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

der unsere Unterstützung findet, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

denn die Rechtsextremisten sind Feinde der Demokratie, Feinde der Verfassung, sie kämpfen in einem demokratisch gewählten Parlament gegen ein solches.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist paradox und das ist schizophren. Die Nazis dürfen nicht länger staatlich legitimiert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Stefan Köster, NPD: Jawoll!)

Wir wollen ein neues NPD-Verbotsverfahren, das unterstützen wir als Fraktion,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

das unterstützt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern auch mit dem heute zum Beschluss vorliegenden Antrag. Wir dürfen nicht nachlassen, Demokratie und Toleranz in unserem Land zu stärken und für mehr Weltoffenheit zu sorgen.

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

Deshalb rufen wir mit unserem Antrag erneut alle Organisationen, Vereine und Verbände sowie die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Bundeslandes auf,

(Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

die Regelungen des Artikels 18a der Landesverfassung, die Friedensverpflichtung und Gewaltfreiheit zur Grundlage ihres täglichen Handelns zu machen.

(Stefan Köster, NPD: Da müssten Sie
sich ja von der Antifa distanzieren.)

In Punkt 2 dieses Artikels 18a heißt es, ich zitiere: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker oder der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu stören“

(Michael Andrejewski, NPD:
Was für ein Gummiparagraf!)

„und insbesondere darauf gerichtet sind, rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut zu verbreiten, sind verfassungswidrig.“ Zitatende.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es auch wichtig festzustellen, dass Menschen,

(Udo Pastörs, NPD: Gehen
Sie doch nach Karlsruhe!)

die sich friedlich den Nazis entgegenstellen, dazu beitragen, die Demokratie in unserem Bundesland zu schützen und zu stärken.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ein solches Engagement und die Courage einer jeden Einwohnerin und eines jeden Einwohners müssen wir unterstützen. Menschen, die sich für die Stärkung der Demokratie einsetzen, dürfen nicht dem grundsätzlichen und blinden Misstrauen des Staates unterworfen werden.

(Udo Pastörs, NPD: Sie für Demokratie?
Mit Ihrer Vergangenheit, Herr Ritter?!)

So darf das friedliche Protestieren gegen Naziaufmärsche nicht weiter strafrechtlich verfolgt werden.

(Michael Andrejewski, NPD:
Nein. Nötigung ist in Ordnung! –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wir fordern die Landesregierung daher auch erneut auf, sich dafür einzusetzen, dass die sogenannte Extremismusklausel wieder zurückgenommen wird. Initiativen gegen Extremismus sind Initiativen für den Erhalt der Demokratie.

(Udo Pastörs, NPD: Ach ja! –
Stefan Köster, NPD: Das
hat Mielke auch gesagt.)

Mit einer solchen Klausel sind dreiste Unterstellungen verbunden und Misstrauen ist, wie wir alle wissen, eine denkbar schlechte Grundlage für ein erfolgreiches Agieren

(Stefan Köster, NPD: Ne Mauer
sollte auch nie gebaut werden.)

für mehr Demokratie und Toleranz. Deshalb muss diese kontraproduktive und absurde Extremismusklausel wieder zurückgenommen werden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und bei aller Brisanz, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Bedrohung durch den Rechtsextremismus in Deutschland müssen wir aber auch darauf achten, dass die Bürgerrechte gewahrt bleiben. Ich bin da sehr nahe bei dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Brüderle,

(Stefan Köster, NPD: Der
ist ja nicht mehr lange.)

der die Vorratsdatenspeicherung ablehnt. Dies sei, so Brüderle, ein weitgehender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte, und wörtlich: „Wenn wir alles überwachen, haben die Feinde der Freiheit gesiegt.“ Zitatende.

Wir brauchen Transparenz in der Aufklärungsarbeit,

(Michael Andrejewski, NPD: Das
kennen Sie aus Ihrer Jugend, nicht? –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

müssen aber Abstand halten vom Streben nach dem gläsernen Menschen. Die Landesregierung soll sich deshalb auf Bundesebene gegen eine erweiterte Einschränkung der Bürger- und Freiheitsrechte einsetzen. Im Kampf gegen Rechtsextremismus muss der Fokus entschlossen

(Stefan Köster, NPD: Jawoll!
Antifaschisten, greift zu den Waffen!)

und konsequent auf Prävention sowie Stärkung der Zivilgesellschaft liegen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Kürzungen bei Projekten zur Stärkung von Demokratie und Toleranz sowie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus müssen konsequent zurückgenommen werden.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

Auch in Mecklenburg-Vorpommern sind in den letzten Jahren zahlreiche Projekte entwickelt und in lokalen Aktionsplänen umgesetzt worden.

(Stefan Köster, NPD: Glauben Sie selbst, was Sie uns da vorleiern?)

Es wäre fatal, diese Initiativen jetzt einzustampfen. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat der Minister für Inneres und Sport das Wort.

(Minister Lorenz Caffier spricht
bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Minister Lorenz Caffier: Geht das Mikro jetzt? Ja, gut.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Diese Aussagen, mit denen der gemeinsame Antrag der im Bundestag vertretenen Fraktionen vom 22.11.2011 schließt, wurde 1949 als bewusste Reaktion auf die menschenverachtenden Ereignisse während der nationalsozialistischen Herrschaft im Dritten Reich an erster Stelle unseres Grundgesetzes aufgenommen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Auch auf den Stalinismus.)

Staatliche Willkür und tödliche Gewalt, die Entrechtung und Ermordung von Bürgern im Namen eines totalitären Systems, alles das sollte und soll sich nie wiederholen. Die Achtung und die Unverletzlichkeit der Menschenwürde ist damit auch verbindliches Prinzip für alles staatliche Handeln und für das gesellschaftliche Zusammenleben. Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz sind nicht nur typische Merkmale rechtsextremistischer Ideologien, sondern auch Ausdruck einer massiven Missachtung der Menschenwürde.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und diese Menschenverachtung drückt sich, wie wir schmerzhaft erfahren haben, eben nicht nur in Worten, sondern auch in Taten aus.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Das geht bis zur vorsätzlichen Tötung von Menschen. Die Mitglieder der rechtsextremistischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ sind nicht nur verächtlich, mehrere bewaffnete Banküberfälle im gesamten

Bundesgebiet und Sprengstoffanschläge in Köln begangen zu haben, sie sollen auch

(Michael Andrejewski, NPD: Sollen. –
Tino Müller, NPD: Sie sollen auch,
da ist gar nichts bewiesen.)

neun Menschen türkischer und griechischer Herkunft und eine Polizistin kaltblütig ermordet haben. Ich habe über den Sachverhalt bereits in der Landtagssitzung am 17.11.2011 informiert.

Durch die bisherigen Ermittlungen konnten zwischenzeitlich weitere Personen festgenommen werden, die die terroristische Zelle unterstützt haben sollen. Diese Personen sollen aktiv in der rechtsextremistischen Szene tätig sein oder enge Kontakte dorthin pflegen. In einem Fall handelt es sich um einen ehemaligen Funktionär der NPD. Ich habe immer darauf hingewiesen,

(Udo Pastörs, NPD: Es gab auch Terroristen,
die mal Mitglied der GRÜNEN waren.)

dass die NPD den geistigen Nährboden für neonazistische Kameradschaften schafft

(Stefan Köster, NPD: Aber nicht
für Verfassungsschutzterroristen!)

und damit letztendlich auch für die menschenverachtenden Taten der NSU.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Informationen zum Wirken und Handeln der NPD und auch die Materialien belegen klar,

(Stefan Köster, NPD: Na ja. –
Udo Pastörs, NPD: Gehen
Sie doch nach Karlsruhe!)

dass die Partei in aggressiver, kämpferischer Weise versucht,

(Stefan Köster, NPD: Sie werden doch auf
Bundesebene gar nicht ernst genommen.)

die freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind doch selbst
wieder umgefallen bei der letzten
Innenministerkonferenz.)

Auf der Innenministerkonferenz,

(Udo Pastörs, NPD: Wir müssen prüfen,
nachdenken. Zwischenrufe haben
Sie vorgelegt als Begründung.)

auf der Innenministerkonferenz am vergangenen Freitag in Wiesbaden wurde daher beschlossen, eine gemeinsame Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten – und zwar wurde das einstimmig beschlossen! –, die die Kriterien für ein erfolgreiches Verbotsverfahren aufstellt und das Material zusammenstellt. Ich habe mich hier mit der schon lange vertretenen Position des Landes, die im Übrigen im Landtag unter den demokratischen Fraktionen unstrittig ist, mit allen Kollegen gemeinsam durch-

setzen können, dass wir jetzt die Voraussetzung schaffen, um erneut nach Karlsruhe zu gehen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

diesmal auch mit einem erfolgreichen Gang nach Karlsruhe.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und deswegen ...

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Sie können ja noch so laut schreien, aber Sie werden uns an dem Gang nach Karlsruhe nicht hindern.

(Udo Pastörs, NPD: Wollen wir auch gar nicht, wollen wir auch gar nicht!)

Dabei muss natürlich auch genau analysiert werden,

(Udo Pastörs, NPD: Siege wollen wir schon haben, staatlich geprüft.)

dabei muss natürlich genau analysiert werden, ob Personen im Auftrag der NPD oder zumindest mit Wissen der NPD in die Machenschaften der Zwickauer Terrorzelle einbezogen gewesen sind.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das machen Sie mal!)

Auch dieses gehört dann zu einem solchen Antrag in Karlsruhe.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mit den menschenverachtenden Taten der NSU hat die politisch motivierte Kriminalität rechts eine bisher nicht gekannte terroristische Dimension angenommen. Wir alle haben ein hohes Interesse daran, dass die Geschehnisse rückhaltlos aufgeklärt werden. Insofern kann ich das Bedürfnis nachvollziehen, umfassend über Aktivitäten von Strukturen, Vereinen und Organisationen auch in unserem Land informiert zu werden, die mit der NSU in Zusammenhang zu bringen sind.

Allerdings ist das eine Aufgabe, der ich selbstverständlich, wie ich heute in der Fragestunde schon ausführte, nachkommen werde und auch bereits nachkomme, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den jeweiligen Häusern, aber in den Institutionen, die dafür zuständig sind. Das ist in diesem Fall per Landtagsbeschluss die Parlamentarische Kontrollkommission, und dort werden wir dies auch weiterhin,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und dies werden wir dort weiterhin so tun und alle Fragen, die von den gewählten Kolleginnen und Kollegen gestellt werden, dementsprechend bearbeiten.

Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Ermittlungen des Generalbundesanwaltes noch längst nicht abgeschlossen sind.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Auch auf das Ausmaß der Ermittlungen möchte ich an dieser Stelle hinweisen.

(Stefan Köster, NPD: Die Anklage steht auf wackligen Füßen.)

Wie der Präsident des BKA vor Kurzem ausgeführt hat, werden in diesem Ermittlungskomplex rund 2.500 sicher gestellte Beweisstücke untersucht.

(Udo Pastörs, NPD: Die wie durch ein Wunder nicht verbrannt sind!)

Sie können davon ausgehen, dass dieses mit Hochdruck geschieht. Trotzdem wird die Auswertung der Papiere und der sichergestellten Daten

(Zurufe von Udo Pastörs, NPD,
und David Petereit, NPD)

auf zwölf Laptops und zwanzig Festplatten noch eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen.

Seit dem 1. Dezember 2011 läuft darüber hinaus die Öffentlichkeitsfahndung. Den in diesem Zusammenhang eingehenden Hinweisen ist genauso sorgfältig nachzugehen wie der Frage, ob die Terrorzelle möglicherweise weitere Straftaten begangen hat. Insgesamt sind dafür beim BKA rund 430 Ermittler eingesetzt, die durch Mitarbeiter aus den Landeskriminalämtern verstärkt werden, natürlich auch aus unserem Bundesland.

Im Zuge dieser umfangreichen Ermittlungen wird aufzuklären sein, ob und wo es möglicherweise, und das ist eine berechnete Forderung von Herrn Ritter und von uns allen, zu Versäumnissen gekommen ist und wie es der Terrorzelle gelingen konnte, über 13 Jahre hinweg unentdeckt in der Illegalität zu leben.

(Michael Andrejewski, NPD: Dank der Kompetenz der Sicherheitsbehörden.)

Die Ermittlungen des Generalbundesanwaltes fördern ständig neue Erkenntnisse zutage. Diese erlauben zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine endgültige Bewertung des Sachverhalts und des Handelns einzelner Behörden beziehungsweise der Versäumnisse in einzelnen Behörden. Erst die gründliche Aufarbeitung und eine sachliche Auseinandersetzung werden eine abschließende Bewertung von vermeintlichen Mängeln in der Arbeit der Sicherheitsbehörden erlauben. Spekulationen oder Vermutungen ohne Kenntnisse aller Umstände helfen hier wenig.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Insofern ist es aus meiner Sicht dringend notwendig, dass mögliche Versäumnisse sowohl mit aller gebotenen Konsequenz, aber auch mit aller gebotenen Sachlichkeit aufgedeckt, aufgearbeitet und möglicherweise geändert werden. Um dies zu gewährleisten, wurde auf der IMK in Wiesbaden ebenfalls eine Bund-Länder-Kommission eingesetzt, die mögliche Fehler untersuchen soll.

(Stefan Köster, NPD: „Mögliche“ ist gut.)

Das Bundesinnenministerium ist beauftragt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

das Bundesinnenministerium ist beauftragt, diese Kommission zusammenzustellen, und erhält sowohl von A- und B-Ländern die dafür notwendige Kompetenz und Unterstützung. Das Gremium wird ...

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das wird auch durch Ihr Geschrei nicht besser.

Das Gremium wird Zugang zu allen – ich betone das ausdrücklich –, zu allen relevanten Informationen der Ermittlungsbehörden bekommen. Dazu gehören auch die Ermittlungsbehörden aus Mecklenburg-Vorpommern. Trotzdem dürfen und sollen wir nicht abwarten. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden wird insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus und Terrorismus weiter verbessert werden und sie muss auch weiter verbessert werden. So wurde ebenfalls in Wiesbaden die Einrichtung eines „Abwehrzentrums Rechts“ beschlossen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Beteiligen werden sich unter anderem das Bundesamt für Verfassungsschutz, das BKA und verschiedene Länderbehörden. Auch hier wird Mecklenburg-Vorpommern seinen Anteil dementsprechend leisten beziehungsweise leistet ihn bereits.

Ich persönlich unterstütze auch ausdrücklich die schnelle Einführung einer bundesweiten Datei zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und den Aufbau eines gemeinsamen „Abwehrzentrums Rechts“,

(David Petereit, NPD: Präventives Wegsperren.)

wie wir ebenfalls auf der Konferenz,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

wie wir auf der Konferenz beschlossen haben. Diese neue Verbunddatei wird Daten des Verfassungsschutzes, des Bundeskriminalamtes, der Kriminalämter der Länder und der Polizei zusammenfassen. In der Antragsbegründung wird ausgeführt, rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungen muss entschieden entgegengetreten werden. Genau das ist das Ziel der hier angeführten Maßnahmen.

(Udo Pastörs, NPD: Definieren Sie mal, wie weit, also von wo bis wo das geht!)

Bereits vorhandene Ergebnisse über rechtsextremistische Gewalttäter und Strukturen sollen besser zusammengeführt und vor allem ausgewertet werden. Ich habe die Erwartung, dass die Sicherheitsbehörden dadurch effizienter zusammenarbeiten, Bekämpfungsansätze frühzeitig erkennen und entsprechende operative Maßnahmen zeitnah und schnell umgesetzt werden können. Es geht hier eben nicht darum, Bürgerrechte einzuschränken, sondern zu verhindern, dass sich solche Geschehnisse wie im Zusammenhang mit der NSU wiederholen, oder dass sie bereits im Ansatz,

(Udo Pastörs, NPD: Damit ist jegliche Kontrolle berechtigt.)

bereits im Ansatz unterbunden werden können. Ich halte daher die Einführung der zentralen Datei nach dem Muster der Antiterrordatei für unerlässlich

(Stefan Köster, NPD:
Dann lösen wir den VS auf!)

und würde hier die Kollegen von der Fraktion DIE LINKE noch mal bitten, ihre Haltung zu überdenken, denn im Kampf gegen Rechtsextremismus galt es immer unter den demokratischen Fraktionen,

(David Petereit, NPD: Ist jedes Mittel recht, ne?)

dass man versucht, eine gemeinsame Linie zu finden.

(Michael Andrejewski, NPD: Ich glaube, pfeifen auf den Rechtsstaat.)

Wir brauchen diese Datei, um solchen Straftätern zeitiger habhaft zu werden.

Was die sogenannte Extremismusklausel angeht, lieber Kollege Ritter, hat die Landesregierung bereits vor zehn Monaten klar und deutlich formuliert, dass sie den Satz eins der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geforderten Einverständniserklärung für richtig hält. Die Landesregierung hält weiterhin an ihrer Position fest, dass die Sätze zwei und drei nicht hilfreich sind, das Vertrauen zwischen Trägern und Partnern zu befördern. Die Position dazu ist hinlänglich bekannt und hat sich auch nicht geändert.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, dass die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem rechtsextremistischen Terror sehr ernst genommen werden. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, sowohl die notwendige Aufklärung zu betreiben als auch die Beteiligten und die Zusammenarbeit zu optimieren. Genau zu diesem Zweck wurden auf der letzten IMK die von mir ausgeführten entsprechenden Beschlüsse zur Organisation der Zusammenarbeit gefasst. All dies geschieht bereits und ich werbe hier für eine breite Unterstützung durch das Parlament der demokratischen Fraktionen.

Insofern bin ich auch dankbar, denn in der Tat ist in Mecklenburg-Vorpommern schon über viele Jahre der Ansatz bekannt – und deswegen war ja von uns ausgehend auch immer die Unterstützung für ein Verbotverfahren eingeleitet worden –, dass die NPD mit kämpferisch aggressiven Mitteln versucht, die Gesellschaftsordnung zu verändern. Dazu bedurfte es nicht nur erster Ereignisse der NSU, sondern der Ereignisse, die hier im Land bereits vorliegen.

(Stefan Köster, NPD: Die NSU ist doch ein Staatskonstrukt.)

Deswegen glaube ich, dass wir hier gut daran tun, eine gemeinsame Linie zu fahren und uns nicht durch einzelne Anträge auseinanderdividieren zu lassen. Und deswegen glaube ich, die Landesregierung, die sie tragenden Fraktionen werden alles tun, um solche Straftaten in Zukunft zu verhindern. Ich glaube allerdings auch, dass am Ende der Aufarbeitung der Ergebnisse durch den Generalbundesanwalt die Länder und der Bund gut daran tun, ihre Organisationsstrukturen dahin gehend zu prüfen, ob Fehler gemacht worden sind, ob dafür Leute verantwortlich sind,

(Udo Pastörs, NPD: Fehler? Rechtsverstöße!)

ob dafür Verantwortung,

(Udo Pastörs, NPD: Aufforderungen zu Straftaten, Aufforderungen zu Terrormaßnahmen. Das ist belegt!)

ob dafür Verantwortung übernommen werden muss und ob wir auch über andere, effektivere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

des Rechtsextremismus nachdenken müssen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sie einführen müssen und dementsprechend hier auch Hand in Hand mit den jeweiligen Behörden versuchen, dies für die Zukunft zu verhindern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da ist aber einer nervös da drüben. –
Rainer Albrecht, SPD: Ja, sehr nervös.)

Dafür werbe ich um Ihre Unterstützung. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dachner von der SPD-Fraktion.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wie viel Gewalt, wie viele Morde, wie viel Terror kann eine Demokratie ertragen? In den Jahren 2009 und 2010 haben sich in Deutschland über 34.600 rechts motivierte Straftaten ereignet,

(Michael Andrejewski, NPD:
Wie viel insgesamt?)

darunter 11 Morde, 11 weitere Tötungsdelikte, über 1.300 Körperverletzungen, über 2.700 Sachbeschädigungen und 47 Brandstiftungen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Wie hoch ist der Prozentsatz
im Vergleich zu allen Straftaten?)

Ich denke, dass keine Demokratie dieser Welt langfristig ohne Schaden davonkommt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
der NPD – Udo Pastörs, NPD:
Ohne Schaden davonkommt!)

Deshalb begrüße ich ausdrücklich den von der LINKEN eingereichten Antrag, dass er zeitgemäß ist, dass er erforderlich ist und dass er auch notwendig ist.

(Udo Pastörs, NPD: Na, wenn er
erforderlich ist, ist er auch notwendig.)

Allerdings, spätestens mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hätte ich gedacht oder auch erwartet, dass Sie Ihren Antrag noch mal präzisieren, weil Sie wissen, dass wir bereits beim Erfüllen einiger Forderungen sind, die Sie stellen, insbesondere in Punkt I, und sie gemeinsam zum Beispiel erfüllt haben oder noch erfüllen werden.

Ich darf vielleicht an einige Forderungen erinnern: Zum Beispiel hat sich die SPD schon sehr frühzeitig für ein NPD-Verbot auf Bundesebene eingesetzt.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

Wir haben auch stets, über viele Jahre, Vereine, Organisationen und Verbände unterstützt und ermutigt, den Paragraphen 18a unserer Landesverfassung zu unterstützen.

Und ich kann mich gut erinnern, Herr Ritter, dass wir auch gemeinsame Projekte ins Leben gerufen haben. Sie wissen auch, dass wir gemeinsam und die Landesregierung dabei sind zu prüfen, ob der Verfassungsschutz unseres Landes Versäumnisse zugelassen hat.

Wir werden also gern einem Teil Ihres Antrages in Punkt I zustimmen, weil Sie im Nachhinein unseren Koalitionsvertrag und auch die Regierungserklärung damit adeln.

Ich gestehe allerdings, zu Punkt II, dass die Extremismusklausel auch in der SPD sehr umstritten ist und infrage gestellt wird. Ich persönlich betone aber, dass die Extremismusklausel keinen Gesetzescharakter hat. Sie ist Teil einer Verwaltungsvorschrift und ich denke, dass es nicht zu viel verlangt sein kann, dass ein Verein, der Fördermittel beantragt, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich bin seit vielen Jahren

(Udo Pastörs, NPD: „Sag mir,
wo du stehst“, fällt mir dazu ein.)

in Vereinen und Verbänden tätig, und kenne auch unsere Partner, und das hat mit Ausspionieren derer Ziele überhaupt nichts zu tun. Ich kenne aber auch sogenannte Autonome oder linksextremistische Gruppierungen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Bei autonom
müssen Sie gerade mich angucken, ne?)

die mit Gewalt aufrüsten, um andere Extreme zu bekämpfen, andere Extremisten, die Rechten.

(Michael Andrejewski, NPD: Auch Polizisten?)

Und ich denke einfach, es ist nicht zulässig, dass mit Fördermitteln die einen Extremen die anderen bekämpfen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und NPD)

sondern das Gewaltmonopol hat allein der Staat.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ob mit der Extremismusklausel gegen das Gleichheitsprinzip in Verbindung mit dem Verhältnismäßigkeitsgebot, dem Bestimmtheitsgebot des Grundgesetzes verstoßen wird, muss sich allerdings erst noch erweisen. Wir wissen, zwei Professoren haben immer drei Meinungen. Warum Sie allerdings dann im Punkt II Ihres Antrages

(Udo Pastörs, NPD: Alles
wissenschaftlich begründet.)

überhaupt diesen Punkt 2 stellen – und ich finde ja noch, dass der Punkt 1 gut gestellt ist von Ihnen –, bleibt für mich unlogisch und wirft auch ein seltsames Licht auf Ihren Antrag,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

weil Sie zu Recht den Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus legen, aber zum linken Extremismus gar nichts sagen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

In 2009 und in 2010 gab es in der Bundesrepublik auch 8.040 Straftaten Linksmotivierter. Wir wissen, die Geschichte der RAF zeigt es, dass der Weg vom Brandanschlag zum Mord nicht weit ist. Sie können also nicht einseitig fordern, die Morde und das Terrornetzwerk rechts aufzuklären und zu bekämpfen, aber dem Rechtsstaat das Handwerkszeug und die Instrumente verweigern. Keine Pest, meine Damen und Herren, keine Pest dieser Welt kann man allein mit Weihwasser bekämpfen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Die zentrale Datenbank, und das ist auch in allen Parteien so, ist sicherlich umstritten. Sie ist aber für mich keine Bedrohung für die Bürger, sondern ein Stück mehr Sicherheit. Sie ist ein zentrales Hilfsmittel gegen den Extremismus und den Terror. Und das „Abwehrzentrum Rechts“, der Innenminister hat es erwähnt, unter Beteiligung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundeskriminalamtes einzurichten, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringuth, CDU: Genau.)

Dabei sind Grundrechte und das Trennungsgebot zu wahren. Die Einführung einer zentralen Datenbank erfasst Mörder, Terroristen, also Verbrecher, und deshalb kann ich nicht sehen, dass allgemeine Bürgerrechte hier tangiert werden.

Wer in der Demokratie schläft, sagt Goethe, macht der Diktatur Mut.

(Udo Pastörs, NPD: Das hat er nie in den Mund genommen, das Wort „Demokratie“.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich beantrage, über die Ziffern I und II des Antrages getrennt abstimmen zu lassen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90 unterstützt den Antrag der Fraktion DIE LINKE. Wir tun dies vor allem deshalb aus ganzem Herzen,

(Udo Pastörs, NPD: Aus der Erfahrung der GRÜNEN-Vergangenheit, die maßgeblich Terroristen in ihrer Partei beherbergt haben.)

weil wir mit diesem Antrag ...

Herr Pastörs, Ihr Gezeter, Ihr permanentes Gezeter an diesem Tagesordnungspunkt wird nicht dazu ausreichen,

(Udo Pastörs, NPD: Das interessiert mich gar nicht, was Sie dazu meinen.)

um von Ihrer Verantwortung zu den Geschehnissen abzulenken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Das interessiert mich überhaupt nicht.)

Wir tun das von ganzem Herzen,

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

weil mit diesem Antrag und der damit verbundenen Unterstützung der Resolution des Deutschen Bundestages noch einmal in öffentlicher und sehr angemessener Form der Opfer des rechtsextremistischen Terrors und ihrer Angehörigen gedacht wird.

Und geben Sie mir die Gelegenheit, hier eine Anmerkung zu machen: Ich habe es für völlig unangemessen und beschämend empfunden, dass gestern zu Beginn der Sitzung, als die Präsidentin der Opfer gedacht hat, von der Fensterseite völlig unsägliche Zwischenrufe gekommen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Stefan Köster, NPD: Lügen müssen beim Namen genannt werden.)

Das ist den Opfern und deren Angehörigen nicht angemessen.

(Udo Pastörs, NPD: Ich fange gleich an zu weinen.)

Mit der Unterstützung der Resolution des Deutschen Bundestages drückt auch der Landtag Mecklenburg-Vorpommern noch einmal seine klare Erwartung aus, dass die Morde und Straftaten der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU und ihres Umfeldes

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

mit aller Konsequenz zügig aufgeklärt werden.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wir, sehr geehrte Damen und Herren, sind das den Opfern und Angehörigen schuldig.

(Michael Andrejewski, NPD: Als es noch die Mafia war, waren die Morde in Ordnung. Zuruf von Tino Müller, NPD)

Es wird im Zusammenhang mit diesen ungeheuerlichen und erschreckenden Vorgängen aber auch deutlich, dass

die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene, ich sage vorsichtig, einer Überprüfung bedürfen.

(Michael Andrejewski, NPD: Schrottreif sind.)

Überall dort – und ich bedauere sehr, dass Mecklenburg-Vorpommern hier in besonderer Art und Weise betroffen ist –, wo Rechtsextremisten versuchen, gesellschaftlichen Boden zu gewinnen und ihre Einflüsse geltend zu machen, müssen wir Demokraten eng zusammenstehen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, machen Sie mal!)

den Rechtsextremen mit aller Entschiedenheit entgegen-treten

(Stefan Köster, NPD: Lesen Sie mal das „Neue Deutschland“!)

und uns insbesondere denjenigen widmen, die sich ausgegrenzt und nicht mehr vertreten fühlen und sich deshalb von unserer demokratisch verfassten Gesellschaft abgewandt haben.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, von unserer!)

Wir müssen immer wieder deutlich machen,

(Udo Pastörs, NPD: Ein Parteienstaat ist das.)

sehr geehrte Damen und Herren, und die Resolution des Bundestages

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

drückt dies unmissverständlich aus: Wir stehen für ein Deutschland, wir stehen für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen, ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind.

(Udo Pastörs, NPD: Und Regenbogenehen gedeihen.)

Dazu gehört an allererster Stelle, dass wir diejenigen stärken und unterstützen – ich bin da gestern ausführlich drauf eingegangen –, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung mit seiner Resolution dazu aufgefordert, zu prüfen, ob sich aus den Ermittlungsergebnissen Konsequenzen für ein NPD-Verbot ergeben. Er hat aber auch zum Ausdruck gebracht, dass die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an Parteiverbote zu berücksichtigen sind. Dieses vorausgesetzt, unterstützen wir die Landesregierung uneingeschränkt bei ihrem Einsatz für ein zeitnahe NPD-Verbotsverfahren auf Bundesebene, so, wie es jetzt auch noch einmal im Antrag der LINKEN zum Ausdruck kommt.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag der Fraktion DIE LINKE orientiert sich aber auch daran, den Landtag

umfassend über die Aktivitäten der mit dem Terrornetzwerk NSU verbundenen Strukturen zu informieren.

(Michael Andrejewski, NPD: Wenn es die denn gibt.)

Hinter diesem Teil des Antrages steht die Forderung nach mehr Öffentlichkeit. Auch diese Forderung unterstützen wir ausdrücklich. Die Öffentlichkeit hat nach unserer Auffassung nämlich einen umfassenden Anspruch auf Information, der im Augenblick in allererster Linie durch die Medien bedient wird. Dieser umfassende Anspruch auf Information, und das sage ich mit Bedacht, endet erst an der Grenze, an der tatsächlich geheimhaltungsbedürftige Daten und Fakten zu berücksichtigen sind, kann also nach unserer Auffassung umfassender wahrgenommen werden, als dies bisher geschieht. Wir unterstützen auch ausdrücklich die Forderung, die Extremismusklausel zu streichen, weil sie insbesondere diejenigen trifft, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren

(Michael Andrejewski, NPD: Linke Gewalt ist okay.)

und Fördermittel in Anspruch nehmen, und dies, meine Damen und Herren, muss nach unserer Auffassung aufhören. Sie dürfen eine vollständige Unterstützung des Antrags der LINKEN durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwarten. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von David Peterreit, NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Silkeit von der Fraktion der CDU.

Michael Silkeit, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Täglich erhalten wir neue erschreckende Einblicke in das Ausmaß des rechtsextremistischen Terrors der NSU.

(Stefan Köster, NPD: Der VSU.)

Alle demokratischen Fraktionen haben sich bereits in der letzten Landtagssitzung umfassend klar und unmissverständlich positioniert und ich stimme mit dem Kollegen Ritter darin überein, dass damit die Diskussion keinesfalls beendet sein darf, und habe die heutige Debatte auch nicht so verstanden. Für uns ist jedes Menschenleben gleichermaßen wertvoll, wir erwarten den bestmöglichen Schutz der freiheitlichen Demokratie, eine zügige Aufklärung und natürlich auch eine angemessene Bestrafung. Extremismus richtet sich immer gegen unser Gemeinwesen und damit gegen uns alle.

Insofern ist es gut und richtig, wenn der Landtag Mecklenburg-Vorpommern die Initiativen des Bundestages und des Bundesrates unterstützt, wie im Antrag der LINKEN im Teil I gefordert. Ich kann das ausdrücklich unterstreichen. Ich bin dafür, den Teil I Ihres Antrages, Herr Ritter, anzunehmen. So weit, so gut.

Schwierigkeiten habe ich mit den Widersprüchen im zweiten Teil, das war sicherlich auch nicht verwunderlich. So fordern Sie richtigerweise eine lückenlose Aufklärung, und ich zitiere: „Politik und Gesellschaft sind angehalten, alles dafür zu tun, Demokratie und Toleranz, Weltoffenheit und gegenseitige Akzeptanz weiter zu stärken.

Rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungen muss entschieden entgegengetreten werden.“

Anschließend aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion, spielen Sie die großen Verhinderer. Extremismusklausel: Nein. Verbunddatei: Nein. Vorratsdatenspeicherung: Nein. Ich frage mich ernsthaft, wie Sie zukünftig extremistischen Gefahren begegnen wollen,

(Udo Pastörs, NPD: Na, die müssen ihre Leute schützen.)

wenn Sie den zuständigen Behörden, wie der Kollege Dachner im Übrigen auch schon hervorgehoben hat, ständig die dafür erforderlichen Instrumente verweigern.

Und, Herr Kollege Ritter, ich habe ein großes Problem damit, wenn bestimmten Begrifflichkeiten von vornherein negativ belegte moralische Wertungen beigefügt werden. Ich nehme nur mal das Beispiel „Vorratsdatenspeicherung“: Es geht nicht darum, den gläsernen Menschen herzustellen, es geht nicht darum, irgendwen zu beschnüffeln, sondern, ich sage es mal im korrekten O-Ton, es werden Kommunikationsdaten zur Strafverfolgung erfasst. Strafverfolgung setzt aber immer erst mal den Straftäter voraus oder die Straftat. Also insofern werden 99,99 Prozent der Menschen weder in Mecklenburg-Vorpommern noch in Deutschland in irgendeiner Form beschnüffelt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Ohne Straftaten gibt es erst mal keine Straftäter.)

Auch die Extremismusklausel, die ja letztendlich ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellt, hört sich in dieser Version doch etwas anders an. Denn ich habe kein Problem, und das hat der Kollege Dachner, der ja selber Vorsitzender von diversen Vereinen ist und diverse Projekte laufen hat, selbst auch noch mal dargestellt, auch er hatte kein Problem damit, dieses Bekenntnis abzugeben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das wäre ja auch schlimm gewesen.)

Die Ermittler, die mit der Aufklärung der Verbrechen des NSU befasst sind, beklagen täglich, dass durch die Speicherfrist null wertvolle Daten zum terroristischen Umfeld der Gruppe nicht verfügbar sind oder ihre Herausgabe von privaten Providern verweigert wird. Im „Spiegel online“ war am 2. Dezember 2011 zu lesen: „Datenschutzchaos behindert Neonazi-Fahnder ... Im Fall der Zwickauer Terrorzelle könnte sich das“ kurzfristig „rächen ...“

Die Bundesanwaltschaft warnt schon heute davor, dass es aufgrund fehlender Informationen immer schwieriger werden könnte, den Terrorvorwurf aufrechtzuerhalten. Dem geht der Bundesanwalt heute wieder leicht entgegen, also zumindest wird er heute medial in dieser Richtung zitiert.

Meine liebe Fraktion DIE LINKE, ich gehe nicht so weit, Ihnen vielleicht sogar unlautere Absichten zu unterstellen. Allerdings drängen sich angesichts Ihres Widerstandes gegen die Erfassung von Daten extremistischer Bestrebungen schon entsprechende Fragen auf. Deshalb möchte ich Ihnen eines aus der letzten Landtagssitzung nochmals in Erinnerung rufen: Extremismus und Terror können überall sein!

Sie haben vorhin das Thema „Friedliches Demonstrieren“ angesprochen. Ich sage mal so, ich bin der Letzte, der sich gegen friedliches Demonstrieren sperrt. Sie wissen selbst, als Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wir haben uns oft genug vorm
Schloss gesehen, das stimmt.)

haben wir von diesem Instrument häufig Gebrauch gemacht – zur Freude vieler Abgeordneter. Aber friedliches Demonstrieren hat nichts mit verletzten Polizisten zu tun. Friedliches Demonstrieren hat nichts mit Pyrotechnik zu tun. Friedliches Demonstrieren findet seinen Ausdruck auch nicht in mit Nägeln gespickten Kartoffeln.

(Udo Pastörs, NPD: Das war Rostock.)

Das ist nicht friedliches Demonstrieren, sondern das ist eine Steilvorlage für die Fensterfraktion, nämlich für andere extremistische Kräfte, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Deswegen rede ich ja auch
von friedlichen Demonstrationen
und nicht von Unterstellungen. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich habe Ihnen nur die Extremversion gezeigt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil Sie
uns was unterstellen damit!)

Wir können und dürfen weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind sein!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Ritter, es gibt aber einen zweiten Grund, nämlich einen rein sachlich formalen Grund, weshalb der zweite Teil Ihres Antrages abzulehnen war, weil er nämlich einen Widerspruch in sich beinhaltet. Sie lehnen die von Ihnen genannte zentrale Datenbank unter Punkt 4 ab, fordern uns aber gleichzeitig auf, der Entschließung des Bundesrates zuzustimmen. Bestandteil dieser Entschließung ist auch der Satz, ich zitiere: „Dazu sollen eine Gemeinsame Verbunddatei Rechtsextremismus und ein Gemeinsames Abwehrzentrum Rechtsextremismus geprüft werden.“

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Geprüft werden, geprüft werden!)

Ich kann nicht auf der einen Seite einer Sache zustimmen und auf der anderen Seite mich dieser Sache verweigern. Da ist irgendwo ein Konflikt und deshalb empfehle ich, den ersten Teil Ihres Antrages anzunehmen und den zweiten Teil abzulehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist ein schönes Beispiel für die kurzatmige und damit letztendlich nutzlose Art und Weise, wie in diesem Land nicht nur Terrorismus bekämpft, sondern Politik allgemein gemacht wird. Nach Medienberichten soll es im Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz im Jahre 2001 einen einzigen Mitarbeiter gegeben haben, der sich um islamistische Extremisten kümmerte. Der Großteil seiner Kollegen sei hinter den Rechten her, kein Skinhead durfte ohne eigenen Schatten sein.

(Thomas Krüger, SPD: Zu Recht.)

Währenddessen planten Herr Mohammed Atta und seine Freunde, wenn diese Version denn stimmt, fröhlich und in aller Ruhe den welterschütternden Anschlag vom 11. September. Unter den Augen der damals schon nutzlosen BRD-Sicherheitsbehörden geschah das – jahrelang.

Es war die Zeit des NPD-Verbotsverfahrens, da mussten Beweise gefunden werden gegen die bösen Nationalen. Alles sah nur nach rechts. Dann, nach dem 11. September, stürzte man sich mit der gleichen Einseitigkeit auf den Islamismus. Die Verfassungsschützer kauften ganze Orientalistikfakultäten an den Universitäten leer. Jeder wurde eingestellt, der drei Worte Arabisch konnte. Es war nur noch die Rede vom Islamismus, bis mutmaßlich eine neonazistische Gruppe Anschläge verübt haben soll.

Jetzt stürzt sich alles wieder auf rechts und schaut nur nach rechts und der Islamismus ist vergessen. Und nach dem nächsten Anschlag aus dieser Ecke, der nur eine Frage der Zeit ist, wenn man Sicherheitsexperten mal fragt, geht das ganze Theater wieder von vorne los – kurzatmig und nutzlos.

Die LINKE versucht den Eindruck zu erwecken, Terrorismus käme nur von rechts und könne nur von rechts kommen. Aber zu den NSU-Anschlägen gibt es bislang schon zwei Wahrheiten:

Die erste galt 13 Jahre lang und wurde von den Sicherheitsbehörden auf der Höhe ihrer kriminalistischen Expertise erarbeitet und vertreten, sie lautete: Nur die Mafia könne diese Morde begangen haben. Sogar die Angehörigen der Opfer wurden verdächtigt, sie könnten darin verwickelt gewesen sein.

Die zweite Wahrheit gilt seit etwa sechs Wochen. Dieselben Sicherheitsbehörden, die sich nach eigenem Bekunden total geirrt haben, treten jetzt wieder auf mit dem Anspruch auf Allwissenheit und Unfehlbarkeit und behaupten etwas ganz anderes. Und wer weiß, was sie morgen behaupten.

Solange man solche schrottreifen Sicherheitsapparate hat, die nicht die geringste Ahnung haben und total inkompetent sind,

(David Petereit, NPD: Keine Beweise.)

können wir gar nicht wissen, was wahr ist. Vielleicht war es ja doch die Mafia oder angesichts der Verstrickung des Verfassungsschutzes kann es auch in Richtung Staatsterrorismus gehen – oder eine Überschneidung von allem, auch das kann sein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das hättet ihr gerne, was?!)

Wir werden sehen, was wahr ist.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Abgesehen davon sind die Vorschläge der LINKEN vorsintflutlich. Die neueren Entwicklungen auf dem Gebiet des Terrorismus werden gar nicht gesehen. Das Gefährlichste sind nicht terroristische Gruppen mit Unterstützernumfeld, wie es die RAF war und der NSU gewesen sein soll. Die sind viel zu leicht zu infiltrieren und aufzuklären bei den heutigen Überwachungsmöglichkeiten und der heutigen Technologie. Solche Gruppen können nur Erfolg haben, wenn die Geheimdienste entweder total unfähig sind – dann soll man sie gleich ersatzlos abreißen – oder solche Terrorgruppen auch noch tolerieren oder gar unterstützen.

Die wahre Gefahr droht von einer Kombination aus dem Internet und Einzelgängern oder ganz kleinen Gruppen. Im Internet gibt es unzählige Seiten, die aus allen ideologischen Ecken – links, rechts, besonders aber islamistisch – zum Terror aufhetzen und terroristisches Know-how verbreiten. Vor dem Bildschirm sitzen Einzelne oder kleine Gruppen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie Herr Brevik zum Beispiel, oder?)

die sich das ansehen und irgendwann losschlagen. Wenn die nicht ganz inkompetent sind und sich von bekannten und von den Geheimdiensten überwachten Gruppen und Plätzen fernhalten, kann man sie mit den bestehenden unterentwickelten Sicherheitskonzepten gar nicht aufhalten, und schon gar nicht mit der Phrasensammlung der LINKEN in diesem Antrag.

Während man den BRD-Sicherheitsbehörden hinsichtlich der mutmaßlichen NSU-Anschläge jeden Vorwurf machen kann, egal was dahintersteckt, wäre das etwa im Fall Brevik gegenüber den norwegischen Sicherheitsbehörden unangebracht. Solche Einzelgänger, motiviert und mit Kenntnissen ausgestattet aus einem völlig unkontrollierbaren weltweiten Netz mit Millionen von Seiten, das ist die Bedrohung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Darauf wird eine Antwort benötigt und die besteht sicher nicht in rituellen Beschwörungsformeln nur gegen rechts.

Ich erinnere an den jetzt schon nach wenigen Monaten vergessenen Anschlag auf die zwei US-Soldaten in Frankfurt am Main im Mai dieses Jahres, verübt von einem islamistischen, nicht von einem rechten, von einem islamistischen Einzelgänger, der sich im Internet jahrelang Al-Kaida-Videos angesehen hatte. Der hat denen von hinten in den Kopf geschossen. Da gab es hier keine Gedenkminute, weil die Täter nicht rechts waren.

Völlig übersehen wird von der LINKEN, die geistig im 19. Jahrhundert bei Marx stehen geblieben ist, die Gefahr des Cyberterrorismus. Diese Bedrohung geht auch nicht von rechts aus, sondern in erster Linie von Islamisten und Geheimdiensten. Wenn man sich anschaut, welchen Schaden schon einzelne jugendliche Hacker

anrichten können, die nur mal ihre Fähigkeiten vorführen wollen, dann kann man sich ausmalen, wie ein zweiter 11. September aussehen würde.

All dies, der erste islamistische große Terroranschlag auf deutschem Boden vor allem, wird auch kommen, eher früher als später. Bis dahin mag die LINKE versuchen, aus den mutmaßlichen NSU-Anschlägen Honig zu saugen. Nach dem nächsten Islamistenanschlag spricht davon sowieso kein Mensch mehr, in dieser Gesellschaft ohne Langzeitgedächtnis, wofür die LINKE das traurigste Beispiel ist. Wenn man bedenkt, in welchen Händen in diesem Land die Wacht über die Sicherheit der Menschen liegt, dann kann einem angst und bange werden.

Sie wollen weltoffen sein und haben Deutschland doch nur geöffnet für organisierte Kriminalität und Terrorismus aus aller Welt, aber für deren Opfer gibt es keine Gedenkveranstaltung. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Udo Pastörs, NPD: Na, wie war das beim G-8-Gipfel mit den Kartoffeln und Nägeln, Herr Ritter? Jetzt klären Sie uns aber auf!)

Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Kollege Silkeit, Sie haben richtig aus der Entschließung des Bundestages zitiert. Dort heißt es eben, dass der Bundestag einen Prüfauftrag hinsichtlich der Verbunddatei ausgesprochen hat und nicht beschlossen hat, eine solche Verbunddatei einzurichten.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Insofern, sehr geehrter Herr Dr. Nieszery, ist dieser Antrag, den wir hier gestellt haben, kein Widerspruch an sich,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Doch, da steht nichts von prüfen.)

sondern zulässig. Und ob Anträge zulässig sind oder nicht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das entscheide ich nicht.)

das entscheiden Sie ohnehin nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das weiß ich. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und Sie, lieber Kollege Silkeit, wer angesichts des rechtsextremistischen Terrors, mit dem wir uns hier auseinandersetzen,

(Stefan Köster, NPD: Das ist
ein Verfassungsschutzterror!)

mir und uns gewaltbereiten Linksextremismus unterstellt, der liegt leider völlig falsch.

(Udo Pastörs, NPD: Da gibt es gute Indizien,
sehr gute Indizien. Und Sie mittendrin.)

Und, sehr geehrter Herr Dachner, es gibt eben Dinge in der Politik, die muss man immer wiederholen, und es gibt Dinge, die müssen immer wiederholt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Allerdings.)

Das haben Sie ja zum Beispiel beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt zur Bahnstrecke Rostock–Berlin deutlich als Koalition unter Beweis gestellt. Wir meinen eben, dass das Thema „Rechtsextremistischer Terrorismus“ immer wiederholt werden muss. Verlangen Sie bitte nicht von mir, dass ich nach der gestern vom Ministerpräsidenten abgegebenen Regierungserklärung meine Arbeit hier im Parlament einstelle, nur weil alles durch den Ministerpräsidenten gesagt sei.

Ich bin zum Beispiel auch Mitglied in einem Begleitausschuss eines lokalen Aktionsplanes und wir haben sehr wohl nach gutem Wissen und Gewissen entschieden, wofür Steuergelder im Kampf um mehr Demokratie und Toleranz eingesetzt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Pöstchen habt ihr
euch gegenseitig zugeschanzt und dann
wird bei Kaffee und Kuchen debattiert.)

Aus dieser Arbeit heraus weiß ich, dass viele Träger, viele Vereine und Verbände aus gutem Grund gegen die Extremismusklausel auftreten.

Schließlich und endlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer da meint, mit unserem Antrag hätten wir dem Konsens der Demokraten hier im Landtag Schaden zugefügt, der irrt. Damit will ich es aber belassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ist auch besser so. –
Udo Pastörs, NPD:
War aber dünn!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die NPD hat auch durch ihren Redner jetzt wieder versucht, den Anschein zu erwecken, sie hätte mit all den Gewalttaten nichts zu tun und sie sei ja ohnehin die friedlichste Partei, die es hier in diesem Land gibt.

An drei Beispielen will ich einmal nachweisen, wie die SPD, die NPD – Entschuldigung –

(Tino Müller, NPD: SPD!)

wirklich ist. So heißt es unter anderem in einer Pressemitteilung: „14 Monate auf Bewährung wegen gefährlicher Körperverletzung, so lautet das Urteil für den NPD-Kandidaten Tony Lomberg. Gesprochen am Freitag am Amtsgericht in Bergen auf Rügen – Lombergs Wahlkreis für die am 4. September anstehende Landtagswahl ... Demnach prügelte der 23-Jährige mit einem zweiten Angeklagten im Mai 2009 ... auf drei junge Männer ein.“

(Stefan Köster, NPD: Nachdem sie
vorher angegriffen worden sind.)

„Einzelhandelskaufmann Lomberg muss nun 1.000 Euro Schmerzensgeld zahlen.“

(Udo Pastörs, NPD: Diese Beispiele
können Sie auch von links zitieren,
Herr Ritter, endlos zitieren!)

„Gegen das Urteil kann er noch Berufung einlegen. Doch gegen den NPD-Politiker laufen nach Informationen ... noch weitere Verfahren – unter anderem wegen Körperverletzung und Landfriedensbruchs.“

(Udo Pastörs, NPD: Das ist zu billig, was Sie da abziehen!)

Ähnlich sieht es bei einem weiteren Kandidaten der NPD aus: Christian Mau tritt im Wahlkreis Rügen II an. Gegen ihn soll ein Verfahren unter anderem wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und wegen Körperverletzung eröffnet werden.

Das nächste Beispiel: Das Landgericht Schwerin hat den ehemaligen NPD-Kreistagsabgeordneten Sven Krüger am Mittwoch zu einer Haftstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt.

(Udo Pastörs, NPD: Ach Gott, neel!)

Dem 36-Jährigen waren gewerbsmäßige Hehlerei in acht Fällen und unerlaubter Waffenbesitz vorgeworfen worden.

(Stefan Köster, NPD: Mehr haben Sie nicht in petto?!)

Krüger ist dreizehn Mal vorbestraft, unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Eigentumsdelikten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gucken Sie mal in Ihre Akte rein!)

Zu den Verurteilungen des Herrn Köster will ich hier an dieser Stelle nichts sagen,

(Udo Pastörs, NPD: Herr Ritter, was hat denn das mit NSU zu tun?)

die sind hinlänglich bekannt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Stefan Köster, NPD: Dann sagen Sie doch mal, wie Linksterroristen eine Veranstaltung angegriffen haben. Erzählen Sie doch mal die Wahrheit!)

Es hilft also nichts, Herr Pastörs, sich herauszureden. Auch war der heutige stellvertretende Vorsitzende der NPD in Thüringen Patrick Wieschke im Jahr 2007 als Praktikant in der NPD-Fraktion hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern tätig.

(Udo Pastörs, NPD: Das war auch gut so, dass er hier Praktikant war.)

Er war langjähriger Aktivist des mit der Terrorzelle aus Zwickau verbundenen „Thüringer Heimatschutzes“ und gilt als äußerst gewaltbereit.

(Udo Pastörs, NPD: Wir versuchen, ihn zu resozialisieren. Jedenfalls bemühen wir uns. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber die NPD-Fraktion hat ja mit all dem nichts zu tun. Wieschke war laut Medienberichten Anstifter eines Sprengstoffanschlages auf einen türkischen Imbiss in

Eisenach. Im Jahre 2000 wurde er wegen Körperverletzung verklagt und zivilrechtlich wegen der Bedrohung eines Eisenacher Pfarrers verfolgt. Dieser Mann saß wochenlang als Praktikant hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und sollte sogar als Referent arbeiten, aber die NPD hat mit Gewaltbereiten natürlich überhaupt nichts zu tun.

(Stefan Köster, NPD: Sie faseln einen Unfug.)

Die Arbeit von Herr Wieschke scheiterte dann aber an seinem Vorstrafenregister.

(Stefan Köster, NPD: Stimmt auch nicht.)

Die Pflicht zur Vorlage eines Führungszeugnisses machte ihm einen Strich durch die Rechnung.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind nur wieder Märchen, die Sie da verbreiten. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese wenigen Beispiele belegen eindeutig die Nähe der NPD-Fraktion zu gewaltbereiten Faschisten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und deshalb, ich wiederhole mich, muss die NPD verboten werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, ich wiederhole mich auch, deswegen bedeutet das für uns, dass wir eine umfassende Aufklärung darüber brauchen, inwiefern die NPD in Mecklenburg-Vorpommern sowie weitere Organisationen, Vereine, Verbände und Einzelpersonen in die Mordserie und die Machenschaften des Terrornetzwerkes verstrickt sind,

(Michael Andrejewski, NPD: Oder auch nicht.)

und das eben öffentlich und nicht hinter verschlossenen Türen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

denn wir haben es aktuell mit einer unvorstellbaren Mordserie zu tun.

(Udo Pastörs, NPD: Da ist Ihr Wunsch der Vater des Gedankens.)

Menschen wurden gezielt und systematisch getötet, landauf, landab ziehen Nazis weiter hetzend gegen Personengruppen durch das Land und schrecken auch vor massiver Gewaltanwendung nicht zurück. Deshalb ist öffentliche Aufklärung zwingend notwendig, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl, machen Sie das! Noch mehr Geld.)

In der gemeinsamen Erklärung des Bundestages zur Mordserie heißt es, ich zitiere: „Wir müssen gerade jetzt

alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren.“ Und weil das in dieser Erklärung so steht, halten wir die Extremismusformel für falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb unser erneuter Antrag, unsere Aufforderung an die Landesregierung, sich weiter auf Bundesebene gegen die Extremismusklausel, und zwar deutlich, einzusetzen.

Die Lage ist ernst genug, das brauchen wir uns hier nicht gegenseitig zu erklären. Menschenverachtende Ideologien, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung

(Udo Pastörs, NPD:
Bla, bla, bla, bla!)

haben längst Einzug bis in die Mitte der Gesellschaft gehalten und spiegeln sich in der Anwesenheit von Pastörs und seinen Gefolgsleuten hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern wider. Dieser Zustand muss ein Ende haben, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Tino Müller, NPD:
Das ist ein Wählerwille!)

Es bedarf daher klarer Signale aus diesem Landtag,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass wir bereit sind, uns weiter gemeinsam mit dem Rechtsextremismus auseinanderzusetzen,

(Zuruf von David Petereit, NPD)

dass wir gemeinsam zu der Verantwortung stehen, die Mordserie nachhaltig aufzuklären.

(Stefan Köster, NPD: Die DDR in XXL.)

Diese klaren Signale wollen wir mit unserem Antrag setzen.

(Stefan Köster, NPD: Sie wollen doch die Menschen wieder einsperren! –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen fordere ich zu unserem Antrag die Abstimmung eines jeden einzelnen Punktes. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, in Ziffer I die Nummern 1 bis 3 sowie in Ziffer II die Nummern 1 bis 4 des Antrages der Fraktion DIE LINKE einzeln abzustimmen.

Ich rufe auf die Ziffer I Nummer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159. Wer in Ziffer I der Nummer 1 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer I Nummer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf die Ziffer I Nummer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159. Wer in Ziffer I der Nummer 2 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Ziffer I die Nummer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159 durch die Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer I Nummer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159. Wer in Ziffer I der Nummer 3 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in der Ziffer I die Nummer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Enthaltungen der Fraktion der NPD angenommen.

(Stefan Köster, NPD: Dagegen gestimmt. Oh, Entschuldigung!)

Entschuldigung?

(Michael Andrejewski, NPD: Dagegen.)

Ja, Gegenstimmen.

Ich rufe auf die Ziffer II Nummer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159. Wer in Ziffer II der Nummer 1 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Ziffer II die Nummer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159 bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der CDU, bei Fürstimmen der Fraktion der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD nicht angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer II Nummer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159. Wer in Ziffer II der Nummer 2 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Ziffer II die Nummer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159 bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der CDU, bei Fürstimmen der Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der Fraktion der NPD nicht angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer II Nummer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159. Wer in Ziffer II der Nummer 3 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Ziffer II die Nummer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159 bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD und Fürstimmen der Fraktion der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung nicht angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer II Nummer 4 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159. Wer in Ziffer II der Nummer 4 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Ziffer II die Nummer 4 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/159 bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und einzelnen Gegenstimmen der Fraktion der NPD sowie Fürstimmen der Fraktion der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltungen nicht angenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Mittagspause ein.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Pastörs, Entschuldigung.

Herr Pastörs hatte vor der Abstimmung beantragt, dass er nicht an der Abstimmung teilnehmen möchte, und möchte eine persönliche Erklärung abgeben. Ich bitte Sie also, sich noch mal zu setzen.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Peter Ritter, DIE LINKE: Mikro! Mikro!)

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte diese Ausfälle gegenüber meiner Person, die von zwei Personen hier getätigt worden sind – einmal hier von der Spitze der GRÜNEN-Fraktion, aber auch von Herrn Ritter –, wie folgt zurückweisen:

Erstens, die GRÜNEN sind die Letzten, die mir als Person eine Nähe zu scheußlichen Straftaten nachsagen sollten, da sie einen Parteivorsitzenden hatten, der die sogenannte „Putztruppe“ anführte, Joschka Fischer, Abkürzung: Proletarische Union für Terror und Zerstörung.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der war nie Parteivorsitzender!)

Machen Sie Ihre Hausaufgaben!

Zu Ihnen, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na dann mal los!)

Herr Ritter, es ist guter Brauch und auch geboten, dass immer dann erst Schuldige benannt werden können und Täter benannt werden können, wenn nach einem rechtsstaatlichen Verfahren

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Was Sie ablehnen!)

unabhängige Richter Leute als Täter bezeichnen und dann auch verurteilt haben. Und wenn ein ehemaliger roter Hetzer

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie Sie als Politoffizier für Gewalt plädiert hat, auch beim G-8-Gipfel indirekt, dann ist das beschämend, dass Sie sich hier hinstellen ...

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Abgeordneter Pastörs,

(Der Abgeordnete Udo Pastörs beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt habe ich aber Angst, Herr Pastörs!)

Sie haben die Möglichkeit, hier mit einer persönlichen Erklärung

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ihr Abstimmungsverhalten kundzutun, aber keine Statements abzugeben. Ich erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf. Das ist Ihr zweiter Ordnungsruf und ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie beim nächsten Ordnungsruf eine Wortentziehung erhalten.

Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, dass in der Mittagspause die Baukommission tagt – zur Erinnerung –, und wir treffen uns dann in 60 Minuten wieder.

Unterbrechung: 13.26 Uhr

Wiederbeginn: 14.30 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ehrenkodex und Objektivität bei Stellenbesetzung. Das ist die Drucksache 6/173.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ehrenkodex und Objektivität bei Stellenbesetzung – Drucksache 6/173 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Jürgen Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das, was wir mit dem vorliegenden Antrag einfordern, ist eigentlich etwas ganz Selbstverständliches, denn die Forderung, dass die Landesregierung ein einheitliches Verfahren zur Stellenbesetzung anwenden soll, welches nach fachlichen wie auch nach gesetzlichen Kriterien ausgerichtet ist und welches gewährleistet, dass Auswahl- und Einstellungsentscheidungen auf einer objektiven Grundlage beruhen, sollten wir eigentlich alle als Selbstverständnis des Handelns der Landesregierung voraussetzen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist ja auch Realität.)

Ich rechne geradezu damit, Herr Nieszery, dass nachher wahrscheinlich vonseiten der Landesregierung behauptet wird, es sei Realität. Ich komme da im Verlaufe meines Vortrages gleich zu einer anderen Bewertung, aber das bitte etwas später.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das habe ich auch erwartet. Sonst hätte sich ja ein anderer hier hingestellt.)

Das kann ich mir vorstellen, dass Sie es erwartet haben.

Wir sind bisher auch mit aller Selbstverständlichkeit davon ausgegangen, dass vor Ausschreibung einer zu besetzenden Stelle in jedem Fall ein Stellenprofil entwickelt wird und die Qualifikationen, also die Kenntnisse, Fähigkeiten, Fach- und Führungserfahrungen, die von

den jeweiligen Stelleninhabern erwartet werden, vorab festzulegen sind. Und wir sind nicht zuletzt, und das will ich ausdrücklich betonen, mit aller Selbstverständlichkeit davon ausgegangen, dass Stellen grundsätzlich in geeigneten Medien öffentlich auszuschreiben sind. Dies sollte übrigens insbesondere für die Stellen erfolgen, die einem besonderen Verantwortungsbereich unterliegen. Diese eigentlich selbstverständliche Erwartung ist aber nicht erfüllt worden.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, den ich vorhin angekündigt habe.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da bin ich sehr gespannt.)

Nun scheint aber genau dies im Rahmen des Verfahrens zur Besetzung einer Stelle mit besonderem Verantwortungsbereich im Finanzministerium nicht geschehen zu sein,

(Marc Reinhardt, CDU:
Das glaube ich nicht.)

denn es wurde dort ...

Sie können es ja gerne versuchen, nachher zu widerlegen.

(Marc Reinhardt, CDU: Mach ich.)

Es wurde dort nach Aussage der zuständigen Ministerin auf eine Ausschreibung verzichtet.

(Tilo Gundlack, SPD:
Was ja auch richtig ist.)

Und ...

Ach, das ist richtig.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist nicht nur richtig, das ist auch durchaus sicher.)

Sehen Sie, da bin ich gar nicht auf dem Holzweg an der Stelle und möglicherweise scheiden sich da die Geister bezogen auf die Frage, was richtig ist oder was nicht richtig ist.

Uns ist übrigens nicht erschlossen, ob dies nur in diesem Einzelfall geschehen ist oder ob die ausschreibungslose Besetzung derartiger Stellen in der Landesregierung gängige Praxis ist. Vielleicht kann der Innenminister – Herr Caffier ist ja angekündigt zur Stellungnahme der Landesregierung – da später in der Debatte noch Aufklärung leisten.

Verehrte Damen und Herren, in jedem Fall deutet sich an, dass Personalentscheidungen der Landesregierung offensichtlich nicht Kriterien unterliegen, die wir bisher als selbstverständlich und im Sinne von Objektivität und Transparenz auch als unabdingbar erforderlich angesehen haben. Wir wollen mit diesem Antrag die Landesregierung daher dazu veranlassen, zukünftig objektive Kriterien zur Grundlage von Personalentscheidungen zu machen und diese auch transparent zu gestalten.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, wir wollen noch einen Schritt weiter gehen. Wir wollen über einen sogenannten Ehrenkodex zu einer Selbstverpflichtung gelan-

gen, die Bevorzugungen ausschließen soll. Ich will auch dies kurz begründen. Ich glaube, dass im Hause unstrittig ist, dass Offenheit und Transparenz wichtige Grundlagen für unser politisches Handeln sind. Dies sollte umso mehr gelten, weil ich glaube, das ist keine falsche Einschätzung, sondern eine inzwischen gängige, verbreitete, weil viele Menschen gegenüber der Politik und den politischen Vertretern und Vertreterinnen zunehmend vorsichtig und misstrauisch geworden sind.

(Heinz Müller, SPD: Das heizen Sie ja auch noch an.)

Es ist auch deshalb überaus wichtig, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politiker, die in diesem Landesparlament und in dieser Landesregierung wirken, und in die Politik zu stärken.

(Tilo Gundlack, SPD: Da müssen Sie in Baden-Württemberg mal gucken, ne?!)

Aber wenn ich richtig orientiert bin, bezogen auf die Anmerkung gerade, sind wir doch jetzt im Landesparlament Mecklenburg-Vorpommern.

(Heinz Müller, SPD: Ja, ja. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wir wollen daher mit einem Beschluss dieses Landtages für einen sogenannten Ehrenkodex ein deutliches Signal geben, dass wir diese Bedenken ernst nehmen, dass wir die öffentliche Kritik konstruktiv aufnehmen und dass wir uns Rahmenbedingungen setzen, die einer kritischen Überprüfung der Öffentlichkeit jederzeit standhalten können. Wir hoffen daher auf Ihre Unterstützung zu unserer Forderung an die Landesregierung, eben diesen Ehrenkodex zu verabschieden, mit dem sich die Mitglieder der Landesregierung dazu verpflichten, jede Form der Einflussnahme zu unterlassen, die zur eigenen Bevorzugung oder zu einer Bevorzugung von Angehörigen und sonstigen Dritten führen kann.

Und, Herr Renz,

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

ich würde mir sehr wünschen, dass wir diese Debatte mit der notwendigen Seriosität führen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Heinz Müller, SPD: Das hätte ich mir auch gewünscht. Dann hätte es diesen Antrag aber nie gegeben.)

auch im Sinne, dass die Sensibilität, Herr Müller, für derartige Besetzungsfragen eine besonders große ist. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Herr Caffier ist ja schon auf dem Weg. Also es redet jetzt der Minister für Inneres und Sport Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Abgeordneter, zum Thema Sensibilität kann ich nur sagen, dass zu dieser Thematik, solange das Land Mecklenburg-Vorpommern besteht, in den jeweiligen Landesregierungen, ob die schwarz-gelb waren, ob die rot-rot waren, ob die rot-schwarz sind, immer die notwendige Sensibilität an den Tag gelegt worden ist. Und wenn Sie möglicherweise mal in die Regierung kommen, haben Sie zu der Thematik auch eine neue Betrachtungsweise, deswegen würde ich gerne in meinen Ausführungen darauf auch noch mal eingehen.

Der vorliegende Antrag bemüht schon in seinem Titel sehr poetische Worte. Nicht nur von Objektivität, sondern sogar von einem Ehrenkodex ist da die Rede. Auch wenn mancher bei einem solchen Wort wohl an anderes denkt als an Einstellungsverfahren, denn darüber reden wir, so soll dadurch wohl ausgedrückt werden, welche hohen Ansprüche an die Grundsätze der Personalauswahl im öffentlichen Dienst grundsätzlich gestellt werden. Der Antrag zielt darauf, dass wir uns für ein ehrliches, für ein transparentes Verfahren bei der Auswahl und Einstellung von Landesbediensteten einsetzen. Die Landesregierung soll sich in diesem Zusammenhang zur Objektivität verpflichten und den Landtag über Interessenkonflikte informieren. So weit, so gut.

Gegen diesen Anspruch ist überhaupt nichts einzuwenden, Herr Kollege Suhr. Aber, meine Damen, meine Herren, um diesem zu genügen, bedarf es Ihres Antrages nicht, denn Grundsätze für eine uneigennützig und ehrliche Personalauswahl bestehen schon lange. Sie stehen im Grundgesetz, sie stehen in der Landesverfassung und sie stehen in Mecklenburg-Vorpommern auch in Spezialgesetzen. Diese werden kontinuierlich, dank der Unterstützung des Parlaments, auch dort behandelt und auch dementsprechend fortgeschrieben.

Die ständige Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder hat sich beispielsweise erst im letzten Jahr mit einem umfangreichen Papier auseinandergesetzt, das Grundlagen und Instrumente der Personalauswahl bei Stellenbesetzungsentscheidungen zusammenfasst. Selbstverständlich wird darin auch auf die sorgfältige Formulierung von Anforderungsprofilen, auf Auswahlkriterien und Eignungstests eingegangen – für uns alle eigentlich nichts Neues.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wer noch keine Kenntnis von den Empfehlungen dieses Berichts hat, sei es zum Grundsatz der Bestenauslese, zur Erstellung von Anforderungsprofilen und zur Beachtung von Verfahrensgrundsätzen bei der Auswahlentscheidung, dem würde ich gerne eine Ausfertigung zur Verfügung stellen, damit Sie sich damit auch befassen können.

(Marc Reinhardt, CDU: Das wäre gut. –
Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle die Punkte, zu denen Ihr Antrag heute auffordert, sind in diesem Papier enthalten und werden in den Bereichen der Landespersonalverwaltung in den Ministerien auch eingehalten.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ihnen geht es doch mit dem Antrag gar nicht um die ganz normale Stellenbesetzung, sondern um eine ganz konkrete Personalie, die dem Leitungsbereich eines Ministeriums zugeordnet ist. Zu diesem Punkt kann ich Ihnen nun meine Zustimmung und die Zustimmung der Kollegen nicht signalisieren.

Es stimmt, dass es bei der Besetzung von Stellen im Leitungsbereich der verschiedenen Ministerien Besonderheiten gibt. Das war so, das war von Anfang an so und das wird auch weiterhin so sein. Und das ist auch so gewollt, denn gerade bei diesem Personenkreis ist eine besondere Nähe zur jeweiligen Hausspitze erforderlich.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig.)

Die Mitglieder der Landesregierung sind bei der Erfüllung unserer Aufgaben auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Leitungsstäben angewiesen, zu denen ein besonderes Vertrauensverhältnis besteht. Dieses geht noch weit über das übliche Verhältnis zu Mitarbeitern der Landesverwaltung hinaus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig.)

Nicht umsonst enthält deshalb unsere neue Laufbahnverordnung für den allgemeinen Dienst eine Ausnahme von der grundsätzlichen Pflicht zur Stellenschreibung bei den Stellen der persönlichen Referentin und Referenten. Das ist so gewollt, das hat das Parlament auch so gewollt und das ist eine richtige und, wie ich finde, eine kluge Entscheidung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vergleichen Sie das vielleicht mit den wissenschaftlichen Referenten, die in den Fraktionen wertvolle Unterstützung für die Arbeit im Plenum leisten. Kann es da eine Auswahl ohne Rücksicht auf Vertrauensverhältnisse geben? Das kann ich mir auch in Ihrer Fraktion nicht vorstellen.

Ziel muss es sein, jemanden zu finden, zu dem ich ein besonderes Vertrauensverhältnis habe oder in dem Fall die Fraktion ein besonderes Vertrauensverhältnis hat und der zugleich – zugleich, das betone ich – auch über das notwendige Fachwissen verfügt. Für diesen kleinen Personenkreis des engsten Leitungsstabs können daher eben nicht die gleichen Maßstäbe für die Art der Auswahl gelten wie bei den anderen Landesbediensteten.

Ich verwahre mich deshalb auch im Namen meiner Regierungskolleginnen und -kollegen gegen den hier unerschwinglich provozierten Eindruck, wir würden mit dieser Praxis unehrenhaft handeln. Ich habe Ihnen gerade ausgeführt, dass ich eben nicht unehrenhaft handle, sondern auf der Grundlage dessen, was die Gesetzlichkeiten in Mecklenburg-Vorpommern zulassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig.)

Wenn Sie eine Definition des Begriffes „Ehrenkodex“ suchen, finden Sie den Hinweis in der Übersetzung auf Wohlverhalten und Verhaltensregeln, zu denen sich die Mitglieder von Berufsgruppen und -ständen verpflichten. Einerseits ist damit eine Unterwerfung verbunden, ande-

rerseits schreibt ein solcher Kodex auch Privilegien für seine Mitglieder vor. Und nichts anderes ist hier bei uns im Land Mecklenburg-Vorpommern passiert.

Grundsätzlich gibt es Regeln und Gesetze, die bei der Stellenbesetzung zu beachten sind, das ist auch gut und richtig so. Ausnahmen sind eben aus gutem Grund für die persönlichen Referentinnen und Referenten des Ministerpräsidenten und der Ministerinnen und Minister zugelassen. Und auch bei diesem Personenkreis gibt es gute sachliche Gründe für eine Einstellung, dessen können Sie sich sicher sein.

Einen Ehrenkodex brauchen wir dementsprechend heute nicht zu beschließen, denn was Sie damit anstreben, gibt es schon lange in Mecklenburg-Vorpommern. Wir alle haben uns verpflichtet, bei der Besetzung von Stellen Regeln einzuhalten, die aber eben auch Ausnahmen kennen. Sowohl diese Regelungen als auch die Ausnahmen haben sich über viele Jahre hier in diesem Land bewährt. Ich sehe daher keinen Grund, dass Ihrem Antrag zuzustimmen ist, und sehe auch keinen Grund für Versäumnisse von Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Landesregierung bei der Stellenbesetzung. Hier ist immer akkurat und korrekt gehandelt worden, das wird auch so in Zukunft bleiben. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Herr Müller von der Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich den Text dieses Antrages – ich habe ihn hier mitgebracht – gelesen habe, habe ich ähnliche Gedanken gehabt, wie sie offenkundig den Innenminister hier geleitet haben. Ich habe mir gesagt, das passiert doch – vielleicht nicht ganz bis ins Detail in der vorgeschlagenen Weise, aber im Wesentlichen – in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern, seitdem es dieses Land gibt, und das ist auch gut so.

Und erst als ich die Begründung gelesen habe, habe ich gesehen, worauf der Antrag ganz offenkundig zielt: Es geht hier um eine einzelne Personalie. Und Sie möchten diese einzelne Personalentscheidung, die in der Landesregierung getroffen worden ist, skandalisieren, um daraus Ihren politischen Honig zu saugen. Das ist des Pudels Kern.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie werden mir gestatten, dass ich als gelernter Deutschlehrer mir Ihren Text mal etwas genauer angucke, und zwar den Text der Begründung. Da heißt es, dass dort eine Referentin eingestellt worden ist, dass dies auf öffentliche Kritik gestoßen ist, und dann kommt der Satz: „Mit diesem Antrag soll die Landesregierung dazu veranlasst werden, zukünftig objektive Kriterien zur Grundlage von Personalentscheidungen zu machen“, will heißen, bislang legt die Landesregierung keine objektiven Gründe für eine Personalentscheidung an, sondern andere, nicht sachgemäße, subjektive.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, was sagen Sie da eigentlich über eine Mitarbeiterin, über deren Qualität Sie, glaube ich, keinerlei Aussage treffen können?

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Und Sie?)

Sie sagen, es waren keine objektiven Gründe, die dazu geführt haben, dass diese Mitarbeiterin eingestellt worden ist. Und was führen Sie als Begründung an? Sie führen als Begründung an,

(Torsten Renz, CDU:
Die werden immer ruhiger.)

dass diese Frau in Ihrem Privatleben eine Beziehung zu einem Regierungsmitglied hat. Ist das etwa strafbar? Ist das ein Grund, jemanden von öffentlichen Ämtern auszuschließen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wohl kaum.)

Ist das ein Grund, jemanden bei einer Stellenbesetzung nicht zu berücksichtigen? – Wohl kaum, meine Damen und Herren.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber ist das gleich ausreichende Qualifikation?)

Und wenn Sie, Herr Suhr, sich hier hinstellen und sagen, es gibt ja Misstrauen gegenüber den Politikern: Wer heizt ein solches Misstrauen eigentlich mit Anträgen an, indem er unterstellt, nur weil jemand zu einem Kabinettsmitglied eine persönliche Beziehung unterhält, ist er zwar ungeeignet, wird aber trotzdem eingestellt? Sie sind für eine solche Veränderung des politischen Klimas, Sie sind für ein solches Misstrauen mit solchen Anträgen maßgeblich mit verantwortlich und schon deshalb finde ich Ihren Antrag sehr widerwärtig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ziel ist also Anheizen von Misstrauen gegenüber der Landesregierung, Ziel ist Diskreditierung und Ziel ist nicht Sauberkeit und Offenheit. Wenn Ihr Ziel Sauberkeit und Offenheit wäre, dann hätten Sie sich die Unterlagen, von denen der Innenminister gesprochen hat, die alle öffentliche Papiere sind, längst zu eigen gemacht, hätten sich das durchgelesen und dann hätten Sie gesehen, dass der Antragstext vollkommen überflüssig ist.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Land wird nicht nach Gutsherrenart eingestellt. Wir haben eine klare Differenzierung zwischen dem ganz überwiegenden Teil der Stellen, die in diesem Land besetzt werden. Dafür gibt es klare Regeln, die sind durchschaubar, die sind objektiv und die gewährleisten ein vernünftiges Stellenbesetzungsverfahren.

Wir haben einige ganz wenige Ausnahmen. Man braucht nicht so sehr viele Hände, um sie abzuzählen, in denen anders verfahren wird. Zu diesen Ausnahmen gehören die persönlichen Referentinnen und Referenten der Minister. Und dieses, meine Damen und Herren, ist sachlich gerechtfertigt. Und dieses findet, und da können Sie hundertmal sagen, Herr Suhr, wir sind doch hier in Mecklenburg-Vorpommern, nicht in Baden-Württemberg – und ich finde das übrigens richtig –, auch dann statt, wenn ein GRÜNER Ministerin oder Minister ist. Das hat im Bund so stattgefunden, das findet in den Ländern statt und ich weiß nicht, ob der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Herr Kretschmann, sich seinen persönlichen Referenten via öffentlicher Ausschreibung ausgesucht hätte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wohl nicht.)

Das würde mich sehr wundern.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat sich denn da vielleicht auch der vorige Stelleninhaber, der persönliche Referent von Herrn Mappus, melden und sagen können, ich mache den Job schon, ich möchte hier eine Chance haben? Das können Sie doch jemandem erzählen, der sich die Hose mit der Kneifzange zumacht.

(Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Verwechseln Sie das mal nicht mit Ihrer
speziellen Familienpolitik, die Sie hier betreiben.)

Und wenn der Ministerpräsident von Baden-Württemberg sich seinen persönlichen Referenten ohne Ausschreibung aussucht, dann habe ich das überhaupt nicht zu kritisieren. Das finde ich vollkommen richtig. Jeder täte es an seiner Stelle. Und da können Sie nicht einfach, Herr Suhr, sagen, wir sind doch hier in Mecklenburg-Vorpommern. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Verfahrensweise findet überall statt, sie findet unabhängig von der politischen Farbe statt und sie findet auch dort statt, wo die Farbe Grün ist, und das ist sogar richtig so.

Und deswegen, Herr Suhr, ist das, was Sie hier machen, hier den Saubermann geben und anderen einen Bonbon an die Jacke kleben wollen, das Verhalten, das man mit den Worten umschreibt: Wir predigen öffentlich Wasser, aber heimlich saufen wir selber Wein.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Und wenn Sie eines Tages – ich glaube, davon sind wir allerdings noch sehr weit entfernt bei Ihrem jetzigen Zustand –

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

in diesem Land dazu kämen, dass wir auch hier grüne Ministerinnen oder Minister haben, dann würde dieses Verfahren auch bei denen Platz greifen.

Also, meine Damen und Herren, wir lehnen den Antrag ab.

Herr Innenminister, Sie haben so schön gesagt, der Antrag der GRÜNEN habe ja auch poetische Formulierungen. Okay, antworten wir ihm poetisch mit Shakespeare: „Denn wie's nur eine Tugend gibt, die Wahrheit,“

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„gibt's auch ein Laster nur: die Heuchelei.“

(Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt Frau Rösler von der Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landtag soll nach dem Willen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung heute auffordern, zukünftig nur noch Objektivität und einen Ehrenkodex bei Personalentscheidungen walten zu lassen. Und nicht nur weil Weihnachten vor der Tür steht, sind solche Wünsche beziehungsweise Forderungen durchaus berechtigt. Und vielleicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bleibt es ja keine Illusion, dass Ihr Anliegen doch noch fruchtet.

In der Tat ließ es diese Landesregierung bei Personalentscheidungen zum Teil an Sensibilität vermissen

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

und leider fehlt es eben an zwei Dingen: erstens an der Einsicht der Landesregierung, womöglich falsche Entscheidungen getroffen zu haben, und zweitens an der Kritik aus den Reihen der Koalitionsfraktionen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, was kritisieren wir und was ausdrücklich nicht? Zunächst lassen Sie mich klar sagen, dass sich unsere Kritik nicht auf die Personen bezieht, die eingestellt wurden. Das wäre nicht fair und unangehörig. Welchen Vorwurf sollte man ihnen auch machen, zumal die betroffenen Personen sich ja kaum öffentlich wehren können. Unsere Kritik richtet sich an diejenigen, die eingestellt haben, also an erster Stelle an den Ministerpräsidenten und die verantwortlichen Ministerinnen und Minister.

(Torsten Renz, CDU:
Oha, das ist ja ein Schachzug!)

Dabei geht es nicht nur um die Stelle des Koordinierungsreferenten im Finanzministerium. Es geht uns auch um eine Reihe von Personalentscheidungen, die, wenn es Ministerinnen und Minister der LINKEN beträfe, sofort zu massiven Rücktrittsforderungen geführt hätten.

(Heinz Müller, SPD:
Also auf die Zeiten wollen
wir hier nicht reflektieren.)

Am lautesten hätten die geschrien, die heute eisern schweigen, als müssten sie ein Gelübde ablegen.

Meine Damen und Herren, Besetzungsverfahren gliedern sich normalerweise in vier Verfahrensabschnitte: in das Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren, in das Beurteilungs-, das Auswahl- und das Bestellungsverfahren. An diesen Verfahren sind in der Regel auch die Personalräte beteiligt. Dass nicht alle Personalentscheidungen zuvor ausgeschrieben werden müssen, ist bekannt und grundsätzlich nicht zu beanstanden.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Ich denke an Umsetzungen. Dass es bei bestimmten Stellen auf eine besondere Vertrauensbeziehung zur Ministerin oder zum Minister ankommt, ist ebenfalls klar und nicht zu kritisieren. Klar sollte aber auch sein, dass wir in jedem Fall Transparenz brauchen. Transparenz schützt alle Beteiligten. Und wir brauchen ein Mindestmaß an Sensibilität,

insbesondere bei Stellen, die großes Vertrauen erfordern. Ich will das an folgenden Beispielen verdeutlichen:

Stellen Sie sich vor, ein Abgeordneter der Linksfraktion wird Minister

(Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU: Oh nee, nein!)

und zugleich erhält seine Lebenspartnerin die Stelle einer Koordinierungsreferentin in einem anderen Ministerium. Natürlich erfüllt sie die formalen Kriterien, wie Eignung, Befähigung und fachliche Leistung.

(Heinz Müller, SPD: Dann muss sie auch eine Chance haben.)

Das Geschrei von der Opposition möchte ich mir nicht vorstellen.

Und was sagt der Innenminister Herr Lorenz Caffier zur Personalpolitik? Wir haben es gehört. In Zeiten der schwarz-roten Koalition der 2. Wahlperiode jedenfalls war es dem Abgeordneten Caffier eine Kleine Anfrage wert, als es um eine Stellenbesetzung im Landeshauptarchiv ging,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach ja?!)

hinter der der Abgeordnete Caffier SPD-Seilschaften erkannte. Er wollte unter anderem wissen, ob die Stelle ausgeschrieben wurde und ob es zutrifft, dass die Stelle mit einer ehemaligen Assistentin einer hochrangigen SPD-Bundespolitikerin besetzt wurde. Haben Sie, Herr Caffier, heute ähnliche Fragen an Frau Polzin?

(Heinz Müller, SPD: Das war aber keine Stelle einer persönlichen Referentin, ne?!)

Und was hat sich Frau Polzin gedacht? Die Finanzministerin behauptet, dass die Personalentscheidung vor der Zusammensetzung des Kabinetts beschlossen wurde. Wenn das wirklich so gewesen ist, will ich nur darauf hinweisen, dass Frau Polzin Stabsstellen in ihrem Haus besetzt, bevor sie überhaupt als Ministerin ernannt wurde.

(Egbert Liskow, CDU: Sie war doch Ministerin! Sie war doch Ministerin!)

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich weiter vor, DIE LINKE würde auch Staatssekretärinnen und Staatssekretäre benennen. Und weil unbedingt noch jemand untergebracht werden soll,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

aus welchen guten Absichten auch immer, schicken wir irgendwann einen Staatssekretär der LINKEN, der sich nichts zu Schulden kommen ließ, mit Anfang 50 in den Ruhestand und holen eine ehemalige Abgeordnete aus dem Ruhestand.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Auch diese Personalentscheidung soll problem- und kritiklos hingenommen werden? – Gut zu wissen!

Meine Damen und Herren, Ministerpräsident Erwin Sellering begründete seine ablehnende Haltung zur Schuldenbremse unter anderem mit der Aussage, dass die Konsoli-

dierung aus eigener Einsicht und aus eigenem Antrieb gelinge, nicht als fremdbestimmter Eingriff. Da lag der Ministerpräsident einmal goldrichtig, auch wenn er denn gegenteilig handelte. Die Einsicht und der eigene Antrieb müssen bei Herrn Sellering noch dazu führen, einige seiner Personalentscheidungen kritisch zu hinterfragen. Formal sind die Stellenbesetzungen sicher nicht zu beanstanden, sie hinterlassen aber großes Kopfschütteln.

Was bleibt, ist die öffentliche Debatte und die Hoffnung, dass eines Tages die Landesregierung mehr Sensibilität an den Tag legt und für größtmögliche Transparenz sorgt. Wie gesagt, es ist ja bald Weihnachten. – Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke, Frau Rösler.

Ich bitte auf meiner linken Seite der Regierungsbank doch ein bisschen mehr um Ruhe.

Es hat um das Wort noch mal gebeten der Innenminister Herr Caffier.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Jetzt erklärt er uns seine Kleine Anfrage.)

Minister Lorenz Caffier: Natürlich erkläre ich die nicht.

Frau Abgeordnete Rösler, ich kann vielleicht Ihrer Unerfahrenheit zuordnen, dass Sie neu in der Fraktion sind. Da Sie aber wissenschaftliche Referentin sind, müssten Sie den Tatbestand kennen. Ich gehe mal davon aus, dass die LINKEN zu ihrer Regierungsverantwortung in den zurückliegenden acht Jahren stehen. Wenn ich heute das Mitarbeiterhandbuch der Landesverwaltung aufschlage, habe ich zwei Hände voll von Mitarbeitern, die früher persönliche Referentinnen und Referenten bei den jeweiligen PDS-Ministern gewesen sind.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Sie können also nicht so tun, als wenn die Entwicklungen nicht stattgefunden haben. Insofern weise ich Ihre Vorwürfe, auch im Namen der Landesregierung, gegen mich entschieden zurück. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Die sind gewählt worden, Herr Caffier. – Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke.

Das Wort hat jetzt Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Innenminister hat ja bereits die Ansicht der Landesregierung kundgetan und ich würde dann doch auch noch ein paar kurze Worte zu diesem Antrag hier loswerden wollen.

Ich glaube, alle Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern – oder vielleicht jetzt bei der LINKEN habe ich

leichte Zweifel – haben sich bereits frühzeitig für ein transparentes und offenes Personalverfahren in den Ministerien entschieden. Frau Rösler, dies geschah gerade im Wissen um die Zeit in der DDR, wo nicht die gute Arbeit, sondern das rote Parteibuch oder die Nähe zur Staatssicherheit für eine Einstellung im Staatsapparat maßgeblich waren.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie da Fragen haben, Sie haben ja ein paar Leute in Ihrer Fraktion, die das noch aktiv miterlebt haben, dann können Sie sich da ja noch mal genau informieren.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE – Egbert Liskow, CDU: Amnesie, oder was?)

Deshalb war und ist es jeder Landesregierung besonders wichtig gewesen, sich an diese Vereinbarungen und Gesetze zu halten.

Im Haus des Innenministeriums gibt es bereits seit Jahren eine Personalkoordinierungsstelle und die gab es, glaube ich, auch schon unter Rot-Rot, die, ich zitiere aus einer Bekanntmachung des Innenministeriums aus dem Jahr 2002 zum Thema Personal und innere Verwaltung, „den Prozess der ressortübergreifenden Personalentwicklung steuernd und beratend (begleitet)“. Diese Stelle „erfasst den Personaleretzungsbedarf und übermittelt den Personalreferaten der Ressorts ... Besetzungsvorschläge aus dem Kreis der ihr gemeldeten Landesbediensteten“. Diese Auswahl erfolgt anhand objektiver Kriterien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber wie bereits vom Innenminister festgestellt, es geht Ihnen gar nicht um das allgemeine Personalverfahren. Und auch mein Kollege Heinz Müller hat das ja schon sehr illustriert dargestellt. Sie versuchen hier, künstlich, aufgrund einer Personaleinstellung im Stabsbereich des Finanzministeriums die gesamte Einstellungspraxis der Landesverwaltung in Verruf zu bringen. Und dabei handelt es sich gerade bei den Stabsstellen um einen Personenkreis, zu dem der Behördenleiter, also der Minister oder die Ministerin, ein besonderes Vertrauen haben muss. Das haben wir ja heute schon öfter gehört. Da kommt es eben nicht nur auf die fachliche Qualifikation an, sondern auch auf das persönliche Verhältnis, und dies lässt sich mit einem herkömmlichen Einstellungsverfahren meines Erachtens nicht herausfinden. Zusätzlich handelt es sich bei der von Ihnen kritisierten Einstellung lediglich um eine befristete Anstellung, befristet deshalb, weil die Stabsstelle fest mit der Person der Ministerin verbunden ist, weil es eben um ein persönliches Vertrauensverhältnis geht.

Dies ist auch in anderen Bundesländern nicht unüblich. So hat der Minister für Verkehr und Infrastruktur Herr Winfried Hermann, soweit ich weiß seit 1982 Mitglied bei den GRÜNEN, unter anderem Bundestagsabgeordneter und seit der Wahl 2011 eben Minister in Baden-Württemberg, in einer Kleinen Anfrage wie folgt zu diesem Thema Stellung genommen, ich zitiere: „Die Besetzung wichtiger Schlüsselpositionen, die das besondere Vertrauen der Hausleitung erfordern ..., wurde durch die Hausleitung entschieden.“ Ein Schelm also, wer hierbei Böses denkt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hört, hört!)

Und wo wir gerade bei Herrn Hermann sind, er ist ja einer der GRÜNEN-Minister oder auch der Minister, der die meisten Neueinstellungen vorgenommen hat in Baden-Württemberg.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie viele es waren: 45 Leute, alle zumeist mit GRÜNEN-Parteibuch,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

im Stabsbereich, alle ohne Ausschreibung.

Und da kann ich zum Schluss zu Ihnen nur sagen, Herr Suhr: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht nackt baden! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn jemand ansehnlich ist, kann er von mir aus auch gerne im Glashaus nackt baden.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Manche sind nicht ansehnlich, die sollten es lieber unterlassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie zum Beispiel, Herr Köster.)

Dass hier im Land, in Mecklenburg-Vorpommern, in den Behörden Stellen an Inhaber des richtigen Parteibuches vergeben werden, ist kein Geheimnis. Sie tun so, als ob das was Besonderes wäre. Das ist hier im Land die Regel. In der gesamten Bundesrepublik Deutschland ist es die Regel, dass ein Stelleninhaber bei bestimmten Positionen das richtige Parteibuch zu haben hat,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ansonsten wird er nicht genommen.

Und worum geht es jetzt bei dem Antrag der GRÜNEN hier? Es geht um die Frage der Moral. Und was die GRÜNEN mit ihrem Antrag bezwecken, ist doch auch offensichtlich: Sie wollen mit ihrem Antrag die Landesregierung vorführen. Und das ist politisch doch vollkommen in Ordnung. Flachpfeifen müssen beim Namen benannt werden.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Unmittelbar nach der Landtagssitzung im November geriet der Moralapostel der SPD ins Blickfeld der Öffentlichkeit, allerdings auf eine Art und Weise, wodurch sein Seitenscheitel deutlich ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Köster, Sie haben eben die Landesregierung – das Wort wiederhole ich

jetzt nicht – betitelt. Dafür gebe ich Ihnen einen Ordnungsruf und bitte Sie, sich an die Würde dieses Hauses zu halten, fordere Sie auf.

(Heinz Müller, SPD: Der zweite. –
Beate Schlupp, CDU: Es ist der zweite.)

Es ist der zweite Ordnungsruf. Ich weise Sie darauf hin, ein dritter würde einen Redeentzug beinhalten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Stefan Köster, NPD: Ich wiederhole mich noch mal: Unmittelbar nach der Landtagssitzung im November geriet der Moralapostel der SPD ins Blickfeld der Öffentlichkeit, allerdings auf eine Art und Weise, wodurch sein Seitenscheitel deutlich durcheinander gekommen sein dürfte. Gerade die moralische Demokratieinstanz der SPD hier in Mecklenburg-Vorpommern wurde mit Vetenwirtschaft in direkten Zusammenhang gebracht. So soll seine Lebensgefährtin ohne vorherige öffentliche Ausschreibung eine hochdotierte Stelle im Finanzministerium erhalten haben. Hinter vorgehaltener Hand, so hörte man, wird gar berichtet, dass diese Stelle sogar eigens dafür eingerichtet wurde.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was Blödsinn ist, das wissen Sie ja.)

Diese Stelle soll ein besonderes Vertrauensverhältnis zur Ministerin bedingen, weshalb auch keine Ausschreibung erfolgte, so die öffentliche Begründung. Im Rahmen ihrer Aufgabe soll die Lebensgefährtin des Bildungsministers, wen wundert es, auch mit dem Bildungsministerium zusammenarbeiten – schönes familiäres Kaffeetrinken.

(Michael Andrejewski, NPD:
Na, ist doch schön, weihnachtlich.)

Qualifikationen zu haben, dies ist das eine. Die Qualifikation tritt aber in den Hintergrund, wenn der Ruf der Kungelei zutage tritt. Und dieser Fall ist kein Einzelfall.

Was hier im Lande Mecklenburg-Vorpommern unter anderem stinkt,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Seid ihr.)

ist die Art und Weise der Informationspolitik. So ist zum Beispiel auch die Besetzung der Position der Staatssekretärin in der Landesvertretung von Mecklenburg-Vorpommern in Berlin eine solche katastrophale Vorgehensweise. Es stinkt zum Beispiel zum Himmel.

Was wir aber von der NPD-Fraktion am Antrag der GRÜNEN merkwürdig finden, ist die Verwendung des Begriffes „Ehrenkodex“. GRÜNE und Ehre – zwei Welten prallen aufeinander.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat Herr Suhr von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich auf die zahlreichen Dinge, die hier insbesondere von den Vertretern der beiden Regierungsfractionen

vorgetragen worden sind, eingehe, Herr Müller, noch kurz eine kleine Anmerkung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu Shakespeare.)

Um den Zustand der GRÜNEN-Fraktion ist mir in der Tat nicht bange. Keine Angst, wir streben keine Ministerämter an,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

aber wir bemühen uns, hier in diesem Hause Dinge zur Sprache zu bringen – das ist übrigens auch unsere Aufgabe –, die möglicherweise auch für die Regierungskoalition und für die Regierung unbequem zu behandeln sind. Und wenn daraus folgt, dass dann in die Debatte eine gewisse Schärfe hineingebracht wird wie beispielsweise mit Worten wie „Heuchelei“ oder „widerwärtig“,

(Heinz Müller, SPD: Das
müssen Sie schon aushalten.)

dann höre ich das wohl. Dann möchte ich aber gerne darauf aufmerksam machen, dass vor dem Hintergrund der Geschehnisse und der öffentlichen Aufarbeitung die GRÜNEN-Fraktion – und ich werde genau auf dieser Linie bleiben in meinem Vortrag – in diesem Zusammenhang sehr um Sachlichkeit bemüht war. Man hätte durchaus diesen Antrag schärfer formulieren können in seinem Begründungsteil. Man hätte durchaus das aufgreifen können, was in der Öffentlichkeit an überaus kritischen Fragen aufgebracht worden ist.

(Heinz Müller, SPD: Aber Sie sind ja die Guten.)

Wir sind nicht die Guten, sondern wir haben uns entschieden für eine Ebene von sachlicher Auseinandersetzung auch in dieser Frage,

(Egbert Liskow, CDU: Seit wann denn das?!)

und wir werden uns auch nicht verleiten lassen, ich werde mich nicht verleiten lassen, hier eine Diskussion zu führen, die ins Unsachliche – so habe ich das gerade empfunden – abgleitet.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum Inhaltlichen und zum Sachlichen dessen: Nehmen Sie doch bitte einfach schlicht und ergreifend zur Kenntnis, dass dieser personelle Vorgang die Grundlage für diesen Sachantrag war, mit dem wir mitnichten das Ziel hatten oder verfolgt haben zu skandalisieren, sondern wo wir in der Tat etwas aufgegriffen haben, was in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist. Was wären wir für eine Oppositionsfraktion, wenn wir das an dieser Stelle nicht tun würden? Und ich kann nur den Appell an Sie richten: Nehmen Sie diese öffentliche Debatte ernst! Nehmen Sie in dem Zusammenhang ernst, dass die Menschen in diesem Land, dass die Öffentlichkeit informiert werden will über die Hintergründe einer solchen Personalentscheidung, und das ist eines der zentralen Elemente unserer Forderungen!

Sie sprechen immer vom persönlichen Verhältnis und Vertrauensverhältnis

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

der zuständigen Ministerin zu ihrer Referentin. An dieser Stelle will ich doch gar nicht widersprechen.

(Heinz Müller, SPD: Na also!)

Sie sagen aber mit keinem Wort oder gehen mit keinem Wort auf die Forderungen der GRÜNEN-Fraktion ein, herzugehen und zu sagen, in dem Moment, wenn persönliche oder familiäre Beziehungen berührt sind und man es trotzdem dann so entscheidet, weil die Richtlinien dieses Landes so sind, dann fordert es ein umfassendes Maß an Transparenz, weil man in der Öffentlichkeit darlegen muss, warum man zu einer solchen Entscheidung kommt. Und wenn Sie das nicht tun – und Sie haben es an dieser Stelle nicht getan –, dann ernten Sie Misstrauen und dann entsteht das an dieser Stelle, was wir angesprochen haben, befürchtet haben, dass es nämlich auch ein Misstrauen gibt unter den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, und damit muss Politik einfach aktiv umgehen. Sie tun das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Insofern fordere ich noch mal den Transparenzgrundsatz ein auch an den Stellen, an denen der Minister gesagt hat oder vorgetragen hat, hier könne man auf eine Ausschreibung verzichten, und immer dann, wenn besondere Beziehungen zu Regierungsmitgliedern oder zu politischen Kreisen in diesem Hause berührt sind. Das hat überhaupt nichts mit Parteizugehörigkeit zu tun. Wir heben da auf eine ganz andere Ebene ab.

Eine letzte Anmerkung, weil ja die Begrifflichkeit des „Ehrenkodex“ hier an dieser Stelle mehrfach kritisch hinterfragt worden ist: Es ist keine Wortschöpfung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das ist, Herr Minister, mit Verlaub auch keine Poesie, sondern das ist schlicht und ergreifend eine Forderung, die die regierungsunabhängige Organisation Transparency International erhoben hat in den politischen und gesellschaftlichen Raum hinein. Dem haben wir uns angeschlossen, das haben wir zum Grundsatz dieses Antrages gemacht. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/173. Wer dem zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gut. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/173 abgelehnt mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stellungnahme des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zu Atomkraftwerken in Polen, Drucksache 6/175. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/206 vor.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stellungnahme des Landtages Mecklenburg-
Vorpommern zu Atomkraftwerken in Polen
– Drucksache 6/175 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/206 –**

Das Wort zur Begrüßung

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Heinz Müller, SPD: Zur Begründung.)

hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Was habe ich gesagt, zur Begrüßung? Und was? Ach, zur Begründung, ja.

(Egbert Liskow, CDU: Oooch!)

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf der letzten Landtagssitzung haben wir bereits einen Antrag der LINKEN-Fraktion zum Thema „Atomkraftwerke in Polen“ behandelt.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Dieser Antrag ist in den Energieausschuss gegangen. Dort wird er aus meiner Sicht sehr kompetent und gut beraten. Die Beratungsfolge wird sich über mehrere Monate hinwegziehen und das ist diesem Antrag auch angemessen.

Allerdings stellen wir heute einen zweiten Antrag zum gleichen Thema mit einer etwas anderen Zielrichtung. Es geht um das Ende der Frist, die am 04.01.2012 abläuft, wo alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, aber auch unsere Landesregierung die Möglichkeit haben, sich zum SUP, zum Strategischen Umweltprogramm, zu äußern, die Umweltprüfung, besser gesagt. Die Strategische Umweltprüfung wird durchgeführt durch die polnische Regierung zum Thema „An welcher Stelle ist ein Atomkraftwerk in Polen möglich/sinnvoll?“. Und diese SUP-Prüfung umfasst verschiedenste Punkte, die abgeprüft werden. Die BÜNDNIS-90/DIE-GRÜNEN-Fraktionen aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben gemeinsam ein Rechtsgutachten finanziert, was wir auch allen Mitgliedern des Energieausschusses

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und damit auch allen Fraktionen zur Verfügung gestellt haben und damit auch selbstverständlich der Landesregierung. Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass genau dieses Gutachten mit berücksichtigt wird von der Landesregierung,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Genau.)

sodass wir fristgerecht im Rahmen dieses SUP-Verfahrens eine Stellungnahme gegenüber der polnischen Regierung abgeben können.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Aus unserer Sicht hat unser Gutachten mehrere deutliche Mängel dieses SUP-Verfahrens zutage gefördert.

Ich möchte einfach nur ein paar wenige Punkte daraus nennen.

Zum einen ist es Aufgabe einer SUP-Umweltprüfung, die Alternativen zu einem Neubau von Atomkraftwerken zu beleuchten. Diese Alternativprüfung läuft in den uns vorliegenden Unterlagen absolut zulasten der regenerativen Energien ab und ist auch nicht den regenerativen Energien angemessen. Polen hätte sehr, sehr gute Möglichkeiten, die Stromversorgung mittelfristig beziehungsweise langfristig komplett zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.)

Ein zweiter wichtiger Punkt, und das mag sich auf den ersten Blick etwas unfair anhören, aber die europäische Gesetzgebung ist weiter vorangeschritten und wer jetzt ein Atomkraftwerk bauen will, muss den Entsorgungsnachweis führen, wie jedes andere Unternehmen auch. Das ist deswegen etwas unfair aus meiner Sicht, weil natürlich Deutschland bereits viele Atomkraftwerke gebaut hat, so wie andere Länder in Europa auch, die allerdings keinen Entsorgungsnachweis führen können.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Wir suchen ja bekanntlich immer noch in Deutschland nach einem atomaren Endlager. Polen, das jetzt neue Atomkraftwerke baut, muss aber nach den Vorstellungen der EU, nach den Richtlinien der EU genau dieses jetzt mit nachweisen.

Unser Ziel ist es, dass durch die Kritik der Landesregierung und auch möglichst vieler Einwendungen erreicht wird, dass die polnische Regierung ein neues SUP-Gutachten beziehungsweise -Verfahren anstößt, in diesem Verfahren die regenerativen Energien korrekt dargestellt werden und auch die Möglichkeiten. Und aus unserer Sicht wäre das das bestmögliche Ergebnis, nämlich dass daraufhin die polnische Regierung auch erkennt, die regenerativen Energien sind die bessere Alternative für Polen wie auch Europa. Und in genau diesem Bereich möchten wir ihnen unsere Zusammenarbeit anbieten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich bitte Sie deswegen um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Bevor ich auf das konkrete Anliegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingehe, lassen Sie mich kurz erläutern, was sich hinter

der grenzüberschreitenden Beteiligung Deutschlands an der Strategischen Umweltprüfung zu dem Entwurf eines polnischen Kernenergieprogramms verbirgt.

Die Republik Polen hatte Mitte des Jahres das Bundesumweltministerium darüber informiert, dass sie die Entwicklung eines polnischen Kernenergieprogrammes aufgenommen hat. Polen kam damit der Verpflichtung nach, die die Beteiligung der möglicherweise betroffenen Staaten an einem Strategischen Umweltprüfungsverfahren, eben diesem bewussten SUP-Verfahren, für Aktivitäten regelt, die grenzüberschreitend Auswirkungen haben können. In dem Programm stellt die polnische Regierung Umfang und Struktur der Maßnahmen dar, die für den Einstieg in eine eigenständige Kernenergie ergriffen werden müssen. Hierzu gehört unter anderem die Aufzeigung potenzieller Standorte für den Bau künftiger Kernkraftwerke und der damit verbundenen Rahmenbedingungen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stützt sich auf ein Gutachten einer Rechtsanwältin, was hier schon erwähnt worden ist, was von den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg erstellt worden ist. Ein Hauptkritikpunkt, der in dem Gutachten angesprochen wird, ist, dass die Entscheidung zur Einführung der Kernenergie auf polnischer Seite bereits gefallen und gesetzlich beschlossen sei.

Meine Damen und Herren, dem ist aber eben nicht so. Ich bin mit dem BMU, also dem Bundesumweltministerium, und mit meinen Länderkollegen einig, dass es sich bei den von Polen vorgelegten Unterlagen noch um einen Programmentwurf handelt. Es fehlt der entscheidende Ministerratsbeschluss, der nach den Planungen der polnischen Seite an sich auch schon hätte getroffen sein sollen. Da sich jedoch die europäischen Nachbarstaaten das Recht genommen haben, für das Beteiligungsverfahren im eigenen Land den gleichen Zeitraum von drei Monaten einzufordern, wie es Polen seinen Bürgern zugestanden hat, ist es inzwischen zu einigen Verzögerungen, und da haben Sie Recht, in dem Verfahren gekommen. Also: Einen Verstoß gegen europäische Regelungen dadurch, dass in Polen beschlossen worden sein soll, in die Kernenergienutzung zur Stromgewinnung einzusteigen, kann ich nicht erkennen.

Des Weiteren werden Verfahrensfehler, inhaltliche Fehler, Lücken und Verstöße gegen europäisches Recht moniert. Aus der Antragsbegründung ist aber ersichtlich, dass es bei dieser Kritik gar nicht vordringlich um die Missachtung europäischen Rechts geht, sondern ganz allgemein um die Haltung Polens zum Umgang mit Atomkraft. Mit den Risiken in den zur Verfügung gestellten Unterlagen kommt dieses deutlich zum Ausdruck. Inhaltliche Lücken, Nachlässigkeiten, Verharmlosungen, nicht geprüfte Alternativen sind tatsächlich Aspekte, die in dem Beteiligungsverfahren gegenüber Polen geltend gemacht werden müssen. Hierfür ist aber bereits eine entsprechende Stellungnahme der Landesregierung vorgesehen. Das Kabinett wird am 20. Dezember darüber beschließen. Sie wird allerdings nicht vordringlich darauf abstellen, ob ein Verstoß gegen europäisches Recht vorliegt.

Lassen Sie mich vielmehr einige Punkte nennen, die die Landesregierung in ihrer Stellungnahme gegenüber dem polnischen Wirtschaftsministerium ansprechen wird:

Erstens. Eine hinreichende Auswertung der Unfälle von Tschernobyl und von Fukushima findet nicht statt.

Zweitens. Die Gefahren, die durch Hochwasser entstehen können, werden nicht genügend berücksichtigt, dies obwohl die acht grenznahen Standorte zu Deutschland, an denen möglicherweise ein Kernkraftwerk erbaut wird, beziehungsweise die drei Standorte, die an der Oder liegen, eine detaillierte Betrachtung nahelegen und obwohl der Umweltbericht selbst von einem unzulänglichen polnischen Hochwasserschutzsystem ausgeht.

Drittens. Die bisherigen Angaben zu dem Einsatz, der Ausstattung und der Wahl der Reaktoren sind zumindest unvollständig, da sie eben überwiegend auf Herstellerangaben beruhen.

Viertens. Umweltschädigende Auswirkungen von Störfällen werden ungenügend berücksichtigt, indem zum Beispiel die Ereignisse der sogenannten Stresstests, wie sie nach Fukushima auch durchgeführt wurden, nicht ausgewertet wurden.

Fünftens. Es fehlen Angaben zu den strahlenschutzrelevanten Grenzwerten, die in Polen künftig gelten sollen.

Sechstens. Die Auswirkungen von möglichen Erdbeben werden nicht umfassend erläutert und auch nicht untersucht.

Siebtens. Die Frage der Zwischen- und Endlagerung, Sie sprachen es schon kurz an, wird unzureichend behandelt. Sie stellt zwar gegebenenfalls einen Verstoß gegen die EU-Richtlinie 2011/70/EURATOM dar. Dieser Mangel wird jedoch sowohl in der Stellungnahme der Landesregierung als auch anschließend in der Konsultation über den Entwurf des polnischen Kernenergieprogramms aufgezeigt und mit den Vertretern der polnischen Regierung auch erörtert werden.

Achtens. Insgesamt ist die Standortwahl nicht transparent, was sich schon allein darin widerspiegelt, dass zwar von 28 Standorten gesprochen wird, aber nicht mehr als 27 Standorte in den Gutachten aufgelistet werden. Hinzu kommt, dass nunmehr ein neuer weiterer Standort benannt wurde oder auftaucht, der überhaupt nicht in den Unterlagen enthalten ist, an denen zurzeit die Öffentlichkeit beteiligt wird.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, dass sich die Landesregierung mit dieser Frage bereits seit mehreren Wochen auch mit den zuständigen Fachabteilungen sehr intensiv beschäftigt hat und auch im Rahmen der Beschlusslage durch das Kabinett die entsprechenden Fragen an den polnischen Nachbarn stellen wird. Es ist eine autarke Entscheidung von Polen, aber selbstverständlich sind wir als Nachbarland unmittelbar davon betroffen und es gibt kein Land in Deutschland, was nach dem Umstieg in der Kernenergie besonders begeistert wäre, wenn im Nachbarland jetzt ein Einstieg in die Kernenergie beginnt, das ist doch selbstverständlich. Trotzdem müssen wir uns an die geltenden europäischen Bestimmungen halten und deswegen werden wir mit einem umfangreichen Katalog darauf eingehen.

Bei Verstößen gegen europäisches Recht bedarf es im Übrigen entgegen der Forderungen des Antragstellers nicht der Landesregierung, aber mittlerweile habe ich ja gelesen, dass das gestrichen wird, deswegen spare ich mir das jetzt. Es bedarf nicht der Landesregierung, sondern es kann jeder selbstständige Bürger einen Antrag stellen, und auf eine solche Beschwerde folgt in der

Regel ein Bescheid der Kommission, gegen den der Beschwerdeführer dann Klage erheben kann. Die Verfolgung formaler und nachlässiger Fehler ist aber langwierig und führt im Ergebnis häufig nur dazu, dass ein Verstoß gegen EU-Bestimmungen festgestellt wird oder dass eben entschieden wird, dass ein solcher nicht vorlag und vielleicht auch noch eine Finanzstrafe erhoben wird. Da das Beschwerdeverfahren keine aufschiebende Wirkung hat, wurde das Umweltverträglichkeitsverfahren weiter betrieben und der Ministerratsbeschluss wird herbeigeführt werden.

Es könnte also auch die Fraktion, wenn sie zur Auffassung käme, selbst Beschwerde führen. Ob das zielführend ist in dem Sinne, was wir alle wollen, da mache ich zumindest mal ein Fragezeichen hinter. Als zuständiger Ressortminister halte ich es für viel effektiver, mit den polnischen Nachbarn darüber in den Dialog zu treten und in den anstehenden Konsultationen zu versuchen, unsere Position darzulegen, Nachbesserungen zu erreichen oder nach Möglichkeit der Beschlusslage ein Neubauprogramm „Kernenergie“ gänzlich zu den Akten zu legen.

Soweit des Weiteren beantragt wird, der polnischen Regierung Unterstützung insbesondere in Hinsicht auf erneuerbare Energien zu geben, ist dies der Punkt, der bereits Gegenstand der Konsultation sein wird, wo in großen Teilen mein Kollege Schlotmann zuständig ist als Fachminister für die Ressorts. Also auch hier sind wir bereits seit Längerem in intensiven Gesprächen.

Sie sehen also, dass die Landesregierung genau dieses Anliegen, was Sie hier vortragen, sehr intensiv in den jeweiligen Fachressorts behandelt. Wir sind uns in der Sache einig, wir müssen aber immer dabei berücksichtigen, dass es nicht in unserem Land, nicht in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet, sondern in dem Fall in der Republik Polen und insofern auch die Entscheidungshoheit auf dem Gebiet der Republik Polen ist. Deswegen werden wir mit unseren Fragen, mit unseren Argumenten auch dafür werben,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass der einmal getroffene Beschluss in der Republik Polen

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

gegebenenfalls noch mal überdacht wird. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke.

Das Wort hat jetzt Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag, dass die Landesregierung im Rahmen des aktuellen Konsultationsverfahrens bis zum 4. Januar 2012 auf Verfahrensfehler hinweist beziehungsweise ein Beschwerdeverfahren gegen die EU-Kommission prüfen sollte, und dieses auf Grundlage eines Gutachtens, erstellt im Auftrage der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Berlin.)

Berlin, ja.

Die beauftragte Rechtsanwältin Frau Dr. Ziehm hat im Ergebnis der Auswertung des polnischen Kernenergieprogramms aus ihrer Sicht schwere inhaltliche Fehler festgestellt und Lücken und Verstöße gegen das europäische Recht aufgezeigt.

Ich möchte an dieser Stelle mich ausdrücklich bedanken bei diesen drei Landtagsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass sie dieses Gutachten in Auftrag gegeben haben. Und, Herr Jaeger hat es gesagt, wir werden selbstverständlich im Energieausschuss in unseren Beratungen zu diesem anstehenden Thema dieses Gutachten auch entsprechend auswerten und entsprechend beraten. Es ist inzwischen ja auch allen zur Verfügung gestellt worden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, echt?!)

Allerdings, werte Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist das für uns noch lange kein Grund, Ihrem Antrag zuzustimmen. Den halten wir in der jetzigen Situation für nicht notwendig und ich werde das im Folgenden begründen. Die Landesregierung hat ja nur Zeit bis spätestens 04.01., um ihre Stellungnahme abzugeben. Und vom Verfahren her ist völlig klar, am 20.12., also nächste Woche Dienstag, wird das Kabinett die Stellungnahme beschließen und dann entsprechend auch einreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Minister hat es gesagt, ich glaube, von der Zielsetzung her sind wir uns einig, und insofern bin ich mir auch sicher, dass in der Stellungnahme der Landesregierung – die wir zwar noch nicht kennen, aber wir wissen, was in etwa kommt – die kritische Haltung zu dem polnischen Kernenergieprogramm natürlich auch deutlich gemacht wird.

Ich möchte an dieser Stelle unseren Ministerpräsidenten zitieren, „Ostsee-Zeitung“, 06.12.2011: „Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering ... sprach sich vor kurzem gegen das AKW in Grenznähe aus: ‚Ich sehe die Pläne unserer polnischen Nachbarn sehr kritisch. Wir werden alle Rechte nutzen, um das abzulehnen.‘“

Von daher gehe ich davon aus, die Landesregierung handelt zumindest im Sinne des Antragstellers, und insofern ist, wie gesagt, Ihr Antrag nicht erforderlich.

Ich möchte zum Zweiten anführen, dass wir im Energieausschuss uns verständigt haben auf ein Verfahren, um zu beraten, wie wir mit dem Ursprungsantrag in der Sache umgehen, mit dem Antrag der LINKEN mit dem Titel „Umfassende Zusammenarbeit mit der Republik Polen auf dem Energiesektor“, und werden dann bereits am 18. Januar – und das finde ich insofern auch ganz gut vom Zeitablauf – in der ersten Sitzung, also am Beginn des Jahres, im Energieausschuss die aktuell angekündigte Stellungnahme der Landesregierung beraten. Die Landesregierung wird unterrichten und sicherlich wird auch dann, aber auch in den folgenden Beratungen dieses Gutachten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine wichtige Rolle spielen.

Wir haben des Weiteren uns darauf verständigt, dass wir einen Vertreter der polnischen Botschaft einladen wer-

den. Wir werden Vertreter des Bundesumweltministeriums einladen, das heißt, wir treten in den vom Minister angekündigten Dialog, insbesondere hier natürlich auch im Rahmen unserer parlamentarischen Arbeit im Energieausschuss und begleitend zu dem, was die Landesregierung tun wird.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch mal deutlich machen, worum es uns im Schwerpunkt natürlich geht. Kritik ist das eine, ich habe das in der letzten Rede schon mal deutlich gesagt zu dem Thema. Allerdings wird das nicht reichen und wir werden da auch den richtigen Ton finden müssen. Viel wichtiger ist es natürlich, Alternativen aufzuzeigen, Alternativen in der Form, dass wir deutlich machen – wir, auch Deutschland, aber auch Mecklenburg-Vorpommern –, es gibt die Alternativen. Wir sind das positive Beispiel in Europa und in der Welt, dass es auch anders geht, und zwar mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien diese Energiewende voranzutreiben, ohne Atomenergie. Und neben dieser Vorbildwirkung gehören natürlich auch die Hilfe und die Unterstützung dazu und die werden wir natürlich anbieten, insbesondere natürlich auch als Land Mecklenburg-Vorpommern, um beim polnischen Nachbarn auch praktisch die Initiativen zu befördern zum Weg in die erneuerbaren Energien. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe sowohl den polnischen Umweltbericht zum Vorhaben als auch die Stellungnahme der Rechtsanwältin Frau Dr. Ziehm sehr aufmerksam gelesen. Und ich habe mir jetzt auch noch mal den Antrag angeguckt, denn, wie das so oft ist, Anträge der Opposition sind nie nötig.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings fällt mir tatsächlich ein Widerspruch auf. In der Überschrift heißt es: „Stellungnahme des Landtages zu Atomkraftwerken in Polen“ und darunter, bei den Beschlusspunkten geht es darum, die Landesregierung aufzufordern. Also vielleicht wäre es besser gewesen, wenn wir tatsächlich eine Stellungnahme des Landtages hier verabschiedet hätten, denn, wie der Minister hier schon zum Ausdruck gebracht hat, für die Stellungnahme der Landesregierung wäre der Startpunkt heute natürlich schon zu spät. Also es ist ganz klar, dass die Landesregierung schon eine ganze Weile daran arbeiten muss.

Ich kann Ihnen aber versichern, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, meine Fraktion ist genauso beunruhigt wie Sie über die polnischen Pläne und sieht ebenso wie Sie ernsthafte Mängel bei der Risikobewertung, bei der Bewertung der Umweltauswirkungen. Auch wir sehen, dass das polnische Verfahren nicht ganz den Anforderungen der EU-Richtlinie über die strategische Umweltprüfung entspricht. Maßgebliche Entscheidungen sind in Polen bereits gefallen. Und wir hoffen ganz einfach nur, dass die Stellungnahmen der Nachbarländer, von Kommunen, Einwendungen von

Bürgerinnen und Bürgern nicht völlig überflüssig sind. Allerdings haben wir ja auch im Energieausschuss und auch heute vom Minister erfahren, es gibt neue Standortvorschläge auf polnischer Seite, und so scheint es ja doch so zu sein, dass nicht schon alles völlig fest ist.

Die Risiken der Kernenergie werden nicht nur unvollständig dargestellt, sie werden auch verniedlicht. Auch darauf ist der Minister eingegangen. Allein die angebotene Lösung der Endlagerfrage für den radioaktiven Abfall steht auf sehr tönernen Füßen.

Es ist richtig, das zu hinterfragen und den Finger in die Wunde zu legen. Neue Atomkraftwerke dürfen nicht gebaut werden, auch nicht in Polen. Das ist auch unsere Auffassung. Atomenergie ist auch für Polen als Brückentechnologie untauglich. Wir wollen gern jeden Schritt mitgehen, der verhindert, dass Polen eine Brücke zu bauen beginnt, die von vornherein brüchig und einsturzgefährdet ist. Aber Polen hat im Zusammenhang mit seiner Energieversorgung mindestens drei riesige Probleme:

Erstens. Bisher wird die Energieversorgung mit alten Kohlekraftwerken gesichert, die ungeheuer große Emissionen verursachen und dringend ersetzt werden müssen.

Die zweite Tatsache ist, dass auch in Polen der Energiebedarf steigen wird. Das in Zweifel zu ziehen, ist aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt. Deshalb halte ich auch an der Stelle das Gutachten der Rechtsanwältin für überzogen und ein bisschen selbstherrlich.

Drittens möchte ich gerne noch einmal betonen, dass die Ausgrenzung Polens aus der westeuropäischen Erdgasstrategie mit Russland ein großer Fehler war und dieses Kernenergieprogramm aus meiner Sicht eins der Ergebnisse davon ist.

Wir halten es für selbstverständlich, dass Bundes- und Landesregierung, das Parlament und Kommunen sowie die Zivilgesellschaft in ihren Stellungnahmen die polnischen Atomkraftwerkspläne ablehnen. Argumente gibt es dafür genug. Und das ist auch keine Einmischung in innere Angelegenheiten Polens, wie Herr Kokert per Pressemitteilung verlautbart hat. Es trifft uns alle. Usedom und Uecker-Randow zuerst, aber – nun ist Herr Kokert nicht da oder ich sehe ihn zumindest nicht – auch die Mecklenburgische Seenplatte wird im Ernstfall sehr schnell von atomaren Wolken erreicht werden. Entscheidend wird aber sein, und das möchte ich noch einmal betonen, ob es gelingt, mit den Polen gemeinsame Alternativen zu entwickeln. Genau darüber wollen wir im Energieausschuss reden.

Vieles in dieser Beziehung hängt von der Atmosphäre und vom gegenseitigen Verständnis ab. Das ist im Privaten nicht anders als in der Politik. Deshalb schlagen wir auch vor, ein Beschwerdeverfahren nur als Ultima Ratio ins Auge zu fassen, nur wenn gar nichts anderes mehr hilft. Die lange Verfahrensdauer in solch einem Fall kommt noch hinzu. Deshalb unser Änderungsantrag. Ich wollte nur sagen, wir stimmen Ihrem Antrag zu und bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Machen wir.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Herr Seidel von der Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Jaeger, will ich ganz klar sagen: In der Sache sind wir beieinander, das ist auch nichts Neues. Das haben wir, glaube ich, auch im Ausschuss so miteinander besprochen. Ich finde es auch sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung Ihnen auch noch mal bestätigt hat heute, dass sie natürlich aktiv sein wird im Zuge des Beteiligungsverfahrens. Das ist ganz klar.

Was ich noch mal sagen möchte, ist – man kann ja nicht mehr allzu viel Neues bringen, weil die Argumente im Wesentlichen ausgetauscht sind, und deshalb werde ich mich auch nicht zu lange aufhalten mit der ganzen Geschichte –, dass wir im Ausschuss besprochen haben, wie wir mit dem Antrag der LINKEN umgehen. Also der Sachverhalt liegt vor.

Und nun haben Sie ja gerade im letzten Tagesordnungspunkt sehr viel gesagt dazu, dass man doch sachlich miteinander umgehen sollte und so weiter und so fort. Da muss ich den Ball ein bisschen zurückspielen. Es hätte nun wirklich dieses Antrages nicht bedurft,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist die Frist.)

um sich mit dem Thema zu befassen, weil Sie genau wissen, was geschieht. Das ist ja alles mit Ihnen auch besprochen worden. Und insofern, finde ich, muss man seinen Frust auch ein bisschen überwinden, dass man jetzt mal vielleicht eine Landtagssitzung zu spät gekommen ist mit einem Thema, was Sie sich zugegebenermaßen auf die Fahnen schreiben, keine Frage. Aber das bringt uns jetzt nicht weiter. Das würde am Ende zur Folge haben, dass nun jede Fraktion für sich zu jedem Thema immer wieder mit einem Antrag kommt mit der Erwartung, dass der Landtag diesen dann auch entsprechend behandelt, und das wird nicht der Fall sein. Und da wird man sich dann dagegenstellen müssen. Das ist doch die ganz klare Folge. Insofern, glaube ich, sollten wir uns das ersparen.

Im Übrigen, zur Sache noch einmal selbst will ich schon sagen – und Sie haben ja meine Haltung auch vielleicht gespürt zu dem Antrag der LINKEN, der sollte ja so am besten hier holterdiepolter beschlossen werden –, das geht eben nicht, weil die Dinge im Leben etwas komplizierter sind, und wir sind hier nicht, sagen wir mal, für uns allein, wenn wir über solche Fragen sprechen.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Und deswegen finde ich es auch sehr gut, dass wir dort im Ausschuss mit dem Ministerium, mit der Landesregierung, aber auch mit der Bundesregierung sprechen. Denn man muss einfach wissen, was man auslöst, wenn solche Aktivitäten gefahren werden.

Ich will nur noch mal daran erinnern, wir haben gerade mit Polen eine Menge von Zusammenarbeit. Und Mecklenburg-Vorpommern, da werden Sie mir zustimmen, muss ein großes Interesse haben an einer intensiven Zusammenarbeit mit Polen. Ich denke gerade, um nur mal eine Sache herauszugreifen, an die Frage: Wie ent-

wickelt sich der Raum östlich in unserem Land im Zusammenhang mit der Entwicklung zum Beispiel Stettins? Alles das braucht eine gute intensive Zusammenarbeit. INTERREG ist da ein Thema zum Beispiel. Und insofern, glaube ich, kommt es hier darauf an, wie wir miteinander umgehen.

Und im Übrigen will ich schon zum Ausdruck bringen – das ist aber eine ganz persönliche Meinung von mir –, ich glaube, wenn wir hier Ländern Vorwürfe machen, wenn wir, sagen wir mal, ihnen Beschwerden anheimstellen, wenn wir ihnen sagen, wenn ihr das nicht macht, was wir wollen, dann werden wir aber das, das und das tun, dann werden wir nicht weiterkommen. Ich glaube nicht, dass dies zum Erfolg führen wird. Ich glaube, wir könnten auch in die schwierige Lage kommen, eine Menge von Anträgen beschließen zu wollen. Ich habe schon in der letzten Sitzung gesagt, auch andere Länder, Schweden, Finnland, beschäftigen sich mit solchen Fragen, Kapazitäten diesbezüglich zu erweitern. Wollen wir jedes Mal dann solche Anträge hier formulieren? Das bringt's nicht. Ich glaube ganz ernsthaft, dass wir einen Beitrag leisten müssen und ihnen jetzt in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern vormachen müssen, wie die Energiewende praktisch ausgestaltet wird.

(Udo Pastörs, NPD: Und finanziert.)

Die Länder werden uns nicht folgen, wenn wir den Finger erheben. Die Länder werden dann folgen, wenn wir deutlich machen können, es funktioniert so, und das, glaube ich, muss die Stoßrichtung sein. Insofern tut es mir leid, diesen Antrag können wir nicht bestätigen, dem können wir nicht zustimmen. Wir beschäftigen uns mit der Frage, so, wie es verabredet ist, im Ausschuss und ich denke, dann tun wir dem Thema auch entsprechend Genüge. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke schön.

Das Wort hat jetzt Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass ausgerechnet die GRÜNEN einen Antrag zum Thema Atomkraftwerke einbringen, ist nicht sonderlich erstaunlich. Die selbsternannten Umweltengel setzen damit wieder auf ihr altes Steckenpferd, wohl getrieben von der Angst, nur noch als Anti-NPD-Partei in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Erst kürzlich trat die GRÜNE-Abgeordnete Ulrike Berger in die Fußstapfen Joschka Fischers,

(Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Vielen Dank! Vielen Dank!)

als sie mit ihrem antideutschen Gesindel die dritte Kreistagsitzung in Vorpommern-Greifswald sprengte, worauf diese vertagt werden musste.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Während Herr Fischer seinerzeit die Polizisten mit Steinen bewarf, schaffte es Frau Berger als frischgewählte Landtagsabgeordnete, gleich ein komplettes Parlament lahmzulegen.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Glückwunsch für so viel Stumpfsinn und kranken Fanatismus!

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Entgegen Ihrer ursprünglichen Forderung nach dem Ende der Atomkraft weisen Sie in Ihrem Antrag lediglich auf Verfahrensfehler hin und doktern somit nur an dem Übel herum. Sie können sich auf den Kopf stellen, mit Ihrem Antrag erreichen Sie gar nichts. Die polnische Regierung wird sich nämlich einen Dreck darum scheren und weiter am Bau der AKW festhalten, finanziert natürlich vom deutschen Steuerzahler.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ach ja?)

Polen ist neben Griechenland einer der Hauptprofiteure der EU. An die 6 Milliarden Euro bekommt das Land jährlich.

(Michael Andrejewski, NPD:
Und das ist gut so.)

Und wer soll den Strom dann wieder kaufen?

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Im Programm für polnische Kernenergie, erarbeitet vom dortigen Ministerium für Wirtschaft,

(Udo Pastörs, NPD: Legen wir
doch noch ein paar Milliarden drauf! –
Michael Andrejewski, NPD: Wir habens doch.)

ist die Bundesrepublik Deutschland im Übrigen als einer der möglichen Abnehmer für polnischen Atomstrom wie selbstverständlich bereits vorgesehen. Also wenn Sie Polen schon die Atomkraftwerke versagen wollen, dann gibt es nur einen Ausweg: Die Bundesrepublik Deutschland muss mit sofortiger Wirkung die Transferleistungen an die EU einstellen und konsequent aus diesem Moloch austreten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Völlig falsch.)

Dann nämlich bekommt Polen keine deutschen Steuer-gelder mehr über Umwege aus Brüssel, da die Bundesrepublik als Hauptnettozahler der EU dann ausfällt.

Die NPD forderte bereits zu Beginn dieses Jahres: Keine Atomkraftwerke in der Republik Polen! Wir Nationalen waren es, die die Landesregierung aufgefordert haben, den Bau der Atomkraftwerke zu stoppen, und wir haben das Thema in die breite Öffentlichkeit getragen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Natürlich. –
Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Die GRÜNEN hingegen verfolgen nur eine Hinhaltetaktik. Ihre eigenen Anhänger sollen durch diesen Antrag ruhiggestellt werden. Der Atomausstieg in der BRD ist besiegelt. Ihr Hauptthema geht flöten. Unter dem Strich bleibt festzuhalten: Ihre Daseinsberechtigung ist längst abgelaufen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Na, na, na!)

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Müller, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf wegen der Beleidigung gegenüber der Abgeordneten Ulrike Berger.

(Stefan Köster, NPD: Was für eine Beleidigung? Mein Gott, es dampft!)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Jürgen Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Stefan Köster, NPD:
Die GRÜNEN sind alle verstrahlt.)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine Anmerkung zum Beitrag von Herrn Seidel machen. Sie haben ja auf den Aspekt der Sachlichkeit abgehoben und haben hier erklärt, den Ball ein wenig zurückspielen zu wollen. Ich will das mal sachlich aufgreifen und noch mal den Hintergrund für diesen Antrag definieren: Der ist schlicht und ergreifend zum heutigen Tag hier eingebracht worden, weil wir in der Tat der Auffassung waren, dass der Landtag sich positionieren muss, und zwar vor Ablauf der Frist für die Stellungnahme, die am 04.01. abläuft. Davor, wie Sie wissen, haben wir keine Landtagssitzung mehr und insofern war es nur noch heute möglich. Das zum Hintergrund der Motivation für diesen Antrag.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass sich der Charakter derartiger Diskussionen in den letzten, vorsichtig geschätzt, sechs bis zwölf Monaten deutlich verändert hat. Wenn wir noch vor einem Jahr hier gestanden hätten, also vor Fukushima, dann hätten wir hier eine völlig andere Diskussion gehabt,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

nämlich eine Diskussion zwischen Atomenergie versus regenerative Energien beispielsweise. Ich bin sehr froh, dass sich das so verschoben hat und, das sage ich hier an dieser Stelle auch ohne Häme, dass wir jetzt auf einer Ebene sind, wo wir darüber debattieren, dass Atomenergie auch jenseits der deutschen Grenzen ein Thema für uns ist, weil die Gefährdungspotenziale einfach grenzenlos sind,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und dass zum Zweiten auch das Thema „Regenerative Energien“

(Udo Pastörs, NPD:
Sie werden sich wehren.)

mit all seinen Chancen auch für den Klimawandel ein Thema ist, was grenzüberschreitend ist. Und genau diese beiden Punkte greift der Antrag auf.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Herr Caffier hat vorhin im Prinzip

(Stefan Köster, NPD:
Das sind doch alles Heuchler.)

eine Bestätigung der inhaltlichen Punkte des Antrages vorgenommen und eine Kritik geäußert an der Fragestellung, ob man richtige Argumente ins Feld führen sollte, zumindest in einigen Teilaspekten. Und ich möchte den Aspekt, den Sie benannt haben, noch mal explizit herausgreifen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie haben hier vorgetragen, es gebe bereits einen Beschluss. Das gibt das Gutachten nicht her, was wir vorgelegt haben, sondern ich möchte nur aus der Zusammenfassung verlesen. Faktisch heißt es in diesem Gutachten in der Zusammenfassung, ich zitiere: „Tatsächlich sind maßgebliche Entscheidungen über die Einführung der Kernenergie in Polen bereits gefallen. Eine inhaltliche Berücksichtigung der Ergebnisse ...“ und so weiter. Das heißt, das Gutachten versucht zu beschreiben, dass über einzelne Aspekte faktisch eine Situation entstanden ist, aus der heraus der Eindruck entsteht, man könne gar nicht mehr darauf Einfluss nehmen. Also das ist eine etwas andere Darstellung, als sie Herr Caffier hier vorgetragen hat.

Ich will auch an dieser Stelle sagen, dass ich es ausdrücklich begrüße, dass die Landesregierung offensichtlich in ihren konsultierenden Gesprächen das Thema „Erneuerbare Energien“ und die Frage der Zusammenarbeit aufgeworfen hat. Und ich möchte in dem Zusammenhang auch ausdrücklich sagen: Dieser Antrag beinhaltet geradezu eine konstruktive positive Zusammenarbeit zwischen Polen und uns als einem der wichtigen Nachbarn. Und diesen polenunfreundlichen Ressentiments der NPD möchte ich an dieser Stelle eine deutliche Absage erteilen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Schwenke hat den Änderungsantrag der LINKEN hier vorgetragen, der das alles etwas entschärft. Wir können Ihre Argumentation sehr wohl nachvollziehen, wie es teilweise auch aus den Reihen der Regierungsfractionen gekommen ist, und würden diesen Antrag gerne übernehmen beziehungsweise werden ihm nachher zustimmen.

Und der letzte Punkt, sehr geehrte Damen und Herren: Bei so viel Einvernehmen in diesem Zusammenhang ist das zentrale Argument gewesen vonseiten Herrn Borchert und anderen, wenn denn die Landesregierung schon auf dem Weg wäre, bestimmte Dinge zu tun, dann müsse ja auch der Landtag nicht mehr eine entsprechende Entscheidung treffen oder einen Antrag entsprechend abstimmen. Das ist mit allem Respekt, Herr Borchert, nicht mein Selbstverständnis. Dieser Landtag kann eigenständige Entscheidungen treffen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: In der Regierungserklärung ist alles gesagt für die nächsten fünf Jahre.)

unabhängig von dem, was die Landesregierung tut. Überdenken Sie das bitte noch mal. Ich glaube, wir haben viel Wahres, viel Richtiges, Inhaltliches, Gemeinsames hier drin. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/206 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/206 abgelehnt mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/175. Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/175 zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/175 mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Missbrauch von terroristischen Straftaten in der politischen Auseinandersetzung beenden – Geheimdienstliche Verstrickungen in die Straftaten der Zwickauer Kriminellengruppe konsequent aufklären, Drucksache 6/124.

Antrag der Fraktion der NPD
Missbrauch von terroristischen Straftaten in der politischen Auseinandersetzung beenden – Geheimdienstliche Verstrickungen in die Straftaten der Zwickauer Kriminellengruppe konsequent aufklären
– Drucksache 6/124 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wer sind eigentlich die Totalversager in Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt, Landeskriminalämtern, Verfassungsschutzämtern, BND und MRD, die 13 Jahre nicht in der Lage waren, die dem NSU zugeschriebenen Verbrechen zu verhindern?

Wie lauten die Namen derjenigen Spitzenbürokraten, die nach Einschätzung des Sicherheitsapparates selber verantwortlich dafür waren, dass 13 Jahre in die falsche Richtung ermittelt worden sein soll, dass Behörden, die über Fachpersonal verfügen, über Milliarden an Geldmitteln, über Legionen an V-Männern und modernste Technik, ausgetrickst wurden von einer Gärtnerin, einem Hilfsarbeiter und einem Professorensohn ohne Berufsausbildung?

Wieso müssen sich diese Versager nicht jeden Tag im Fernsehen verantworten und auch vor den Angehörigen

der Opfer, denen das sicher lieber wäre als ein paar unverbindliche Gedenkminuten in Landtagen, die keinem wehtun und in denen die politische Klasse sich auch noch selber feiert?

Wieso werden die verantwortlichen Dilettanten aus Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesanwaltschaft und den anderen Vereinen nicht aus ihren Ämtern gejagt, am besten unter Streichung ihrer Pensionsansprüche?

Jeden Tag müsste eine Karriere in Schimpf und Schanden enden all derer, die hier versagt haben und ihre Pflicht nicht getan haben. Und genau davor hat man Angst bei Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt, Landeskriminalämtern, Verfassungsschutz, BND und MRD. Um ihre Posten und Karrieren zu retten, sind diese Herrschaften verzweifelt bemüht, eine Verbindung des NSU zur NPD zu konstruieren, damit bloß keiner in ihre Richtung blickt.

(Marc Reinhardt, CDU:
Stand das bei Ihnen nicht auch
im Zeugnis, „hat sich stets bemüht“?)

Dafür ist wirklich kein Mittel zu dumm und zu böse. Die „Bild-Zeitung“ vom 14.12.2011 schwingt sich zu ungeahnten Höhen des Schwachsinn auf und bringt einen Artikel mit der Überschrift: „Der Fotobeweis Hier trifft NPD-Apfel auf die Killer-Nazis“. Und die FAZ, der man bislang mehr Hirn zugetraut hätte, schreibt am 14.12.2011: „NPD-Vorsitzender demonstrierte mit Terroristen“ und: „Die Hinweise auf Verbindungen zwischen der rechtsextremen Terrorgruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ ... und der NPD verdichten sich.“

Hintergrund hierzu: Im Jahre 1996 haben zwei Mitglieder des späteren NSU unter Hunderten anderen Demonstranten an einem Aufzug in Worms teilgenommen, der von Holger Apfel geleitet wurde. Wie wäre es denn zur Abwechslung mal mit folgender Schlagzeile: „Hinweise auf Verbindungen zwischen Holocaustleugnern und dem ehemaligen SPD-Innenminister Otto Schily verdichten sich.“ Der Fotobeweis: Schily neben Horst Mahler, die beide als Rechtsanwälte Angeklagte aus der 68er-Studentenbewegung vertreten!

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Solche Fotos gibt es auch. Darauf würde Schily mit Recht antworten: Wie sollte ich denn 1970 ahnen, dass Horst Mahler 30 Jahre später einen ganz anderen Weg einschlagen würde? Und in welcher Kristallkugel soll Holger Apfel denn vorausgesehen haben, dass zwei Teilnehmer an dieser Demonstration zwei Jahre später erst eine Terrorzelle gründen würden, wenn sie es denn getan haben?

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgesehen davon, dass man von einem Versammlungsleiter ja kaum verlangen kann, jeden einzelnen Demonstranten persönlich zu kennen, am besten noch mit Handakte und Lebenslauf, mit Vorwürfen dieser Güte könnte man vielleicht in einem Hexenprozess im 17. Jahrhundert punkten, aber heute klingt das doch sehr nach Verzweiflung und weist darauf hin, dass die Behörden rein gar nichts in der Hand haben außer heißer Luft und dem Lärm, den sie machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Genauso sieht es aus bei der vom NDR herausposaunten Terrorverbindung nach Mecklenburg-Vorpommern. Die soll darin bestehen, dass der Rechtsanwalt Hans Günter Eisenecker – mittlerweile verstorben –, der auch NPD-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern war, im Jahre 1999 die verdächtige Zschäpe vertreten und für sie Akteneinsicht beantragt haben soll. Hierzu mal einen Blick in die zivilisierte Welt, von der diejenigen, die darin eine Terrorverbindung sehen, wohl Lichtjahre weit entfernt leben:

Die Vertretung eines Mandanten, dem eine Straftat vorgeworfen wird, und selbst eines in Haft befindlichen verurteilten Straftäters durch einen Rechtsanwalt ist keine Mittäterschaft. Das ist es vielleicht nach der Strafprozessordnung von Nordkorea, aber nicht hier in Deutschland. Sonst würden Schily und Ströbele als Terrorhelfer gelten, weil sie Baader/Meinhof verteidigten. Aber das waren sie nicht, genauso wenig wie Dr. Eisenecker. Das waren Anwälte, die ihren Job und ihre Pflicht getan haben, und keine Abziehbilder, wie die DDR-Anwälte, wie Wolfgang Schnur, die sich als Erfüllungsgehilfen der SED ansahen und ihre Mandanten verraten haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Schily würde ich sonst was vorwerfen, aber nicht, dass er mit aller Kraft und Energie Baader/Meinhof vertreten hat. Das ist seine Pflicht als Anwalt, das ist eine Grundfeste der Zivilisation, dass jeder einen Anwalt haben muss, der sich für ihn einsetzt. Und das als Terrorhilfe zu denunzieren, ist nämlich das Letzte und weist darauf hin, auf eine totale Ferne von jeder Rechtsstaatlichkeit.

Und eine weitere Terrorverbindung soll darin bestehen, dass ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na?!
Wohl verrutscht, der Terrorist?!)

Einen Augenblick.

Ja, eine weitere Terrorverbindung, das Kronzeugenstück in der Beweiskette der Sogenannten, soll bestehen in dem Fall Ralf Wohlleben, ehemaliger stellvertretender NPD-Landesvorsitzender von Thüringen, der unter großem Getöse als Unterstützer des NSU festgenommen wurde und dem vorgeworfen wird, er habe eine Waffe mit Munition an die NSU-Verdächtigen geliefert. Daraus macht die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles klare Kontakte der NPD zu Rechtsterroristen. Hier muss Frau Nahles mit einem für sie neuen Begriff bekanntgemacht werden, den sie wohl in der Schule verpasst hat, der nennt sich „Unschuldsvermutung“. Ralf Wohlleben ist verdächtig, mehr nicht. Falls er angeklagt werden sollte, kann das durchaus mit Freispruch enden. Das soll vorkommen in rechtsstaatlichen Verfahren und es kommt auch vor.

Ich erinnere an das Verfahren gegen den ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten Raimund Borrmann, dem Sozialbetrug vorgeworfen wurde. Da gab es ja jede Menge Häme wegen Sozialbetrug, national und so weiter. Als es zum Prozess kam, hat die Staatsanwaltschaft selber Freispruch beantragt, weil sich die Anklage als völlig haltlos erwiesen hat. Ziemlich ungünstig, wenn man auf so etwas ein Parteiverbotsverfahren aufgebaut hat.

Oder ein anderes Beispiel, die Gerichtsverhandlung, die hier im Schloss stattfand, ganz in der Nähe des Plenarsaals im dritten Stock, gegen zwei unserer Fraktionsmitarbeiter, die am 27.01.2009, am Holocausttag, eine Palästinaflagge an einer Balustrade eines Schlossturmes befestigt haben sollten. Die Anklage vertrat in einer Ordnungswidrigkeitssache ein leibhaftiger Oberstaatsanwalt der Generalstaatsanwaltschaft. Strafverteidiger war ich und die Sache endete mit Freispruch, obwohl sich die Landtagsverwaltung ihrer Sache so sicher war und ihrer Beweise, aber sie hatte nichts in der Hand. Wenn Sie weitere Informationen wollen, fragen Sie Herrn Tebben, der kann Ihnen das alles erzählen. Das hat er wohl vergessen, Ihnen mitzuteilen.

Gegen David Petereit gab es Ermittlungsverfahren wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, großes Getöse, Hausdurchsuchung mit Spezialeffekten und NDR-Begleitung, alle möglichen – eingestellt.

Gegen Jörg Heyder in Sachsen-Anhalt, den ehemaligen Spitzenkandidaten der NPD, auch ein Ermittlungsverfahren wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten – eingestellt, und so weiter.

(Katharina Feike, SPD: Und wie viele wurden nicht eingestellt?)

Es gibt eine ganze Menge Fälle von dieser Sorte und ...

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagen
Sie auch noch die erfolgreichen Fälle!)

Ja, ich muss ja ein bisschen Gegengewicht aufbauen zu dem, was Sie immer erzählen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist aber ganz schön schwach, Ihr Gegengewicht.)

Das ist nicht schwach.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Doch, doch, doch! Sie sehen uns zutiefst beeindruckt von Ihrer Rede.)

Sie sind schon so oft, schon so oft sind Sie hier gestartet, so oft sind Sie hier gestartet und haben im Brustton der Überzeugung erklärt, da ist ein krimineller NPD-ler, und dann fiel das alles in sich zusammen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich.
Gucken Sie sich doch an, wie sie dasitzen!)

Wenn Sie Strafverfahren in einen Parteiverbotsantrag einbauen wollen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann müssen diese Strafverfahren erst einmal abgeschlossen sein, inklusive Revisionsverfahren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Das ist Rechtsstaatlichkeit, ansonsten können Sie mit denen nichts anfangen. Dabei spielt es auch keine Rolle, dass Wohlleben in U-Haft genommen, also dringender Tatverdacht zugrunde gelegt wurde. Dringender Tatverdacht heißt zwar, so die Lehrbuchdefinition, dass nach dem gesamten bisherigen Ermittlungsergebnis ein hoher

Wahrscheinlichkeitsgrad dafür besteht, dass der Beschuldigte eine Straftat begangen hat, jedoch haben wir im Fall Sebnitz, den Sie wahrscheinlich schon verdrängt haben, gesehen, wie gering zuweilen die Anforderungen der Staatsanwaltschaften an die Voraussetzung für die Annahme eines dringenden Tatverdächtigen sind, wenn denn die Presse und die Politik mal wieder einen hysterischen Anfall erleiden.

Damals waren drei völlig Unschuldige dringend verdächtigt, den kleinen Joseph Kattelberg-Abdulla in einem Schwimmbad ertränkt zu haben, und Hunderte sahen zu und taten nichts. Drei Tage saßen diese Leute in Haft. Einer der Beschuldigten war nachweislich am Tag der angeblichen Tat noch nicht einmal in dem Schwimmbad. Aber das war egal, erst mal wegverhaften, gute Schlagzeilen kassieren und hinterher, wenn es ein Fiasko für die Justiz gibt, dann hofft man darauf, dass das schnell vergessen wird, genau wie im Fall Mannichl, genau daselbe.

Zudem muss daran erinnert werden ...

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Kommen Sie mal zu Sven Krüger!)

Was hat der mit dem NSU zu tun?

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der hat was mit der NPD zu tun.)

Zudem muss daran erinnert werden, dass die NPD eine Partei mit 16 Landesverbänden ist, die zu jedem Zeitpunkt mindestens 32 stellvertretende Landesvorsitzende hat. Selbst wenn einem davon Straftaten vorzuwerfen wären, ist das noch nicht die Partei. Da könnte man genauso gut und falsch behaupten, die SPD als Partei hätte eine Verbindung zur Kinderpornoszene, und dabei auf den Fall Jörg Tauss verweisen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Jörg Tauss war in der SPD ein wesentlich höherer Kader als Ralf Wohlleben in der NPD: 1994 bis 2009 SPD-Bundestagsabgeordneter,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

2005 bis 2009 SPD-Generalsekretär in Baden-Württemberg, 2000 bis 2009 im Fraktionsvorstand der SPD im Bundestag,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dass Sie sich nicht schämen, solche Vergleiche hier aufzuführen! Das ist ja entsetzlich!)

rechtskräftig verurteilt zu einem Jahr und drei Monaten mit Bewährung wegen Besitzes von kinderpornografischem Material in 102 Fällen.

(Udo Pastörs, NPD: Ho, 102 Fälle!)

Was hat die SPD als Partei damit zu tun, wenn ein solcher Mann ohne Wissen und Billigung der Parteiführung so vorgeht? Nichts. So sehr ich die SPD auch verabscheue,

(Heinz Müller, SPD: Das beruht auf Gegenseitigkeit.)

muss ich sagen, nichts. Was hätte die NPD als Partei damit zu tun, wenn ein Funktionär tatsächlich in Beziehung zu einer Terrorzelle gestanden hätte, ohne Wissen und hinter dem Rücken der Parteiführung? Auch nichts, wenn es denn diese Terrorzelle in dieser Form überhaupt gegeben haben sollte.

Generalbundesanwaltschaft und BKA verstecken ihre völlige Ahnungslosigkeit und die Selbstsubstanlosigkeit ihrer Vorwürfe im Augenblick hinter einer lauten, bunten, aber hohlen Medieninszenierung. Das ist Hollywood für Arme, für ganz Arme: schwarze Limousinen, die mit quietschenden Reifen durch Karlsruhe rasen, Hubschrauber mit ratternden Rotoren in Großaufnahme, martialische Festnahmeaktionen, die GSG 9 höchstselbst tritt Türen ein, um einen Verdächtigen zu verhaften, der für die NSU-Leute Wohnungen angemietet haben soll. Daraus ergab sich seine Gefährlichkeit, dass er eine Wohnung angemietet hat, und wegen so was schickt man ein Spezialkommando um 5.00 Uhr morgens los.

Aber mal abgesehen vom Buzenzauber: Was weiß man denn im Augenblick mit Sicherheit? Die zwei Verdächtigen Böhnhardt und Mundlos wurden tot aufgefunden. Selbstmord oder Mord, das wissen wir nicht. Die Morde an den sieben türkischen und dem einen griechischen Gewerbetreibenden haben stattgefunden. Auch von den tot Aufgefundenen, die die Täter waren, wissen wir nichts, denn es gab weder Zeugen noch sonst irgendwelche Beweismittel an den Tatorten all die Jahre über. Gleiches gilt für die Banküberfälle. Was die ermordete Polizeibeamtin betrifft, so wird dieser Fall durch einen Bericht des „Stern“ in völlig neue Zusammenhänge gestellt mit der extremistischen Sauerlandzelle zusammen und sogar CIA und Verfassungsschutzbeobachtern bei diesem Verbrechen. Das Schweigen der staatlichen Stellen zu diesem Bericht ist auffallend laut.

Weiterer Fakt: In dem Haus in Zwickau lagen viele Beweismittel, darunter die Tatwaffen wie in einem Museum, vielleicht noch auf Regalen und beschriftet mit Ausleihkarten. Doch wir wissen nicht, wer so zuvorkommend war, all diese Beweismittel dort hinzulegen. Fakt ist, das Haus ist niedergebrannt.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das haben Sie in der letzten Sitzung
schon alles erzählt.)

Frau Zschäpe soll es angezündet haben, was aber eine bloße Behauptung ist. Nachweisen kann man ihr nur, dass sie mit den Tatverdächtigen zusammengelebt hat, was nicht strafbar ist.

In dem Zusammenhang, das habe ich vorher nicht gesagt, wirkt es doch sehr seltsam, dass die Brandruine in verdächtiger Eile blitzartig beseitigt wurde. In jedem normalen Brandfall untersuchen Spezialisten der Versicherung akribisch und lange Zeit die Rückstände, um die Ursache zu ermitteln. Aber hier, in einem hochpolitischen Kriminalfall, schneidet man sich diese Möglichkeit einfach mal so ab. Die Fundgeschichte der Beweisstücke ist nicht mehr rekonstruierbar. Wie DVDs zur Verblüffung altgedienter Feuerwehrleute sieben Stunden Großbrand locker überstehen konnten, bleibt immer noch ungeklärt, ein wahres physikalisches Wunder. Das, was BKA und

Bundesanwaltschaft nun als Ermittlungsergebnis hinsichtlich des Brandes präsentieren werden, kann nicht mehr überprüft werden.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Typische Verschwörungstheorie.)

Praktischerweise wurde das wichtigste Beweismittel, die Brandruine selbst, beiseite geschafft. Deswegen haben wir auch einen Dringlichkeitsantrag gestellt, weil genau das zu befürchten war, dass man alles aus dem Weg räumen würde, was nicht ins erwünschte Gesamtbild passt.

Dann gibt es noch das sogenannte Bekennervideo, das kein Bekenntnis enthält, soweit man es kennt. Wer es produziert hat und die anderen neu aufgefundenen feuerfesten Gründer-DVDs und wer sie verschickt hat, das wissen wir auch nicht. Der ganze Sachverhalt strotzt immer noch von Widersprüchen.

Auffällig ist der Gegensatz zwischen einer 13-jährigen, perfekt ausgeführten Verbrechenserie und dem völlig kopflosen Amateurverhalten in Form von Selbstmorden, dem Horten von Beweismitteln und einer verpfuschten Brandstiftung. Das erinnert an das Phantom, die geheimnisvolle Verbrecherin, deren DNA-Spuren man an den unmöglichsten Tatorten gefunden hat. Da passte nichts zusammen. Unser großartiger Sicherheitsapparat produzierte die tollsten Theorien, um das zu erklären, bis sich herausstellte, dass die Wattestäbchen zur Aufnahme von DNA-Spuren kontaminiert waren mit dem Erbgut einer Mitarbeiterin der Firma, die diese Stäbchen herstellte.

Dieser nicht existierenden Serienkriminellen wurde auch jahrelang der Mord an der Heilbronner Polizeibeamtin angelastet, was vertreten wurde mit der ganzen Autorität und dem ganzen Fachwissen der Kriminalpolizei, und nach der neuesten Theorie des vor sich hin stolpernden Sicherheitsapparates soll jetzt aber der NSU diese Tat begangen haben. Bis zur nächsten Theorie wieder was Neues. Viel logischer wäre doch die Annahme, dass die hoch professionellen Täter eine kurze Unterbrechung machen und eine unmaßgebliche auch noch dazu, und dann geht es gleich weiter. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Udo Pastörs, NPD: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 150 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Suhr.

(Zuruf Udo Pastörs, NPD)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es lohnt heute ein Blick in den „Medienspiegel“ des Landtages, in dem ein Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ wiedergegeben ist, der, finde ich, sehr gut in diese Diskussion passt, wenn man sich nur die Überschrift anschaut.

(Tino Müller, NPD: Jetzt bitte
nicht die Zeitung vorlesen.)

Doch, ich will aus der Zeitung zitieren, ob es Ihnen passt oder nicht, weil sie, glaube ich, sehr gut wiedergibt,

(Heinz Müller, SPD:
Sie entscheiden doch immer
noch selber, was Sie sagen.)

wie von Ihrer Crew denn Verschwörungstheorien hier greifen.

Dieser Zeitungsartikel aus der „Süddeutschen Zeitung“ ist überschrieben: „Diese irren Verbrecher“, Untertitel: „Vertreter der NPD versuchen so verzweifelt wie vergeblich, auf Distanz zur Zwickauer Terrorzelle zu gehen“. Das, meine Damen und Herren, ist die Wahrheit

(Dr. Norbert Nieszery, NPD:
Haben wir eben erlebt.)

und nicht irgendwelche kruden Verschwörungstheorien.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das erklärt auch, warum Sie offensichtlich in Ihrer Verzweiflung zum wiederholten Mal die gleichen eigenartigen Geschichten hier erzählen, die jeglicher Glaubwürdigkeit entbehren, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Ich will aus diesem Artikel drei Passagen zitieren, die, glaube ich, deutlich machen, wie nah das Netz von Parteienvertretern, vom Umfeld der Terrorzelle und von Kameradschaften sich dargestellt hat.

(Udo Pastörs, NPD: Erklären
Sie das den Ermittlern auch!)

Erstes Zitat: „Im August 1996 etwa“, Zitat „Süddeutsche Zeitung“, „waren Mundlos und Zschäpe“, zwei NSU-Mitglieder, „dabei, als gut 200 Neonazis durch Worms zogen, vorneweg marschierte der damalige JN-Chef Apfel“, heute bekannterweise NPD-Bundesvorsitzender ...

(David Petereit, NPD:
Haben Sie vorhin zugehört? –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich habe durchaus zugehört. Erzählen Sie mir nicht, da wird nicht miteinander geredet und da kennt keiner keinen!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Da gibt es Zusammenhänge, die deutlich werden an dieser Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweites Zitat: „Zumindest indirekt ...“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ausgerechnet der Petereit. –
Zuruf von David Petereit, NPD)

Dass Ihnen das nicht passt, ist mir doch klar. Ich erzähle es trotzdem.

„Zumindest indirekt der NPD verbunden sind zwei weitere Verdächtige. André K., der das NSU-Video hergestellt haben soll,“

(Tino Müller, NPD: Haben soll!)

„wurde im Haus seines Bruders im brandenburgischen Grabow festgenommen – und der ist JN-Funktionär. Der inhaftierte Holger G., der nach eigenen Angaben 2001 oder 2002 als Kurier eine Waffe von Wohlleben“, NPD-Mitglied, „in Empfang genommen und ins Versteck der Terrorzelle gebracht haben soll ...“

Da sind inzwischen so viele Leute aus dem Umfeld verstrickt, die haben Kontakt zum NPD-Feld. Erzählen Sie mir nicht, dass da irgendwo eine Grenze war,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

worüber man sich ausgetauscht hat und worüber man sich nicht ausgetauscht hat, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig so.)

Und in dieses Bild passt auch die Verhaftung von Sven Krüger, der mit einem Waffenarsenal angetroffen worden ist, der NPD-Mitglied war, wo es keine Distanzierung gab.

(Tino Müller, NPD: Waffenarsenal! –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das ist ein Gefährdungspotenzial in Mecklenburg-Vorpommern. Das Gute ist, dass dieser Mann hinter Gittern sitzt, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Dieser Antrag – und auch das passt ins Bild – ist der nächste untaugliche Versuch, von den Verstrickungen abzulenken. Dieser Landtag, meine Damen und Herren, wird das nicht mitmachen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Tino Müller, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der NPD-Fraktion Herr Andrejewski.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt kommt
„Die Verschwörungstheorie“, zweiter Teil. –
Heinz Müller, SPD: Der
Humphrey Bogart für Arme.)

Michael Andrejewski, NPD: Also auf das Gestammel gehe ich gar nicht weiter ein. Ich setze meinen Text fort.

Viel logischer wäre doch die Annahme ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Andrejewski, ich erinnere Sie an die Anrede.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, die gnädige Frau!)

Michael Andrejewski, NPD: Ach so, oh!

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Viel logischer wäre doch die Annahme, dass die hoch professionellen Täter die Morde an den Gewerbetreibenden begangen und zwei tote Sündenböcke abgelegt haben, Beweismittel in dem Haus in Zwickau platziert haben, dann abgetaucht sind und sich jetzt irgendwo totlachen über das ganze Medientheater. Das passt eher zum Sachverhalt als das, was Sie hier vorbringen.

Die Angehörigen der Opfer müssen mit dieser Ungewissheit leben, auch mit der Möglichkeit, dass sie von staatlichen Stellen systematisch belogen werden

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja wohl der Gipfel! Das ist ja wohl der Gipfel!)

und in geheimdienstliche Verbrechen verstrickt sind und sie die Wahrheit nie erfahren werden wie bei Barschel und vielen anderen Dingen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Dass Sie hier die Opfer bemühen,
ist ja wirklich ein Hohn!)

Von einem rechtsstaatlichen Ermittlungsverfahren kann jedenfalls keine Rede sein. Ein solches ist ergebnisoffen. Aber der Präsident des Bundeskriminalamtes Jörg Ziercke weiß jetzt schon: Wir werden noch weitere Beziehungen zur NPD entdecken. Man scheint entschlossen zu sein, das auch um jeden Preis so hinzubiegen, bis es passt. Beweise sind da wohl nicht mehr nötig.

Wo ist der Beweis, dass die als Unterstützer Verhafteten gewusst haben, dass die mutmaßlichen NSU-Täter Verbrechen begangen haben sollen? Das muss man ihnen nachweisen, das kann man nicht einfach so behaupten, was auch schwer sein dürfte, denn Mundlos und Bönhardt sind tot und Geständnisse konnte man aus den Beschuldigten bisher nicht rauspressen, obwohl man Frau Zschäpe in Isolationshaft in einer Zelle hält, in der Tag und Nacht das Licht brennt, wohl in der Hoffnung, sie durch Schlafentzug zu zermürben

(Tilo Gundlack, SPD: Waren Sie schon mal da, oder was?)

und dann doch noch das rauszuholen, was man gerne hören will. Ihre Anwälte beschwerten sich darüber, dass man ihnen nur bruchstückhaft Akteneinsicht gewährt und die Presse mehr erfährt als sie. Das sind alles faule Tricks. Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz, und wie sie alle heißen, machen nicht den Eindruck, als ob sie sich ihrer Sache so sicher wären. Da scheint Nervosität zu herrschen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die herrscht bei Ihnen. Die herrscht bei Ihnen.)

Was wird da wohl alles vertuscht und was könnte alles herauskommen? Es zittern die Chefsessel.

Am 14.12.2011 schrieb die von Herrn Suhr heiß geliebte „Süddeutsche Zeitung“, die ich jetzt auch mal zitieren will, zu Recht, und das hat er wohl überlesen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach nee, lesen Sie doch die Zeitung nicht vor! Wir können doch selber lesen.)

das hat er wohl überlesen, dass die Vorwürfe gegen Frau Zschäpe und die vier mutmaßlichen Unterstützer auf wackligen Füßen stehen, wenn Frau Zschäpe nicht nachgewiesen werden kann, dass sie Mitglied einer terroristischen Vereinigung war, dann gibt es auch keine, weil dafür laut Rechtsprechung drei Mitglieder nötig sind. Und wenn den Unterstützern nicht nachgewiesen werden kann, dass sie Einblicke in kriminelle Taten des sogenannten NSU hatten, dann sind sie freizulassen, genauso wie die dringend Verdächtigen in den Fällen Sebnitz und Mannichl, wo sie auch mit Zitronen gehandelt haben.

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

Es sei denn, Sie wollen behaupten, das sei alles wahr gewesen.

Wie kommt man an Geständnisse ran? Das ist das Problem. Vielleicht hilft ein Blick ins Stasiverhörhandbuch, ansonsten wird das keine NPD-, sondern eine Staatsaffäre und Herr Ziercke vom BKA und Herr Fromm vom Verfassungsschutz können vielleicht bald verfrüht ihren Ruhestand genießen, wenn auch unverdientermaßen.

Und zu dem, was Herr Suhr noch gesagt hat: Es gibt mehrere intellektuelle Ebenen in der Gesellschaft. Die unterste ist die Medienebene.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Die Medienebene ist das Blödeste und Billigste, was es gibt. Dort geht vieles, was auf einer höheren, auf einer prozessualen Ebene nicht mehr geht. Auf der Medienebene kann ich einfach irgendwelche Nonsenszusammenhänge herstellen, sehe zu, dass NPD und NSU häufig im Zusammenhang erwähnt werden.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn Apfel und irgendein NSU-Typ vielleicht mal in derselben Bäckerei gewesen wären, auf einer Demo hier und dort, das ist dann der große Zusammenhang, und mit entsprechenden Soundeffekten und Spezialeffekten

(Udo Pastörs, NPD: Ein
Hubschrauber im Hintergrund.)

und Bildern und Gelaber kann ich das vielleicht eine kurze Zeit glaubhaft machen, wobei ich allerdings sinngemäß an das Zitat von Abraham Lincoln erinnern möchte: Man kann alle Menschen für kurze Zeit für dumm verkaufen, man kann wenige Menschen für immer für dumm verkaufen, man kann aber nicht alle Menschen für immer dumm verkaufen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist Ihr Problem.)

Selbst mit einer Medienkampagne geht das nicht und auf der Prozessebene sieht das schon anders aus. Im Gegensatz zur politischen Klasse hat der Richterbund noch was zu verlieren, der Richterstand, und zwar Ansehen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Bei Ihnen ist egal, wenn ein Strafprozess oder ein NPD-Verbotsverfahren aussieht wie die Wahl in Russland oder wie der Chodorkowski-Prozess in Russland oder der Timoschenko-Prozess in der Ukraine. Einfach durchpeitschen, in die SPD-Kantine rein, 5-Minuten-Terrine gemacht und wenn es kling macht in der Mikrowelle, ist das Verbotsverfahren durch und das Strafverfahren auch durch.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und wie es aussieht, ist egal, Ihr Ruf ist sowieso ruiniert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie waren
auch zu lange in der Mikrowelle, glaub ich.)

Aber der Richterbund, der Richterstand hat noch einen Ruf zu verlieren. Also wird es da wenigstens ein Mindestmaß an rechtsstaatlichen Verfahren geben.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Bisher sind Sie nicht in der Lage, irgendwas zu beweisen. Außer Mediengeklingel in den Strafverfahren und im Parteiverbotsverfahren wird es vielleicht auch nicht so einfach, wie Sie denken. Ironischerweise könnten Sie da über Ihre Europabegeisterung stolpern, denn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, da hat Herr Suhr mal ausnahmsweise was Vernünftiges erwähnt, hat neue Kriterien aufgestellt, die ich für noch bedeutender halte als die V-Mann-Problematik.

Das Verfassungsgericht hat in seiner 50 Jahre alten Rechtsprechung niemals auf objektive Gefährlichkeit Wert gelegt, hat gesagt, wenn die die Absicht haben, kämpferisch aggressiv zu sein, können das auch Maulhelden sein irgendwo im Hinterzimmer, egal, selbst wenn die noch so ungefährlich sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sagt, das Versammlungsrecht ist ein so hohes Gut, dass man eine Partei nur verbieten kann, oder das Vereinigungsrecht, dass man eine Partei nur verbieten kann, wenn sie, wie es im Urteil heißt, eine Clear and Present Danger, eine offensichtliche und gegenwärtige Gefahr für den Staat ist, für den Bestand des Staates.

Das wurde bei der Refah-Partei in der Türkei bejaht. Die hatte 20 Prozent, war im Aufwind, hatte eine Menge Mitglieder. Da konnte man sagen, die wären vielleicht bald an der Macht gewesen. Aber die NPD ist gerade mal in zwei Landtagen und hat 6.500 Mitglieder. Wo soll denn da für einen 80-Millionen-Staat mit dem ganzen Machtapparat die Clear and Present Danger herkommen? Die NPD ist zu groß, um zu sagen, sie ist eine Klein- und Scheinpartei, und sie wird nach Vereinsrecht verboten, wie man es mit der FAP gemacht hat. Das geht nicht, wenn man in zwei Landtagen sitzt. Aber sie ist zu klein und nicht stark genug, als dass man sagen könnte, sie ist eine Gefahr für den Bestand dieses Staatswesens. Das sind Sie eher selber und der Euro und der ganze Kram, den Sie machen, aber nicht wir.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und natürlich wird das Verfassungsgericht, wenn es mit den richtigen Richtern besetzt ist, sagen, pfeif drauf, wir

machen das einfach. Aber was ist, wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der nicht so in diese ganze Politikseilschaftproblematik verstrickt ist, dann etwas anderes macht?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der wird auch die deutsche Würdigung der Geschichte mit einbeziehen, Herr Andrejewski, das werden Sie schon sehen.)

Es wird jedenfalls kein Spaziergang, weder die Strafverfahren werden ein Spaziergang, noch das Verbotverfahren wird ein Spaziergang. Und wir werden sehen, wer eher fertig ist, Sie mit Ihrem Euro und Ihrem System oder wir. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/124. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/124 mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Wahl eines Mitgliedes des Landtages für den Verwaltungsrat der Landesforstanstalt gemäß Paragraf 6 Absatz 4 Ziffer 5 des Landesforstanstaltserrichtungsgesetzes, hierzu Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 6/166, sowie Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/191, sowie Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, Drucksache 6/192, sowie Wahlvorschlag der Fraktion der NPD, Drucksache 6/193.

Wahl eines Mitgliedes des Landtages für den Verwaltungsrat der Landesforstanstalt gemäß § 6 Absatz 4 Ziffer 5 des Landesforstanstaltserrichtungsgesetzes (LFAErG)

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/166 –

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 6/191 –

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
– Drucksache 6/192 –

Wahlvorschlag der Fraktion der NPD
– Drucksache 6/193 –

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Wahl kommen, gestatten Sie mir noch einige Hinweise. Gemäß Paragraf 6 Absatz 4 Ziffer 5 des Landesforstanstaltserrichtungsgesetzes werden als weitere Mitglieder des Verwaltungsrates der Landesforstanstalt zwei Mitglieder des Landtages Mecklenburg-Vorpommern entsandt. Da die Amtszeit eines Mitgliedes des Verwaltungsrates der Landesforstanstalt Mecklenburg-Vorpommern endet, ist eine Neuwahl erforderlich.

Nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 92

Absatz 1 unserer Geschäftsordnung findet in der Regel bei Wahlen geheime Abstimmung statt. Sie erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder des Landtages auf sich vereint.

Den für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem Schriftführer zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, mit mehr als einem Kreuz versehen ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführerin, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmurne leer ist.

(Die Schriftführerin überzeugt sich davon, dass die Abstimmurne leer ist.)

Ich eröffne die Abstimmung zur Wahl eines Mitgliedes des Landtages für den Verwaltungsrat der Landesforstanstalt gemäß Paragraf 6 Absatz 4 Ziffer 5 des Landesforstanstaltserrichtungsgesetzes und bitte die Schriftführerin zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt. – Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und erbreche die Sitzung für fünf Minuten zur Auszählung der Stimmen.

(Julian Barlen, SPD: Das ist ja lecker. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Unterbrechung: 16.34 Uhr

Wiederbeginn: 16.39 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl eines Mitgliedes für den Verwaltungsrat der Landesforstanstalt gemäß Paragraf 6 Absatz 4 Ziffer 5 des Landesforstanstaltserrichtungsgesetzes bekannt. Es wurden 60 Stimmen abgegeben, davon waren 58 Stimmen gültig. Für die Abgeordnete Dr. Mignon Schwenke, Fraktion DIE LINKE, stimmten 12 Mitglieder des Landtages. Für die Abgeordnete Dr. Ursula Karlowski, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmten 8 Mitglieder des Landtages. Für die Abgeordnete Beate Schlupp,

Fraktion der CDU, stimmten 33 Mitglieder des Landtages. Für den Abgeordneten David Petereit, Fraktion der NPD, stimmten 5 Mitglieder des Landtages.

Ich stelle fest, dass die Abgeordnete Schlupp, Fraktion der CDU, die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigen konnte. Somit wird die Abgeordnete Schlupp vom Landtag als Mitglied des Verwaltungsrates der Landesforstanstalt benannt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Keine Rundfunkbeitragspflicht für Besitzer größerer Gartenlauben, Drucksache 6/133.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Keine Rundfunkbeitragspflicht für
Besitzer größerer Gartenlauben
– Drucksache 6/133 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Holter.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Zustimmung der Landtage in Deutschland zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist in die Endrunde gegangen. Sie wissen alle, dass Mecklenburg-Vorpommern bereits im Juni in der damaligen Zusammensetzung des Landtages mit Mehrheit der Koalition diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zugestimmt hat. Wir haben am 17. November dieses Jahres diesen Dringlichkeitsantrag gestellt, weil wir dringenden Handlungsbedarf gesehen haben.

Das hängt damit zusammen, dass aus dem Landtag Thüringen eine Initiative entwickelt wurde, eine Initiative, die genau darauf abzielte, die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, aber auch Besitzerinnen und Besitzer von Bungalows – oder Datschen genannt – von einer solchen Rundfunkgebühr zu befreien. An diesem Tag, an dem 17. November, fand in Berlin eine Besprechung der Chefs der Staatskanzleien mit der ARD statt.

Wir haben damals diesen Antrag gestellt, um unserer Auffassung Nachdruck zu verleihen, dass Kleingärtnerinnen und Kleingärtner von einer abzusehenden Rundfunkgebühr befreit werden sollen. Dieser Antrag hätte von jeder anderen demokratischen Fraktion aus diesem Hohen Hause kommen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Er kam von uns, weil ich der Überzeugung bin, dass dieses Thema, dieser Gegenstand für parteipolitische Profilbildung und -schärfung nun gar nicht geeignet ist. Wir kennen zwar in den Kleingartenanlagen Zäune, aber keine parteipolitischen Grenzen. Und warum Sie damals, gerade die Koalition, diesen Antrag abgelehnt haben, ist nach wie vor schleierhaft. Ihre Argumentation – es gab ja eigentlich gar keine – ist nicht nachvollziehbar. Sie haben sich geweigert, in dieser wichtigen Situation, an diesem Tage, wo in Berlin verhandelt wurde, sich öffentlich und eindeutig für das Kleingartenwesen noch mal zu positionieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Also Sie haben vor den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern in Mecklenburg-Vorpommern versagt. Sie haben sich – und Herr SELLERING ist ja heute nicht da –, der Ministerpräsident hat sich zweitens verweigert, hier klar zu sagen, welche Position das Land Mecklenburg-Vorpommern in dieser Frage an diesem Tag in Berlin in die Verhandlungen einbezogen hat. So kann man natürlich spekulieren. Und es wäre sehr aufschlussreich gewesen, hätte denn der Ministerpräsident oder jemand von der Regierung zu dieser Frage gesprochen.

Wir wissen inoffiziell, dass einige Staatskanzleien dieses Thema am 17. November in Berlin erst gar nicht behandeln wollten. Und den Rest überlasse ich der Interpretation all derer, die mir jetzt zuhören. Unter dem Gesichtspunkt, kann ich nur sagen, erscheint die Ablehnung unseres Antrages natürlich in einem ganz anderen Licht.

(Regine Lück, DIE LINKE: So ist es.)

Und ich will ausschließen, dass die nunmehr gefundene kleingartenfreundliche Lösung ein Verdienst unserer Landesregierung ist. Ich habe nicht vernommen, dass die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sich für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner in dieser Frage starkgemacht hat und eingesetzt hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vielleicht, möglicherweise ist diese Lösung, die in Berlin vereinbart wurde – und ich komme im Einzelnen gleich darauf zurück –,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist ja keine Lösung.)

trotz oder gar gegen den Willen Mecklenburg-Vorpommerns zustande gekommen, denn Ihre Zustimmung, meine Damen und Herren von der SPD und CDU, beinhaltet genau das, was die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner betrifft.

Und mich haben schon sehr überrascht die verschiedenen Presseerklärungen, die von Abgeordneten der CDU oder auch Abgeordneten der SPD nach der Entscheidung in Berlin dann abgegeben wurden. Und Sie hätten das alles, Frau Drese, hier machen können: Sie hätten dem Dringlichkeitsantrag zustimmen können, Sie hätten hier sprechen können, Sie hätten Ihre Position zum Ausdruck bringen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Sie hätten sagen können: Ja, das Land Mecklenburg-Vorpommern, die SPD, die CDU in Mecklenburg-Vorpommern hätten hier ganz gern eine Lösung im Interesse der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner. In Ihrem Koalitionsvertrag – kurz davor – begrüßen Sie noch diesen Rundfunkänderungsstaatsvertrag, den 15. Und dann haben Sie in den Vertrag geschrieben, die belastenden Regelungen für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner wollen Sie später noch einmal überprüfen.

Und Frau Schlupp, werde Vizepräsidentin, hat dann unseren Dringlichkeitsantrag als „unangebrachten Klamauk“ hier abgetan.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist richtig unparlamentarisch.)

Da frage ich mich, wie denn die Ministerpräsidentin von Thüringen, Frau Lieberknecht, CDU, was denn deren politische Aktivitäten gewesen sind. Die hat sich für die thüringischen Kleingärtnerinnen und Kleingärtner eindeutig starkgemacht.

Und der eigentliche Skandal besteht darin, dass Sie mit keiner Silbe eine Begründung gefunden haben, unseren Antrag abzulehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie haben Ihre Sprache erst wiedergefunden, nachdem in Berlin ja eine Entscheidung getroffen wurde. Und die Entscheidung hat nicht die Politik getroffen, die Entscheidung hat die ARD getroffen. Frau Piel hat nämlich gesagt: Wir werden für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, die davon betroffen sind, keine Gebühren erheben. Und das haben die Chefs der Staatskanzleien begrüßt und zur Kenntnis genommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Und damit gibt es keine klare Rechtsgrundlage. Es ist etwas, glaube ich, sehr diffizil, einen Staatsvertrag dann nicht so umzusetzen, wie er vereinbart wurde, und wie Sie, ich will das hier ausdrücklich wiederholen, SPD und CDU, zugestimmt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Und, Frau Drese, es ist schon abenteuerlich, wenn Sie denn hier verkünden, der Antrag ist nicht notwendig, weil der Staatsvertrag doch erst zum 1. Januar 2013 in Kraft treten würde. Ich glaube, da ist selbst Ihrem Ministerpräsidenten die Kinnlade runtergefallen. Ihm haben da regelrecht die Worte gefehlt.

Wenn wir heute darüber debattieren wollen, dann will ich drei Bemerkungen machen:

Erstens. Meine Fraktion hat bereits am 28. Juni diesen Änderungsstaatsvertrag abgelehnt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und zwar haben wir dafür gute Gründe. Einer der Gründe war, dass die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner mit den Lauben über 24 Quadratmeter Grundfläche zur Rundfunkgebühr herangezogen werden sollen. Und ich sage Ihnen heute bereits zahlreiche Probleme bei der Umsetzung dieses Staatsvertrages und auch der Vereinbarung vom 17. November in Berlin voraus, weil nach wie vor der Begriff der Wohnung nicht eindeutig definiert ist. Deswegen stelle ich hier die Erwartung auch an die Landesregierung für die Vorbereitung des nächsten Rundfunkänderungsstaatsvertrages, dass das, was am 17. November 2011 sozusagen in die Hand versprochen wurde, auch rechtssicher in den Rundfunkänderungsstaatsvertrag aufgenommen wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dann werden Sie Ihrer Verantwortung gegenüber den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern tatsächlich auch gerecht.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Wir sind zweitens der Überzeugung, dass dieser Antrag begründet und dringlich war, weil die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner mit den entsprechenden Lauben rechnen mussten, ab 2013 mit dieser Gebühr sozusagen herangezogen zu werden, nicht sozusagen, sondern dann doppelte Rundfunkgebühr hätten zahlen müssen. Und es war die Initiative aus Thüringen, die dieser Landtag leider nicht aufgenommen hat, genau das zu verhindern.

Drittens will ich sagen, wir sollten bei Staatsverträgen zukünftig viel mehr die Dinge diskutieren und nicht unter dem Motto „Friss oder stirb“ an die Sache herangehen. Und wenn Herr Jäger dann hier mit einer scharfen Kritik genau das gezeißelt hat, aber dann die CDU zustimmt, dann kann ich nur sagen, da stimmt etwas nicht in der Einheit von Wort und Tat.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und deswegen sollte dieser gesamte Vorgang eine Mahnung an uns alle sein, eine Mahnung an das Hohe Haus, auch eine Mahnung an die Regierung und namentlich an den Ministerpräsidenten.

(Heinz Müller, SPD: Nun mal langsam.)

Die ARD hat nun gesagt, sie wird keine Gebühren erheben. Ich habe eben gesagt, und die Länder haben mit der Erklärung, mit der Protokollnotiz der Beratung dieser Absicht zugestimmt, ich wiederhole: Ich erwarte, dass Rechtssicherheit geschaffen wird, und wir sind gespannt, wie der 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag dann aussehen wird. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Die LINKE zieht ihren Antrag zurück.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Umsonst auswendig gelernt die Rede, Herr Backhaus. Ist schade, ne? – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus – Heinz Müller, SPD: Und jetzt hab ich gedacht, wir kriegen hier mal eine anständige Debatte wieder.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Zerklüftung beenden – bundeseinheitliches Bildungssystem herstellen, Drucksache 6/167.

**Antrag der Fraktion der NPD
Zerklüftung beenden – bundeseinheitliches Bildungssystem herstellen
– Drucksache 6/167 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Peter von der Fraktion der NPD.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht anwesend. – Julian Barlen, SPD: Nicht da. – Michael Andrejewski, NPD: Ich beantrage eine Auszeit von zehn Minuten. – allgemeine Unruhe)

Die NPD hat eine Auszeit von zehn Minuten beantragt. Ich unterbreche die Sitzung bis 17.00 Uhr.

Unterbrechung: 16.50 Uhr

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wiederbeginn: 17.00 Uhr

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich rufe erneut auf den Tagesordnungspunkt 17: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Zerklüftung beenden – bundeseinheitliches Bildungssystem herstellen, Drucksache 6/167.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Petereit von der NPD-Fraktion

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sind Sie nun bald mal fertig oder was? – Der Abgeordnete David Petereit wendet sich an das Präsidium. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie dürfen anfangen, Herr Petereit.)

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch denjenigen, die nur die Überschrift des Antrages gelesen haben, sollte sich erschlossen haben, dass die NPD-Fraktion mit dem Antrag auf ein bundeseinheitliches Bildungssystem abzielt. Nach unserer Auffassung gibt es keinen vernünftigen Grund, dieses nicht einzuführen.

Derzeit gibt es in der BRD 2.500 Lehrpläne, rund 100 Schultypen und 17 verschiedene Ermittlungsverfahren zur Feststellung, wie gut Kinder im Vorschulalter deutsch sprechen können. Und es gibt das sogenannte Kooperationsverbot, wonach sich der Bund aus der Schulpolitik herauszuhalten hat.

Sie waren bestimmt immer der Klassenclown, Herr Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee. – Tino Müller, NPD: Das ist er heute noch, aber im Landtag. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Von Menschen im erwerbsfähigen Alter wird verlangt, dass sie mobil zu sein haben. Da Arbeit in der Heimat nicht geschaffen wird, haben sie gefälligst dahin zu gehen, wo es Arbeit gibt.

(Udo Pastörs, NPD: Nur kein Neid, nur kein Neid!)

Und der Teil des humanen Kapitals, der im deutschsprachigen Raum bleiben kann, darf sich dann noch glücklich schätzen gegenüber denen, die irgendwo am Rande Europas schuften.

Und was ist mit den Kindern der Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen? In einer Ausgabe des „Sterns“ vom Juli dieses Jahres findet sich ein beispielhaftes Schicksal einer 14-jährigen Neuntklässlerin aus Bremerhaven, die dort an ihrem Gymnasium Klassenbeste war. Die Familie zog ins fränkische Forchheim, wo der Vater Arbeit gefunden hatte. Auf ihrer alten Schule erreichte sie locker gute Noten, dann kam der Umzug und in Franken kam sie nicht mehr nach, ihr fehlten einfach zu viele Grundlagen. In Biologie ging es auf einmal um Procyten und Eucyten und andere Zelleinteilungen, davon hatte sie noch nie gehört. In Mathe sollte der Tangens bestimmt werden und wieder prangte über ihr ein großes Fragezeichen.

Ihre neuen Lehrer sahen sie auf dem Lernniveau einer Siebtklässlerin und empfahlen ihr, auf die Hauptschule zu wechseln. Im Endeffekt ist diese Familie für die Bereitschaft des Vaters, mobil zu sein, bestraft worden, weil es die unselige Zerklüftung im BRD-Schulsystem gibt. Und einige der verantwortlichen Kultusminister feiern dieses Konstrukt noch als sogenannte Vielfalt in der Einheitlichkeit.

Jahr für Jahr wechseln 70.000 bis 80.000 Schüler mit ihren Eltern von einem Bundesland in ein anderes. Auf zehn Schuljahre hochgerechnet sind das locker 800.000 Schüler, die von den angeblichen Segnungen des föderalen BRD-Bildungssystems betroffen sind. Je nach ideologischer Ausrichtung neu gewählter Landesregierungen wird das bisherige Schulsystem verbessert. Im Ergebnis kann es keine Kontinuität geben. Die einzige Gültigkeit dieser Politik ist die Orientierungslosigkeit. Statt sich mit den anderen Bundesländern abzustimmen, hat sich jedes Bundesland sein eigenes Schulsystem zurechtgezimmert und ändert es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit nahezu jeder neuen Landesregierung wieder ab. In puncto Bildungspolitik schlägt heute noch die Hoffnung der Besatzungsmächte durch, der Föderalismus sollte die Deutschen durch möglichst viele Reibungspunkte in ihrer Leistungsfähigkeit schwächen.

Es gibt jedoch noch einen anderen sehr guten Grund für ein bundeseinheitliches Bildungssystem. Wir Deutsche wollen es, die Mehrheit will es. Da wir ja so ziemlich alle hier, also Sie als Abgeordnete und wir als Volksvertreter, für mehr Bürgerbeteiligung auf allen nur möglichen Ebenen sind, ist das ein Punkt, der Beachtung zu finden hat. 130.000 Bürger haben zwischen dem 14. Februar und dem 9. März an einer Umfrage der Roland Berger Strategieberater und der Bertelsmann Stiftung zum Thema Bildung teilgenommen. Geht es nach dem Großteil der Befragten, kann der Bildungsföderalismus als heilige Kuh in der Bundesrepublik Deutschland getrost zur Schlachtkbank geführt werden. 83 Prozent erblicken in der Konkurrenz der Bildungssysteme keinen Vorteil. Ganze 8 Prozent wollen der Umfrage zufolge, dass es in den Bundesländern unterschiedliche Schulstoffe gibt. 92 Prozent stimmten für gemeinsame Abschlussprüfungen. Laut einer Umfrage des Allensbacher Institutes für Demoskopie vom April 2010 waren es immerhin 60 Prozent der Befragten, die sich für eine bundeseinheitliche Bildungspolitik aussprachen.

Bei der Frage, wer für die Bildungs- und die Schulpolitik zuständig sein sollte, um überall in Deutschland die gleiche Qualität der Schulen und ein einheitliches Bildungsniveau zu gewährleisten, sehen weit mehr als die Hälfte der Befragten die Verantwortung lieber oder zumindest in deutlich stärkerem Maße beim Bund. In Sachsen-Anhalt waren es sogar 84 Prozent, in den übrigen neuen Bundesländern und Berlin wurden Werte von 70 Prozent und darüber erreicht. In Bayern sprachen sich übrigens nur 12 Prozent für eine stärkere Vereinheitlichung aus, was keinem Wunder gleichkommt, denn Bayern schneidet regelmäßig besser ab als die anderen Bundesländer.

Im Mai überreichten 600 Bürger aus ganz Deutschland dem Bundespräsidenten im Rahmen des Bürgerforums 2011 ein Programm mit konkreten Vorschlägen für politische Reformen. Im Themenbereich der Bildung sprachen sich die Teilnehmer aller Regionen übereinstimmend

gegen die schul- und bildungspolitische Kleinstaaterei aus und zugleich für einen bundeseinheitlichen Standard in der Bildungspolitik. Vor allem aber bei den Schulformen und den Bildungsinhalten wurde auf breiter Front eine Vereinheitlichung gefordert.

Nach den nun vorgetragenen Argumenten können Sie unserem Antrag eigentlich nur zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Oldenburg von der Fraktion DIE LINKE.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der NPD-Fraktion ist ein Indiz dafür, dass nicht jeder, der über Bildung redet, auch die dazugehörigen Kenntnisse besitzt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Antragsteller versuchen, unter dem Deckmantel der gegenwärtigen Diskussionen um den Bildungsföderalismus ihr nationalistisches Süppchen zu kochen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Klar, finstere Pläne.)

Bei der Diskussion zu diesem Thema, auch wenn sie kontrovers ist, darf man die Entstehungsgeschichte des Föderalismus in Deutschland nicht außer Acht lassen. Und, Herr Andrejewski, wir haben sehr wohl ein Langzeitgedächtnis,

(Michael Andrejewski, NPD: Ah, wirklich? –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

der Föderalismus ist in der Bundesrepublik die zentrale staatliche Organisationsform, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit dem Grundgesetz eingeführt wurde.

(Heinz Müller, SPD: Richtig. –
Michael Andrejewski, NPD:
Erinnern Sie sich mal an die Stasi!)

Der zentralistische totalitäre Staat der Nationalsozialisten hatte die Welt in einen verheerenden Krieg mit über 60 Millionen Opfern gestürzt, die ehemals eigenständigen Länder wurden zu reinen Verwaltungseinheiten in einem zentralen Einheitsstaat degradiert.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Diese zentrale und dann totalitäre Staatsorganisation war eine der grundlegenden Bedingungen dafür, dass demokratische Prinzipien der Staatsführung beseitigt werden konnten und eine Diktatur entstand, die die grausamste Epoche der Geschichte darstellt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Um derartige Entwicklungen nie wieder zuzulassen, wurde mit dem Grundgesetz die Bundesrepublik ein fö-

deraler Bundesstaat. Der Bund und die Länder erhielten jeweils verfassungsmäßig festgelegte Aufgaben und Zuständigkeiten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Damit wurden die Staatsgewalt dezentralisiert, die politischen Machtverhältnisse beschränkt, mehrere Ebenen der demokratischen Mitwirkung, Teilhabe sowie Entscheidungen geschaffen und eine zentrale Bündelung von staatlichen Kompetenzen minimiert.

Wir dürfen also bei aller Kritik an den Problemen, die föderale Strukturen mit sich bringen, nicht vergessen, wo die Ursachen für die Entstehung lagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Motivation unseres politischen Handelns, unsere Motivation, eine bessere, gerechte Bildung für alle Kinder zu gewährleisten, bei der nicht ausschließlich die Länderfinanzinteressen dominieren, sondern die Interessen und Bedürfnisse unserer Mädchen und Jungen – das alles sind nicht die Motivationen der Antragsteller.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Der im vorliegenden Antrag geforderte Zentralismus soll Indoktrination und Gleichschaltung erzeugen. Sie wollen ein zentralisiertes Unwesen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Versuchen Sie nicht, auf einen Zug aufzuspringen, der von demokratischen Parteien auf den Weg gebracht wurde und für den Sie keine Fahrkarte bekommen werden!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Tino Müller, NPD)

Sie werden nie wieder entscheiden, wohin die Züge fahren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ihnen geht es doch nicht um eine pädagogisch bessere Ausgestaltung des Schulwesens.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Ihre Forderung nach Zentralisierung des Schulsystems ist doch nur der erste Schritt zu einer Zentralisierung

(Michael Andrejewski, NPD:
Zur Weltherrschaft, ja sicher.)

des gesamten Bildungswesens in einem zentralistischen Staatsgebilde, das in Ihrem Parteiprogramm als „Nationalstaat“ bezeichnet wird.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Das ist nach Ihrem politischen Verständnis ein Staatsgebilde, das nur eine Fürsorgepflicht für Deutsche hat.

(Michael Andrejewski, NPD: Wie zentralistisch war eigentlich die DDR?)

Welche verheerenden Auswirkungen das für die Bildung hat, kann man dann in Ihrem Parteiprogramm im Abschnitt 16 „Bildung und Kultur“ lesen. Da wird das gegliederte Schulsystem als zentrales Selektionsinstrument gefordert,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

nicht nur mit der Ablehnung eines gemeinsamen Unterrichts, wie Sie es formulieren, von Deutschen und Ausländern, sondern auch mit einem Postulat zur angeblichen Ungleichheit von Menschen, der Sie durch eine Aussonderung in der Bildungsbeteiligung Rechnung tragen wollen.

(Michael Andrejewski, NPD: Was für Fantastereien!)

Damit sind dann nicht nur die Kinder von Migrantinnen und Migranten oder Kinder nicht deutscher Herkunft gemeint, sondern auch deutsche Kinder, die wegen körperlicher, geistiger oder anderer Handicaps

(Udo Pastörs, NPD: Behinderungen meinen Sie.)

oder auch nur aufgrund von Entwicklungsverzögerungen in Ihrem System keinen Platz haben.

(Michael Andrejewski, NPD: Na klar. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie wollen durch diese unwürdige und abscheuliche Selektion bestimmen, ob und in welcher Weise die Menschen an Ihrer, wie Sie es nennen, Volksgemeinschaft

(Michael Andrejewski, NPD: Gehts Ihnen noch gut?)

der Deutschen teilhaben dürfen oder eben auch nicht.

Meine Damen und Herren, was ist das für ein schlimmes Menschenbild und was für ein zu verachtendes Gedankengut?!

(Michael Andrejewski, NPD: Heilige Margot!)

Aber genau aus diesen Gedanken heraus vermeiden Sie es, in Ihrem Parteiprogramm einen zentralen Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule oder der Bildung zu formulieren, wohl zu Recht, weil Sie sonst Ihre nationalistische, rassistische und menschenverachtende Katze aus dem Sack lassen müssten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Andrejewski, NPD: Rassistische Katzen? Das ist ja ganz was Neues. – Udo Pastörs, NPD: Um Gottes willen!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit 20 Jahren unterrichte ich Schülerinnen und Schüler, die zugegebenermaßen unterschiedlich piffig und unterschiedlich

begabt sind. Ich habe das immer als Bereicherung empfunden und niemals als Hemmnis. Menschen sind unterschiedlich und das ist gut so.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die NPD geht bei ihrer rudimentären Bildungskonzeption von einem strammen Elitedenken aus. Nur reine, makellose, angepasste und in Ihrem Sinne politisch indoktrinierte Menschen

(Udo Pastörs, NPD: Was Sie alles wissen?! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sollen Ihr Deutschland bevölkern.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In Ihrem Nationalstaat brauchen Sie ja auch keine Vielfalt der Individualitäten. Was Sie brauchen, ist eine unterwürfige Masse.

Die Antragsteller gehen sicher fälschlicherweise davon aus, dass sie nicht nur zu dieser Elite gehören, sondern ihre Spitze sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Fehleinschätzung, glatte Fehleinschätzung. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dass dem offensichtlich nicht so ist, macht die Begründung Ihres Antrages deutlich. Sie bezeichnen, ich zitiere, Schule als „Experimentierfeld von Ideologen und Utopisten“,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

„die keine Begabungs-, sondern nur Methodendefizite kennen“.

Würde man sich auch nur halbwegs im Bereich der Schule auskennen,

(Udo Pastörs, NPD: So wie Sie.)

würde man wissen, dass Integration, längeres gemeinsames Lernen und schließlich Inklusion

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

auf der Erkenntnis beruhen,

(Michael Andrejewski, NPD: Hat Margot Honecker Ihnen die Rede geschrieben?)

dass unsere Kinder unterschiedlich lernen und dass sie unterschiedliche Begabungen haben. Man würde erkennen, dass wir sie durch eine Methodenvielfalt auch und besonders dazu erziehen und dazu bilden wollen, sich einer Ideologisierung und einem Mitläufertum zu widersetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Und das bei so einer Lehrerin wie Ihnen?! Das ist wohl schwer möglich.)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Forderung der Zentralisierung des Bildungswesens durch die NPD kommt nicht von ungefähr. Sie hat erkannt, dass das Bildungswesen bei der Umsetzung ihrer Strategie eine

zentrale gesellschaftliche Funktion hat. In Deutschland müssen alle Kinder, ob sie nun wollen oder nicht, eine Schule besuchen, zwar unterschiedlich lange und an staatlichen oder privaten Schulen, aber es ist eine Pflicht. Damit gibt Schule die Möglichkeit, die kommende Generation auf die gesellschaftspolitischen Ziele vorzubereiten

(Michael Andrejewski, NPD:
Um das Gehirn zu waschen.)

und sie dafür zu gewinnen. Das ist zugegebenermaßen in jeder Gesellschafts- und Staatsform so. Der entscheidende Unterschied jedoch ist, wozu diese Möglichkeiten genutzt werden. Die Bildungs- und Erziehungsziele sind in den Schulgesetzen der einzelnen Bundesländer ähnlich. Das kann auch gar nicht anders sein, weil wir in einem demokratischen Staatswesen

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

alle das Gleiche wollen,

(Udo Pastörs, NPD: Müssen, sollen.)

nämlich, dass jedes Kind zu einer „mündigen, vielseitig entwickelten Persönlichkeit“ gebildet und erzogen wird,

(Udo Pastörs, NPD: Das
ist ganz schön faschistisch. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

jedes Kind „im Geiste der Geschlechtergerechtigkeit und Toleranz bereit ist,“

(Udo Pastörs, NPD: Was ist das denn,
Geschlechtergerechtigkeit? Wer hat
Ihnen denn das aufgeschrieben?)

„Verantwortung für die Gemeinschaft mit anderen Menschen und Völkern“ zu übernehmen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

jedes Kind es im Laufe seiner Schulzeit lernt, seine „eigene Meinung zu vertreten“,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

„die grundlegenden“ gesellschaftlichen „Normen“ und Verhaltensweisen versteht „und für ihre Wahrung“ eintritt, dass jedes Kind die „Ursachen und Gefahren totalitärer und autoritärer“ Herrschafts- und Staatsformen oder Verhaltensweisen erkennt, ihnen widersteht und entgegenwirkt,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass jedes Kind „Verständnis für die Eigenart und das Existenzrecht anderer Völker, für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen“ entwickelt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Dr. Ursula Karłowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Bravo!)

Dieser Auszug aus dem Schulgesetz unseres Landes verdeutlicht, was wir im Gegensatz zur NPD-Fraktion wollen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

nämlich eine pluralistische, weltoffene Bildung, zu der jede Schülerin und jeder Schüler unabhängig der geistigen, körperlichen und sozialen Voraussetzungen gleichberechtigten Zugang hat.

Wir wollen junge Menschen erziehen, die keine Zeit der Geschichte verherrlichen

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

oder leugnen, sondern die umfangreiches Wissen erwerben, Empathie entwickeln und auch solche braunen, flachen Denkmuster durchschauen, wie wir sie hier heute diskutieren müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen keine politisch gleichgeschalteten, unterwürfigen deutschen Befehlsempfänger.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen mündige, verantwortungsvolle,

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

solidarische und weltoffene Demokratinnen und Demokraten

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(lang anhaltender Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD, DIE LINKE
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr gut, Frau Kollegin.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Petereit.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Meine Herren, jetzt wirds schwer.)

Oh ja, aber richtig schwer.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Jetzt bin ich mal gespannt.)

Aber Ihre flachen Denkmuster sind um einiges leichter zu durchschauen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Ich weiß ja eigentlich gar nicht, wo Ihr Problem ist, Frau Berger.

(allgemeine Unruhe –
Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Berger?!
Das ist nicht Frau Berger. Da sehen Sie
mal, was Sie für ein Bildungsbürger sind.
Sie kennen nicht mal die Abgeordneten
des Landtages. Mann, Mann, Mann!)

Ja, vielleicht interessiere ich mich nicht so für Ihre Fraktion.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist aber schade. – Zuruf von
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun ist es so, Sie befürchten ja, dass in einem bundeinheitlichen Bildungssystem die bösen Braunen kommen würden und die komplette Schülerschaft gleichschalten. Im volljährigen Alter werden sie sich ihre Uniformen selbst nähen, auf die Straße gehen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erst mal
grenzen Sie aus, Herr Petereit. Das
wissen Sie doch. Erst mal grenzen Sie
welche aus aus dem Bildungssystem.)

und Sie aus Ihren Büros fegen. So ist es ja nun nicht.

Wo ist denn Ihr Problem, diese demokratische Staatsjugend zu erziehen? Es ist ja nicht so, dass wir in der Bundesregierung irgendwelche geheimen Agenten von uns laufen haben oder Philipp Rösler oder irgendeiner von denen geheime NPD-Politik machen würde.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und sobald wir hier aus dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern das Bildungssystem durchgesetzt haben, dann werden sie die Maske vom Gesicht reißen und allen erzählen, wie schlimm Ausländer sind und Philipp Rösler vorneweg. Also diesen Blödsinn glauben Sie doch nicht selber.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was
erzählen Sie denn da eigentlich? –
Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Dann schauen Sie mal nach Frankreich – also das Schreckliche eines Zentralstaates. Frankreich ist immer noch ein Zentralstaat, unabhängig davon, ob da irgendwelche Besatzer mal einmarschiert sind oder nicht, und sie leisten sich diesen Luxus immer noch und wir machen hier diesen Unsinn.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir sind
eben ein föderaler Staat. Ist das so
schlimm? Wo ist das Problem?)

Ja, und an der Stelle des einheitlichen Bildungssystems haben wir dort ein Problem.

Was hatte ich mir noch aufgeschrieben?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, was wohl? –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, was wohl, was wohl?)

Ach ja: Ich warne Sie in diesem Hause vor dem Tag, an dem Sie wirklich nur noch auf Reflexe anspringen, so, wie Sie es derzeit machen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sobald hier jemand sagt in diesem Hause, böse NPD, fangen Sie an zu klatschen. Sobald irgendjemand sagt, Regenbogenfamilie

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

oder eine sonstige Wortschöpfung, fangen Sie an zu klatschen. Das wird zu einem Reflex, Sie hören ja gar nicht mehr richtig zu.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch. –
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nun sagen Sie doch mal, böse NPD!)

Da Sie alles ablehnen, was irgendwann mal mit zwölf Jahren deutscher Geschichte und dem Nationalsozialismus in Zusammenhang gebracht wurde, in Anlehnung an „Der Kaiser war ja nackt“, möchte ich Ihnen sagen: Auch Adolf Hitler trug Hosen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was
war das denn für eine Rede? –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Und was sagt uns das jetzt?)

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was will der denn jetzt noch hier?)

Normalerweise sollte man das wirklich Revue passieren lassen, was da gerade die ehemalige Dame sehr stark sozialistisch geprägt hier losgelassen hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, sie
hat für alle Demokraten gesprochen. Das
war eine sehr gute demokratische Rede.)

Aber es reizt mich dann doch, das eine oder andere anzumerken.

Also es ist schon mehr als verdächtig, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Vertreter, Apologeten jener Ideologie sich hier als die moralisch Unankrängelnden aufblasen,

(allgemeine Unruhe –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was ist das denn für ein Wort?)

indem Sie vergessen, dass gerade der Leninismus-Marxismus, in dem diese Frau wahrscheinlich bis heute sehr stark gefangen ist, den sogenannten neuen Menschen schaffen wollte. Und das haben die nicht nur in den Kindergärten schon sofort angefangen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wollen wir
noch ein bisschen weiter zurückgehen?
Was wollten die denn schaffen?)

sondern das haben sie dann auch fortgesetzt bis zu den Karnickelställen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die sie am Bauhaus angelehnt den Menschen als modernes Wohnen verkauft haben. Und bis zum Jahre 1989,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das Bauhaus hat doch dem Führer auch nicht gepasst, Herr Pastörs.)

und bis zum Jahre 1989 haben dieselben roten SED-Kader,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Bauhausarchitekten haben Sie aus dem Land getrieben.)

dieselben roten SED-Kader das begrüßt, unterstützt und vorwärts immer,

(allgemeine Unruhe)

vorwärts immer, rückwärts nimmer geschrien. Und was ich hier eben gehört habe an Fieberfantasien,

(Michael Andrejewski, NPD: Überholen, ohne einzuholen.)

an Fieberfantasien

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich fand ihre Rede sehr gut, Herr Pastörs. – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

einer attraktiven strammen Postkommunistin,

(allgemeine Unruhe – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu welchem Antrag redet Herr Pastörs hier?)

das bestärkt mich in der Meinung, dass wir zu Recht

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Pastörs, zu welchem Antrag reden Sie eigentlich gerade? – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

unsere Kinder nicht in einem föderalistischen Bildungssystem untergehen lassen dürfen, was nachweislich im Ländervergleich

(Peter Ritter, DIE LINKE: Denken Sie daran, auch Adolf Hitler hatte Hosen an, Herr Pastörs. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

hier in Mecklenburg und Vorpommern die Schlusslichter der Ausbildungsfähigkeit liefert, die Schlusslichter an intellektueller Beleuchtung hervorbringt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ein so ein Schlusslicht steht gerade am Rednerpult.)

für die die Verantwortung tragen sehr attraktive Damen und Herren von einem Schläge der Dame, die eben hier vorgetragen hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das hat sie sehr gut gemacht. Das hat Ihnen wehgetan. Das hat richtig wehgetan. Das merkt man an der Reaktion.)

Tatsache ist, auch an den Früchten sollt ihr sie erkennen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und es gibt kein Feld in der gesamten Bildungslandschaft dieses Landes,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sind die drei Minuten nicht schon um?)

das auch nur annähernd eine Wettbewerbsfähigkeit der Leistungsfähigkeit der Schüler, die dieses Bildungswesen hier in Mecklenburg-Vorpommern formatiert, produziert, was nur ansatzweise standhalten könnte den Leistungen in Bayern,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Gehen Sie doch nach Bayern!)

den Leistungen von Baden-Württemberg und den Leistungen von Sachsen bitte schön.

(allgemeine Unruhe)

Und das zu kritisieren, ist nicht nur das gute Recht der NPD, und daraus abzuleiten, dass es vernünftig ist und auch redlich ist und außerhalb jedweder ideologischer Beleuchtung,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Rote Lampe!)

dass wir eine Zentralisierung des Bildungssystems fordern.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Lampe!)

Nicht mehr und nicht weniger haben wir Ihnen hier kundgetan

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja, haben wir gehört.)

und das ist auch im Übrigen die Meinung von Bildungsfachleuten

(allgemeine Unruhe – Peter Ritter, DIE LINKE: Es ist doch gut. Adolf hatte Hosen an, das wissen wir doch jetzt.)

jenseits leninistisch-marxistischer Kader. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war wichtig, dass Sie sich noch mal zu Wort gemeldet haben, Herr Pastörs.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/167. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/167 mit den Stimmen der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Wissenschaftliche Studien ernst nehmen – umgehend Normenkontrollklage zu Regelsätzen einleiten, Drucksache 6/161.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Wissenschaftliche Studien ernst nehmen –
umgehend Normenkontrollklage
zu Regelsätzen einleiten
– Drucksache 6/161 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Frau Bernhardt.

(Torsten Renz, CDU: Teil zwei. –
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na, er kann zählen. – Torsten Renz, CDU:
Aber nicht so scharf wie heute Morgen! –
Heinz Müller, SPD: Bisschen weihnachtlicher.)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Seit der Einführung des SGB II hat das Bundesverfassungsgericht zwei Mal feststellen müssen, dass genau dieses Gesetz mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Das war einmal 2007, als es um das Konstrukt der Jobcenter ging, und beim zweiten Mal war es im letzten Jahr, als es um die Ermittlung der Hartz-IV-Regelsätze ging. Die Ermittlung und die daraus folgende Höhe der Regelsätze hat meine Fraktion seit 2004 immer wieder kritisiert. Dass wir recht hatten, bestätigte im letzten Jahr das Bundesverfassungsgericht. Es sagte sinngemäß, dass der Gesetzgeber das Existenzminimum eines jeden Menschen transparent und sachgerecht zu ermitteln habe und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sicherzustellen habe.

Anstatt diese konkreten Vorgaben zu befolgen, wurden dieselben Fehler bei der Neufassung der SGB-II-Regelung wieder gemacht und die Höhe der Regelsätze politisch festgelegt. Ich erinnere nur an die Aussagen des Bundesfinanzministers, wonach die Regelsätze nicht angehoben werden. Die im letzten Jahr gefundene Regelung ist weder sachlich korrekt, wie die Studien der Böckler-Stiftung belegen, noch trägt sie der Realität Rechnung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Da die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts bei der neuerlichen Ermittlung der Regelsätze nicht durchgängig eingehalten wurden, kann man sogar von einem vorsätzlichen Handeln ausgehen.

(Torsten Renz, CDU: Von was?)

Von einem vorsätzlichen Handeln ausgehen.

Meine Damen und Herren, die Studie der Hans-Böckler-Stiftung vom 5. September 2011 belegt erneut, dass die Regelsatzberechnung in zehn Punkten verfassungsrechtlich problematisch ist beziehungsweise erneut gegen das Grundgesetz verstößt. Ich möchte nur mal drei Beispiele herausnehmen.

Das erste Beispiel: Um das Existenzminimum zu ermitteln, wird am Anfang der Ermittlung geschaut, wer was in Deutschland ausgibt, um so einen Ausgangswert zu haben. Dabei sollen jedoch Gruppen, die weniger als das

Existenzminimum haben, unberücksichtigt bleiben, weil diese logischerweise den Ausgangswert drücken würden. Das Gesetz bestimmt auch einige dieser Gruppen. Das sind zum Beispiel SGB-II- und Sozialhilfeempfänger. Nicht herausgerechnet werden aber Fälle verdeckter Armut. Das sind Fälle, in denen Menschen sich schämen, Sozialleistungen zu beantragen. Und es ist wissenschaftlich belegt, dass diese Fälle bestimmt werden könnten, wenn man denn wollte. Aber nein, der Gesetzgeber hat dies nicht getan. Er behauptet, es sei nicht möglich. Er lässt diese Gruppe einfach in der Berechnung drin in dem Wissen, dass so der Ausgangswert und somit auch das Existenzminimum gesenkt werden. Um es ganz klar zu sagen: Das Existenzminimum wird schöngerechnet! Die Menschen, die darauf angewiesen sind, sind dabei egal. Es gilt nur, das Existenzminimum so weit wie möglich zu drücken, und so natürlich auch die Kosten, machen wir uns doch da nichts vor.

Zum zweiten Beispiel: Nachdem dann der Ausgangswert bestimmt wurde, wird geschaut, welche Ausgaben in welcher Höhe zur Existenz notwendig sind. Im Amtsdeutsch heißt das dann: regelsatzrelevant. Dabei wurden willkürlich Abzüge vorgenommen und ganze Ausgabepositionen gestrichen. Nicht nur die viel diskutierten Beispiele Alkohol und Tabak, auch Gartengeräte, die chemische Reinigung, Hundefutter und Schnittblumen gehören nicht dazu und auch ein Weihnachtsbaum hat in einer Hartz-IV-Wohnung nichts zu suchen. Gebühren von Abendschulen gehören ebenfalls nicht zum Existenzminimum oder zur Teilhabe. Insgesamt zählen so 30 Prozent der Ausgaben der durchschnittlichen Haushalte in Deutschland nicht zum Existenzminimum oder zur Teilhabe.

Ich frage Sie: Was ist denn das für ein Leben? Wie unsozial ist es, dass sich Erwachsene nicht an Abendschulen fortbilden können, weil diese Gebühren angeblich nicht zum Existenzminimum gehören?

Auch die Regelungen zum sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket und alle Maßnahmen um diese Neuordnung herum können diese Verstöße nicht heilen. Im Gegenteil, auch die Regelungen zum Bildungs- und Teilhabepaket sind verfassungsrechtlich bedenklich – verfassungsrechtlich bedenklich deshalb, weil insbesondere die Regelungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben abschließend festlegen, welche Maßnahmen dazugehören. Zum Beispiel sind das Mitgliedsbeiträge für Sportvereine.

Das, meine Damen und Herren, ist ein Eingriff in die freie Entfaltung unserer Kinder. Der Staat bestimmt, was für ein Kind zur Persönlichkeitsentwicklung notwendig ist und was nicht. Wie sollen sich denn unsere Kinder zu selbstbestimmten Persönlichkeiten entwickeln, wenn der Staat von frühester Kindheit an sie gerade hierbei einschränkt? Für mich ist das ein Widerspruch, den auch Sie sich vorhalten lassen müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, Sie sehen schon an dieser unvollständigen Darstellung, es liegen genügend Anhaltspunkte dafür vor, dass ein erneuter Verstoß gegen das Grundgesetz durch die Neuregelung des SGB II stattgefunden hat. Die Normenkontrollklage hat Aussicht auf Erfolg, würden wir Juristen sagen. Glauben Sie mir, wenn wir als Fraktion rechtlich könnten, würden wir diese Normenkontrollklage selber einreichen – im Sinne der Be-

troffenen –, denn es geht tatsächlich um die hilfebedürftigen Menschen in diesem Land. Leider können wir das als Fraktion nicht. Deshalb bringen wir diesen Antrag erneut ein, damit tatsächlich eine verfassungsgerechte Berechnung der Regelsätze erfolgen kann.

Es dürfte Ihnen, liebe Kollegen der SPD, auch gar nicht so schwerfallen. Es war schließlich Ihr Vorsitzender Sigmar Gabriel, der, nachdem das Vermittlungsverfahren im Bundesrat abgeschlossen war, doch selber Zweifel am Bestand der Regelsätze geäußert hat. Und genau diese Zweifel sind nach dem Grundgesetz die Voraussetzung für eine zulässige Normenkontrollklage. Schauen Sie sich doch Artikel 93 Absatz 1 Nummer 2 Grundgesetz an! Dort heißt es: „Das Bundesverfassungsgericht entscheidet ... bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln ...“

Aber ich weiß leider auch aus den vergangenen Debatten hier im Landtag zu diesem Thema, wie schwer es Ihnen fällt, über Ihren Schatten zu springen. Schließlich haben Sie doch letztendlich den Regelsätzen zugestimmt, genauso wie Sie 2004/2005 das Grundübel Hartz IV angeschoben haben. Fünf Jahre lang mussten die Hilfebedürftigen warten, bis ihnen das Bundesverfassungsgericht recht gab, dass die Regelsätze nicht in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz berechnet wurden. Fünf Jahre lang erhielten sie folglich zu niedrige Regelsätze, die ein Leben in Würde schwer ermöglichten. Machen Sie nicht auch denselben Fehler und lassen 200.000 hilfsbedürftige Menschen, darunter 45.000 Kinder und Jugendliche, in unserem Bundesland im Stich!

Im Übrigen möchte ich Sie an Ihre eigenen Worte von heute früh erinnern: Sowohl Frau Ministerin Schwesig als auch Herr Renz sprachen von einem Miteinander der Regierung mit der Opposition.

(Torsten Renz, CDU: Ich hab das gesagt?! –
Torsten Koplin, DIE LINKE: Große Worte!)

Ich nehme Sie heute gerne beim Wort. Stimmen Sie unserem Antrag zu! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste spricht die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die wissenschaftlichen Gutachten, auf die sich die Fraktion DIE LINKE beruft, sind wahrlich nichts Neues. Bereits bei den Verhandlungen zu den Regelsätzen im SGB II und im SGB XII sind die darin aufgeführten Argumente auch diskutiert worden. Und auch in diesem Landtag haben wir uns mehrfach in der Vergangenheit ausführlich mit den Regelsätzen beschäftigt und widerstreitende Debatten ausgetragen. Wir hatten bereits gerügt, dass die sogenannten Aufstocker, also die Menschen, die arbeiten gehen, aber dennoch von ihrem Verdienst ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können, aus der Referenzgruppe herausfallen. Wir hatten bereits gerügt, dass das Problem der verdeckten Armut nicht berücksichtigt wird, und wir hatten bereits

gerügt, dass bestimmte Konsumausgaben herausgerechnet werden.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Rügen hilft aber nicht, nur eine Normenkontrollklage.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, das Vermittlungsverfahren hat dazu geführt, dass diese ganzen Sachen mehrfach diskutiert worden sind – wochenlang – und dass es eben auch unterschiedliche juristische Bewertungen gibt, inwieweit diese Dinge gerechnet werden müssen und inwieweit nicht. Am Ende hat das vorliegende Gesetz dazu geführt, dass zum 01.01.2011 der Regelsatz für Erwachsene um 5 Euro erhöht wurde und zum 01.01.2012 um 10 Euro.

Darüber hinaus haben wir noch einiges erreicht, was für die betroffenen Menschen sehr wichtig ist: Die Kosten für Warmwasseraufbereitung werden durch den Bund übernommen. In einem 3-Stufen-Modell werden die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung auf Dauer durch den Bund übernommen – im Jahr 2012 zu 45 Prozent, im Jahr 2013 zu 75 Prozent und ab dem Jahr 2014 zu 100 Prozent. Diese Entlastung lag gerade im Sinne der Verhandlungsführer, weil es darum geht, dass die Kommunen vor Ort Spielraum haben, soziale Leistungen anzubieten, und nicht von sozialen Leistungen erdrückt werden.

Der entscheidende Punkt und die entscheidende Verbesserung, die auch die Kernkritik des Bundesverfassungsgerichts aufgegriffen hat, war die Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets. Die Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets trägt dazu bei, dass Kinder die Möglichkeit haben, pro Monat 10 Euro Mitgliedsbeitrag zu bekommen und für das Mittagessen unterstützend bis zu 2 Euro am Tag und vor allem 30 Euro im Jahr für Kita- und Klassenfahrten und zusätzliche Lernförderung.

Der Einsatz von Mecklenburg-Vorpommern hat geleistet, dass diese Unterstützung für Kinder nicht nur Kindern aus SGB-II- und SGB-XII-Familien zugutekommt, sondern vor allem Kindern aus Familien, die Wohngeld und/oder Kinderzuschlag beziehen. Das war das Kernanliegen – auch von mir – in den Verhandlungen, dass es darum geht, so, wie ich es heute Morgen gesagt habe, dass gerade Familien, die arbeiten gehen und am Ende Wohngeld oder Kinderzuschlag brauchen, um mit ihrem geringen Lohn nicht in Armut zu fallen, dass auch diese Familien Unterstützung für ihre Kinder bekommen. Auch das wurde erreicht.

Außerdem stellt der Bund für das Mittagessen für Kinder in der Hortbetreuung und für Schulsozialarbeiter für 2011 bis 2013 400 Millionen Euro zur Verfügung und ich bin froh, dass wir mit diesem Geld bereits in diesem Jahr mehr Schulsozialarbeiter in diesem Land im Einsatz haben. Für mich war auch wesentlich in den Verhandlungen, dass die Trägerschaft für das Bildungs- und Teilhabepaket auch auf die Kommunen übergehen kann, denn die Kommunen haben als Träger der Kinder- und Jugendhilfe sehr gute Erfahrungen, wie diese Leistungen am besten bei den Kindern ankommen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, liebe Frau Bernhardt, dass es wünschenswert gewesen wäre, noch mehr zu erreichen, ist keine Frage, aber das Erreichte ist ein Anfang.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Aber verfassungsrechtlich bedenklich.)

Und die Betroffenen haben natürlich das Recht, Klagen gegen ihre Leistungsbescheide einzureichen und die Rechtmäßigkeit der Regelleistungen überprüfen zu lassen,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

und sie tun dies auch bereits. Es gibt Klagen und es gibt schon eine Reihe von Gerichtsentscheidungen, die allerdings bisher keine Anhaltspunkte für die Verfassungswidrigkeit des Regelbedarfssatzes gesehen haben.

(Torsten Renz, CDU: Da hat die Bundesregierung wohl gute Arbeit geleistet.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wundere mich sehr: Gebetsmühlenartig immer wieder neue Leistungen zu fordern, ist die eine Sache, aber mein Anliegen ist, das, was wir erreicht haben, was wir rausgeholt haben, gerade für die Kinder in unserem Land, auch wirklich an die Kinder und Jugendlichen zu bringen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Verfassungsrechtlich bedenklich.)

Und da bitte ich ganz herzlich, dass Sie Ihre politische Verantwortung, die Sie auch im Kommunalbereich haben, dass Sie diese Verantwortung wahrnehmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das machen wir. Das machen wir.)

Sehr geehrter Herr Ritter, das ist leider nicht der Fall.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Meine Kreistagsfraktion war die einzige, die das gefordert hat!)

Wir haben die größten Probleme mit der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in der Stadt, in der Sie die Oberbürgermeisterin stellen, und in der Stadt, in der die Kinderarmutsquote am höchsten ist, und zwar in der Landeshauptstadt Schwerin.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
In ganz Mecklenburg-Vorpommern
ist die Kinderquote bedenklich!)

Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie mal Ihren Worten und Forderungen Taten folgen lassen würden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Leistungen für diese Kinder auch ankommen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer ist denn für den Jugendbereich in der Stadt Schwerin zuständig? –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Die Normenkontrollklage, Frau Bernhardt, das wissen Sie ganz genau,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Kann die Landesregierung.)

hilft heute und hier keinem Kind aus SGB II weiter.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Aber was helfen würde, ist, dass das Geld, was bei der Landeshauptstadt Schwerin angekommen ist, auch mithilfe Ihrer politischen Verantwortung bei den Kindern ankommt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Es geht nicht um die Landeshauptstadt Schwerin, sondern um Mecklenburg-Vorpommern! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und die Verantwortliche der Verwaltung ist die Oberbürgermeisterin, Herr Ritter, das wissen Sie ganz genau.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja. Herr Niesen, Herr Niesen ist zuständiger Dezernent. –
Zurufe von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,
und Henning Foerster, DIE LINKE)

Und die Oberbürgermeisterin wollte gerade ihre Verantwortung abschieben an das Jobcenter, und dank SPD, CDU und GRÜNE ist das verhindert worden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, um einfach zu sagen, wie die Realität ist: Wir haben für Mecklenburg-Vorpommern für Kinder, die in Kinderarmut leben, 40 Millionen Euro erstritten, 45 Millionen inklusive Schulsozialarbeit. Dieses Geld vom Bund hätten wir so alleine für diese Leistungen nicht aufgreifen können. Und es muss doch unser Anliegen, unsere gemeinsame Anstrengung sein, erst mal darüber zu reden, wie dieses Geld endlich bei den armen Kindern ankommt, anstatt schon wieder neues zu fordern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Erst die Kinder in Hartz IV treiben und dann weinen.)

Schauen Sie es sich an, wie es unter der Verantwortung der Linkspartei in Schwerin aussieht: In der Stadt, in der die Kinderarmut am größten ist, kommen aus diesem Bildungs- und Teilhabepaket, obwohl das Geld schon längst bei der Stadt liegt, nur 6,50 Euro pro leistungsberechtigtem Kind an. In der Stadt Rostock kommen 56 Euro an.

Und, Frau Bernhardt, wirklich, ich respektiere Ihr Engagement, und ich glaube Ihnen auch, dass es darum geht, aber dann bitte helfen Sie und setzen Sie sich mit dafür ein, dass das Geld, was schon da ist, wirklich bei den Kindern ankommt, und stellen Sie hier nicht wieder zusätzliche Forderungen!

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Es geht aber um das, was verfassungsrechtlich bedenklich ist. Es geht um zwei verschiedene Dinge. Das sind zwei verschiedene Dinge!)

Und an der Stelle: Wenn Sie von uns fordern, wir sollen über unseren Schatten springen, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, ich glaube vielen Mitgliedern der Linkspartei und auch Ihrer Fraktion, dass es Ihnen wirklich darum geht, die Armut zu beseitigen und dort Schritte zu erreichen, aber was ich zu meiner Enttäuschung immer wieder erlebt habe in allen Verhandlungen, sei es zu dem Thema „Armutsbekämpfung bei Hartz IV“, sei es aktuell zum Bundeskinderschutzgesetz, die Linkspartei

fordert, fordert und fordert, aber handelt nicht. Sie sind nicht in der Lage, über Ihren Schatten zu springen, weil Sie nicht bereit sind, Kompromisse einzugehen!

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wir können leider in dem Moment nicht handeln. Schauen Sie sich die rechtlichen Voraussetzungen für eine Normenkontrollklage an! Da gibt es keine Kompromisse bei einer Normenkontrollklage.)

Aber zur Politikfähigkeit gehört, dass man Kompromisse eingeht. Da passt einem nicht alles. Für uns ist ganz entscheidend, und das hat diese Landesregierung auf den Weg gebracht, dass wir Schritt für Schritt vorankommen in der Armutsbekämpfung. Sie reden, wir handeln!

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Und deswegen haben wir die größte Kinderarmutsquote im Land.)

Wir laden Sie ein zu einem Miteinander, aber nicht wieder mit einer Klage gegen etwas, sondern seien Sie doch mal dabei, wenn es für etwas geht, für die Bekämpfung der Kinderarmut. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Tegtmeyer von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeyer, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Ein ‚Weiter so‘ darf es nicht geben.“ Das sind die Worte von Herrn Holter, die er an uns gerichtet hat mit Vehemenz. Schade, dass die nicht auf die Fraktion DIE LINKE gemünzt sind, nämlich ein „Weiter so“ erleben wir hier gerade. Wir haben, das hat Frau Bernhardt schon gesagt, und sie weiß es ja auch ganz genau, in den letzten Jahren immer wieder über Hartz-IV-Regelsätze gesprochen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Deshalb werden die aber auch nicht besser, wenn wir darüber sprechen.)

immer irgendwie eingebettet, oftmals unter der Überschrift „Gleiche Chancen für alle Kinder“.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wir haben den Ball immer wieder angenommen. Dieser Ball wurde immer wieder ins Spiel gebracht, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass man uns da als Koalitionär im Verbund mit der CDU piesacken konnte, weil wir ja alle wissen,

(Torsten Renz, CDU: Frau Schwesig
hat gerade gesagt, das wird vor
Gericht nicht mehr gekippt.)

dass die SPD-Positionen in diesem Zusammenhang immer recht nah bei denen der Fraktion DIE LINKE oder vorher der PDS waren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber die
Grundlagen für Hartz IV haben Sie ja gelegt,
das müssen Sie dann mal zugeben.)

Und manchmal konnte ich diese Anträge, zu denen ich ja in der Regel auch sprechen durfte, einfach aus Koalitionsdisziplin ablehnen.

(Torsten Renz, CDU: Nee, Frau Schwesig
hat gerade gesagt, keine Gefahr.)

Das ist mittlerweile nicht mehr ganz so, wie Frau Schwesig eben auch schon klargemacht hat.

(Torsten Renz, CDU: Genau, genau.
Da haben wir gute Arbeit geleistet.)

Genau vor einem Jahr zum Beispiel habe ich hier am 15.12.2010 zu dem bis dahin letzten Antrag der Fraktion DIE LINKE zu diesem Thema gesprochen und habe mein Bedauern zum Ausdruck gebracht über den Vorschlag der Bundesregierung aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, den ich damals selbst als faulen Kompromiss bezeichnet habe, der ja auch letztendlich im Bundesrat gescheitert und dann im Vermittlungsausschuss gelandet ist.

(Torsten Renz, CDU: Der bestimmt mit
der CDU dann auch geschlossen
wurde, nicht? Gemeinsam.)

Frau Schwesig hat eben hier schon die wesentlichen Ergebnisse des Entwicklungsausschusses gesagt. Ergänzen möchte ich dazu nur noch den Gewinn für Arbeitnehmer als Beschäftigte in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe oder in der Weiterbildungsbranche oder aber die Tatsache, dass die Aufwandsentschädigung für die sogenannte Übungsleiterpauschale, also 175 Euro nicht angerechnet werden. Auch das waren so am Rande dieses ganzen Paketes einige Erfolge, die man noch verbuchen konnte.

Und unsere Sozialministerin, die als Verhandlungsführerin der SPD ja in zähen Verhandlungen einige Erfolge durchgeboxt hat, hat das auch aus Überzeugung getan vor dem Hintergrund unserer vorherigen Diskussionen hier gerade in Bezug auf die Teilhabe aller Kinder. Wir haben hier oft als SPD zum Ausdruck gebracht, dass eine Teilhabe an Bildung, an Kultur, an anderen Dingen nicht nur an Geld messbar ist, dass das oftmals überhaupt nicht einmal die ausschlaggebende Rolle spielt, sondern dass der Zugang zu diesen Angeboten aufgrund unserer Siedlungsstruktur und auf der Grundlage der Situation, wo solche Angebote abrufbar sind, bei uns in Mecklenburg-Vorpommern gar nicht so einfach sicherzustellen ist. Beschämend ist, die Ministerin sagte es, dass diese Vorteile, die erkämpft wurden, durch Einzelne blockiert werden und daher den Menschen eben nicht zugutekommen, denen sie zugutekommen sollten.

Übrigens, auf Bundesebene haben die GRÜNEN sich sehr konstruktiv in diese Verhandlungen mit eingebracht,

(Heinz Müller, SPD: Ehrlich?)

konnten dem Gesamtpaket letztendlich aber dann doch nicht zustimmen. Und die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu bereits am 21.02. dieses Jahres festgestellt, ich zitiere: „Wir haben die Verhandlungen in enger und guter Zusammenarbeit mit den Grünen geführt. Am Ende konnten die Grünen dem gefundenen Kompromiss nicht zustimmen. Das bedauern wird. Grund waren die Zweifel der Grünen an der Verfassungsmäßigkeit des Regelsatzes. Tatsächlich bleiben hier offene Fragen hinsichtlich

der Verfassungsmäßigkeit der Berechnungsmethoden. Die Bundesregierung hat an dieser Stelle auf ihrer Rechtsauffassung beharrt. Sie trägt die volle Verantwortung und das Risiko bei einer erneuten verfassungsrechtlichen Überprüfung der Regelsätze.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also doch?!
Da sollen wir mitmachen?)

Genau. Die Berechnungsmethoden könnten verfassungsmäßig angreifbar sein.

(Torsten Renz, CDU: Das hat Frau Schwesig
aber eben anders dargestellt.)

Nein, das hat sie gar nicht anders gesagt. Das hat sie gar nicht anders gesagt.

(Torsten Renz, CDU: Doch! Wir sind ziemlich
sicher, dass es Bestand haben wird.)

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE suggeriert ja vor allem in der Begründung erst mal, dass die Regelsätze wesentlich zu niedrig sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Das geht aber aus dem Urteil des Verfassungsgerichtes so gar nicht hervor.

(Torsten Renz, CDU: Auch richtig.)

Zunächst einmal stellt das Bundesverfassungsgericht grundsätzlich fest, dass die ursprünglich angenommenen Beträge per se nicht zu niedrig sein bräuchten. Die Rüge des Verfassungsgerichtes richtet sich ja hauptsächlich darauf, dass die Berechnungsgrundlage im Laufe des Verfahrens verändert wurde, und nicht unbedingt ausschließlich auf die Höhe des Regelsatzes. Das ist ein großer Unterschied.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Deswegen kann man nicht davon ausgehen – wenn die Berechnungsgrundlage so erfolgt, dass das verfassungskonform ist, falls es jetzt tatsächlich nicht verfassungskonform sein sollte –, dass daraus folgt, dass nach der letzten Erhöhung der Regelsätze automatisch ein wesentlich höherer Regelsatz dabei herauskommt. Das suggeriert Ihr Antrag, entspricht aber nicht unbedingt der Wahrheit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Halten Sie
den Regelsatz für auskömmlich?)

Auf Bundesebene hat die Fraktion DIE LINKE bereits versucht, Unterstützerinnen und Unterstützer für eine Normenkontrollklage zu finden. Das ist allerdings gescheitert. Nun versuchen Sie es hier nicht ernsthaft, denn aufgrund dieser ganzen Vorgeschichte können Sie überhaupt nicht erwarten, dass wir als SPD-Fraktion, als Koalitionäre so einem Antrag zustimmen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja,
weil Sie Hartz IV eingeführt haben. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und deswegen gehen wir auch überhaupt gar nicht davon aus, dass Sie das ernsthaft so meinen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich sehe das so, dass Sie mit diesem Antrag eigentlich nur eins signalisieren: Wir als Fraktion DIE LINKE machen weiter so wie immer. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

(Torsten Renz, CDU:
Muss ich jetzt auch noch die
GRÜNEN verteidigen, oder was? –
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wo Sie heute so schön schwarz-grün tragen. –
Torsten Renz, CDU: Ja, ne.)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache das bei diesem Tagesordnungspunkt ganz seriös und unaufgeregt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie sind doch immer seriös.)

Vielleicht zwei, drei Dinge vorweg: Die Einbringerin hat uns ja vorgeworfen die politische Festlegung der Regelsätze.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Fehlerhafte Berechnung.)

Ich meine, wenn das so wäre, da haben Sie ja enorme Erfahrungen, wenn ich an Ihre Debatte zu den Mindestlöhnen denke: vorletzter Landtagswahlkampf 8 Euro, jetzt 10 Euro, und ich weiß nicht,

(Heinz Müller, SPD: Inflationsrate.)

wie Sie auf diese entsprechenden Summen kommen,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

aber wahrscheinlich sind die dann nicht politisch motiviert. Insofern, wenn Sie uns diesen Vorwurf machen und dann auch noch gleich mit der ganz schweren Keule drohen: „Das ist vorsätzlich und ein Verstoß gegen das Grundgesetz“,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

so habe ich das aufgenommen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ich habe aus der Studie zitiert, Herr Renz.
Ich hab aus der Studie zitiert.)

Gut, dann sind wir uns in dem Fall einig und ich zitiere aus der Sitzung am 14. Oktober 2010 Herrn Holter: „Neben der Intransparenz sind wir der Auffassung, und das haben wir immer wieder gesagt, dass die 5 Euro nicht ausreichen. Wir haben im Zuge der ganzen Debatte von 500 Euro Regelsatz gesprochen.“ Jetzt frage ich mich, inwieweit das politisch motiviert ist oder wie das inhaltlich untersetzt ist. Warum sind es nicht 499 oder 501? Aber da werden Sie sicherlich eine Erklärung haben, dass das eben aus Ihrer Sicht dann nicht vorsätzlich ist, wenn Sie

hier gegen das Grundgesetz verstoßen. Insofern möchte ich Sie nur etwas anmahnen, dann auch vielleicht Ihre eigenen Taten mehr zu durchleuchten.

Als ich diesen Antrag bekommen habe, habe ich mich natürlich gefragt, welche neuen Erkenntnisse seit Ihrem Märzantrag vorliegen. Sie haben ja fortlaufend regelmäßige Anträge gestellt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

haben ja dann auch zum Besten gegeben, dass Sie sich ganz sicher sind, dass hier Rot-Schwarz nie zustimmen wird, aber Sie wollen es trotzdem machen. Das ist ja auch legitim, wenn Sie so verfahren. Die Frage ist nur, ob es auch zwischendurch mal neue Erkenntnisse gibt. Eine Erkenntnis war die, dass Ihre Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN und die SPD in Berlin angeschrieben hat und diese sich geweigert haben, dieses Vorgehen zu unterstützen, was Sie ja hier auf den Weg bringen wollen. Insofern versuchen Sie das jetzt in einem der wichtigsten Bundesländer, auf diesem Wege dann rechtlich diesen Weg zu beschreiten.

Und insofern möchte ich mich dann wirklich konkret Ihrem Antrag hier widmen. Im ersten Anstrich unter 1. sagen Sie ja: „die in den Artikeln 1 bis 20 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland verankerten Grundrechte (sind) rechtsverbindlich und damit einzuhalten“. Das soll der Landtag feststellen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das ist in Ordnung. Man könnte das fast erweitern, dass das für das gesamte Grundgesetz gilt.

(Heinz Müller, SPD: Und dass die Sonne im Osten aufgeht.)

Ich weiß nicht, warum Sie darauf jetzt nicht eingehen, warum Sie das so explizit dann hier als den Beschluss noch mal herbeiführen wollen. Gut, wenn Sie ziffernweise oder nach Anstrichen abstimmen lassen wollen, dann, glaube ich, spricht nichts dagegen, dem zuzustimmen. Wenn wir aber die weiteren Punkte nehmen, dann kommt ja wahrscheinlich der eigentliche Kern Ihres Antrages.

Durch mehrere Gutachten, zuletzt durch zwei wissenschaftliche Studien und so weiter beim DGB haben Sie ja jetzt völlig neue Erkenntnisse. Und dann habe ich mir natürlich mal die Mühe gemacht und die Gutachten entsprechend durchgearbeitet, auf die Sie sich berufen. Da will ich doch mal auf das Gutachten der Frau Dr. Irene Becker etwas näher eingehen. Ich gehe davon aus, Sie haben das auch gelesen.

(Barbara Borhardt, DIE LINKE: Ja.)

Die Punkte, die sie hier zusammenfasst unter a) bis k) – ich habe das jetzt nicht nachgezählt, der wievielte Buchstabe k im Alphabet ist –, auf alle Fälle ist es so, dass bei 90 Prozent, das ist jetzt meine Auffassung als Nichtjurist, bei 90 Prozent ihrer zusammenfassenden Feststellung immer wieder Türen offen gelassen werden, indem man dann entsprechende Formulierungen findet. Ganz wichtig ist zum Beispiel mal der Einstieg: „Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe stellt eine geeignete Datenbasis dar, um den Bedarf, der mit regelmäßigen Ausgaben verbunden ist, zu messen.“

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Also die Grundrichtung stimmt schon mal. Dann nimmt man zum Beispiel die Thematik der Referenzhaushaltstypen, es ging ja da um vier. Sie formuliert dann: „wäre die Bezugnahme auf nur einen Referenzhaushaltstyp gegenüber dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales angewandten Verfahren methodisch stringenter“. Wäre methodisch stringenter – ja, was heißt das?

Unter c): „Die verwendeten Schlüssel zur personellen Zurechnung von Haushaltsausgaben sind noch akzeptabel. Sie sollten allerdings ... überarbeitet werden.“

Also, wir wollen ja darauf hin, zu dem Ziel, weil Sie sagen, es wird nicht verfassungskonform sein, obwohl wir jetzt auch die Auffassung der Frau Ministerin schon mal gehört haben, und wenn Sie das so fortführen, unter d): „Die ... Bereinigung der Grundgesamtheiten der vier Haushaltgruppen (ist)“ nach diesem Datenverfahren „EVS durchaus möglich“.

Unter e): „Die Herausnahme von BAföG-Beziehenden“ ist „möglicherweise zur Überschätzung“ angelegt. Möglicherweise! Also Sie werden immer wieder in den Formulierungen hier entsprechende Einschränkungen finden.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Unter g): „Das Ergebnis der für Einpersonenhaushalte durchgeführten Berechnungen kann als signifikant bezeichnet werden. Einschränkend ist zu beachten ...“

So können wir, und die Zeit nehmen wir uns dann auch, hier weitermachen. Unter h): „Die Gesetzesbegründungen dafür, dass zahlreiche Güter und Dienstleistungen als ‚nicht regelbedarfsrelevant‘ gewertet werden, sind zu einem erheblichen Teil nicht sachgerecht bzw. nicht stichhaltig.“ Zu einem erheblichen Teil! Als Nichtjurist gehe ich immer davon aus, das hat dann alles immer noch Beurteilungsspielraum.

Dann geht es weiter: „Die Höhe der Schulbedarfspauschale (100 Euro p. a.) kann als realistisch bezeichnet werden, während die der Teilhabepauschale (10 Euro monatlich) nicht sachgerecht begründet“ ist. Das heißt ja auch, logisch für mich als Nichtjurist: Das Ergebnis mit den 10 Euro wird erst mal nicht infrage gestellt, sondern man setzt sich juristisch mit der Begründung auseinander. Also es wird in dem Sinne ja eher gar nichts gesagt. Es wird dann zwar noch nachgeschoben von der wissenschaftlichen Mitarbeiterin hier, dass es eher „gering erscheint“. – Auch wieder so ein typisches Juristendeutsch.

Dann nehmen wir mal Punkt k): „Hinsichtlich der neuen Dynamisierungsregeln sind zwei Aspekte zu berücksichtigen. – Die Fortschreibung der Regelleistungen ... entspricht einem sachgerechten Verfahren.“

So können wir das gesamte Gutachten nacheinander durchgehen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Haben Sie mal das zweite gelesen, von dem Juristen Johannes Münder?
Der stellt das eindeutig fest.)

und dann kann jeder – ich weiß nicht, ob das dann auch wieder so sein wird – sagen: Das Motto „Zwei Juristen,

drei Meinungen“ kommt wahrscheinlich nicht von ungefähr.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Johannes Münder schon.)

Insofern will ich Ihnen sagen, solche pauschalen Dinge hier in den Raum zu stellen, das kann man natürlich machen. Wenn man sich damit inhaltlich auseinandersetzt, kann man vielleicht zu anderen Schlussfolgerungen kommen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Sie hätten die Gutachten alle
beide lesen sollen, auch
das von dem Juristen!)

Kommen wir mal zurück zu Ihrem Antrag, Anstrich 3: „auch das Bildungs- und Teilhabepaket sowie andere um die Regelsätze herum ausgehandelte Kompromisse“, dass die „einen Rechtsverstoß nicht legitimieren“. Also, da sage ich mal, wenn ich das jetzt analysiere und logisch herangehe, dann sagen Sie im ersten Teil bei Anstrich 3, das Bildungs- und Teilhabepaket ist gut und richtig.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nö, nö.)

Sie versuchen das nachher in der Schlussbemerkung noch etwas zu relativieren, aber Sie sagen für mich eindeutig, das Teilhabepaket ist gut und richtig, und beziehen das dann auf seinen Rechtsverstoß.

Und ich habe ja heute Morgen in der Debatte schon dargestellt, wie sich manchmal die Realität darstellt, dass es eben so ist, dass wir schon vor Ort sozialpolitisch parteiübergreifend Verantwortung übernehmen. Als Beispiel habe ich Ihnen die Gebührensatzung der Musikschule Güstrow genannt, dass die eben einen Erlass auf null Gebühren vorsieht, und das ist auch gut so.

Wenn Sie dann im vierten Anstrich sagen: „eine weitere Untätigkeit der Landesregierung“ und so weiter und so fort, dann möchte ich in diesem Zusammenhang noch mal darauf verweisen, dass, vielleicht mehr politisch geprägt, sich die Landesregierung am Ende doch auch in den Diskussionsprozess eingebracht hat, nämlich im Vermittlungsausschuss, und es zu einem Ergebnis gekommen ist, das dann aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommern – auch aus meiner Sicht – besser ist als das, was vorher im Bundestag auf den Weg gebracht wurde.

Was ich dann immer so ein bisschen erstaunlich finde, ist die Tatsache, dass so getan wird, als ob nur die SPD dort im Vermittlungsausschuss abgestimmt hat. Insofern ist das Ergebnis des Vermittlungsausschusses doch ein Ergebnis von allen Beteiligten.

Und auch da möchte ich mir einfach mal erlauben, Frau Schwesig zu zitieren, die in der Sitzung des Bundestages am 25. Februar 2011 zu Recht gesagt hat, und das freut mich, dass ich das hier noch mal so nachlesen und vortragen darf: „Ich bin froh darüber, dass wir in der letzten Sitzung des Vermittlungsausschusses parteiübergreifend mit den Ländern knallhart waren und die Istkostenerstattung durchgesetzt haben.“ Da sage ich, das ist gut so, und insofern, Frau Tegtmeier, auch wir waren dabei, um das Ergebnis dann noch zu verbessern.

(Vincent Kokert, CDU: Hat
Frau Tegtmeier das in Abrede gestellt?)

Dann kommen wir mal zum Punkt 2 des Antrages der LINKEN. Da geht es dann endlich um Ihre vielzitierte Normenkontrollklage, auf die Sie sich ja hier berufen, die Sie auf den Weg bringen wollen. Nachdem Sie also die Hürde dort im Bund mit den Fraktionen von SPD und GRÜNEN nicht auf den Weg bekommen und auch die 25 Prozent dann im Bundestag nicht zustande bekommen haben, versuchen Sie das hier. Und dann ist es eben so, Artikel 93 besagt: „bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln über die förmliche und sachliche Vereinbarkeit“ und so weiter und so fort. Da möchte ich ganz einfach für uns feststellen: Es gibt hier keine Meinungsverschiedenheiten. Die Frau Ministerin hat das auch zum Ausdruck gebracht, dass es aus ihrer Sicht jetzt keine Meinungsverschiedenheiten mehr gibt,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Zweifel wurde mehrfach angemeldet.)

und es gibt auch keine Zweifel bei der CDU-Landtagsfraktion, dass hier noch verfassungsrechtliche Bedenken bestehen. Und insofern, weil es keine Meinungsverschiedenheiten und keine Zweifel bei der Landesregierung gibt, lehnen wir Ihren Antrag ab, weil wir – die Auffassung habe ich jetzt dargestellt – in diesem Punkt keine Handlungsnotwendigkeit und keine Sinnhaftigkeit erkennen, dass das zum Erfolg führt. Deshalb schließe ich mich dem an, was Frau Schwesig gesagt hat: Wir sollten auf anderen Gebieten im Bereich der Familienpolitik handeln und dann Erfolge vor Ort aufweisen.

(Egbert Liskow, CDU: Ruhig und sachlich.)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der NPD-Fraktion.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Ermittlung der Regelsätze für Bezieher von Arbeitslosengeld II kann nicht als isoliertes Problem betrachtet werden.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Diese Frage ist im Zusammenhang mit anderen Sachverhalten zu sehen – und möglichst gleichzeitig zu regeln –, zum Beispiel mit Mindestlöhnen, aber auch mit der Unterbesetzung der Sozialgerichte. Denn das sogenannte Lohnabstandsgebot ist an sich ja ein nachvollziehbarer Gedanke, dass einer, der arbeitet, deutlich mehr bekommen soll als einer, der, aus welchen Gründen auch immer, nicht arbeitet.

Wenn zu Recht die Regelsätze so angehoben werden sollen, dass es zu einem menschenwürdigen Dasein reicht, werden sich viele Kleinverdiener und sogar untere Mittelverdiener fragen, warum zum Teufel sie morgens eigentlich noch aufstehen. Und Kleingewerbetreibende, die am Rand der Selbstaubeutung balancieren, werden sich diese Frage auch stellen. Also müsste gleichzeitig mit einer Regelsatzerhöhung ein Mindestlohn kommen, der auch durchgesetzt wird gegen ausbeuterische Arbeit-

geber – die leicht höhere Löhne zahlen könnten, wenn sie wollten – mit Zwang, bei dem kleinen Frisörmeister – der Pleite ginge, wenn er höhere Löhne zahlen würde – mit staatlicher Hilfe und für den kleinen Ladenbesitzer – der für die Versorgung seiner Nachbarschaft unentbehrlich geworden ist, aber trotzdem als Aufstocker Hartz IV bezieht – mit großzügigeren Selbstbehaltsregelungen und weniger Papierkrieg.

Außerdem nützen höhere Regelsätze wenig, wenn das Jobcenter aus irgendwelchen Gründen die Leistung kürzt oder gar nichts auszahlt und es dann mindestens vierzehn Tage dauert, bis die Sozialgerichte selbst im Eilverfahren eine Entscheidung getroffen haben, weil es immer noch zu wenige Sozialrichter gibt, trotz der Personalaufstockung. Dann stehen ganze Familien zwei Wochen ohne Geld da. Um soziale Verhältnisse in diesem Staat und auf diesem Gebiet zu schaffen, muss das alles gleichzeitig gemacht werden, damit es eine gerechte Lösung gibt für alle betroffenen Bevölkerungsgruppen, nicht nur für Hartz-IV-Bezieher, sondern auch für Kleinverdiener, untere Mittelverdiener und kleine Ladenbesitzer. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir von den Rednern der Regierungsfractionen gehört haben, war wenig überraschend. Wieder einmal ist deutlich geworden, Leistungsbezieher nach dem SGB II haben keine Lobby bei den Hartz-IV-Parteien,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

egal ob sie nun schwarz oder hellrot, oder soll ich besser sagen, purpur in der Färbung sind.

Frau Ministerin Schwesig, vielleicht noch eine Bemerkung zu Ihren Ausführungen vorneweg. Wir sind für die Einhaltung des Grundgesetzes

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und wenn es Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Regelung gibt, sehen wir es als Pflicht zu handeln.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und weil Sie Schweriner Kommunalpolitik angesprochen haben, darf ich Sie daran erinnern, dass Ihr Sozialdezernent Dieter Niesen sich bis heute weigert, das Geld aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für die Einstellung zusätzlichen Personals zur Abarbeitung des Antragsstaus beim Bildungs- und Teilhabepaket einzusetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Hört, hört!)

Und weil es bei aller Kritik natürlich,

(Vincent Kokert, CDU: Kann sich Ihre
Oberbürgermeisterin nicht durchsetzen,
oder was ist der Grund dafür? –
Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus
und Egbert Liskow, CDU)

und weil es bei aller Kritik natürlich auch darum geht, dass die Kinder das Geld aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bekommen, nur deshalb hat Frau Oberbürgermeisterin Gramkow eine andere Regelung vorgeschlagen.

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Ja, meine Damen und Herren, es ist immer wieder so, wenn man Ihnen den Spiegel vorhält, dann reagieren Sie häufig sehr dünnhäutig.

(Torsten Renz, CDU: Genau.)

Sparen Sie sich das ruhig mal auf, es wird noch einige Punkte in meiner Rede geben, die Ihnen nicht gefallen dürften.

(Heiterkeit und Beifall vonseiten
der Fraktion DIE LINKE –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ooooh!)

Die vom Deutschen Gewerkschaftsbund in Auftrag gegebene Studie von Irene Becker und Professor Johannes Münder macht nämlich eines noch einmal ganz deutlich, dass dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes eben nicht entsprochen wurde. Das kann auch gar nicht verwundern, denn die Festlegung der Regelsätze folgte nicht dem Ansatz, tatsächliche Bedarfe zu berücksichtigen, sondern orientierte sich ausschließlich an finanzpolitischen Erwägungen. Es ist schon gesagt worden, vor diesem Hintergrund wurde kräftig getrickst und etliche Positionen aus der Verbraucherstichprobe, die dem Berechnungsverfahren zugrunde liegt, wurden gestrichen.

Ich werde jetzt hier nicht alle Argumente wiederholen und auch keine 100 Seiten Gutachten zitieren, aber zwei Sachverhalte darf ich beispielhaft noch mal benennen: Bei der Bestimmung einzelner Leistungen als nicht regelleistungsrelevant wurden beispielsweise lediglich die privaten Konsumausgaben berücksichtigt. Dies führte in der Konsequenz dazu, dass zum Beispiel Versicherungsbeiträge zur Hausrat-, Haftpflicht- oder privaten Unfallversicherung gar keine Berücksichtigung fanden. Wenn man mal davon ausgeht, dass gerade die Betroffenen aufgrund ihrer persönlichen Situation bei eintretenden Unglücksfällen keinerlei Rücklagen haben, dann wird schon klar, wie falsch eine solche Vorgehensweise ist. Selbst wenn in der Vergleichsgruppe diesbezüglich auch wenig investiert wurde, ist eine solche Entscheidung schon grundsätzlich verkehrt, denn man muss sich doch fragen, wer am Ende des Tages bei Eintritt von Schadensfällen einsteht, wenn es Versicherungen in Ermangelung entsprechender Vorsorge bei den Betroffenen nicht tun können.

Ein weiteres Beispiel aus der Praxis: Kraft- und Schmiermittel sind ja bekanntlich immer noch unabdingbare Notwendigkeit bei der Nutzung eines Pkws. Bei der Ermittlung des Bedarfes kam man zu dem Schluss, dass die Nutzung eines Pkws oder Motorrades nicht existenzsichernd und somit nicht zum Grundbedarf zu zählen sei. Das ist im Zeitalter umfassender Mobilitätsanforderungen eine sehr merkwürdige Feststellung. Die Betroffenen sollten stattdessen das Fahrrad, den ÖPNV und den SPNV nutzen. Für Letzteren wurden übrigens gerade die Preise erhöht. Allerdings verzichteten in den vergleichbaren Referenzgruppen auch nur 25 Prozent auf die Nutzung ihres Pkws, und die Gruppe der Vergleichsfamilien, die hier herangezogen wurde, ist mit 59 beziehungsweise

38 Fällen so klein, dass sie der Forderung des Bundesverfassungsgerichtes nach einer hinreichend breit gefassten statistischen Basis zuwiderläuft. Und auch ohne dass man sich im Detail mit dem Sozialrecht befasst, muss man sich doch bei Nutzung des gesunden Menschenverstandes fragen, wie sich Betroffene vor diesem Hintergrund jemals wieder in den Arbeitsmarkt integrieren sollen.

Zum Vergleich: Für Arbeitslose im SGB-III-Bezug ist festgelegt, dass bei Annahme oder Ausübung eines Vollzeitjobs bis zu zweieinhalb Stunden An- und Abfahrtsweg täglich zumutbar sind. Wie das ohne Auto in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern funktionieren soll, das müssen Sie uns mal erklären. Und möglicherweise greift selbst das Anliegen des Gesetzgebers, geringere Fahrtkosten in Ansatz zu bringen, zu kurz. Denn die Studie kommt zu dem Schluss, der fehlende Pkw verhindert häufig den Einkauf beim Discounter und führt an anderer Stelle dann wiederum sogar zu Kostensteigerungen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wenn also derartige Leistungen bei der Ermittlung des Regelbedarfes keine Berücksichtigung finden, müssen die Betroffenen schlussendlich versuchen, ihren höheren Bedarf bei bestimmten Verbrauchspositionen durch Einsparung bei anderen zu realisieren. In der Realität heißt das, Hilfsbedürftige verlieren die Entscheidungskompetenz über ihre Lebensführung.

Und da zeigt sich auch das Grundproblem: Man hat nämlich eins gar nicht berücksichtigt, es ging nicht um tatsächliche Bedarfe, sondern es ging darum, was ein Haushalt in Sachen Lebensführung maximal ausgeben kann. Übersetzt heißt das: Wenn der Betroffene beispielsweise auf seinen Beitrag im Fußballverein verzichtet und damit letztlich auf ein Stück Lebensqualität durch soziale Teilhabe, dann kann er sich unter Umständen auch mal ein Stück Kuchen leisten, wenn ihn Freunde oder die Familie besuchen.

(Burkhard Lenz, CDU: Das stimmt doch nicht. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Fazit eins: Die Festlegung der Regelsätze beruht in vielfacher Hinsicht nicht auf der vom Bundesverfassungsgericht geforderten breit gefassten

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und belastbaren statistischen Basis. Sie blendet Realitäten bewusst aus und ist deswegen verfassungsmäßig bedenklich.

Kritisch gesehen wird vor allem auch das Bildungs- und Teilhabepaket. Mit dem in der kommunalen Familie parteiübergreifend schon oft als viel zu bürokratisch bezeichneten Paket – ich könnte jetzt wieder anführen, dass das auch der O-Ton des SPD-Fraktionsvorsitzenden in Schwerin am 12.12. in der Beratung zu diesem Thema war –

(Torsten Renz, CDU: Das lassen Sie lieber weg, ne?)

wurde eben versucht, die lächerlich geringe Anhebung der Regelsätze zu kaschieren. Folglich kommt auch der DGB zu dem Schluss, dass man das Bildungs- und Teil-

habepaket aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht gegen die vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Notwendigkeit der Anhebung der Regelsätze stellen kann.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Man sieht die Problematik vor allem darin begründet, dass die Inanspruchnahme von Leistungen nur dort rechtsverbindlich vorgesehen ist, wo diese auch angeboten werden können. Hier muss man sich als Einwohner eines Flächenlandes wie Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls fragen, wie das insbesondere in strukturschwachen ländlichen Räumen funktionieren soll. Praktisch bedeutet das doch Folgendes: Gibt es keinen Sportverein oder keine Musikschule vor Ort, wo der Betroffene die 10 Euro pro Monat für sein Kind einlösen kann, dann schaut er in die Röhre, und zwar nicht nur, weil er sich den Aufwand, in die nächste Kreisstadt zu fahren, nicht leisten kann – Sie erinnern sich, statt Auto soll ja Fahrrad, Bus oder Bahn gefahren werden –,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

sondern weil der Bildungsanteil im Regelbedarf unter Verweis auf das Bildungs- und Teilhabepaket gekürzt wurde.

(Beate Schlupp, CDU:

Von welchen Orten reden Sie denn? –

Peter Ritter, DIE LINKE: Von Plöwen zum Beispiel. –

Heinz Müller, SPD: Da gibts auch 'ne Musikschule.)

Unterm Strich nimmt man einem Kind in solchen Regionen also gänzlich die Möglichkeit, Sport und Musik außerhalb eines Vereines oder einer Schule zu betreiben.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Das führt dann zu Fazit zwei: Auch das ist verfassungsmäßig bedenklich, denn das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland fordert gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Die Systematik des Bildungs- und Teilhabepaketes manifestiert also eine andere Logik. Insofern ist aus unserer Sicht eine Überprüfung im Zuge eines Normenkontrollverfahrens angeraten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und wie nun weiter? Natürlich kann man es nun wieder den Gerichten überlassen, auf die Verfassungskonformität und in der Konsequenz auch auf einen anderen Regelsatz hinzuwirken. Aber zum einen dauert das Jahre – zur Erinnerung, allein hier in Mecklenburg-Vorpommern waren Ende letzten Jahres noch 12.000 offene Verfahren in Sachen SGB II anhängig –

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

und zum anderen ist es aus unserer Sicht der falsche Weg, den Betroffenen Individualklagen zu empfehlen, denn der Kampf vor den Gerichten würde viele schlichtweg überfordern.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Besser wäre es, die Erkenntnisse aus den wissenschaftlichen Gutachten endlich ernst zu nehmen und als Landesregierung selbst mal aktiv zu werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Richtig.)

Wenn die Politik in fünf Jahren nämlich aufgrund der Rechtsprechung zu Individualklagen erneut bescheinigt bekommt, dass sie es nicht verstanden hat, die Voraussetzungen zur Festlegung eines verfassungskonformen Regelsatzes zu schaffen, dann müssen wir doch hier zukünftig nicht mehr ernsthaft über Politikverdrossenheit diskutieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, alle demokratischen Fraktionen dieses Hauses haben kundgetan, dass die Politik etwas tun muss, um niemanden zurückzulassen, wie es der Ministerpräsident formulierte, oder das gesamte Arbeitskräftepotenzial inklusive der von Langzeitarbeitslosigkeit ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Foerster, kommen Sie bitte zum Schluss.

Henning Foerster, DIE LINKE: ... betroffenen Menschen zu erschließen, ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Foerster!

(Burkhard Lenz, CDU: Er schließt schon.)

Henning Foerster, DIE LINKE: ... wie es Frau Sozialministerin Schwesig kürzlich tat. Ja, ich beende meine Rede.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ja.

Henning Foerster, DIE LINKE: Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/161. Wer dem zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Damit, ach so, damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/161 abgelehnt mit Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD sowie mit der Gegenprobe der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Einführung eines landesweiten Verwendungsverbotes von bleihaltigen Jagdgeschossen, Drucksache 6/174.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Einführung eines landesweiten Verwendungsverbotes von bleihaltigen Jagdgeschossen
– Drucksache 6/174 –

Das Wort zur Begründung hat Frau Dr. Ursula Karlowski.

(Vincent Kokert, CDU:
Na, nun bin ich ja gespannt.)

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! In Deutschland verschießen Jäger pro Jahr circa 120.000 Kilogramm Blei in Form von Büchsen- und Schrot. Der überwiegende Anteil verbleibt dauerhaft im Ökosystem. Blei ist nun bekannterweise ein Umweltgift, es wirkt toxisch auf Pflanzen, auf Tiere, auf Menschen und die Mikroorganismen und es reichert sich im Boden an. Bleivergiftungen werden bei vielen Vogelarten nachgewiesen, insbesondere bei aasfressenden Greifvögeln, wie den Seeadlern, unseren Rotmilanen und Mäusebussarden. Seit Jahren werden in Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig Seeadler aufgefunden, die nachweislich an einer Bleivergiftung verendet sind.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Allein im Müritz-Nationalpark betrifft das etwa jeden zweiten verendet aufgefundenen Seeadler. Wie ist das eigentlich möglich?

(Burkhard Lenz, CDU:
Ja, das frag ich mich auch.)

Von Jägern nach der Jagd liegen gelassene bleihaltige Innereien oder Kadaver werden von den Seeadlern gefressen.

(Vincent Kokert, CDU: Haben die Umweltverbände erst gefördert, damit die schön ranflattern können und das dann auffressen. Haben Sie das schon vergessen?)

Greifvögel reagieren viel empfindlicher als Säugetiere auf Blei, Säugetiere wie der Mensch zum Beispiel. Das Blei löst sich bei den Vögeln in der Magensäure auf, gelangt in die Blutbahn und vergiftet die Tiere. Kleinste Mengen Blei reichen aus, um beim Seeadler eine akute Vergiftung auszulösen, an der der Vogel in wenigen Tagen stirbt.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Bei einer chronischen Bleivergiftung über mehrere Wochen, wo er nicht direkt stirbt, wird erst das Nervensystem beschädigt, der Seeadler erblindet und kann seine Bewegungen nicht mehr ausreichend kontrollieren. Er verhungert dadurch anschließend.

Auch für die menschliche Gesundheit bedeutet der Verzehr bleihaltigen Wildfleisches eine gravierende Gesundheitsgefahr. Dabei reicht es keinesfalls, das Geschoss zu entfernen, denn das mit Bleimunition beschossene Wild enthält zahlreiche Splitter, den sogenannten Bleinebel, der das Fleisch in einem Radius von bis zu 30 Zentimeter um den Schusskanal verunreinigt.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Beim Menschen wirkt das Blei schon in kleinsten Mengen toxisch und schädigt das zentrale Nervensystem, also unser Gehirn. Bei Kindern kann es ernste Entwicklungsstörungen hervorrufen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das Bundesinstitut für Risikobewertung warnt insbesondere Schwangere und Kinder vor dem Verzehr von Wildfleisch.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist nicht nachgewiesen. – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Was ist also zu tun? Bleihaltige Munition kann mittlerweile nahezu für alle gängigen Jagdwaffen durch bleifreie Munition ersetzt werden.

(Vincent Kokert, CDU: Wie ist das mit dem Abprallverhalten?)

Da komme ich noch zu.

In einigen Teilen des Landes ist die Verwendung bleifreier Jagdmunition bereits heute gängige Praxis.

Hören Sie zu: In den stadteigenen Waldflächen der Hansestadt Rostock findet die Jagdausübung seit Beginn des Jagdjahres 2010/2011 gänzlich ohne Bleimunition statt. Gerade jetzt wurde auch in Greifswald die bleifreie Jagd beschlossen. Im Bereich der Gewässer Mecklenburg-Vorpommerns existiert bereits ein Verbot für die Verwendung bleihaltiger Munition. So heißt es im Gesetz und Verordnungsblatt Mecklenburg-Vorpommern 2008, Seite 44, unter Paragraph 3 „Bejagungsverbote“, ich zitiere: „Es ist verboten, die Jagd auszuüben: ... 3. auf Wasserwild mittels Bleischrot auf Gewässern und im 400-Meter-Abstand von deren Ufer“, Zitatende.

Die Erfahrungen mit dieser Munition, die bereits für mehr als 50 Kaliber erhältlich ist, sind durchweg positiv. Das zu Ihrer Frage. Ein zeitweise vermutetes Risiko für den Schützen durch verändertes Abprallverhalten der Munition konnte durch eine Studie der Deutschen Versuchs- und Prüfanstalt für Jagd- und Sportwaffen im Auftrage der Bundesregierung zweifelsfrei ausgeschlossen werden. Damit ist heute der Weg frei zum Ausstieg aus der bleihaltigen Jagdmunition.

Wir GRÜNEN fordern daher aus Gründen des Schutzes der Gesundheit der Verbraucher und des Tier- und Artenschutzes:

1. ein landesweites Verbot für die Verwendung bleihaltiger Munition nach einer kurzen Übergangszeit für die Jagd in Mecklenburg-Vorpommern einzuführen,
2. ein sofortiges Verbot der Verwendung bleihaltiger Jagdmunition in den Großschutzgebieten des Landes einzuführen.

Blei gehört weder in unsere Umwelt noch auf den Esstisch! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich danke Ihnen.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Es spricht jetzt unser Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Till Backhaus.

Nicht fallen!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Der ist angeschossen. – Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der SPD)

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letzten Landtagssitzung vor dem Weihnachtsfest, so habe ich ja gestern schon angefangen, ist es natürlich schon so, ich habe oft das Gefühl, als ob man ...

(Vizepräsidentin Silke Gajek:
Bisschen wenig, nicht?)

Ja, das ist ein bisschen wenig. Können Sie mal ein bisschen stärker drücken?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vielleicht
sprichst du mal ein bisschen lauter.)

Ja, ich kann auch noch versuchen, ein bisschen lauter zu sprechen.

(Zurufe aus dem Plenum: Ahhh! –
Vincent Kokert, CDU: Lauter und kürzer! –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Auf jeden Fall habe ich den Eindruck, dass es richtig ist, dass wir uns mit diesen Themen natürlich auseinandersetzen müssen.

Und, auf der anderen Seite ist es so, meine Damen und Herren, wenn wir uns die Situation anschauen, dann haben wir tatsächlich in Deutschland, in Europa und weltweit ein Problem mit Blei, und das nicht nur ausdrücklich im Zusammenhang mit der Jägerei, sondern mit dem Bleiverbrauch insgesamt. Wenn wir uns heute fragen, was sind die Nationen, die die höchste Bleiproduktion haben, Frau Dr. Karlowski, dann werden Sie das sicherlich auch noch mal aufnehmen und es auch wissen. Wenn ich mir anschau, in China werden zurzeit im Jahr, pro Jahr 950.000 Tonnen Blei abgebaut oder in den Vereinigten Staaten von Amerika sind es über 450.000 Tonnen Blei, die natürlich auch in Produkten der chemischen Industrie enthalten sind, in der Automobilindustrie ganz stark, und natürlich damit auch Emissionen in die Umwelt abgeben. Das müssen wir erkennen und wir wissen bis heute noch nicht endgültig, wo tatsächlich die zum Teil hohe Bleikonzentration in bestimmten Pilzen oder dann auch im Wildbret direkt herkommt. Das Problem jetzt allein auf die Munition zu schieben, greift für mich zu kurz.

Nichtdestotrotz ist klar, wir haben uns entschieden in Mecklenburg-Vorpommern, das will ich ausdrücklich unterstreichen, wir haben in den Landesforsten das Verbot der Anwendung bleifreier Munition aufgehoben, das heißt, es kann bleifrei angewandt werden. Und zum anderen muss ich Ihnen ausdrücklich sagen, ich bin froh, dass wir wissenschaftsbasiert handeln und Entscheidungen treffen. Alles andere hilft uns keinen Millimeter weiter.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, so wie dieser
Antrag, der hilft uns auch nicht weiter.)

Mit Ideologien kommen wir nicht weiter. Da muss ich Ihnen ausdrücklich sagen, und Sie wissen es auch, dass auf der Agrarministerkonferenz in Suhl das Thema auf

der Tagesordnung stand. In Suhl werden seit 1555 Waffen hergestellt, die auf der Basis da noch mit Geschossen des Bleis über viele, viele Generationen hinweg angewandt worden sind, und der Beweis, dass es hier Probleme gegeben hat, ist ausdrücklich nicht erbracht worden. Auch das ist in dem Gutachten und in den Vorträgen, Sie haben das BfR, das Bundesamt für Risikobewertung angesprochen, festgestellt worden. Ich bin froh, dass der Antrag auch von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein angenommen worden ist, nämlich die Bundesregierung aufzufordern, unverzüglich zu prüfen. Das wissen Sie auch, und ich finde es traurig, dass Sie das der Öffentlichkeit oder dem Hohen Hause vorenthalten. Es fehlt ein Gutachten.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es fehlt ein ganz wesentliches Gutachten, nämlich über das Abprallverhalten und die Tötungswirkung der Alternativgeschosse. Das fehlt. Das kommt Anfang des Jahres 2012 und dann werden wir zu entscheiden haben, ob und inwieweit wir schnell zu einer tatsächlichen Entscheidung kommen, und zwar bundesweit. Sollte die Bundesregierung nicht handeln, das sage ich hier auch, Frau Dr. Karlowski, sollte die Bundesregierung nicht handeln, dann werden wir handeln und werden dann umstellen.

Ein weiteres Argument, glaube ich, dürfte Ihnen als GRÜNE auch wichtig sein. Wir wissen heute noch nicht, noch nicht, und die Waffenhersteller ...

Frau Karlowski, es wäre schön, wenn Sie wenigstens zuhören würden.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Da haben Sie dann immer ein Problem damit, wenn nämlich nachher der erste Unfall passiert ist,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

dass in Mecklenburg-Vorpommern 150.000 Stück Schalenwild bejagt werden

(Vincent Kokert, CDU: Dann haben sie es nicht gewusst. Dann stehen sie mit den Luftballons bei den Opfern und sagen:
Das haben wir nicht gewusst.)

und dass es sowohl Probleme gibt mit diesen neuartigen Geschossen, jedenfalls was die Zusammensetzung,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir wundern uns nur gerade über den Widerspruch zu Ihrer vorherigen Meinung.)

was die Zusammensetzung und was die Anwendung anbetrifft.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier gibt es noch erhebliche sicherheitsrelevante Fragen, das sage ich Ihnen ausdrücklich. Wenn der erste verunfallte Jäger oder wenn durch den Beschuss eines Stück Wildes jemand zu Schaden kommt,

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

weil die Tötungswirkung dieser neuen Geschosse nicht eindeutig nachgewiesen ist, dann möchte ich Sie sehen, was hier für eine Diskussion durch- und losbricht.

(Vincent Kokert, CDU: Dann sieht man sie ja nicht mehr, das ist es ja.
Dann sind sie in den Büschen.)

Nicht umsonst habe ich zum Beispiel auf Drückjagden in Mecklenburg-Vorpommern das Hochstandgebot eingeführt, damit von einem erhöhten Stand geschossen wird. Das ist im Übrigen auch im Stadtwald in Rostock geschehen, ansonsten ist diese Munition tatsächlich mit großen Gefahren, mit zusätzlichen Gefahren verbunden. Darüber hätte Sie Ihre Kollegin Frau Dähn, die ja auch auf der Tagung des BfR anwesend war und die von uns eingeleitete Diskussion aufgenommen hat, eigentlich informieren müssen.

(Vincent Kokert, CDU: Den Zettel hat sie leider liegen lassen. Oh Gott!)

Und zum anderen, glaube ich, ist auch wichtig, wir werben mit „Natürlich Wild aus Mecklenburg-Vorpommern!“

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

und stehen kurz vor dem Weihnachtsfest. Jetzt so zu tun, als ob das Wildbret aus Mecklenburg-Vorpommern gerade dazu führt, dass die Menschen sich damit vergiften – ich hoffe, dass Sie das nicht so gemeint haben –,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

das finde ich einfach nicht korrekt und das ist auch nicht so.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ist es auch nicht! –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen, ich habe 2006 auch diese sogenannte schwere Prüfung, das „Grüne Abitur“ gemacht. Wenn Sie sich dann zur künftigen Person ausbilden lassen, und die Jägerschaft in Mecklenburg-Vorpommern musste das generell tun,

(Vincent Kokert, CDU: Leider.)

kann ich Ihnen versichern, wenn Sie sich tatsächlich mit dem Wildhygieneprogramm des Landes Mecklenburg-Vorpommern auseinandersetzen möchten – das ist nämlich ein dickes Buch –,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

dass die Jägerschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern gerade auf diese Themen ausgerichtet, ausgebildet worden ist, dann ist das einmalig in Deutschland. Und zum anderen wird da gerade darauf hingewiesen, wie zum Beispiel mit dem Schusskanal umzugehen ist.

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

Wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, da ist also in so einem Umkreis, ich glaube, so haben Sie es gezeigt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: 30 Zentimeter. –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in so einem Umkreis ist das alles voller Blei, dann wissen Sie, Entschuldigung, Sie könnten jetzt auch das lüfterlose Lesegerät hier hochzeigen – diese Untersuchungen kenne ich natürlich alle –, aber dann ist das sehr undifferenziert.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, ja.)

Und deswegen, meine Damen und Herren, bitte ich um Verständnis. Für mich gilt eins, wir wollen im kommenden Jahr, und ich habe es im Übrigen für die norddeutschen Länder und für die Bundesrepublik Deutschland übernommen, dass die Waffenhersteller Deutschlands und Europas und die Munitionshersteller im Januar in Mecklenburg-Vorpommern sein werden. Mit dem niedersächsischen Landwirtschaftsminister werden wir dazu tagen und dann wird es wirklich ums Eingemachte gehen, nämlich dafür zu sorgen, dass angepasste, vernünftige und wirkungsvolle Munition zur Verfügung gestellt wird, die die Umwelt schützt, und dass wir wegkommen von dem Blei. Das ist vollkommen klar, Blei ist ein Umweltgift. Aber ob die anderen, die neuartigen Geschosse nicht auch gegebenenfalls Umweltgifte in sich tragen, das ist,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, Nickel, Kupfer.)

Kupfer, Nickel, Mangan,

(Vincent Kokert, CDU, und
Burkhard Lenz, CDU: Ja.)

das ist alles bis heute noch nicht entschieden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, da muss man sich schon ernsthaft ein bisschen damit auseinandersetzen und ich bitte sehr um Verständnis, dass wir insofern diese letzte Studie abwarten. Sollten sich unsere Hoffnungen bestätigen, werden wir im kommenden Jahr das Bundesjagdgesetz ändern, und wenn die Bundesregierung es nicht macht, dann werden wir das Landesjagdgesetz ändern und die bleifreie Munition dann auch endgültig einführen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Mutige Entscheidung.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Frau Drese von der Fraktion der SPD.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Stefanie Drese, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion hätte an dieser Stelle, wenn er denn nicht krank wäre, eigentlich Herr Heydorn das Wort ergriffen und ich bin überzeugt, dass Herr Heydorn als passionierter Jäger mit einer gehörigen Portion Praxisbezug die Debatte bereichert hätte.

(Udo Pastörs, NPD:
Das glaube ich auch.)

Da ich mit Jagdpraxis nicht dienen kann, will ich mich in meinen Ausführungen auf die Fakten beschränken. Unbestritten ist, dass Blei als Schwermetall durch bleihaltige Jagdmunition in die Nahrungskette gelangen kann und dann für Mensch und Tier toxisch wirkt. Ein Verbot muss aber gut begründet sein und vor allem müssen geeignete Alternativen zur Verfügung stehen. Um im Bilde zu bleiben, meine Damen und Herren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ein, wenn auch bleifreier Schnellschuss hilft hier nicht weiter, schon gar nicht ein landesspezifischer.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

Alle Bundesländer müssen sich dieser Problematik stellen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern bei Vorliegen belastbarer Kenntnisse zu den Vorteilen und Nachteilen bleifreier und bleihaltiger Jagdmunition eine einheitliche Regelung im Bundesjagdgesetz.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Warum gibt es hier
keine einheitliche Regelung?)

Die Abwägung muss Verbraucherschutz, Tierschutz, Umweltschutz, Artenschutz und die Jagdpraxis berücksichtigen. Derzeit sind hier leider noch einige Fragen offen. Es fehlen noch Untersuchungen zur Bleibelastung von Rot-, Dam- und Rehwild.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir haben eine Insellösung im Lande.)

Für eine gesundheitliche Risikobewertung von Alternativmunition fehlen ebenfalls noch Daten. Die Verwendung von Kupfer ist hinsichtlich des Ökogiftes für den Boden und die Gewässer noch nicht ausreichend untersucht. Eine Untersuchung zur Tötungswirkung bleifreier Geschosse soll auch erst 2012 veröffentlicht werden.

Meine Damen und Herren, mein Eindruck ist, bei Vorlage gesicherter Kenntnisse für eine vernünftige Alternative zur Bleimunition besteht der allgemeine politische Wille, auf Blei in der Jagdmunition zu verzichten.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie lange wollen Sie noch warten? –
Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Vernebelungstaktik!)

Das belegt auch ein Beschluss der Agrarministerkonferenz im November 2011 zur Verwendung bleifreier Büchsenmunition. Ich zitiere daraus: „2. Die Ministerinnen, Minister, Senatorinnen und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, auf gutachterlicher Grundlage geeignete Alternativen zu bleihaltiger Büchsenmunition in enger Abstimmung zwischen dem Bund und den Ländern zu prüfen.“

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die gibt es doch schon.)

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat in einer Protokollerklärung diesen Beschluss der Agrarministerkonferenz noch präzisiert und bittet den Bund,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auf gutachterlicher Grundlage ein Verbot bleihaltiger Büchsenmunition in enger Abstimmung zwischen Bund und Ländern zu prüfen. Das Gutachten zur Verwendung bleifreier Büchsenmunition will die Bundesregierung spätestens im Sommer 2012 vorlegen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Weg, über das Bundesjagdgesetz ein deutschlandweites Verbot von bleihaltiger Jagdmunition zu erreichen, ist der richtige Weg. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen wir daher ab.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war ja zu erwarten.)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Verwendung bleihaltiger Jagdmunition und die möglichen Gefahren sind in der Landespolitik auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht erst seit heute ein Thema.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist richtig.)

Schon im Jahre 2008 hat meine damalige Kollegin Birgit Schwebs in einer Kleinen Anfrage die Landesregierung zu einer Stellungnahme aufgefordert. Es war die Drucksache 5/1456.

Zwischenzeitlich, meine Damen und Herren, ist unstrittig, dass die Verwendung von bleihaltiger Munition nicht nur für den Seeadler Folgen hat, auch in der menschlichen Ernährung kann es bei einer Konzentration in der Ernährung, das heißt also beim Verzehr von Wildbret, zu Problemen kommen. Deshalb ist es auch aus der Sicht unserer Fraktion notwendig, zu neuen Lösungen zu gelangen.

Da das Jagdrecht der konkurrierenden Gesetzgebung durch Bund und Länder unterliegt, gibt es auch in den Ländern eine durch Landesjagdgesetze und Erlasse geregelte große Vielfalt von unterschiedlichen Verordnungen und Bestimmungen, wo, wann und womit gejagt werden darf. Im Lande Brandenburg wurde bereits im Jahre 2005 ein Verbot für bleihaltige Munition erlassen, das allerdings drei Jahr später, 2008, wieder aufgehoben werden musste.

(Vincent Kokert, CDU: Richtig. Aus gutem Grund. – Minister Dr. Till Backhaus: Es sind ein paar Leute umgefallen.)

Inzwischen gibt es einige Gutachten und Untersuchungen, die Bedenken hinsichtlich des Abprallverhaltens und der Tötungswirkung bei bleifreier Munition weitgehend ausräumen, es werden aber noch sehr viele Fragen offengelassen. Unter anderem hat sich auch das Bundesamt für Risikobewertung kürzlich mit dieser Thematik beschäftigt. In einem schriftlichen Bericht der Bundesregierung vom 24.11., also gar nicht so lange her, an den Agrarausschuss des Bundestages wird darüber informiert.

So geht das Institut in der Frage der möglichen Gesundheitsgefährdung davon aus, dass der Normalverbraucher in der Bundesrepublik kein gesundheitliches Risiko befürchten muss, da der durchschnittliche Verzehr – und das ist ja nun mit den Durchschnitten so eine Sache – von Wildbret bei zwei Gramm pro Tag liegt. Das sind ein bis zwei Wildmahlzeiten pro Jahr. Eine daraus ableitbare zusätzliche Bleiaufnahme über Wildfleisch sei, so dieses Institut, toxikologisch unbedeutend. Studien aus der Schweiz allerdings zeigen, dass in Jägerhaushalten bis zu 90 Portionen Wildfleisch im Jahr verzehrt würden. Dadurch kann sich natürlich die Bleiaufnahme beträchtlich erhöhen.

In dem Bericht wird aber auch darauf hingewiesen, dass es bei der Alternativmunition noch Wissenslücken hinsichtlich der Umwelttoxizität und der gesundheitlichen Bewertung gibt. Darauf sind meine Vorredner bereits eingegangen.

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz geht davon aus, auch das war angedeutet worden, dass im Sommer 2012 die Ergebnisse vorliegen werden, um alle offenen Fragen zu beantworten. Dann könnte man zu einer von Bund und Ländern gemeinsam getragenen bundeseinheitlichen Lösung kommen. Ich halte eine bundeseinheitliche, besser noch eine europäische Lösung für den richtigen Weg und das wäre also auch das Ziel.

Wild macht bekanntlich vor Grenzen nicht halt und auch Jäger aus ganz Europa können zu uns kommen. In die gleiche Richtung geht die Stellungnahme der Landesregierung in der Agrarministerkonferenz in Suhl Ende Oktober. Richtig ist auch die Haltung, dass, wenn eine Bundesregelung nicht zustande kommt, zumindest eine norddeutsche Kooperation in dieser Frage durch Regelungen im jeweiligen Landesrecht angestrebt werden sollte. Damit unterstreiche ich, dass DIE LINKE sich für die Einführung der bleifreien Munition eindeutig ausspricht.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen aber auch, dass eine Vielzahl von Faktoren zu berücksichtigen ist. Ich denke beispielsweise daran, dass die Jagdwaffen, auch das war angedeutet worden, auf die neue Munition eingeschossen werden müssen. Ich meine aber auch, dass es für die im Besitz der Jäger befindliche bleihaltige Munition eine Verwendungslösung geben muss, das heißt eine Übergangslösung. Außerdem halte ich sehr viel davon, mit den Betroffenen in einen Dialog zu treten. Immerhin betrifft das in unserem Lande circa 10.000, in der Pressemitteilung des Ministers

war von 10.400 einheimischen Jägerinnen und Jägern die Rede.

Parallel zu unseren Bemühungen hat der Landesjagdverband, und das möchte ich ausdrücklich würdigen, seine Mitglieder gebeten, anhand eines Fragebogens Erfahrungen und Meinungen zum Gebrauch bleifreier Munition mitzuteilen.

Wir sind also gut beraten, dieses Thema im Agrarausschuss in aller Sachlichkeit und vor allem mit Fachleuten zu beraten. Dort können wir auch sachbezogen prüfen, ob das Land in seiner Eigenschaft als Hausherr die vorgeschlagenen Einschränkungen in den Großschutzgebieten vor einer generellen bundeseinheitlichen Lösung treffen soll.

(Vincent Kokert, CDU: Auf keinen Fall.)

Auch wenn der Antrag, meine Damen und Herren, nicht ganz unseren Vorstellungen entspricht, beantrage ich die Überweisung in den Agrarausschuss zur weiteren Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Frau Dr. Ursula Karlowski von der ...

Ach nee, Entschuldigung, das ist Herr Lenz von der CDU. Den bitte ich jetzt nach vorne.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
In der Kürze liegt die Würze.)

Burkhard Lenz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf die ganzen fachlichen Aspekte gar nicht mehr groß eingehen. Ich glaube, dass unser Minister Backhaus ausführlich über die letzten Beratungen zur bleifreien Munition ausgeführt hat, dass Frau Drese etwas dazu gesagt hat, Professor Tack hat seine Meinung dazu gesagt. Es ist von allen gesagt worden, dass, wenn alle Parameter bei bleifreier Munition stimmen, die Jäger auch bereit sind, diese bleifreie Munition einzusetzen – alle Parameter.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Viele tun es heute schon.)

Ja, ist ja schön. Wo denn?

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es sind doch noch nicht mal alle Fragen geklärt. Und wissen Sie, liebe Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diesen Antrag zu dieser Jahreszeit, das hat der Minister schon gesagt, hier so emotional und populistisch auf die Tagesordnung des Landtages zu setzen ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Oh, oh, oh! –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch, das werde ich Ihnen gleich beweisen.

Wissen Sie, dass Sie sagen, dass für unser Wild aus ökologisch sehr guten Wäldern hier die Gefahr besteht, dass es durch Blei vergiftet sein soll, das macht natürlich keinen guten Eindruck auch außerhalb unseres Landes. Dann wundere ich mich zum Beispiel nicht über mein Körpergewicht, weil ich bestimmt so um die 90 Portionen Wild im Jahr esse,

(Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

aus unseren Wäldern.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, aber da geht es auch erst, und das hat Herr Professor Tack gesagt, ab einer bestimmten Menge von Wild.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Aber mit dieser Verallgemeinerung, die Sie da wieder in die Welt setzen, machen Sie den Leuten Angst vor der Wildschweinkeule zu Weihnachten.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das sind offizielle Empfehlungen,
die habe ich mir nicht ausgedacht. Die sind
offiziell in die Welt gesetzt worden!)

Bei mir gibt es übrigens eine.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der
SPD, CDU und auf der Regierungsbank –
Vincent Kokert, CDU: Sehr gut. –
Egbert Liskow, CDU: Ooi! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Wann
können wir denn vorbeikommen?)

Und einen zweiten Punkt möchte ich Ihnen dazu noch sagen: Was die Seeadler betrifft, ich habe das Glück, fast täglich einen Seeadler zu sehen, der unweit von mir brütet.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich auch.)

Mittlerweile ist die Population in unserem Land so groß, dass sich Schleswig-Holstein freut, weil die Seeadler bei uns keinen Platz mehr haben.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die Populationsgröße
erlaubt nicht, dass sie quälerisch sterben.)

Ja. Quälerisch sterben?

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wissen Sie, Frau Dr. Karlowski, der Seeadler muss eine Magensäure haben, die stärker ist als eine 50-prozentige Salzsäure. Nun frage ich mich: Warum werden in Bayern keine Steinadler gefunden? Ist die Magensäure des Steinadlers geringer als die des Seeadlers bei uns?

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Bitte keine Zwiegespräche.

Burkhard Lenz, CDU: Das sind doch solche populistischen Sachen, wo Sie der Bevölkerung wieder weismachen wollen, und gerade der Bevölkerung der Städte, dass wir keine richtige Population an Seeadlern mehr haben. Wenn Sie das Leuten erzählen, die auf dem Land groß geworden sind, die wissen, was in der Natur passiert, die schütteln da nur den Kopf.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Also das Forschungsergebnis habe ich mir nicht ausgedacht. –
Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, es kommt immer darauf an, aus welcher Sicht ich diese Forschungsergebnisse lese. Wissen Sie, Frau Dr. Karlowski, ich bin einer, der glaubt nicht einem Bericht, er guckt sich meistens mehrere an. Sagen Sie mir einen Fall, wo nachgewiesen ist, dass durch den Verzehr von Wildbret in den letzten 100 Jahren ein Mensch gestorben ist.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Es geht in meinem
Antrag um die Seeadler.)

Ja, ich sage, das ist auch ein Punkt.

(Vincent Kokert, CDU: Es geht um die Piepmätze und nicht um die Menschen. Das ist 'ne ganz tolle Auffassung! – Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was nehmen die Seeadler denn zusätzlich noch zu sich? Da müssen Sie aber aufpassen, dass sie keinen bleivergifteten Fisch fressen, dass sie gerade in der Winterzeit nicht am See jagen, wo Blei drin ist. Das gehört alles dazu.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich habe die
Ergebnisse offizieller Studien zitiert.)

Nicht alles den Jägern zuschreiben!

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Verallgemeinern Sie das auf alle und nicht hier speziell auf die Jäger.

Ich persönlich bin eigentlich erschrocken, in welcher Art und Weise Sie hier unsere Jäger wieder in ein Licht rücken, wo sie ganz einfach nicht hingehören.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wo steht denn das? –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Da war kein böses Wort
gegen die Jäger in der ganzen Rede dabei.)

Doch, so ein bisschen.

(Vincent Kokert, CDU: Na, so ein
bisschen versteckt schon. –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: In deiner Fantasie.)

Die Jagd übrigens, Frau Dr. Karlowski, ist aktiver Naturschutz, aktiver Naturschutz.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Lenz.

Jetzt hat das Wort Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich!)

Oh, Geschlechtsumwandlung ...

(Vincent Kokert, CDU: Jetzt muss
was schiefgegangen sein.)

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fachkompetenz kommt natürlich nicht vom Namen, das ist völlig klar, sondern ich bin Mitglied der Rostocker Bürgerschaft und dort haben übrigens CDU und SPD mitgestimmt, als wir die bleifreie Munition in der Rostocker Heide eingeführt haben.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Trauen Sie Ihren CDU-Kollegen in Rostock ruhig ein bisschen was zu,

(Egbert Liskow, CDU: Das eine hat
doch mit dem anderen nichts zu tun.)

die können mitdenken und die haben vor allen Dingen auch sehr gute fachliche Beratung durch unseren Herrn Harmuth, das ist unser Amtsleiter, das ist ein wirklich sehr, sehr guter Mann. Der hat jetzt seit mehreren Jahren bleifreie Munition in der Rostocker Heide eingeführt.

(Vincent Kokert, CDU:
Der hat die Studie schon.)

Wenn Sie also dort beabsichtigen zu jagen: Sie können nicht mehr mit bleihaltiger Munition dort jagen.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Jetzt hat er es eingeführt.)

Und das kann ich Ihnen auch sagen, jetzt hat er es eingeführt.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Da kann ich Ihnen ausdrücklich danken, dass Sie Ihren Widerstand aufgegeben haben.

(Vincent Kokert, CDU: Sie tun ja so, als ob
die da mit dem Blei verheiratet wären.)

Denn, Herr Backhaus, es waren Sie, die der Hansestadt Rostock längere Zeit untersagt haben, auf bleifreie Munition umzusteigen,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Hört, hört!)

mit der Begründung, es seien ja noch alle wissenschaftlichen Gutachten abzuwarten.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Reden wir doch mal Klartext: Das Problem ist, die Umstellung hin zu einer bleifreien Munition bedeutet, man hat Jagdwaffen, die neu eingeschossen werden müssen, in der Regel muss man auch einen anderen Lauf nehmen. Man kann nicht ständig hin- und herwechseln.

(Vincent Kokert, CDU: Sie sind ja ein toller Experte! Spielen Sie sich hier mal nicht auf! Das ist ja totaler Quatsch.)

Da kann ich Ihnen einfach nur sagen, dass Herr Harmuth – dann unterhalten Sie sich bitte mit ihm – genau das sagt.

(Vincent Kokert, CDU:
Nee, mit dem muss ich mich nicht unterhalten. Das ist Quatsch.)

Jäger können nicht – das haben Sie vielleicht sogar gehört –, sie können nicht einfach die Munition hin- und herwechseln. Sie müssen einen Lauf dafür einschießen. Das bedeutet, dass viele Jäger,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Beate Schlupp, CDU)

dass viele Jäger deswegen dann zwei Büchsen brauchen, um einmal bleifrei und einmal mit anderen Geschossen schießen zu können.

(Vincent Kokert, CDU: Nee, wieso? Man kann doch dann immer bleifrei schießen. Was ist denn das für eine Logik?)

So ist es. Aber bisher gab es Widerstand, auch von der Landesregierung,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

die es bestimmten Leuten verboten hat, mit bleifreier Munition zu schießen.

(Vincent Kokert, CDU: Setzen Sie sich mal mit dem Landesjagdverband zusammen und klären Sie das Problem!)

Mal ganz praktisch: Wir alle wissen, im nächsten Jahr wird es zur bleifreien Munition kommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Es ist einfach nur ein Beispiel dafür ...

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau. –
Vincent Kokert, CDU: Dann brauchen wir ja den Antrag nicht.)

Natürlich,

(Heinz Müller, SPD: Das ist genau der Punkt, Herr Jaeger.)

weil wir das jetzt vorziehen können und deutlich machen können, dass wir es wollen. Sie warten so lange, bis Sie der Letzte zum Jagen trägt, und das ist schade.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sie sollten einfach aktiv arbeiten,

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von Beate Schlupp, CDU,
und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vorangehen

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

und dann hätten unsere Jäger in diesem Land schon eine Menge Kosten sparen können. Denn das Problem ist, dass sie sich mit Bleimunition eingedeckt haben, wo eigentlich klar ist, nach einer relativ kurzen Übergangsfrist können sie die nicht verwenden.

(Vincent Kokert, CDU:
Jetzt kommen wieder die
Unterstellungen an die Jäger.)

Das ist keine Unterstellung.

(Vincent Kokert, CDU: Doch,
das ist eine Unterstellung.)

Jeder Jäger kauft natürlich Munition ein. Das ist ein Problem, deswegen haben wir auch Übergangsfristen vorgesehen. Aber je eher Sie dem zugestimmt hätten, umso länger wären die Übergangsfristen gewesen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Also für mich ist eigentlich relativ klar, diesem Antrag muss man zustimmen. Wir würden allerdings auch einer Überweisung in den Fachausschuss zustimmen und dann vielleicht, Herr Kokert, können Sie sich selbstverständlich noch mal Fachleute zu dem Thema zu Gemüte führen und ich hoffe ...

(Vincent Kokert, CDU: Ich glaube,
dass Sie das brauchen.)

Ja, ich weiß es nicht, manche brauchen fachliche Beratung. Ich würde das für mich auch in Anspruch nehmen. Ich denke, das wäre nicht schlecht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/174 zur Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag?

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Bitte auszählen.)

Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD sowie den Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/174. Wer dem zustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/174 abgelehnt mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE, den Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und mit den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Gesetzlichen Mindestlohn einführen – offene Flanken durch inländerfreundliche Maßnahmen schließen, Drucksache 6/169.

**Antrag der Fraktion der NPD
Gesetzlichen Mindestlohn einführen –
offene Flanken durch inländerfreundliche
Maßnahmen schließen
– Drucksache 6/169 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Gut bezahlte Arbeitsplätze, von denen man auch leben kann“, diesen Satz habe ich allein in den letzten fünf Jahren immer wieder, besonders auch aus dem Munde des Herrn Ministerpräsidenten Sellering von der SPD gehört. Und auch gestern in seiner Regierungserklärung war das ja Bestandteil seines Gemäldes der blühenden Landschaften in Mecklenburg-Vorpommern. Heute legt die NPD-Fraktion Ihnen einen Antrag vor, der endlich die Durchsetzung der auch von der Mehrheit der Regierungskoalition geforderten Durchsetzung eines flächendeckenden Mindestlohns zum Gegenstand hat.

Es ist auch für Sie nichts Neues, dass in Ihrer BRD 2,5 Millionen Menschen unterhalb der Lohnarmutsgrenze ihr Dasein fristen müssen, und das schon seit vielen Jahren, ohne Aussicht auf Besserung. Und da mittlerweile, Gott sei Dank, bei den Nichtbetroffenen die Einsicht wächst, dass hierdurch soziale Verwerfungen zementiert werden, die am Ende auch zu einer grassierenden Steigerung der Altersarmut beitragen, tut sich etwas. Es tut sich etwas, nicht etwa bei der Bundesregierung, sondern beim ganz normalen Menschen, bei den Bürgern auf der Straße.

Laut Aussage der Forschungsgruppe Wahlen befürworten mittlerweile über 70 Prozent der Bürger die Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohnes, denn es ist nicht mehr zu verbergen, dass besonders in den Ballungszentren eine regelrechte Verelendung breiter Bevölkerungsschichten durch Dumpinglöhne mittlerweile offen zutage tritt. Es ist längst erkannt und von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands immer wieder angeregt, dass dies besonders von der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder dazu geführt hat, dass es zu einer Deregulierung der Arbeitsmärkte kam und aufgrund dieser Maßnahme es regelrecht zu einem neuen Prekariat gekommen ist – so, wie das die GRÜNEN, die SPD und die CDU nennen.

Um es gleich vorwegzusagen, die 8,50 Euro Mindestlohn, die der Herr Ministerpräsident hier immer wieder fordert, sind immer noch ein Hungerlohn. „Kein Kind zurücklassen“, haben wir heute Morgen aus dem Munde der CDU

gehört. Herr Kokert, erklären Sie bitte Ihrer zu Recht dahinschmelzenden Restanhängerschaft der CDU, wie ein Familieneinkommen um die 1.000 Euro brutto denn überhaupt dazu führen kann, den Wunsch nach Kindern zu hegen. Es ist geradezu typisch, wenn zu der Feststellung, dass hier in Mecklenburg-Vorpommern bis heute 3 bis 5 Euro Stundenlohn gezahlt werden, Herr Dr. Jäger von der CDU noch im letzten Jahr kommentierte, Zitat: „Die Lohnfindung hat in der Politik nichts zu suchen.“ Das sind sie, die heuchlerischen Christdemokraten. Wasser predigen und Wein trinken, fällt mir da nur ein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh!)

Dies gilt nicht nur für die Christdemokraten, sondern auch für Sie, Herr Müller, der Sie dieses Vorgehen ja heute schon den GRÜNEN vorgeworfen haben.

Aber Lohnfindung hat sehr wohl etwas in der Politik zu suchen, nämlich immer dann, wenn Ihr frevelhaftes brutal kapitalistisches System dem schwer schaffenden deutschen Menschen nur noch Löhne zu zahlen bereit ist, die ihn herabwürdigen, die ihm jeden Stolz auf seine Arbeit nehmen, die ihn degradieren, die die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen nur noch zur Verfügungsmasse einer regelrecht wild gewordenen kapitalistischen Furie machen. Immer dann, wenn das so ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss dem Amtseid Geltung verschafft werden, der da lautet: Schaden vom deutschen Volke abzuhalten, abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren. Und das deutsche Volk besteht nun nicht nur aus Beamten, Blockparteipolitikern und Großindustriellen sowie Banken, Börsengaunern und Schiebern.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt geht es wieder mit Ihnen durch, nicht?)

Ja, wir fordern Mindestlohn und bei der Preisexplosion allein im Bereich der Energiekosten sind selbst die von uns hier an dieser Stelle 2007 geforderten 8,80 Euro längst nicht mehr auskömmlich.

(Jochen Schulte, SPD: Ich dachte, es wären 8,58 Euro gewesen?!)

10 bis 12 Euro ist eine Größe, die die Betriebe zahlen sollten. Und wenn das Argument ins Feld geführt wird, so, wie das ja von der CDU und FDP regelmäßig erfolgt, viel zu hoch, dann gehen Arbeitsplätze verloren, kann ich Ihnen nur dazu sagen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, nee, nee, nee!)

da, wo 3, 4, 5 oder 6 Euro bezahlt werden können, handelt es sich nicht um Arbeitsplätze, sondern um Ausbeutungsplätze, meine sehr verehrten Damen und Herren. Betriebe, die objektiv bei besserer Bezahlung ihrer Angestellten in den Bankrott gehen, sollten dies tun, denn ihre Produkte oder Dienstleistungen sind es nicht wert, auf dem Rücken des kleinen Arbeiters aufrechterhalten zu werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Genau.)

Natürlich müssen gleichzeitig auch die Rahmenbedingungen verbessert werden, die besonders den kleinen und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit geben, auch wirklich nachhaltig auskömmliche Röherrträge erwirtschaften zu können. Die Landesregierung hat doch

genug Fachwissen und Personal, wie wir immer hören, um dem Landtag ein Gesamtkonzept zur Stärkung und Gesundung der kleinen und vor allen Dingen auch der mittelständischen Betriebe zu ermöglichen. Denn Sie wissen, dass gerade Mecklenburg-Vorpommern zu jenen Ländern gehört, wo die Betriebsgrößen von bis zu 20, 25 Beschäftigten weit über 80, 85 Prozent ausmachen.

Ja, wir packen auch heiße Eisen an. Die EU, meine Damen und Herren, in Gestalt von Agrarpolitik, Euro-Einführung oder Arbeitnehmerfreizügigkeit ist unser Unglück. Die Engländer haben das gerade in der vorigen Woche zum Ausdruck gebracht und der Herr Cameron hat in England für sein Verhalten beim sogenannten letzten EU-Krisengipfel in seiner Heimat großen Beifall erhalten. Selbstverständlich denkt England mittlerweile über einen totalen Ausstieg aus der EU nach.

(Michael Andrejewski, NPD: Das wäre schon mal ein guter Anfang.)

Zum Schutz vor Waren aus China

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

wird sogar schon offiziell in den Wirtschaftszeitschriften über nationale Schutzzölle diskutiert.

Meine Damen und Herren, die Zeit des Euros ist vorbei und damit auch die Zeit der EU. Unser Antrag hier soll auch verstanden werden als Hinweis darauf, dass die Dinge schon morgen ganz anders aussehen könnten,

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

als Sie sich das erhoffen. Die Milliardenhilfen an Banken sind ein Schlag ins Gesicht der schaffenden Menschen, die für die besagten paar Kröten, die sie ausbezahlt bekommen, auch noch auf Jahrzehnte für die Bankenhilfen haften sollen. Das wird hoffentlich dazu führen, dass die Bürger gegen Ihre Politik, gegen Hunger und Ausbeutung, gegen den Euro jenseits eines kanalisiertes Proteses der Gewerkschaften auf die Straße gehen werden. Denn diese Institutionen sind weitestgehend identisch mit den Parteistrukturen von DIE LINKE bis zu den GRÜNEN und der CDU. In dem Maße, wie sie die Kapitalmärkte unter SPD-Schröder mit den bekanntesten Folgen deregulierten, so deregulierten sie auch den Arbeitsmarkt mit ebenso schlimmen Folgen für die Menschen in ganz Deutschland, ja, in ganz Europa, vielleicht sogar in der ganzen Welt auf der Grundlage einer wahnwitzigen und verbrecherischen Globalisierung.

Wir wissen natürlich, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen werden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist aber schön, dass wir mal drüber geredet haben.)

aber Ihr Abstimmungsverhalten nehmen wir willkommen auf und betrachten es als Auftrag, den Bürgern draußen darüber zu berichten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Von draußen komm ich her. Ich muss euch sagen, es weihnachtet sehr.)

was hier im Landtag so gespielt wird.

Nicht weniger, und das ist auch die Wahrheit, als 65 Prozent der Ausgebeuteten im Sklavenlohnbereich sind Frauen und da stellt sich der Herr Ministerpräsident gestern hier im Landtag hin und spricht von Frauenquoten in Aufsichtsräten, und das als Sozialdemokrat. Die Frauen an der Aldi-Kasse, die schwer arbeitende Friseurin oder die Mutter auf Teilzeit interessieren die SPD im Grunde genauso wenig, wie das die CDU bisher interessiert hat. Aber weil der Druck zu groß wird, ist ja bei den Berliner Christdemokraten wohl ein Umdenkungsprozess in Gang gekommen. Es wird Bereitschaft signalisiert, über die Einführung eines Mindestlohnes nachzudenken. Dieses Nachdenken wird wohl die nächsten fünf bis acht Jahre in Anspruch nehmen, aber wir von der NPD sind guter Hoffnung, dass bis dahin Ihr ganzes EU-Konstrukt längst Geschichte ist.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Träumen Sie weiter!)

Und es gibt hiernach, zumindest theoretisch die Möglichkeit ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Pastörs, Ihre Redezeit ist beendet. Bitte kommen Sie zum Ende.

Udo Pastörs, NPD: ... eines nationalen Neuanfangs auch im Bereich der Lohn...

(Der Abgeordnete Udo Pastörs beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Schulte von der Fraktion der SPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ne halbe Stunde Redezeit. –
Jochen Schulte, SPD: Eben.)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mikro! –
Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Mikro ist an.)

Der vorliegende Antrag der NPD-Fraktion „Gesetzlichen Mindestlohn einführen – offene Flanken durch inländerfreundliche Maßnahmen schließen“ ist ein nahezu perfektes Beispiel dafür, wie die NPD versucht, ihre rechtsextreme Gesinnung in Anträge zu fassen, die bei flüchtigem Lesen ihren wahren Charakter, den der NPD, verschleiern sollen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Gesetzlichen Mindestlohn einführen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wer als Außenstehender diese Forderung der NPD hört, wird sich vielleicht sagen, das klingt doch vernünftig. Der wird sich vielleicht auch sagen, das kann doch nicht verkehrt sein, andere Parteien, demokratische Parteien fordern dies doch schließlich

auch. Aber mit diesem Antrag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, versucht sich der geistige Brandstifter NPD letztendlich nur wieder die Maske des Biedermanns aufzusetzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber mit den Biedermännern von der NPD ist es wie mit dem Marlboro-Cowboy,

(Udo Pastörs, NPD: Der Cowboy, das sind Sie!)

an den sich der eine oder andere von Ihnen vielleicht noch aus längst vergangenen Werbezeiten erinnert. Der versprach dank Zigarette den Genuss von Freiheit und Ungebundenheit, was stattdessen geliefert wurde, waren in vielen Fällen – übrigens auch bei ihm selbst, und da gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass das Schicksal der NPD sein wird – schwerste gesundheitliche Schäden, und bei Ihnen, meine Herren, dann zumindest der politische Tod.

(Michael Andrejewski, NPD:
Oh, danke schön! Gleichfalls!)

Und auch bei der NPD ist das, was vordergründig versprochen oder gefordert wird, in der Realität weit entfernt von dem, was die Herren tatsächlich zu liefern beabsichtigen.

Meine Damen und Herren, deutlich wird das auch im vorliegenden Fall, wenn man nämlich tatsächlich in die Einzelheiten des gestellten Antrages und auf die daraus resultierende Zielrichtung eingeht, etwas, was Herr Pastörs wohlweislich nicht getan hat. Hier geht es nämlich eben nicht um die Einführung eines bundesweiten flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. Da soll vielmehr ein gesetzlicher Mindestlohn nach den Vorstellungen der NPD dadurch flankiert werden, dass sogenannte offene Flanken, was immer das auch sein soll,

(Michael Andrejewski, NPD:
Fragen Sie den Marlboro-Mann!)

durch inländerfreundliche Maßnahmen geschlossen werden.

Was die NPD unter Inländerfreundlichkeit versteht, dass liefert sie dann allerdings dankenswerterweise auch gleich mit: „Aufkündigung der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit,“

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

„Einführung von nationalen Schutzzöllen, ... Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen,“

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

auch wenn dies, wie die NPD selbst in ihrem Antrag einräumt, gegen bestehendes EU-Recht verstößt,

(Michael Andrejewski, NPD: Na und?)

gehören dann ebenso dazu, wie die Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Oder, um es anders zu formulieren, hier geht es, eigentlich wie immer bei der NPD, um Ausländerfeindlichkeit,

(Udo Pastörs, NPD: Ha!)

hier geht es um Diskriminierung der in diesem Land Seite an Seite mit ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen arbeitenden ausländischen Mitbürger, hier geht es um kleingeistigen Nationalismus, ja, letztlich um die Abschottung nicht nur unseres Landes, sondern der gesamten Bundesrepublik Deutschland

(Michael Andrejewski, NPD: Besser als ein Größenwahnsinniger Untergang.)

von dem Rest der Welt, um dann im Größenwahn der NPD der Dumpfheit und der Dummheit ihrer Parolen vielleicht besser Gehör verschaffen zu können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE
und Minister Dr. Till Backhaus)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag ist eben nicht nur mal wieder nationalistisch klein-kariert, dieser Antrag ist eben nicht nur mal wieder ausländerfeindlich, dieser Antrag ist darüber hinaus auch der Versuch, all diejenigen, die von diesem Antrag hören oder ihn lesen, für dumm zu verkaufen. Da soll den Menschen in diesem Land vorgegaukelt werden, dass sich die NPD für ihre Interessen einsetzt, für ihre Löhne, für ihre Gehälter. Aber in Wahrheit ist dieser Antrag, wenn man ihm folgen wollte, ein Anschlag auf die materiellen Grundlagen der in diesem Land lebenden Menschen. Er ist die Aufforderung, bewusst diesem Land schwersten wirtschaftlichen Schaden zuzufügen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Oder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, um bei dem Beispiel mit dem rauchenden Cowboy aus der Werbung und dessen Schicksal zu bleiben:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Einem an Lungenkrebs erkrankten Patienten, der nur noch mit medizinischer Hilfe atmen kann, kostenlos eine Stange Zigaretten anzubieten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

würde im Vergleich zu diesem Antrag geradezu ein Zeichen für Verantwortungsbewusstsein gegenüber seinen Mitmenschen darstellen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns einige der in dem Antrag aufgeführten Punkte durchgehen. Ich tue das anstelle von Herrn Pastörs, wie gesagt, er hat das ja wohlweislich sein lassen. Die NPD weint ja schließlich immer Krokodilstränen darüber, dass wir ihre Anträge ohne eine inhaltliche Auseinandersetzung ablehnen. Im Regelfall, und auch in diesem Fall, ist das eigentlich angebracht, weil, wo kein Inhalt ist, kann man sich nicht mit Inhalt auseinandersetzen.

Aber gehen wir doch mal auf die einzelnen Punkte ein, die dort angeführt werden. Da wird die Einführung nationaler Schutzzölle auf Bundesebene durch die NPD gefordert. Nicht etwa für einzelne im Ausland unter Dumpingbedingungen produzierte Waren, wie uns Herr Pastörs in seiner Rede eben noch glauben machen wollte. Das gibt es nämlich nach den Bestimmungen der EU und

vor allem der WTO ohnehin schon so. Und gerade das Beispiel, das eben hier angeführt worden ist, von Großbritannien mit Schutzzöllen gegenüber in China produzierten Waren – dafür gibt es Regelungen, die im Rahmen der WTO stattfinden. Nein, das ist nicht der Punkt. Gefordert werden generelle Schutzzölle zum Schutz der deutschen Wirtschaft.

Aber, meine Damen und Herren, was heißt denn „nationale Schutzzölle“ konkret für die deutsche Wirtschaft im Allgemeinen und für Teile der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern im Besonderen? Das heißt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Ersten einmal, dass alle Waren, die derzeit kostengünstig aus dem Ausland auf den inländischen Markt importiert werden, von diesem ganz verschwinden oder erheblich teurer werden. Folge wäre, dass die Lebenshaltungskosten für die Menschen auch in Mecklenburg-Vorpommern im erheblichen Maße steigen würden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
So weit hat er nicht gedacht.)

Der Lebensstandard würde im Gegenzug, sofern nicht gleichzeitig die Löhne und Gehälter im gleichen Maße anziehen würden – das entsprechende Anziehen der Löhne nennt man dann übrigens Inflation und die trifft in erster Linie die Kleinsparer und Rentner –, so oder so für die Masse der Menschen in unserem Land bedeuten – vor allem für die Menschen, die ohnehin mit jedem Cent, mit jedem Euro rechnen müssen –,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

dass ihre Kaufkraft, ihr Lebensstandard rapide sinken würde.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das, sehr geehrte Damen und Herren, wären dann erfolgreiche Wirtschaftspolitik à la NPD oder, wie die Herren es nennen würden, inländerfreundliche Maßnahmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawoll!)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unterstellen wir einmal, die Löhne steigen. Ich bin mir sicher, dass die NPD, auch was diesen Punkt angeht,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

gerne und jederzeit zu vollmundigen Versprechungen bereit sein wird, weil auch die Herren von der NPD ganz genau wissen, dass sie in diesem und jedem anderen Land nie in die Situation kommen werden, ihre Versprechungen tatsächlich erfüllen zu müssen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wo sollen denn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wo sollen denn die Löhne steigen? Da die deutsche Volkswirtschaft, anders als die NPD vielleicht vermutet, keine eierlegende Wollmilchsau ist, die man beliebig anzapfen kann, sollte man schon mal überlegen, Herr Pastörs, woher der wesentliche Teil des Wohlstands in Deutschland kommt.

(Udo Pastörs, NPD: Für wen
ist er da, der Wohlstand?)

Und eine wesentliche Tatsache ist, ein Großteil der in Deutschland produzierten Waren beruht auf Vorprodukten, die im Ausland hergestellt werden. Anders als die NPD vielleicht vermutet und uns ihre volkswirtschaftlichen Vorstellungen glauben machen wollen, ist unsere Volkswirtschaft geradezu darauf angewiesen, dass der freie Handel mit Waren und Dienstleistungen eben nicht eingeschränkt wird.

(Udo Pastörs, NPD: Blödsinn.)

Wir sind es, die für das Funktionieren unserer Volkswirtschaft nicht nur Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland brauchen, wir sind es vor allem, die vielmehr die hier gefertigten Produkte oder die hier entwickelten Dienstleistungen eben auf ausländischen Märkten verkaufen wollen.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Meine Damen und Herren, wer Schutzzölle errichtet, wer Protektionismus zu seinem Wirtschaftscredo erklärt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

so, wie die NPD das tut, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der zeigt, das zeigt die Vergangenheit, dass er eigentlich wissen müsste – aber das ist ja offensichtlich nicht der Fall –, dass andere Volkswirtschaften dann im Gegenzug zu genau den gleichen Maßnahmen greifen, wie sie hier vorgeschlagen werden. Das Ergebnis solcher Vorstellungen wäre eben nicht ein Mehr an wirtschaftlichem Wachstum oder gar an Wohlstand, sondern genau das Gegenteil. Und gerade die wirtschaftlich Schwachen würden es wie in der Vergangenheit wieder sein, die die Rechnung solcher unsinniger, ideologisch begründeter und nationalistischer Vorgehensweise zu begleichen hätten.

Und, meine Damen und Herren, genau das Gleiche lässt sich natürlich auch zu der von der NPD geforderten Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen sagen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, man sollte sich vielleicht bei dieser Gelegenheit mal die Frage stellen, ob Mecklenburg-Vorpommern über die letzten 20 Jahre innerhalb der Europäischen Union nicht in gewisser Weise als Ziel-I-Fördergebiet oder durch die gewährten Investitionszulagenförderungen nicht ohnehin eine andere Art „Sonderwirtschaftszone“ war.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich gehe davon aus, dass eine Menge der Kolleginnen und Kollegen in Bayern oder in Baden-Württemberg das genauso sehen würden. Wir sollten uns an dieser Stelle auch einmal ganz klar sagen, dass es unser aller Ziel war, zumindest das Ziel aller demokratischen Fraktionen, diesen Status einer „Sonderwirtschaftszone“, der ja gerade der wirtschaftlichen Schwäche unseres Landes in der Vergangenheit geschuldet war, eben nicht auf Dauer zu behalten. Wir wollten immer und wollen doch gerade einen wirtschaftlichen Status erreichen und sichern, der den Vergleich mit bisher wirtschaftlich stärkeren Regionen nicht zu scheuen braucht.

(Udo Pastörs, NPD: Kommt
drauf an, aufs Ergebnis.)

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, egal ob man dieses so sehen will oder nicht, eins war immer in diesem Haus klar, eins war auch immer in diesem Land klar: Was wir tun, tun wir im Einklang gerade mit den Bestimmungen der Europäischen Union.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Und das tun wir nicht, weil wir an die Idee der Europäischen Union glauben – obwohl wir an diese Idee glauben. Das tun wir nicht, weil mit der EU auf einem in der Vergangenheit von Konflikten geschundenen Kontinent über Jahrzehnte Frieden und Wohlstand eingekehrt ist. Das tun wir nicht, weil die EU trotz aller Schwierigkeiten vielleicht das erfolgreichste Projekt der Menschheitsgeschichte zur Völkerverständigung

(Udo Pastörs, NPD:
Ha, ha, ha, wie bescheiden!)

nicht nur zwischen Deutschen und Franzosen ist, und das tun wir nicht nur,

(Udo Pastörs, NPD:
Was für ein Größenwahn!)

weil ohne die Finanzmittel der EU der wirtschaftliche Aufschwung auch in Mecklenburg-Vorpommern wahrscheinlich noch immer auf sich warten ließe.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist deutsches Geld!)

Das tun wir vor allem, sehr geehrte Damen und Herren, das tun wir vor allem, weil wir davon überzeugt sind, dass es gerade für ein kleines Land wie Mecklenburg-Vorpommern keine Alternative zur Europäischen Union

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und für eine erfolgreiche wirtschaftliche, soziale Entwicklung mit unseren europäischen Partnern gibt.

Und deswegen, sehr geehrte Damen und Herren, ist es auch gar keine Frage, dass, anders als die NPD dies verlangt, die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU durch uns gerade nicht infrage gestellt wird. Die ausländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Weg nach Deutschland, nach Mecklenburg-Vorpommern finden, sind nicht nur eine gesellschaftliche Bereicherung für unser Land. Sie sind angesichts des sich immer weiter verschärfenden Mangels an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch in unserem Land, und der Innungsmeister des Sanitärhandwerks hat gerade heute Morgen wieder erklärt, dass es nicht ausreichend junge Leute für die Ausbildungsplätze geben würde, diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind eben ein wichtiger Bestandteil unseres Wirtschaftslebens. Sie sind eben nicht, wie die NPD glauben machen will, eine Bedrohung einheimischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und derer Arbeitsplätze.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie sind vielmehr häufig dringend notwendig, um die Arbeitsfähigkeit und den Bestand eines Unternehmens zu gewährleisten und damit auch den Erhalt der durch

ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen Arbeitsplätze zu sichern.

Die Realität, meine Damen und Herren, unterscheidet sich doch in erheblichem Maße von den wahnhaften Vorstellungen

(Udo Pastörs, NPD: Ihre Realität!)

der NPD.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das gilt natürlich auch für die von der NPD in ihrem Antrag geforderte Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Um eines an dieser Stelle klarzumachen: Produkte aus der Region für die Region sind eine gute Sache. Wir unterstützen das in diesem Land, egal wo wir parteipolitisch stehen, zum Beispiel dort, wo hochwertige regionale und wirtschaftliche Produkte Eingang in Hotels und Gaststätten unseres Landes finden können und sollen.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, darum, das wurde ja wieder deutlich gemacht, geht es der NPD doch gar nicht. Ihr geht es eben nicht um eine Stärkung hochwertiger regionaler Produkte im Warenverkehr – übrigens dann doch wohl auch gerne außerhalb der eigenen Region. Ihr geht es doch vielmehr, das wird aus dem gesamten Antrag deutlich, letztendlich wieder nur um eine Abschottung. Abschottung doch deswegen, weil die NPD offenkundig Angst hat, Angst vor jeglichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontakten mit Dritten.

Aber, meine Damen und Herren, Abschottung war nie eine Lösung und Abschottung wird nie eine Lösung sein, auch und insbesondere nicht in einer Wirtschaft. Das wirtschaftliche Problem unseres Landes ist doch gerade nicht, dass der Exportanteil unserer Wirtschaft zu hoch wäre. Zu schön wäre es tatsächlich, wenn wir keine anderen Probleme in diesem Land hätten und wir deswegen auch nur begrenzt uns auf uns zurückziehen sollten und könnten.

Unser Problem ist doch gerade vielmehr die immer noch bestehende Exportschwäche unseres Landes oder, um es so auszudrücken, dass es auch die Herren von der NPD vielleicht verstehen: Die Unternehmen in unserem Land sind bedauerlicherweise überdurchschnittlich darauf angewiesen, ihre Waren und Produkte im eigenen Land, in ihrer eigenen Region zu verkaufen. Diese Art von regionalem Wirtschaftskreislauf zu durchbrechen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ist doch gerade das Ziel unserer Wirtschaftspolitik, die wir in diesem Haus, in diesem Landtag gemeinsam machen wollen. Was soll, muss man sich an dieser Stelle dann also fragen, was soll die Mär von den regionalen Wirtschaftskreisläufen, an denen unsere Wirtschaft gesunden soll?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Antrag der NPD ist, wen wundert es, letztendlich eine Ausgeburt ihrer unsinnigen Ideologie. Meine Damen und Herren, dieser Antrag macht erneut deutlich, die NPD und ihre Vorstellungen sind in jeder, auch in wirtschaftlicher Hinsicht schädlich für unser Land. Und daher kann

man mit diesem Antrag nur das machen, was man mit allen Anträgen der NPD machen muss: sie aus tiefster Überzeugung ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der NPD Herr Pastörs.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir dem Wirtschaftsweisen Schulte aufmerksam gefolgt sind,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben wir jetzt den Weltökonom aus Lüththeen, ja, oder?! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau, genau.)

doch ein paar Anmerkungen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

ein paar Anmerkungen zu dem Spezialisten, der sich hier total abstrus geäußert hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber da haben Sie doch nichts entgegenzusetzen, Herr Pastörs. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Die NPD will also ...

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ja, schreien Sie ruhig, das wird sich dann auch legen.

Die NPD will also diesem Land schwersten wirtschaftlichen Schaden zufügen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja natürlich! – Jochen Schulte, SPD: Da brauchen Sie sich doch bloß anzugucken, Herr Pastörs!)

Ich frage mich: Wer hat denn diesem Land den bisher schwersten wirtschaftlichen Schaden zugefügt – nach dem Zweiten Weltkrieg?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sind immer noch Sie!)

Das ist doch die Einführung des Euro gewesen, sagen internationale Finanzfachleute immer deutlicher. Das zum Ersten, Herr Schulte.

Das Zweite: Die Schutzzölle, die Sie ansprachen, über die WTO, also über die World Trade Organization, sind amerikanisch dominierte Diktate. Wenn Sie sich einmal ein klein bisschen näher mit diesem Feld auseinandergesetzt hätten, dann würden Sie das auch hier so richtig dargestellt haben. China ist gut beraten und sehr erfolgreich dadurch, dass es erstens seine Währungssouveränität in der Hand behalten will, obwohl die Amerikaner unglaublich Druck machen, indem sie fordern, dass es seine Währung floaten lassen soll,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

damit der Zugriff der Spekulanten und des Großkapitals, diese Krake, sich dann auch auf die Volkswirtschaft Chinas ausbreiten kann. Das nur einmal dazu.

Es gehören überall da Schutzzölle eingeführt, wo durch eine Asymmetrie der Kosten und der Produktionsrahmenbedingungen die eigene Lebensfähigkeit einer nationalen Ökonomie ausradiert werden könnte,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mauerbau!)

und das ist ganz vernünftig,

(Heinz Müller, SPD: Das haben Sie aber lange geübt, ne? – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und das ist ganz vernünftig.

Das Nächste, ich arbeite das mal so ein bisschen ab:

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh Gott, lassen Sie es!)

Woher kommt der Wohlstand?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nicht von Ihnen, Herr Pastörs.)

Ich kann Ihnen sagen, woher der Wohlstand in Deutschland kommt. Der Wohlstand in Deutschland ist aufgebaut worden in erster Linie sowohl in der ehemaligen DDR als auch in der Nachkriegs-BRD durch die unheimliche Leistungsfähigkeit

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oooch!)

des deutschen Volkes in beiden deutschen Staaten. Und der Wohlstand ist gerade dabei,

(Michael Andrejewski, NPD: Das waren alles die Gastarbeiter.)

und der Wohlstand ist gerade dabei, in andere Kontinente verfrachtet zu werden und in andere Länder transferiert zu werden durch ein maßloses und unglaublich kriminelles Handeln von Großbanken und Großkonzernen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und, Herr Schulte, das werden Sie nicht bestreiten können.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erleben im Moment keine Angst der NPD vor fremden Einflüssen, sondern Sie erleben eine Forderung der NPD mit dem Ziel, Schutz vor Ausplünderung, die objektiv auch über die Euro-Währung dem deutschen arbeitenden Menschen widerfährt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ein nächster Punkt: Sie sprachen hier die ganz kleinen Handwerksmeister an. Dann haben Sie vielleicht auch gelesen, dass gerade diese Klientel sich in der vorigen Woche eingelassen hat mit der Forderung: Verdammt noch mal, wir müssen das Meisterprivileg, ein spezifisch und historisch einmaliges Privileg in Europa, wieder zurückhaben und wir wollen nicht das Wegfallen des Meis-

terprivilegs in Deutschland auf dem Altar einer EU. Was die deutschen Handwerksmeister, meist ordentlich und einfach und vernünftig arbeitende Menschen, hier aussprechen, das hört sich zwar nicht so dreimal altklug an, wie das, was Sie hier eben schwadronierten, aber hat im Kern viel, viel mehr Substanz als Ihr halb ausgebräutes Gewäsch, was Sie hier eben losgelassen haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Sie sind in keinster Weise auf unseren Antrag eingegangen, sondern haben hier eine Dechiffrierung unserer Ideologie versucht.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Noch eins zu den Exporten: Mecklenburg-Vorpommern hat ein defizitäres Ex..., eine,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, wat denn nu?)

eine defizitäre Exportbilanz mit Polen zum Beispiel. Also wir verkaufen den Polen weniger, entscheidend weniger als das, was wir von den Polen einkaufen. Das liegt daran, Herr Schulte, auch daran, dass Sie, die SPD, die sozialdemokratischen Genossen hier in den letzten 20 Jahren massiv dieses Land deindustrialisiert haben und die Leistungsfähigkeit bis heute nicht gegeben ist, und die Wettbewerbsfähigkeit erst recht nicht, Herr Schulte.

(Jochen Schulte, SPD: Herr Pastörs, bei Ihnen ist doch die Leistungsfähigkeit nicht gegeben!)

Merken Sie sich das, bevor Sie hier den großen Lehrmeister spielen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Noch eins,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

noch eins zu den sogenannten semi-final products, die Sie ansprachen, also die Halbzeuge, die wir aus dem Ausland importieren, um sie hier zu veredeln oder zu montieren und dann zu exportieren. Das ist in der Tat ein Riesenbatzen, den wir aus China, aus dem gesamten pazifischen Raum in jedem Jahr steigend importieren, wo Produktionsverhältnisse herrschen, die absolut mit der Arbeit von Galeerensträflingen auf irgendwelchen spanischen Schiffen zu vergleichen sind.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die rote Lampe! Rote Lampe!)

Wenn Sie sich mal anschauen, wie in Indien heute produziert wird,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aufhören!)

produziert wird und was wir dann billig importieren,

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:
Aufhören, Herr Pastörs!)

dann werden Sie den ganzen Schwachsinn Ihrer Äußerungen begreifen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/169. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/169 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 16. Dezember 2011, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.18 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Dr. André Brie, Jörg Heydorn, Detlef Müller, Dr. Margret Seemann und Erwin Sellering.

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl eines Mitgliedes des Landtages für den Verwaltungsrat der Landesforstanstalt gemäß § 6 Absatz 4 Ziffer 5 des Landesforstanstaltserrichtungsgesetzes (LFAErG) teilgenommen haben

– Drucksachen 6/166, 6/191, 6/192 und 6/193 –

1. Dr. Al-Sabty, Hikmat	DIE LINKE	31. Lück, Regine	DIE LINKE
2. Andrejewski, Michael	NPD	32. Mucha, Ralf	SPD
3. Dr. Backhaus, Till	SPD	33. Müller, Heinz	SPD
4. Barlen, Julian	SPD	34. Müller, Tino	NPD
5. Berger, Ulrike	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	35. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
6. Bernhardt, Jacqueline	DIE LINKE	36. Oldenburg, Simone	DIE LINKE
7. Borchardt, Barbara	DIE LINKE	37. Pastörs, Udo	NPD
8. Borchert, Rudolf	SPD	38. Petereit, David	NPD
9. Brodkorb, Mathias	SPD	39. Polzin, Heike	SPD
10. Caffier, Lorenz	CDU	40. Reinhardt, Marc	CDU
11. Dachner, Manfred	SPD	41. Renz, Torsten	CDU
12. Donig, Ingulf	SPD	42. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
13. Drese, Stefanie	SPD	43. Ritter, Peter	DIE LINKE
14. Eifler, Dietmar	CDU	44. Rösler, Jeannine	DIE LINKE
15. Foerster, Henning	DIE LINKE	45. Saalfeld, Johannes	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
16. Friemann-Jennert, Maika	CDU	46. Saemann, Nils	SPD
17. Gajek, Silke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	47. Schlotmann, Volker	SPD
18. Gerkan, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	48. Schlupp, Beate	CDU
19. Glawe, Harry	CDU	49. Schubert, Bernd	CDU
20. Gundlack, Tilo	SPD	50. Schulte, Jochen	SPD
21. Holter, Helmut	DIE LINKE	51. Schütt, Heino	CDU
22. Jaeger, Johann-Georg	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	52. Dr. Schwenke, Mignon	DIE LINKE
23. Dr. Karlowski, Ursula	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	53. Schwesig, Manuela	SPD
24. Kokert, Vincent	CDU	54. Seidel, Jürgen	CDU
25. Koplín, Torsten	DIE LINKE	55. Silkeit, Michael	CDU
26. Köster, Stefan	NPD	56. Stramm, Karen	DIE LINKE
27. Krüger, Thomas	SPD	57. Suhr, Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
28. Lenz, Burkhard	CDU	58. Dr. Tack, Fritz	DIE LINKE
29. Lindner, Detlef	CDU	59. Tegtmeier, Martina	SPD
30. Liskow, Egbert	CDU	60. Texter, Andreas	CDU